

# Der Judenpogrom 1938

## Von der ›Reichskristallnacht‹ zum Völkermord

Mit Beiträgen von

Uwe D. Adam, Avraham Barkai, Wolfgang Benz, Hermann Graml,  
Konrad Kwiet, Trude Maurer, Hans Mommsen,  
Jonny Meser, Abraham J. Peck und Wolf Zuelzer

Herausgegeben von  
Walter H. Pehle

Fischer



»Damals glaubten wir, daß dies der Höhepunkt der Judenverfolgung sei. In Wahrheit war es das letzte Alarmsignal vor der Vernichtung.« Von dieser dramatischen Fehleinschätzung handelt das vorliegende Buch.

Aus dem Inhalt:

Wolfgang Benz: Bericht über den Pogrom

Trude Maurer: Die Ausweisung der »Ostjuden« als Vorwand

Uwe D. Adam: Wie spontan war der Pogrom?

Avraham Barkai: Die Ausplünderung der deutschen Juden

Jonny Moser: Die Entrechtung durch Gesetze, Erlasse u.ä.

Konrad Kwiet: Gehen oder bleiben? – die Existenzfrage

Wolf Zuelzer: Erinnerungen eines Ausgewanderten

Hermann Graml: Zur Genesis der »Endlösung«

Hans Mommsen: Was haben die Deutschen gewußt?

Abraham J. Peck: Erneut gefangen: Juden in DP-Lagern

Fischer



Originalausgabe

ISBN N 3-596-24386-6

*Über dieses Buch* In der Nacht zum 10. November 1938 brannten fast alle noch verbliebenen 400 Synagogen kontrolliert ab – kontrolliert von der Feuerwehr, die darauf zu achten hatte, dass das Eigentum «arischer» Nachbarn keinen Schaden nahm, in Brand gesteckt von bierseligen Parteigenossen auf höheren Befehl. In derselben Nacht wurden an die 100 Menschen ermordet, nur weil sie Juden waren. Rund 30'000 wohlhabende Juden wurden aus ihren Häusern geprügelt und in Konzentrationslager verschleppt; viele von ihnen kamen nicht mehr zurück. Und in derselben Nacht wurden an die 7'500 Geschäfte jüdischer Mitbürger demoliert und vielfach geplündert.

Diese Ereignisse, für die das Attentat des 17jährigen Herschel Grynszpan in der deutschen Botschaft in Paris den Vorwand lieferte, mit dem zynischen Begriff «Reichskristallnacht» zu belegen, heisst, Mord, Totschlag, Brandstiftung, Raub, Plünderung und Sachbeschädigung zu einer funkelnden, glänzenden Veranstaltung umzuinterpretieren und einer böseartig verharmlosenden Erinnerung Vorschub zu leisten.

Der vorliegende Band betrachtet den Judenpogrom 1938 nicht isoliert als Einzelphänomen, sondern im Gesamtzusammenhang der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit als eine Etappe auf dem Weg zur «Endlösung der Judenfrage».

Der Band enthält deshalb Beiträge zur Vorgeschichte der Ereignisse, zu den wirtschaftspolitischen Hintergründen und bringt Berichte über den Pogrom aus Stadt und Land. Anschliessend wird die Zurichtung der jüdischen Restbevölkerung durch den staatlichen Gesetzesterror beschrieben und die Existenzfrage der Juden «Weggehen oder bleiben?» in Erinnerung gerufen. Schliesslich wird dargestellt, wie die Planung und Befehlsgebung zum Völkermord zustande kam, und was die Deutschen von alledem gewusst haben. Ein Blick in die Nachkriegszeit, in der die Diskriminierung und Verfolgung der Juden weiterging, bildet den Abschluss dieses Bandes.

Zehn Autoren aus fünf Ländern haben an diesem Buch mitgewirkt.

*Der Herausgeber* Walter H. Pehle, geboren 1941 in Düsseldorf, studierte Geschichte, Germanistik und Philosophie in Köln, Bonn und Düsseldorf; Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit über Nationalsozialismus in einer Provinzregion; Lektor für Geschichte/Zeitgeschichte im Fischer Taschenbuch Verlag. – Mitarbeiter des Bandes «Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm ‚Holocaust‘. Eine Nation ist betroffen», herausgegeben von Peter Märthesheimer und Ivo Frenzei (1979).

# Der Judenpogrom 1938

Von der «Reichskristallnacht»  
zum Völkermord

Mit Beiträgen von

Uwe Dietrich Adam, Avraham Barkai,  
Wolfgang Benz, Hermann Graml, Konrad Kwiet,  
Trude Maurer, Hans Mommsen, Jonny Moser,  
Abraham J. Peck und Wolf Zuelzer

Herausgegeben von  
Walter H. Pehle



Fischer  
Taschenbuch  
Verlag

Originalausgabe

Veröffentlicht im Fischer Taschenbuch Verlag GmbH,  
Frankfurt am Main, April 1988

© 1988 by Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main  
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Jan Buchholz/Reni Hinsch  
unter Verwendung eines Fotos:

Ausgebrannter Innenraum der Synagoge in der Fasanenstrasse,  
Berlin, November 1938

(Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin)

Satz: Fotosatz Otto Gutfreund, Darmstadt

Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 3-596-24386-6

[Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader](#)

# Inhalt

Vorbemerkungen des Herausgebers .....	9
Wolfgang Benz <b>Der Rückfall in die Barbarei</b> Bericht über den Pogrom .....	13
Trude Maurer <b>Abschiebung und Attentat</b> <b>Die Ausweisung der polnischen Juden</b> <b>und der Vorwand für die «Kristallnacht»</b> .....	52
Uwe Dietrich Adam <b>Wie spontan war der Pogrom?</b> .....	74
Avraham Barkai <b>«Schicksalsjahr 1938»</b> <b>Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen</b> <b>Ausplünderung der deutschen Juden</b> .....	94
Jonny Moser <b>Die Entrechtung der Juden im Dritten Reich</b> <b>Diskriminierung und Terror durch Gesetze, Verordnungen</b> <b>und Erlasse</b> .....	118
Konrad Kwiet <b>Gehen oder bleiben?</b> <b>Die deutschen Juden am Wendepunkt</b> .....	132
Wolf Zuelzer <b>Keine Zukunft als «Nicht-Arier» im Dritten Reich</b> <b>Erinnerungen eines Ausgewanderten</b> .....	146

6 Inhalt

Hermann Gram! <b>Zur Genesis der «Endlösung»</b> .....	160
Hans Mommsen <b>Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewusst?</b> .....	176
Abraham J. Peck <b>Befreit und erneut in Lagern: jüdische DPs</b> Statt eines Epilogs .....	201
Anmerkungen .....	213
Literaturverzeichnis .....	238
Drucknachweis .....	242
Abbildungsnachweis.....	243
Die Mitarbeiter des Bandes .....	244

## Vorbemerkungen des Herausgebers

«Damals glaubten wir, dass dies der Höhepunkt der Judenverfolgung sei. In Wahrheit war es das letzte Alarmsignal vor der Vernichtung», schrieb ein Opfer wenige Jahre nach den Ereignissen, die im November 1988 fünfzig Jahre vergangen sind. Von dieser dramatischen Fehleinschätzung der politischen Entwicklung, die zur «Reichskristallnacht» führte und, von ihr ausgehend, im Holocaust endete, handelt dieses Buch.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden die Synagogen in Deutschland von Nationalsozialisten, SA und SS in Brand gesteckt. Unter den Augen der Öffentlichkeit, sprich: der Mitbürger, Nachbarn, Geschäftspartner, Kollegen etc., toleriert von der Polizei und vor den Blicken der Feuerwehr, wurden die Synagogen kontrolliert zerstört – kontrolliert deshalb, weil das Eigentum der «Arier» von nebenan vor den Flammen geschützt werden musste. Der angeblich spontane «Volkszorn» über das Attentat des 17jährigen Herschel Grynszpan auf den Legationsrat vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris hat in dieser Nacht beinahe einhundert Menschen deshalb das Leben gekostet, weil sie Juden waren. Und ebenfalls in dieser Nacht wurden an die 7'500 Läden und Geschäfte jüdischer Eigentümer demoliert, geplündert und gebrandschatzt – nahezu alle Ladenlokale, die es damals noch gab. Der Pogrom war gründlich vorbereitet: Mit Hilfe von sachkundig aufgestellten Listen wurden rund 30'000 wohlhabende Juden verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt; dort wurden sie zum Teil monatelang ohne jeden Rechtsgrund – festgehalten und gequält; wie viele von ihnen nicht wieder zurückgekehrt sind, ist nicht mehr aufzuklären.

Wer für diese Ereignisse die Bezeichnung «Kristallnacht» oder gar «Reichskristallnacht» erfunden hat, kann heute nicht mehr ausgemacht werden. Fest steht, dass damit einer bösartig verharmlosenden Erinnerung Vorschub geleistet wird, dass mit diesen zynischen Bezeichnungen in Wirklichkeit Mord, Totschlag, Brandstiftung, Raub, Plünderung und Sachbeschädigung in eine funkelnde und glänzende Veranstaltung uminterpretiert werden. Eines freilich offenbaren diese Begriffe: das

Fehlen jeglicher Betroffenheit und jeglichen Mitgefühls derjenigen, die vor den Ereignissen jener Nacht die Köpfe in den Sand gesteckt haben.

Kundige empfehlen mit guten Gründen, fortan auf die Begriffe «Kristallnacht», «Reichskristallnacht» – und wenn sie sich auch noch so glatt in unsere Sprache eingeschliffen haben sollten – zu verzichten. Der Titel des vorliegenden Buches nimmt diese Anregung auf und will darauf hinweisen, dass es von barbarischen Ausschreitungen gegen jüdische Bürger handelt, von Ausschreitungen, die nicht nur nicht von ungefähr kamen, sondern konsequent auf ein Ziel hinausliefen: auf die Vernichtung der Juden in Deutschland und später in ganz Europa.

Es verbietet sich heute, den Judenpogrom 1938 isoliert zu betrachten. Der Erkenntnisfortschritt wäre gering. Die Fakten und Ereignisse sind seit langem durch die Untersuchungen von Hermann Graml (1956) und von Helmut Heiber (1957) aus dem Münchner Institut für Zeitgeschichte bekannt. Mit dem vorliegenden Buch werden nicht nur die Vorgeschichte, der Anlass und der Vorwand mit einbezogen, sondern auch die unmittelbaren Folgen und weiterführenden Konsequenzen. Es wird sichtbar, dass die Schüsse in der deutschen Botschaft in Paris von einem Teil der nationalsozialistischen Führungsgruppe eiskalt und geistesgegenwärtig ausgenutzt worden sind, um zum entscheidenden, weil gut vorbereiteten Schlag gegen die Juden auszuholen. Diesmal sollte es sie existentiell treffen: Die Juden sollten «raus aus der Wirtschaft». Das Vorgehen der Nazis drängt einen Vergleich mit dem Reichstagsbrand im März 1933 geradezu auf, den sie zwar nicht angezündet, aber politisch ausgenützt haben.

Mögen viele damals gehofft haben, dass es den neuen Machthabern nicht gelingen würde, sich auf Dauer im Staate einzurichten, so hatten sich derlei Überlegungen im November 1938 als lebensgefährliche Illusionen erwiesen. Gleichwohl oder gerade deshalb haben sich später viele Nachgewachsene gefragt, warum nur so wenige Menschen damals die Zeichen der Zeit richtig verstanden und nicht die erste sich bietende Gelegenheit genutzt haben, um das Land zu verlassen. Den damit verbundenen schwerwiegenden Problemen gehen zwei Autoren in diesem Buche nach, mit unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen und methodischen Zugängen.

Im Anschluss daran wird der Bogen weitergespannt bis zur eigentlichen und letzten Konsequenz des nationalsozialistischen Antisemitismus – zur «Endlösung der Judenfrage», ihrer verfahrensmässigen Planung und fabrikmässigen Durchführung. Es geht dabei auch um die Frage, die der britische Publizist David Irving aufgeworfen hat, der sich in rechtsextremistischen Kreisen der Bundesrepublik als hilfreicher Vortragsredner

und Sinnstifter nicht umsonst grösster Anerkennung erfreut, um die Frage, ob es nun einen Hitler-Befehl zum Judenmord gegeben habe oder nicht. Die Beantwortung ist u.a. deshalb wichtig, weil von ihr in erheblichem Masse abhängt, ob Hitler von dem Genocid abgekoppelt werden und am Ende doch als positive Führergestalt in die Geschichtsbücher eingehen kann – in Bestätigung der ja immer schon verkündeten These, Hitler hätte dies alles, so er davon gewusst hätte, abgestellt.

Im Zusammenhang damit steht auch die immer öfter und misstrauisch geäusserte Frage, was denn die – wie immer zu spezifizierenden «durchschnittlichen» – Deutschen überhaupt vom Genocid an den Juden gewusst haben, hätten wissen können, wenn sie sich nur minimal für das Schicksal ihrer Mitbürger interessiert hätten. Möglicherweise ist die Frage ja falsch gestellt, weil es in politischer Hinsicht nicht nur darauf ankommen kann, was die «kleinen Leute» auf der Strasse gewusst haben, sondern es muss vor allem darum gehen, herauszufinden, was diejenigen wussten, die in Fach-Ministerien und -Verwaltungen, Direktionsetagen und anderswo – kurz: auf entscheidenden Posten tatsächlich und noch lange wichtige Handlungsspielräume und Möglichkeiten gehabt haben, gestaltend, verhindernd, hemmend einzugreifen mit dem Ziel, wenigstens die simpelsten Regeln menschlichen Zusammenlebens für die Bedrängten einzufordern.

Der Band schliesst mit einem problematischen Aspekt: Statt endlich befreit zu werden von den Verfolgungen durch ihre Nazi-Peiniger, sahen sich 1945 viele der Überlebenden des Holocaust auf den Strassen umherirrend, aufgegriffen und erneut in Lagern zusammengetrieben, diesmal jedoch mit amerikanischer respektive britischer Bewachung, nicht selten unterstützt von einstigen NS-Wächtern! Sie waren wieder Gefangene, bezeichnet mit dem Kürzel «DP» für Displaced Persons, scharf reglementiert und in Baracken eingepfercht zwischen Stacheldraht und Mauern, die teilweise zu ehemaligen Konzentrationslagern gehört hatten. Diese Lager bestanden bis 1956! Verfolgung und Diskriminierung richteten sich nicht nach definierten historischen Zäsuren, wie etwa die «Stunde Null» eine gewesen sein soll. Geschichte besteht aus Brüchen und gleichzeitig aus Kontinuitäten, wie das Beispiel der Überlebenden des Holocaust in den DP-Lagern zeigt.

Frau Ursula Büttner habe ich zu danken für ihre bereitwillige Hilfe bei der Beschaffung der Beiträge von Avraham Barkai und Hermann Graml, die ursprünglich für die Festschrift für Werner Jochmann verfasst worden sind. Frau Sybil Milton danke ich für die Mithilfe bei der Besorgung der Abbildungen. Frau Ursula van Laak bin ich verbunden, weil sie mir bei der Erstellung der Bibliographie geholfen hat. Ganz

12 Walter H. Pehle

besonders bin ich freilich meinem Freunde Wolfgang Benz verpflichtet, der die Anregung zu diesem Buch gegeben und mich mit Rat und Tat unterstützt hat. Und schliesslich danke ich meiner bewährten Kollegin Cornelia Wagner, die unbeirrbar dieses Buch realisiert hat.

Frankfurt, im November 1987

Walter H. Pehle

Wolfgang Benz

## Der Rückfall in die Barbarei

Bericht über den Pogrom

«Am Freitag fing man die Juden, am Samstag verbrannte man die Juden, deren waren schätzungsweise wohl gegen zweitausend. Die sich aber wollten taufen lassen, die liess man leben. Es wurden auch gegen ihrer Väter und Mütter Willen viele junge Kinder aus dem Feuer genommen, die getauft wurden. Was man den Juden schuldig war, das war alles wett, und wurden alle Schuldpfänder und Schuldbriefe, die sie hatten, zurückgegeben. Das bare Geld, das sie hatten, das nahm der Rat und teilte es unter die Handwerker nach Markzahl. Das war auch das Gift, das die Juden tötete.»<sup>1</sup>

Der Bericht, in der «Strassburger Deutschen Chronik» aufgezeichnet, schildert den Untergang der Strassburger Judengemeinde im Februar 1349. Ein Pogrom, einer von vielen im Pestjahr 1348/49, von denen Judengemeinden in Frankreich, der Schweiz und in Deutschland betroffen wurden. In über 300 Gemeinden wurden die Juden «erschlagen, ertränkt, verbrannt, gerädert, gehenkt, vertilgt, erdrosselt, lebendig begraben und mit allen Todesarten gefoltert wegen der Heiligung des göttlichen Namens».<sup>2</sup>

Den äusseren Anlass der Verfolgungswelle bot der Vorwurf, die Juden hätten die Brunnen vergiftet und dadurch den schwarzen Tod verursacht. Tatsächlich waren es wirtschaftliche und soziale Spannungen, die sich in den Pogromen entluden, wie das Beispiel Nürnbergs zeigt. Dort morde-ten im Dezember 1349 die Vertreter der Zunftherrschaft die jüdischen Mitbürger, obwohl die Stadt von der Pest verschont geblieben war. Religiöser Eifer verband sich mit traditionellem Judenhass des ländlichen Kleinadels und der städtischen Handwerker (der sich aus dem Vorwurf des jüdischen Geldwuchers nährte) immer wieder zu aufflam-mender Massenhysterie, die sich Opfer in den jüdischen Gemeinden suchte; im Jahre 1096 in Metz und Rouen, dann in Speyer, Worms, Mainz, Trier, Köln, Xanten und Prag und anderen Städten, ausgelöst durch den Aufruf Papst Urbans II. zum ersten Kreuzzug im November 1095.

Die unkontrollierte Aggression zusammengelaufener Volkshaufen machte sich in Pogromen Luft. Derartiges wiederholte sich im Mittelalter nicht nur in Deutschland, und der Aufruhr fand stets neue Begründungen. Um 1235 wurde in Deutschland erstmals die Anschuldigung erhoben, die Juden begingen Ritualmorde (in England war das schon viel früher behauptet und mit blutiger Judenverfolgung beantwortet worden). Ende des 13. Jahrhunderts war der Vorwurf des Hostienfrevls aufgekommen. Einem fränkischen Edelmann namens Rindfleisch diente ein angeblich in Röttingen in Franken begangener Hostienfrevl zum Vorwand, an der Spitze einer Bande von Mordbrennern durch Süddeutschland und Österreich zu ziehen. 140 Judengemeinden wurden bei diesem Privatkrieg vernichtet, etwa 20'000 Tote waren zu beklagen.

Pogrome gab es im Mittelalter immer wieder. Für die Juden waren es barbarische Zeiten, in denen sie stets neue Anschuldigungen gewärtigen mussten, eine so absurd wie die andere, aber alle gleichermassen geeignet, um die dahinter verborgenen antijüdischen Absichten durchzusetzen. Ging es einmal nicht um ihr Hab und Gut, dann mussten sie als Blitzableiter dienen für gesellschaftliche und ökonomische Krisen, für Unzufriedenheit und politischen Verdross.

Das Zeitalter der Aufklärung hatte den Juden in Deutschland Emanzipation und bürgerliche Gleichberechtigung gebracht, die Zeiten der Barbarei waren längst vorbei. Allenfalls der Antisemitismus, den auch in Deutschland viele kultivierten, erinnerte noch daran. Doch selbst die wildesten Antisemiten des 19. Jahrhunderts *träumten* nur von Mord und Totschlag – ein Pogrom, gar ein von Staats wegen organisierter, schien im zivilisierten Deutschen Reich des 20. Jahrhunderts nicht mehr denkbar. Und auch nach dem Judenboykott des 1. April 1933 und den antisemitischen Ausschreitungen im Zusammenhang mit der «Machtergreifung» der NSDAP wäre den meisten Menschen die Vorstellung eines bevorstehenden, kaltblütig ausgeheckten Mordpogroms abstrus erschienen.

### **Die Inszenierung des Pogroms und die Regie der öffentlichen Meinung**

In einem Leitartikel, der die Nachricht über das Attentat auf Ernst vom Rath flankierte, waren am 8. November 1938 im «Völkischen Beobachter», dem Zentralorgan der NSDAP, Drohungen zu lesen, die unmissverständlich deutlich machten, dass jetzt eine neue Ära nationalsozialistischer Judenpolitik beginnen würde: «Es ist klar, dass das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, dass in unseren Grenzen Hunderttausende von

Juden noch ganze Ladenstrassen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ‚ausländische‘ Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draussen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschliessen... Die Schüsse in der Deutschen Botschaft in Paris werden nicht nur den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten, sondern hoffentlich auch ein Signal für diejenigen Ausländer sein, die bisher nicht erkannten, dass zwischen der Verständigung der Völker letzten Endes nur der internationale Jude steht.»<sup>3</sup>

Dass sich der «Völkische Beobachter» als Flaggschiff der nationalsozialistischen Presse solchermassen vernehmen liess, war Ergebnis sorgsamer Regie. Das Drehbuch der Inszenierung des Volkszorns vom November 1938 blieb erhalten, die Regie der öffentlichen Meinung lässt sich ohne Mühe rekonstruieren. Lenkung, Ausrichtung und Gleichschaltung der deutschen Presse erfolgten täglich in der «Pressekonferenz des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda», hier wurden die publizistischen Instrumente eingestimmt und der Ton angegeben.

Am 7. November wurde allen Redaktionen durch Rundruf des offiziellen Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) folgende Anweisung über Form und Inhalt der Berichterstattung zum Ereignis in Paris zuteil: «Alle deutschen Zeitungen müssen in grösster Form über das Attentat auf den Legationssekretär an der deutschen Botschaft in Paris berichten. Die Nachricht muss die erste Seite voll beherrschen. Nachrichten über den ernsten Zustand des Herrn vom Rath werden durch das DNB ausgegeben werden. Er schwebt in grösster Lebensgefahr. In eigenen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, dass das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muss, und zwar auch für die ausländischen Juden in Deutschland. In Ausdrücken, die der Empörung des deutschen Volkes entsprechen, kann festgestellt werden, dass die jüdische Emigrantenclique, die schon Frankfurter den Revolver in die Hand drückte, auch verantwortlich für dieses Verbrechen sei. Es ist die Frage zu stellen, ob es die Absicht der jüdischen Clique war, Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich heraufzubeschwören, indem ein Mörder in die deutsche Botschaft, also auf den Boden des Reiches geschickt wurde, nachdem das jüdische Gift schon lange die deutschen Sendungen des französischen Rundfunks beherrschte.»<sup>4</sup>

Wichtig war in der Presseanweisung, dass Zusammenhänge konstruiert werden sollten mit der Ermordung Wilhelm Gustloffs in Davos – das war 1936 die Tat eines jüdischen Studenten jugoslawischer Staatsangehörigkeit namens David Frankfurter gewesen – und dass der Öffentlichkeit suggeriert werden sollte, das Attentat sei Teil einer organisierten Ver-

schwörung des angeblich existenten «Weltjudentums» und deutsch-jüdischer Emigranten in Frankreich. Wegen der Olympiade, die als regime-stabilisierendes internationales Ereignis 1936 in Deutschland veranstaltet wurde, aber auch weil die Zeit für öffentliche Aktionen gegen die Juden noch nicht reif war, hatte die Propagandamaschinerie die Ermordung des NS-Funktionärs Gustloff noch nicht hochspielen können. Das sollte jetzt nachgeholt werden.

Am 8. November wurde in der Pressekonferenz verlautbart, «es muss noch einmal zum Fall vom Rath geschrieben werden». Der zuständige Referent im Goebbelsministerium, Helmut Diewerge, hatte herausgefunden, dass es sich beim Attentäter um einen Juden handele (das wusste man am Tag zuvor zwar auch schon, aber es wurde noch einmal betont), und zwar um einen, «der offenbar mit Vorbedacht ausgewählt sei. Er sei noch jugendlich und sei wie im Falle Gustloff nicht Staatsbürger des Landes, in dem die Tat vollbracht wurde... Hinter dem Attentat ständen die gleichen Kreise wie beim Fall Gustloff. Seit Wochen werde für einen jüdischen Kampffonds gesammelt. Das Judentum mache keinen Unterschied zwischen sogenannten ‚wilden Parteifanatikern‘, auf die man sich im Falle Gustloff berufen habe, und ruhigen Beamten. Man habe sich sogar in die Botschaft hineingetraut, die selbst im Kriegsfall von Feinde respektiert werde.»<sup>5</sup>

Empfohlen war ferner, bei der Aufzählung einzelner Verantwortlicher den besonders verhassten Schriftsteller Emil Ludwig zu erwähnen, und bei der Gelegenheit möge auch die Frage aufgeworfen werden, ob die im Pariser Exil lebenden deutschen Schriftsteller diesen Namen überhaupt noch verdienten. So geschah es. Ebenso wurde der «Ausrichtung» vom 9. November entsprochen, «das neueste Kommuniqué über den Gesundheitszustand des Legationssekretärs vom Rath ist auf der ersten Seite aufgemacht zu bringen».

Abgesehen davon, dass nur fanatische Nationalsozialisten glaubten, die Schriftsteller und Intellektuellen des Exils hätten mit dem Attentat auf den gerade 29jährigen Beamten, der nur nominell Nationalsozialist war, etwas zu tun, hielten viele Leute gerade wegen des Propagandagetöses das Attentat für gestellt – ebenso wie nicht wenige Regimegegner davon überzeugt waren, dass die Nationalsozialisten 1933 den Reichstag selbst angezündet hätten, um einen Vorwand zur Verfolgung der Kommunisten zu haben.

Eine junge Berliner Journalistin, die nicht auf der Seite des Regimes steht und viele jüdische Freunde hat, notiert am 9. November in ihr Tagebuch: «Im Omnibus, auf der Strasse, in Geschäften und Kaffeehäusern wird der Fall Grünspan laut und leise diskutiert. Nirgends merke ich antisemitische Entrüstung, wohl aber eine drückende Beklommen-

heit, wie vor dem Ausbruch eines Gewitters. Am Kurfürstendamm, auf der Tauentzienstrasse und der Leipziger Strasse sind die Geschäfte, die sich laut amtlicher Anordnung durch weisse Namensaufschrift als jüdische kennzeichnen mussten, auffallend leer.» Sie fragt einen ehemaligen Kollegen aus der Redaktion, der als «Nichtarier» längst entlassen worden ist und – seine Tage mit dem Schreiben von Briefen füllend – auf die Katastrophe wartet, ob Herr vom Rath sterben und was dann passieren werde. «Natürlich stirbt er», antwortet Dr. Heinrich Mühsam. «Sonst hätte das Ganze ja keinen Wert. Um ihn zu rächen, muss man erst um ihn weinen. Je grösser die Trauer, desto fanatischer der Hass. Haben Sie nicht gewusst, dass politische Zwischenfälle nur dann aufzutreten pflegen, wenn man bis zum letzten Gamaschenknopf darauf vorbereitet ist? Wenn alle Verordnungen erlassen, alle Vorkehrungen getroffen, alle Massnahmen abgesprochen sind? Kein Zweifel: Der jüdische Krieg steht vor der Tür. Ich für meinen Teil gedenke Pazifist zu bleiben. Mehr als sterben kann auch ein Jude nicht.»<sup>6</sup>

Am 9. November wurde auch gemeldet, Hitler habe den Legationssekretär vom Rath (der diesen Rang erst seit September 1938 bekleidete) «wegen seines tapferen Verhaltens zum Gesandtschaftsrat Erster Klasse ernannt. Die Zeitungen mögen diese Meldung besonders gut herausbringen. Das Befinden ist so schlecht, dass mit seinem Ableben gerechnet wird.» Und wenig später der DNB-Rundruf: «Nachdem Herr vom Rath soeben gestorben ist, werden die Zeitungen gebeten, die Nachricht über die Beförderung nicht mehr zu veröffentlichen. Bei Nennung des Dienstgrades ist selbstverständlich Gesandtschaftsrat 1. Klasse zu schreiben.»<sup>7</sup>

Die durch den amtlichen Mechanismus der Presselenkung erzeugte Spannung entlud sich vereinzelt schon am 7. und am 8. November in Ausschreitungen gegen Juden und jüdische Institutionen. In Hessen geschah das in mehreren Orten, so auch in Kassel. In der dortigen Zeitung ist nachzulesen: «Die Bluttat in Paris hat in Kassel und zahlreichen kurhessischen Orten spontane Kundgebungen der Bevölkerung gegen jüdische Geschäfte und Einrichtungen ausgelöst. Die Bevölkerung Kurhessens gab damit ihrer Empörung Ausdruck, einer Empörung, die aus tiefstem Herzen aufkommt. Die zertrümmerten Fensterscheiben und die in Mitleidenschaft gezogenen Inneneinrichtungen der Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen sind eine spontane Quittung an das Weltjudentum, eine Quittung, die sich das Volk der Hetzer und Betrüger selbst zuzuschreiben hat. Als im Laufe des Nachmittags in Kassel die Nachricht von der Pariser Mordtat bekannt wurde, da zog es Hunderte aus allen Stadtteilen zunächst zu dem sichtbarsten Ausdruck jüdischen Machtstrebens, zur Kasseler Synagoge Ecke Untere Königstrasse/Bremer

Strasse. Empörte Rufe wurden laut und die Menge war in ihrem Willen nicht mehr einzudämmen, den jüdischen Einrichtungen einen Denkkzettel für die Bluttat in Paris zu geben. Die Menge gab ihrer Empörung durch weitere Kundgebungen vor jüdischen Geschäften, so vor einem sattsam bekannten jüdischen Kaffee in der Moltkestrasse, sichtbaren Ausdruck. Im Verlauf der Demonstrationen sammelten sich auch Hunderte vor dem Gebäude der Israelitischen Gemeinde in der Grossen Rosenstrasse, um auch hier spontan gegen das Weltjudentum zu protestieren. Dass es auch hier zu zertrümmerten Fensterscheiben und ähnlichem kam, kann man ebenso wie die Demonstration als solche mit dem tiefen Eindruck erklären, den die Schüsse von Paris auslösten.»<sup>8</sup>

Pogrome, die von Ortsgruppenleitern der NSDAP (die oft in Personalunion Bürgermeister waren) initiiert wurden, sind aus einer ganzen Reihe von kleineren Orten bekannt. Bemerkenswert daran war, dass diese Aktionen, entfacht von übereifrigen Ortsbonzen, die glaubten, im Einklang mit höheren Stellen der Partei zu handeln, ihrer Kontrolle entglitten, weil die Bevölkerung sich an den Ausschreitungen rege beteiligte. So musste in Wachenbuchen bei Hanau der Bürgermeister, nachdem er befohlen hatte, das jüdische Schulhaus zu demolieren und dem jüdischen Lehrer eine «Abreibung» zu geben, den Kreisleiter und den Landrat um Unterstützung bitten, weil ihm die Geister, die er gerufen hatte, über den Kopf zu wachsen drohten. Dabei wollte er seine Anführerschaft leugnen: Er sei bereits im Bett gewesen, als der Radau angefangen habe.<sup>9</sup>

Waren das noch vereinzelte Aktionen lokalen Charakters, bei denen alte Rechnungen beglichen, sozialer Neid und ähnliche Gefühle abreagiert wurden, so änderte sich das Bild im Laufe des 9. November; jetzt tauchten hier und da ortsfremde Nazi-Aktionisten auf, die Ausschreitungen gegen die Juden provozierten. Die Stunde der militanten Antisemiten war gekommen. Unter ihrer Führung wurde alte Judenfeindschaft in Taten umgesetzt, ohne dass dies «von oben» schon ausdrücklich befohlen worden war. Dies war jedoch erst das Vorspiel zu dem allgemeinen Pogrom, dessen Inszenierung der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda am Abend des 9. November 1938 persönlich vornehmen sollte.

Der 9. November war für die NSDAP ein sensibles Datum: Alljährlich wurde in München mit dem Marsch auf die Feldherrnhalle, auf parteieigene mystische Weise des missglückten Hitlerputsches von 1923 gedacht. Kernpunkt der Feier war immer der Kameradschaftsabend, bei dem sich die «alten Kämpfer» um Hitler scharten. Keine günstigere Gelegenheit konnte es geben, um die Spitzen der Partei auf ebenso informelle wie erfolgversprechende Weise zur Aktion zu treiben.

Gegen 21 Uhr brachte ein Bote Hitler die Nachricht, dass Ernst vom Rath seinen Verletzungen erlegen war. Nach längerem Dialog mit Goebbels, der neben seinem Führer im Alten Rathausaal zu München sass, verliess Hitler die Versammlung, und Goebbels machte sich ans Werk. Gegen 22 Uhr verkündete er den Tod des Diplomaten und hielt eine gehässige antisemitische Rede, die in dem Ruf nach Vergeltung und Rache gipfelte. Die anwesenden Führer von NSDAP und SA erhielten den Eindruck, sie seien jetzt am Zuge und müssten entsprechende Aktionen organisieren. Genau dies war beabsichtigt, ohne dass es ausdrücklich befohlen wurde; und ins taktische Kalkül gehörte ebenso, dass Hitler sich entfernte, ehe Goebbels die primitiven antisemitischen Triebe und Leidenschaften derart stimulierte, dass die Parteiführer glaubten, ihnen sei die Entfesselung des Judenhasses befohlen worden. Hitler war immerhin auch Staatsoberhaupt und musste sich Rückzugsmöglichkeiten offen halten, sowohl dem Ausland gegenüber als auch möglichen Kritikern innerhalb der Partei. Deren gab es in der Tat etliche, darunter Göring, aber auch Himmler und Heydrich. (Freilich waren es, wie sich wenige Tage später zeigte, nicht philanthropische Gefühle gegenüber den Juden, sondern taktische Bedenken und auch Rivalität, die Goebbels die Missbilligung seiner Kollegen einbrachten.)

Durch die Pressekampagne vom 8. und 9. November war der Boden bereitet. Die Goebbelsrede war das Signal zum Losschlagen und zugleich Handlungsanweisung. Das Oberste Parteigericht der NSDAP, das die Ereignisse des 9. und 10. November später untersuchte, legte Göring im Februar 1939 einen Bericht vor, in dem Goebbels' Rolle und Wirkung (der bei der Münchner Veranstaltung in seiner parteiamtlichen Eigenschaft als Reichspropagandaleiter der NSDAP – nicht als Propagandaminister – agierte) fixiert sind. Er hatte mit Wissen und Billigung Hitlers die Lunte angezündet: «Am Abend des 9. November 1938 teilte der Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels den zu einem Kameradschaftsabend im Alten Rathaus zu München versammelten Parteiführern mit, dass es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu judenfeindlichen Kundgebungen gekommen sei, dabei seien jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesteckt worden. Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, dass derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten ... Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, dass die Partei nach aussen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte. Sie wurden in diesem Sinne sofort – also geraume



**Abb. 1:** Polizisten und Einwohner vor den lodernden Flammen in der Synagoge in Mosbach; 10. 11.1938.

Zeit vor Durchgabe des ersten Fernschreibens – von einem grossen Teil der anwesenden Parteigenossen fernmündlich an die Dienststellen ihrer Gaue weitergegeben.. »<sup>10</sup>

Die Übermittlung zu den Gaupropagandaämtern und von diesen weiter zu den Kreisleitern und Ortsgruppenleitern der NSDAP bzw. zu den SA-Stäben im ganzen Deutschen Reich funktionierte schnell und reibungslos. Überall sprangen sie aus den Betten, um der Aufforderung zum Pogrom Folge zu leisten. Von Mitternacht bis zum Morgen währte der Schrecken, wie es ihn in Mitteleuropa seit Jahrhunderten nicht mehr gegeben hatte und wie er seit dem Zeitalter der Aufklärung als Rückfall zur Barbarei nicht mehr denkbar gewesen ist.

Die Ausführung des Pogrombefehls durch die lokalen Protagonisten des Nationalsozialismus hat in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland viele Gerichte beschäftigt. Die Ereignisse der «Reichskristallnacht» sind mit den Mitteln der Justiz rekonstruiert worden. Es gibt keine andere Station in der Geschichte des NS-Staats, die so minuziös in den Gerichtsakten dokumentiert ist wie der Judenpogrom. In der Urteilsbegründung eines Verfahrens vor dem Landgericht Wiesbaden ist



**Abb. 2:** Kontrolliertes Abbrennen: Feuerwehrmänner halten das Feuer in der Hanauer Synagoge unter «Kontrolle», damit es nicht auf die benachbarten Privathäuser überspringt.

nachzulesen, wie die Zerstörung der Synagoge in Rüdesheim in der Pogromnacht ins Werk gesetzt wurde: «Der Angeklagte G., Führer der SA-Standarte Niederwald mit dem Sitz in Wiesbaden, wartete in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 im Wartesaal des Bahnhofs Wiesbaden auf die Rückkehr der Standartenfahne von der Novemberfeier in München. In seiner Begleitung waren der Angeklagte A., der Kraftfahrer der Standarte, und der Angeklagte M. als Standartenschreiber im Range eines SA-Obertruppführers. Gegen 2 Uhr morgens erhielt G. von dem Brigadeführer Kraft aus Mainz fernmündlich den Befehl, die in seinem Standartenbereich vorhandenen Synagogen zu zerstören. Dieser Befehl sei, so erklärte Kraft, von der obersten SA-Führung wegen der Ermordung des Botschaftsrats vom Rath gegeben worden. Die Aktion sei in Zivil durchzuführen. Polizei und Feuerwehr würden das Übergreifen eines etwaigen Feuers auf Wohnungen verhindern. Vollzug sei der Brigade noch am gleichen Tage bis 6 Uhr früh zu melden. G. setzte hiervon die mit ihm wartenden Angeklagten M. und A. sowie den Sturmbannführer S... in Kenntnis, befahl, nachdem er von ihnen gehört hatte, dass in Rüdesheim eine Synagoge sei, nach Hause zu gehen, Zivil anzuziehen, sich auf dem Standartenbüro einzufinden und

alsdann mit ihm nach Rüdesheim zu fahren. Alle vier trafen kurz darauf im Standartenbüro zusammen und begaben sich mit dem von A. gesteuerten Dienstkraftwagen nach Rüdesheim. Unterwegs sprach G. mit den drei anderen nochmals über den ihnen erteilten Befehl und darüber, wie er sich die Ausführung dachte. In Rüdesheim fuhr A. den Wagen an der bereits beleuchteten, in der Nähe der Synagoge befindlichen Wohnung des Hausmeisters Dries vorbei und parkte hiervon etwa 200 m entfernt gegen 4 Uhr in der Schiffergasse, einer kleinen seitlich gelegenen Strasse. Hier stiegen die 4 Insassen aus, um sich zu Fuss zur Synagoge zu begeben. An einem Fenster einer beleuchteten Wohnung erblickte G. den Hausmeister Dries. Er rief ihn herunter und erklärte, was er – Dries – nun hören und sehen werde, gehe ihn nichts an, die Sache sei in Ordnung und Dries habe darüber zu schweigen. Alsdann setzten die 4 Fahrtteilnehmer ihren Weg zur Synagoge fort; dort drückten sie gemeinsam die schwere Eichentür der Synagoge mit Gewalt ein. G., M., A. und S. drangen sodann in das Innere der Synagoge, und zwar in einen durch einen Vorhang von dem eigentlichen Betraum getrennten Vorraum ein. Dort waren eine Menge Gebetbücher und sonstige Papiere vorhanden, die G., wozu er keinen Befehl hatte, durch S. und M. zum Wagen schaffen liess, wozu diese den Weg etwa zwei- bis dreimal machen mussten. A. blieb währenddessen in unmittelbarer Nähe des Angeklagten G., der sich im Vorraum der Synagoge aufhielt. Inzwischen war, von wem liess sich nicht feststellen, in der Synagoge ein 5-Liter-Kanister mit Benzin, der im Wagen mitgeführt worden war, ausgegossen worden. G. setzte, nachdem er ein Streichholz vergeblich zu entzünden versucht hatte, ein Stück Papier in Brand, um es in das Benzin zu werfen. In diesem Augenblick erfolgte eine heftige Detonation, eine Stichflamme schlug empor, und G. wurde mit Brandwunden in den Rahmen der Eingangstür geschleudert, wo ihn die zuschlagende Tür festklemmte, während der Mantel des einige Schritte davon entfernt stehenden Angeklagten A. von der Stichflamme erfasst und ange sengt und A. infolge des Luftdrucks durch die offene Tür nach aussen geworfen worden war. Nachdem G. sich aus der Tür befreit hatte, ging er mit A. und den inzwischen vom Wagen zum Tatort zurückgekommenen Angeklagten M. und S. zum Wagen, um sich seiner Verletzungen wegen – er glaubte insbesondere Knochenbrüche erlitten zu haben – zum Arzt fahren zu lassen ... Inzwischen waren mehrere Rüdesheimer Bürger, darunter die Zeugen B., R., B. und T., durch den Lärm der Explosion aufgeweckt, zur Synagoge geeilt, wo sie feststellten, dass die Synagoge voller Rauch war, die Gebetstühle schwelten und ein Vorhang sowie einige auf dem Boden herumliegende Gebetsrollen ange-

und ein Stück Papier mit dem Aufdruck: ‚Oberste SA-Führung München‘. Der Zeuge B. löschte sodann mit Hilfe eines schnell herbeigeschafften Minimax-Handgerätes die schwelenden Teile der Gebetstühle ab. Das war innerhalb weniger Minuten geschehen. Das Synagogengebäude selbst hatte, abgesehen von einer offenbar durch die Explosion zersprungenen Fensterscheibe, keine Beschädigungen erlitten... Die Ortspolizeibehörde in Rüdesheim hatte alsbald nach dem Brand der Synagoge, jedenfalls aber noch vor den am Nachmittag einsetzenden weiteren Zerstörungshandlungen, von ihrer vorgesetzten Dienststelle durch Funkspruch den Befehl erhalten, die Ausschreitungen gegen jüdische Kultstätten zu dulden. Am nächsten Morgen erstattete sie dennoch der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden Anzeige wegen Brandstiftung gegen unbekannt, erhielt aber hierauf keinen sachlichen Bescheid, sondern lediglich ein kurzes Schreiben der Staatsanwaltschaft, in dem diese ihrem Missfallen darüber Ausdruck gab, dass die Gemeinde Rüdesheim als einzige über den Synagogenbrand Anzeige erstattet habe.»<sup>11</sup>

Mit dem tölpelhaften Brandstiftungsversuch hatte es freilich sein Bewenden nicht. Am folgenden Tag wurde die Rüdesheimer Synagoge zerstört, und das Plündern und die Misshandlung jüdischer Bürger fanden statt wie überall.

In Düsseldorf spielte sich nach dem Bericht des Rabbiners Dr. Max Eschelbacher Folgendes ab. Gegen Mitternacht kam das Ehepaar von einem Besuch bei Freunden nach Hause zurück: «Kaum war ich da, als das Telefon läutete: Eine Stimme, die vor Entsetzen bebte, schrie: ‚Herr Doktor, sie zertrümmern das Gemeindehaus und schlagen alles kurz und klein, sie schlagen die Menschen, wir hören ihr Schreien bis hierher.‘ Es war Frau Blumenthal, die im Nachbarhause wohnte. Ich dachte in das Gemeindehaus zu gehen, obgleich ich dort nichts helfen konnte. Aber fast im gleichen Augenblick läutete es heftig an der Haustüre. Ich löschte die Lichter aus und sah hinaus. Der Platz vor dem Hause war schwarz von SA-Leuten. Im Augenblick waren sie oben und hatten die Flurtüre eingedrückt. Ich konnte nur sehen, dass das Treppenhaus voll von ihnen war, von Gemeinen und allerhand Vorgesetzten, kenntlich an ihren Mützen und Aufschlägen. Sie drangen in die Wohnung unter dem Chorus: ‚Rache für Paris! Nieder mit den Juden!‘ Sie zogen aus Beuteln Holzhämmer heraus, und im nächsten Augenblick krachten die zerschlagenen Möbel und klirrten die Scheiben der Schränke und der Fenster. Auf mich drangen die Kerle mit geballten Fäusten ein, einer packte mich und schrie mich an, ich solle herunterkommen. Ich war überzeugt, dass ich totgeschlagen werde, ging ins Schlafzimmer, legte

Uhr, Portemonnaie und Schlüssel ab und nahm Abschied von Berta. Sie sagte nur: Chasak! (Sei stark!)

Wie ich die Treppe hinunter gekommen bin, weiss ich selber nicht. Man ist in solchen Augenblicken glücklicherweise so benommen, dass man kaum bemerkt, was um einen vorgeht. Daher rührt die Unerschrockenheit, die man in derartigen Augenblicken zu haben scheint. Wäre man mehr bei Bewusstsein, dann hätte man auch mehr Angst. Unten war die Strasse voll von SA-Leuten. Es mögen im Ganzen, mit denen im Hause, 50-60 Mann gewesen sein. Ich wurde mit dem Rufe empfangen: ‚Jetzt predige mal!‘ Ich fing an, vom Tode des Herrn vom Rath zu sprechen, dass seine Ermordung ein Unglück mehr für uns, als für das deutsche Volk sei, dass wir keine Schuld an seinem Tode tragen ... Um die Ecke, in der Stromstrasse, sah ich die Strasse bedeckt mit Büchern, die aus meinem Fenster geworfen worden waren, mit Papieren, Akten, Briefen. Zertrümmert lag auf der Strasse meine Schreibmaschine. Während sich das alles abspielte, waren die SA-Leute bei Wertheimers in der Etage unter uns eingedrungen, hatten dort sehr viel zerstört, Herrn Wertheimer und seine Frau aus dem Bett geholt und heruntergebracht. Ich selber wurde von einem SA-Mann gepackt und in grossem Bogen über die Strasse an das Haus geschleudert. Ein Nachbar, der Augenzeuge war, sagte mir nachher, das sei mehrmals geschehen. Ich wurde dann in den Hausgang geworfen und zwischen der Wand und dem Lift eingesperrt. Dann kam der Kreisleiter und sagte: ‚Ich nehme Sie in Schutzhaft.‘ Nun begann der Marsch zum Polizeipräsidium. Ein Trupp SA-Leute zog vor uns. Dann kam ich, eskortiert von zweien. Dann wieder ein Trupp SA-Leute, sodann Herr Wertheimer, in gleicher Weise geleitet, dann, durch einen weiteren Trupp SA-Leute von uns getrennt, Frau Wertheimer im Pyjama und dann zum Schluss wieder eine Gruppe SA-Leute. Auf dem ganzen Weg sangen sie im Sprechchor: ‚Rache für Paris! Nieder mit den Juden!‘ Einer sagte mir: ‚Jetzt könnt ihr Laubhüttenfest feiern.‘ Passanten, die uns begegneten, stimmten auch ein: ‚Rache für Paris! Nieder mit den Juden!‘«

Zwölf Tage blieb der Rabbiner in Haft, am 22. November wurde er entlassen, erst jetzt erfuhr er, was sich im Einzelnen abgespielt hatte: «Es hatte viele Tote gegeben. Was sich in der Nacht abgespielt hatte, war ein Pogrom gewesen. Paul Marcus, der Inhaber des Café Karema, flüchtete, als sein Restaurant vollkommen zerstört war. Er ist in der Nacht erschossen worden und wurde am frühen Morgen vor der Wohnung von Dr. Max Loewenberg, am Martin-Luther-Platz, tot aufgefunden. In Hilden sind Frau Isidor Willner und ihr Sohn Ernst erstochen worden. Ferner sind dort Carl Herz und Nathan Mayer entweder erstochen oder erschossen worden. Der 68jährige Dr. Sommer in Hilden, ein Mann, der

in Mischehe lebte und sich nie um Jüdisches bekümmert hatte, ging, als (s)ein Haus geplündert und er selber schwer misshandelt worden war, mit seiner Frau und ihrem alten, ebenfalls arischen Mädchen in den Garten. Dort haben sich alle drei vergiftet. Die Leichen von Marcus, Herz und Mayer sowie von Frau Willner und Ernst wurden zunächst beschlagnahmt. Berta wandte alle ihre Energie an, um bei der Gestapo die Freigabe für die Beerdigung zu erwirken. Sie wurde endlich bewilligt. Die Leichen kamen von der Polizei in verschlossenen Särgen an. Sally Rosenbusch sprach die Gebete, ich war ja im Gefängnis. Kein Jude sonst durfte an diesem späten Abend des 15. November, beinahe acht Tage nach ihrer Ermordung, zugegen sein. Dafür waren mehrere Beamte der Gestapo da. Keine Untersuchung wegen Mordes ist eingeleitet worden. Noch zwei andere Tote hat die Nacht des zehnten November gefordert, Stefan Goldschmidt und Lewkowitz, beide in den Siebzigern. Ob auch sie erschlagen worden sind oder ob sie durch den Schrecken einen Herzschlag bekommen haben, konnte ich nicht erfahren... Mein erster Weg führte mich zur Synagoge. Ein hoher Bretterzaun umgab sie, die Scheiben waren geborsten, die Kuppel noch auf dem Dach, aber ausgebrannt, die Sparren ragten zum Himmel empor. In der Pogromnacht war eine Bande dort erschienen, einige sollen Ärzte von den Städtischen Krankenanstalten, einige Landgerichtsräte gewesen sein. Aus der Flora-Apotheke am Schadowplatz waren Mengen von Benzin herbeigeschafft worden, von anderen Orten Teer. Die Thorarollen wurden aus dem Aron Hakkodesch (Thora-Schrein) geholt und im Hof angezündet, wobei die Mordbrenner um sie herumtanzten, zum Teil in den Ornaten der Rabbiner und Chasanim (Vorbeter). Dann wurde alles Holz, insbesondere der Dachstuhl und die Bänke, mit Benzin und Teer bestrichen und angezündet. Bald brannte der Dachstuhl lichterloh. So ist unsere Synagoge verbrannt worden. Andere Synagogen sind gesprengt worden. Die Leichenhalle auf unserem alten Friedhof ist zerstört worden.»

Rabbiner Eschelbacher war überzeugt, dass der Pogrom Ergebnis minutiöser Planung gewesen war: «Die Plünderungen, Brandstiftungen, Morde, Verhaftungen, Misshandlungen erfolgten nach einem genau ausgearbeiteten Plan. Die Banden der Mordbrenner waren vorher schon bis ins Einzelne bestimmt. Herr vom Rath ist am späten Nachmittag des 9. November seinen Wunden erlegen. Mord und Zerstörung setzten um Mitternacht ein. Die Anweisungen zum Pogrom sind nach sorgfältiger Vorbereitung durch Funkspruch gegeben worden.»<sup>12</sup>

Detailliert waren auch die Regieanweisungen für die Berichterstattung am Tag nach der schrecklichen Nacht. Mit einer Meldung des Deutschen

Nachrichten Büros wurde die amtliche Version verbreitet. Sie lautete: «DNB Berlin, 10. November. Nach Bekanntwerden des Ablebens des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten Parteigenossen vom Rath haben sich im ganzen Reich spontane judenfeindliche Kundgebungen entwickelt. Die tiefste Empörung des deutschen Volkes machte sich auch vielfach in starken antijüdischen Aktionen Luft.» Dazu lieferte das Propagandaministerium in der Pressekonzferenz am 10. November Sprachregelung und Direktiven zur Placierung und Aufmachung der Nachricht für den 11. November: «Im Anschluss an die heute Morgen ausgegebene DNB-Meldung können eigene Berichte gebracht werden. Hier und dort seien Fensterscheiben zertrümmert worden, Synagogen hätten sich selbst entzündet oder seien sonstwie in Flammen aufgegangen. Die Berichte sollen nicht allzu gross aufgemacht werden, keine Schlagzeilen auf der ersten Seite. Vorläufig keine Bilder bringen. Sammelmeldungen aus dem Reich sollen nicht zusammengestellt werden, aber es könne berichtet werden, dass auch im Reich ähnliche Aktionen durchgeführt worden seien. Einzeldarstellungen darüber sind zu vermeiden. Über örtliche Vorgänge könne ausführlicher berichtet werden. Dies alles nur auf der zweiten oder dritten Seite. Wenn Kommentare für nötig befunden würden, so sollen sie nur kurz sein, und etwa sagen, dass eine beträchtliche begreifliche Empörung der Bevölkerung eine spontane Antwort auf die Ermordung des Gesandtschaftsrates gegeben habe.»<sup>13</sup>

Das wurde landauf, landab getreulich befolgt, und so las man im Trierer Nationalblatt: «Als die Nachricht vom Tode des der jüdischen Mörderhand zum Opfer gefallenen Botschaftsrats vom Rath in Trier bekannt wurde, hat sich die Erregung der Bevölkerung, die schon vorher gross war, noch mehr gesteigert. Überall sah man in der Nacht zum Donnerstag Gruppen von Menschen zusammenstehen und die Strassen durchwandern, die in höchster Erregung nicht nur die Tragik des Sterbens eines jungen deutschen Menschen besprachen, die vor allem auch mit dem echten Volksinstinkt nicht allein den Mörder selbst für die Tat verantwortlich machten, sondern in der rassistischen Zugehörigkeit eines Individuums die eigentliche Ursache des Meuchelmordes erblickten ... So ist es denn auch in Trier und überall im Trierer Lande im Laufe der Nacht zum Donnerstag und in den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages zu spontanen Kundgebungen gegen Juden gekommen, die zum Teil Zerstörungen am jüdischen Besitz nach sich zogen. In Trier selbst wurden die Fensterscheiben jüdischer Geschäfte eingeschlagen, die Auslagen durcheinandergeworfen und auch die Einrichtungen zum Teil erheblich in Mitleidenschaft gezogen.»<sup>14</sup>

Über die Ereignisse in Nürnberg und Fürth, die dem damaligen genius

loci der Stadt der Reichsparteitage und der Residenz des berüchtigten Chef-Antisemiten der NSDAP und fränkischen Gauleiters Julius Streicher entsprachen – mindestens 26 Menschen waren ums Leben gekommen, und die SA hatte in aussergewöhnlichem Masse geplündert –, war im Fränkischen Kurier zu lesen: «Die Nachricht von dem Tode des deutschen Gesandtschaftsrates vom Rath, der den Kugeln eines jüdischen Verbrechers zum Opfer fiel, löste in Nürnberg und Fürth, wie im ganzen Reiche, die stärkste Erregung der gesamten Bevölkerung aus. Diese Empörung steigerte sich im Laufe des Abends und der Nacht zu Aktionen gegen die in Nürnberg und Fürth wohnenden Juden. Die Synagoge in der Essenweinstrasse in Nürnberg und die Synagoge in Fürth wurden in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag in Brand gesteckt. Die beiden Synagogen sind im Innern völlig ausgebrannt; die sofort herbeigeeilte Feuerwehr verhinderte jede Ausdehnung des Brandes. Die Judengeschäfte wurden demoliert, die Scheiben wurden eingeschlagen und der Inhalt der Läden wurde durcheinandergeworfen. Zu Plünderungen ist es nirgends gekommen. Noch jetzt liegen die Waren zerstreut in den jüdischen Geschäften.»<sup>15</sup>

Das Göttinger Tageblatt berichtete mit mehr Energie und Engagement: «Zu stark traf uns der Schlag des internationalen Judentums, als dass wir darauf mit Worten allein hätten reagieren können. Eine seit Jahrzehnten aufgespeicherte Wut gegen das Judentum brach sich Bahn, für die sich die Juden bei ihrem Rassegenossen Grünspan, bei dessen geistigen oder tatsächlichen Lenkern und bei sich selbst bedanken können ... Dabei ist mit den Juden selbst glimpflich verfahren worden. Es ist lediglich demonstrativ vor Augen geführt worden, welchen Grad der Zorn des deutschen Volkes erreicht hat, ohne dass dabei Juden an Leib und Seele Schaden erlitten haben... Wir brauchen in Göttingen nicht zu verschweigen, was sich in der Nacht zum 10. November zugetragen hat. Wer dafür kein Verständnis aufbringt, ist unfähig, die Stimme des Volkes zu verstehen. Wir haben gesehen, dass der gelbe Tempel des rachsüchtigen Judengottes in der Oberen Maschstrasse in Flammen aufgegangen ist und dass die Fensterscheiben einiger noch in jüdischen Händen befindlicher Geschäfte gestern Morgen nicht mehr vorhanden waren. Die Sicherheitsbehörden haben dafür gesorgt, dass es bei diesen Demonstrationen des Volkszorns blieb.»<sup>16</sup>

Mächtig ins Zeug legte sich auch der Redakteur der Hohenzollerischen Blätter, der über die Ereignisse in Hechingen berichtete: «Das Bekanntwerden des Ablebens des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten, Parteigenossen vom Rath, hat, wie im ganzen Reich, so auch in unserer Stadt tiefste Empörung und gerechten Zorn des Volkes ausgelöst. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag

sammelten sich in der Goldschmiedestrasse vor der Synagoge empörte Volksgenossen, die in durchaus verständlicher und berechtigter Erregung diese jüdische Kultstätte zum Zielpunkt ihres Vergeltungswillens genommen hatten. Binnen kürzester Zeit waren die Türen erbrochen und die gesamten Einrichtungsgegenstände zerstört. In ihrem kaum zu überbietenden Zorn machten die Volksgenossen derart ‚ganze Arbeit‘, dass an eine Wiederherstellung der Innenausstattung für den bisherigen Zweck nicht mehr gedacht werden kann. Das im Jahre 1775 erbaute Haus, welches seit seinem Bestehen den Juden als religiöser Versammlungsraum diente, gleicht innen einem Trümmerhaufen. Auch sämtliche Fenster und Türen sind zerschlagen. Die schon in den frühen Morgenstunden des Donnerstags zur Goldschmiedestrasse strömende Einwohnerschaft diskutierte erregt über den gemeinen Meuchelmord an einem hoffnungsvollen jungen Deutschen und gab unverhohlen ihrer Befriedigung über die empfindliche Vergeltung des heimtückischen Schurkenstreiches Ausdruck. Mit Abscheu spricht jedermann von dem jüdischen Pack, das nun auch hier in Hechingen die Faust des Volkes zu spüren bekam. Möge dieses Beispiel der Judenschaft zeigen, dass Deutschland nicht länger mit sich spielen lässt und seine Feinde dort zu treffen weiss, wo es sie am meisten schmerzt. – Überflüssig zu sagen, dass von Ausschreitungen oder gar Plünderungen nirgends etwas bemerkt werden konnte. Wer Zeuge der antijüdischen Aktionen war, musste sich vielmehr über die Disziplin, die von der Volksmenge trotz der Empörung über die jüdische Mordtat gehalten wurde, wundern.»<sup>17</sup>

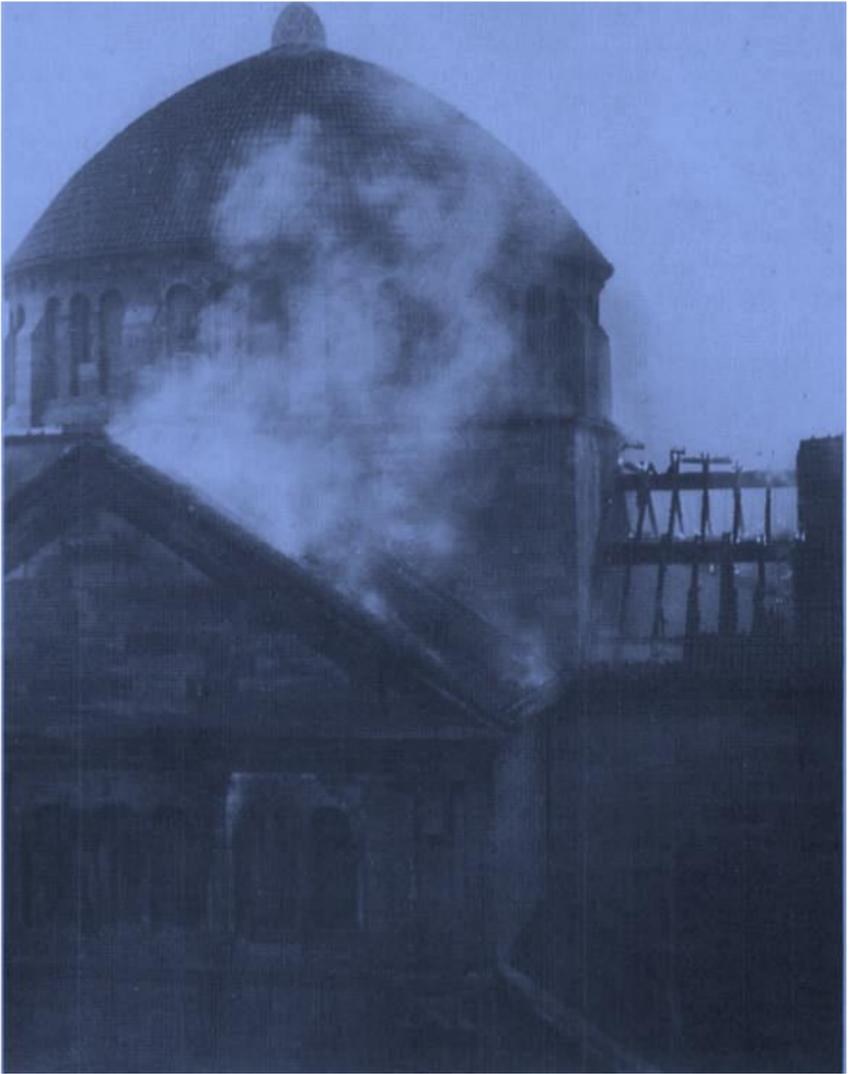
Über die «gewaltige Empörung gegen das Judentum in München» berichtete der Münchner Beobachter, das lokale Beiblatt des Völkischen Beobachters auf Seite 13: «Das hat der 10. November in München wie im ganzen Reich klar erkennen lassen! Eine ausgebrannte Synagoge in der Herzog-Rudolf-Strasse, eingeworfene Schaufenster in zahlreichen jüdischen Geschäften der Neuhauser, Wein- und Theatinerstrasse, im Tal, Rosenthal, am Stachus und Lenbachplatz-um nur einige zu nennen – sowie eine grössere Zahl von in Schutzhaft genommenen Juden sind zunächst nur ein kleiner Denkkettel, durch den sich die geradezu bewundernswerte Langmut des deutschen Volkes einmal Luft gemacht hat.»<sup>18</sup>

In der Norddeutschen Ausgabe des Völkischen Beobachters konnte man die amtliche Version dessen, was in der Reichshauptstadt Berlin geschehen war, nachlesen: «Im ganzen Berliner Westen, wie überall auch sonst, wo die Juden sich noch in der Reichshauptstadt breitmachten, ist kein Schaufenster eines jüdischen Geschäftes heilgeblieben. Zorn und Wut der Berliner, die trotz allem grösste Disziplin bewahrten, hielten sich doch in bestimmten Grenzen, so dass Ausschreitungen vermieden und

keinem einzigen Juden auch nur ein Haar gekrümmt wurde. Die in den zum Teil allzu prächtig ausgestatteten Fenstern feilgebotenen Waren blieben unberührt, höchstens dass hier und da der eine oder andere Gegenstand durch einen Steinwurf oder eine herabfallende Scherbe beschädigt wurde... Die drei Berliner Synagogen sind in Brand geraten ... In allen Strassen Berlins, in den Städten der Mark, überall wo Juden wohnen und ‚arbeiten‘, bietet sich den Passanten das gleiche Bild: in geräumten Auslagen und Schaukästen gähnt die Leere, nirgendwo ist ein Jude zu sehen. Nur hier und da sieht man hinter den teilweise verriegelten und durch Gitter geschützten Eingängen einen Sohn Israels bei Aufräumungsarbeiten. Die Bevölkerung verhält sich heute absolut ruhig, jeder geht seiner Beschäftigung nach und nimmt von den zertrümmerten Schaufenstern nur im Vorübergehen – allerdings mit nicht unverständlicher Freude und Genugtuung – gebührend Kenntnis.»<sup>19</sup>

Weitere Beispiele des verordneten Zynismus in der Presse liessen sich beliebig aneinanderreihen. Gegenüber den Beteuerungen, wie spontan der Volkszorn gewesen, wie diszipliniert sich die Erzürrnten verhalten hätten, dass nichts geplündert, dass den Juden ja kaum ein Haar gekrümmt worden sei, steht die Bilanz, die die Exponenten des NS-Regimes unter Görings Vorsitz am 12. November 1938 aufmachten. Heydrich, der Gestapo-Chef, trug bei der Sitzung, an der Vertreter aller Reichsministerien und anderer Stellen teilnahmen und bei der das weitere Vorgehen gegen die Juden besprochen wurde, Zahlen vor: 7'500 zerstörte Geschäfte mit einem vorläufig geschätzten Gesamtschaden an Sachen, Inventar und Waren von mehreren hundert Millionen Reichsmark. Ein Versicherungsexperte berichtete dann über den Schaden, der durch Diebstahl und Plünderung entstanden war; er illustrierte den Sachverhalt am Beispiel des Juweliergeschäfts Margraf Unter den Linden in Berlin, das vollkommen ausgeplündert worden war und einen Schaden in Höhe von 1,7 Millionen Mark bei der Versicherungsgesellschaft geltend machte.

Göring befahl Riesenrazzien, um die Juwelen wieder herbeizuschaffen. Kurt Daluge, SS-General und Chef der Ordnungspolizei, sagte, das sei schon angeordnet und 150 Verhaftete gebe es auch schon. Heydrich, der Chef der politischen und der Kriminalpolizei, fügte hinzu, im ganzen Reich sei in rund 800 Fällen geplündert worden, mehrere hundert Plünderer seien aber bereits verhaftet. Angesichts der Grössenordnung des Sachschadens entfuhr Göring die Bemerkung, ihm wäre es lieber gewesen, man hätte 200 Juden erschlagen, anstatt solche Werte zu vernichten. Heydrich warf ein, es habe 35 Tote bei der Aktion gegeben – das war aber nur ein geringer Teil der tatsächlichen Todesopfer des



**Abb. 3:** Brennende Berliner Synagoge am 10.11.1938.

Pogroms, zu denen die Selbstmorde und die an den Folgen der Misshandlung später Gestorbenen ja auch gerechnet werden müssen.

Göring war aber nur über die ökonomischen Konsequenzen des von Goebbels entfachten «Volkszorns» empört, denn die mit so grosser Zerstörungslust angerichteten Schäden trafen teilweise gar nicht die

Juden. Die zerschlagenen Scheiben der jüdischen Geschäfte im Wert von ca. 6 bis 10 Millionen Reichsmark mussten durch die Versicherungen den Hausbesitzern, die zum grössten Teil nicht jüdisch waren, ersetzt werden. Das setzte der Versicherungsexperte Hilgard den Herren auseinander, und auf die dümmliche Bemerkung Goebbels', der Jude müsse den Schaden bezahlen, tobte Göring los und meinte, das habe doch keinen Sinn, weil Deutschland keine Rohstoffe habe und das ausländische Glas gegen Devisen kaufen müsse. Schaufensterglas wurde ausschliesslich in Belgien produziert, und eine halbe Jahresproduktion der gesamten belgischen Glasindustrie hatten die Helden der Pogromnacht in wenigen Stunden zerschlagen.<sup>2»</sup>

Entgegen den amtlichen Verlautbarungen hatten die Sachwalter des deutschen Volkzorns jüdisches Eigentum in grossem Stil geraubt und gestohlen. Aber auch en détail bedienten sie sich ungeniert. Erna Philipp, Sozialarbeiterin und Sekretärin der jüdischen Gemeinde in Bochum, berichtete, wie in der Nacht vom 9. zum 10. November zwischen zwei und drei Uhr fünfzehn Männer in ihre Wohnung eindringen:

**Abb. 4:** Zerstörtes jüdisches Geschäft mit verbreiterten Schaufenstern in Hanau; 12.11.1938. Den jüdischen Inhabern wurde auferlegt, ein ordentliches Erscheinungsbild der Geschäfte auf eigene Kosten wiederherzustellen.



«Zwischen 2-3 a. m. in der Nacht vom 9.-10. November 1938 drangen 15 Männer in meine Wohnung ein. Sie erbrachen die Haustür (christliche Hausbesitzer) und bedrohten diese durch Vorhaltung von Revolvern in der gleichen Weise, in der mich zwei Männer mit Revolvern beschütztem und sich, nachdem genügend gestohlen und zertrümmert war (10 Leute und ein Anführer besorgten das), mit höflicher Verbeugung verabschiedeten mit der Versicherung, sie seien dagewesen, damit mir kein Haar gekrümmt wurde. Bemerkenswert war die Organisation des Diebstahls. Bargeld, Schreibmaschine, Leica, Schmuck, Haushalts-Silber, Kunstgegenstände wurden in meine Aktentaschen und Koffer verpackt, wertvolle Bilder und Zeichnungen sorgfältig aus den Rahmen geschnitten. Nichts Zerbrechliches blieb heil in der Wohnung.»<sup>21</sup>

Das Ende der amtlich inszenierten Demonstration der Volkswut gegen die Juden wurde schon am 10. November dekretiert, und zwar durch Goebbels auf der ersten Seite des Völkischen Beobachters: «Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden.»<sup>22</sup> Sowenig aber der Pogrom eine spontane Aktion der Bevölkerung gewesen war, so schlecht liess er sich jetzt beenden. Die Geister, die er gerufen hatte, wurde Goebbels so schnell nicht los. Die Behauptung, das deutsche Volk habe «dem Gebot der Regierung willig und diszipliniert Folge geleistet», und in «Stundenfrist seien Demonstrationen und Aktionen zum Schweigen gebracht worden»<sup>23</sup>, war gelogen. Die Ausschreitungen gingen an einzelnen Orten bis zum 13. November weiter. Der Organisator des Pogroms musste sich nicht nur von Göring rüffeln lassen, sondern auch das Oberste Parteigericht der NSDAP übte im Februar 1939 Kritik an der Art der Goebbellsschen Inszenierung. Es hatte sich mit den Ereignissen des November 1938 weniger deshalb zu befassen, um Ausschreitungen zu ahnden, als um die Morde, Plünderungen und Vergewaltigungen, die Parteigenossen verübt hatten, der öffentlichen Gerichtsbarkeit zu entziehen. Das Parteigericht empfahl Hitler, in den meisten Fällen die Verfahren vor den ordentlichen Gerichten niederzuschlagen mit der Begründung, es habe sich «um Tötungen auf Befehl, aufgrund unklaren oder vermeintlichen Befehls, ohne Befehl aus Hass gegen den Juden und aus der Auffassung heraus, dass nach dem Willen der Führung Rache genommen werden sollte für den Tod des Pg. vom Rath, oder um Tötungen aufgrund plötzlich aus der Situation heraus in der Erregung gefassten Entschlusses» gehandelt.

Aus diesem Anlass hatte sich das NSDAP-Gericht gründlich mit dem Problem der Gesamtverantwortung für die Exzesse beschäftigt und war zu dem Schluss gekommen, dass die verschleierte Befehlsgebung durch Goebbels unzeitgemäss gewesen sei: «Eine andere Frage ist die, ob der absichtlich unklar, in der Erwartung gegebene Befehl, der Befehlsempfänger werde den Willen des Befehlsgebers erkennen und danach handeln, nicht im Interesse der Disziplin der Vergangenheit angehören muss. In der Kampfzeit mochte er in einzelnen Fällen notwendig sein, um einen politischen Erfolg herbeizuführen, ohne dem Staat die Möglichkeit zu geben, die Urheberchaft der Partei nachzuweisen. Dieser Gesichtspunkt fällt heute weg. Auch die Öffentlichkeit weiss bis auf den letzten Mann, dass politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht. Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muss das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei.»<sup>24</sup>

## Die Täter

Der Pogrom war also, wie jedermann wusste und wie die Aktivisten nach 1945 vor Gericht immer wieder beteuerten, eine befohlene Sache, aber das Engagement, mit dem der Befehl allenthalben ausgeführt wurde, machte erst die Dimension des Ereignisses aus. Goebbels hatte an die niederen Instinkte appelliert und eine Welle von Aggressionen und Vandalismus, Zerstörungsrusch und Mordlust ausgelöst, die biedere Bürger und harmlose kleine Leute in Bestien verwandelte. In Köln beobachteten zwei Kinder die Zerstörung eines kleinen jüdischen Altwarenladens: «SA-Männer hatten sich im Halbkreis vor das Geschäft der Eltern meiner Schulfreundin postiert und warfen abwechselnd unter Gebrüll Juden raus' eine dicke Eisenkugel in den Laden, dessen Schaufenster sie zertrümmerte und dessen Auslagen sie zerstörte. Nun blieben auch wir Kinder wie erstarrt stehen und blickten hinüber zu den Eltern meiner Schulfreundin, die wortlos zusahen, wie man ihren Besitz vernichtete. Ich verstand nicht, warum diese Menschen sich so gar nicht gegen diese Zerstörungswut wehrten, und unbegreiflich war mir auch, dass da so viele Menschen herumstanden und nicht die geringsten Anstalten machten, hier einzugreifen.»<sup>27</sup>

In Esslingen war das jüdische Waisenhaus Ziel der aufgeputschten Nationalsozialisten: «Am 10. November 1938 zwischen 12 und 1 Uhr erschienen im Speisesaal des Waisenhauses mit Äxten und schweren Hämmern bewaffnete Zivilisten und SA-Leute und zwangen uns unter

den Rufen ‚Raus mit euch‘, das Haus zu verlassen und uns hinter dem Gebäude am Komposthaufen zu versammeln. Ein Teil der Kinder floh, die übrigen wurden mit uns von SA bewacht. Ich persönlich kannte keinen der Leute, habe aber einen besonders rohen Rothaarigen und einen Buckligen in steter Erinnerung. Während sich ein Teil unbeteiligt in den Gängen und ausserhalb aufhielt, zerstörten die anderen, was erreichbar war. Aus den Zimmern der Lehrer und aus unserer Wohnung warf man Bücher, aus dem Betsaal Gebetbücher, Thorarollen und Gedenktafeln auf einen brennenden Scheiterhaufen. Den weinenden Kindern drohte einer dieser Rohlinge, man werde auch sie dort verbrennen ... Dann kam der Befehl, die Kinder noch vor Einbruch der Nacht wegzubringen. Nach langen Verhandlungen erlaubte man meinem Mann, Stuttgarter Bekannte anzurufen, um die Kinder mit Autos zu holen. Wir hatten zu unterschreiben, dass wir, mein Mann und ich, als letzte das Haus bis 7.30 Uhr nächsten Tages zu verlassen hätten, andernfalls man uns in Schutzhaft nehmen werde. Taxichauffeuren und Privatleuten, die Kinder wegbringen wollten, wurde jede Verbindung mit uns verboten. Ehemalige Zöglinge aus Stuttgart kamen auf Umwegen während der Nacht und halfen uns. Wir verliessen das Haus mit Rucksäcken... Einige Kinder hatten sich zu Fuss auf den Weg nach Stuttgart gemacht, sie fanden Hilfe unterwegs von Passanten.»<sup>26</sup>

Das Schicksal einer Nürnberger Arztfamilie ist komprimiert in der Aussage eines Zeugen in einem der Wiedergutmachungsverfahren des Jahres 1954: «In der Nacht nach dem ‚gläsernen Donnerstag‘ 9./10.11. 1938 sah ich sofort nach einigen Freunden, um zu helfen, soweit man damals überhaupt in der Lage war. Ich fuhr sofort nach Nürnberg zur Familie Dr. Albert Weinstock, und was sich da meinen Augen bot, werde ich in meinem Leben nicht vergessen können. Dass es Menschen gibt, die eine solche Verwüstung anrichten können, hielt ich nicht für möglich, es müssen Bestien gewesen sein, die in ihrem Hass keine Grenzen mehr sahen. Die Wohnung der Familie Dr. Weinstock bot ein Bild des Grauens. Im Wohnzimmer lagen die Scherben so hoch, dass man kaum zu gehen vermochte. Die Wohnzimmermöbel, schwer und wuchtig, waren vollständig zertrümmert, die Türen des Büfetts z.B. mit dem Beil aufgeschlagen und sämtliches Porzellan, sämtliche Gläser herausgeworfen. Der Flügel (oder Klavier) war so zerstört, wie man es sich kaum vorstellen kann. Mutwillig waren mit dem Beil die einzelnen Tasten der Klaviatur herausgeschlagen! Was an Marmor anzutreffen war, wurde zerschlagen. Die Einrichtung des Speisezimmers war zerstört, die Bücher teilweise zum Fenster hinausgeworfen. Was an Tischen aus Edelh Holz vorhanden, war so zerschmettert, dass es nicht mehr zu leimen war. Im Schlafzimmer war der Toilettentisch samt Spiegel und

Tischplatte aus Glas zerschlagen, der Kleiderschrank aufgebrochen, die Wäsche herausgeworfen, um zum Schmuck und dem Geld zu kommen, das im Schrank unter der Wäsche versteckt war... Soweit die materielle Seite, die man wieder gutmachen kann.

Ich möchte nicht versäumen, auch auf die menschliche Seite einzugehen, da sie weitaus grössere Folgen hatte und nicht mehr gutgemacht werden kann; denn derartige Schandtaten kann man mit Geld nicht aufwiegen. Die Leute, die ich in der Wohnung antraf, nämlich Herrn Dr. Albert Weinstock, seine Ehefrau Dora und die beiden Söhne im Alter von etwa 12 und 14 Jahren, waren ein Bild des Jammers, und es hat mich damals selbst ganz schön Nerven gekostet, diesen armen Menschen ein ganz klein wenig Mut zu machen. Die Jungen waren vollständig verstört. Die SA-Rohlinge hatten die Jungen, die man doch noch als Kinder ansprechen musste, mit dem Gesicht zur Wand gestellt und mit der Pistole bedroht. Man hat sie durch die ganze Wohnung geführt, immer unter der Androhung des Erschiessens, und sie mussten zusehen, wie man die Familienwerte und Erinnerungen zerstörte. Frau Weinstock wurde ebenfalls mit der Pistole bedroht und zur Herausgabe des Schmucks (zum Teil alter Familienschmuck) und Geldes aufgefordert, was sie unter diesen Umständen nicht verweigern konnte. Dass Herr Dr. Weinstock selbst nicht sanft behandelt wurde, brauche ich nicht zu erwähnen, trotzdem war er am schnellsten mindestens äusserlich gefasst, weil er um seine Angehörigen besorgt war. Folgen: Dr. Weinstock konnte es nicht überwinden, dass man ihm, der er ein so grosses Ansehen als Arzt und Mensch in Nürnberg genossen hat, wie einen Verbrecher behandelte einzig und allein seiner Abstammung wegen. Er nahm sich das Leben! Kurt Weinstock, der ältere Sohn, der an sich etwas schwach war, hat die Folgen des erlittenen Schocks nie überwinden können und starb nur dreissigjährig, eine gebrochene Mutter zurücklassend. Frau Dr. Weinstock selbst hat diese grausige Nacht auch nie vergessen und sich ebenfalls nie von dem Schrecken erholt.»<sup>27</sup>

Dumpe Aggression als Folge der Verhetzung ist als einziges Motiv der schweren Misshandlung auszumachen, bei der das Opfer ein älterer Mann und der Täter ein 17jähriger Hilfsarbeiter war. Die kleine Stadt Assenheim in Hessen (sie hatte 1933 1216 Einwohner, darunter 21 Juden) war Schauplatz der Tat, die im Herbst 1946 gerichtlich geahndet wurde. Der Täter wurde zu zwei Jahren Gefängnis wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung verurteilt, die Rädelsführer und Anstifter konnten nicht zur Verantwortung gezogen werden. Der Angeklagte zeigte sich reuig und geständig. Er hatte in Assenheim die Volksschule besucht, dann eine Maurerlehre abgebrochen und war seit 1937 am Westwall beschäftigt. Am 8./9. No-

vember hatte er Heimaturlaub: «Er war an dem Tage der Aktion gegen 13 Uhr in Assenheim angekommen. Da er niemand seiner Angehörigen zu Hause vorfand, fuhr er mit seinem Fahrrad ins Dorf, um dieselben zu suchen. Als er in die Nähe der Apotheke kam, sah er vor dem Hause Liebmann eine grössere Menschenmenge, zumeist Jugendliche, stehen. Schon beim Näherkommen hörte er, wie der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Hergert, die Anwesenden aufforderte, ins Haus einzudringen und den schon betagten Liebmann herauszuholen. Der Angeklagte stellte jetzt sein Rad in der Nähe ab, mengte sich unter die Anwesenden und begab sich kurz darauf in den Hof des Liebmannschen Hauses. Von dort ging er mit einigen anderen in das Haus. Er stieg zunächst in den oberen Stock, wo er die Möbel bereits zerschlagen vorgefunden haben will. Eine Uhr nahm er und warf sie zum Fenster hinaus. Mit dem Fuss trat er ein anderes Fenster ein, kletterte auf die Altane des Hauses und von dort durch ein bereits zerschlagenes Fenster wieder ins Zimmer. Dann begab er sich zum Erdgeschoss. Als er die Treppe herunterkam, bemerkte er, wie mehrere ihm nicht mehr bekannte Männer auf den in eine Ecke gedrängten, blutenden Liebmann einschlugen. Dieser wehrte sich mit einem Spazierstock. Der Angeklagte, der an der Gruppe vorbeiwollte, fühlte sich dabei von Liebmann angegriffen. Zur Abwehr ergriff er den Stock und entwendete ihn dem Verteidiger. Er hat dann mit auf Liebmann eingeschlagen, doch ist ihm der Gegenstand, den er dabei in den Händen hielt, nicht mehr bekannt, auch nicht, wo er den Angegriffenen traf. Ein Beil will er jedoch nicht gehabt haben. Der so hart bedrängte Liebmann versuchte nun, das Freie zu gewinnen. Die Angreifer folgten ihm. Voran der Angeklagte, der den Flüchtenden einholte. Mit Schritten und Schlägen trieb er ihn vor sich her. Diese Jagd ging ungefähr 100 Meter so. Da hakte der Angeklagte mit dem immer noch in seiner Hand befindlichen Spazierstock das Bein des Verfolgten ein und brachte diesen dadurch zu Fall. Dann stürzte er sich selbst auf den wehrlos Daliegenden, um weiter auf ihn einzuschlagen. In diesem Augenblick griff der Zeuge K. ein, der den Angeklagten von seinem Opfer wegriss. – Liebmann, der einige Zeit später seinen Sohn, den Zeugen Liebmann, der inzwischen verhaftet worden war, im Arrestlokal besuchte, erzählte diesem, dass er schon kurze Zeit nach dem Eindringen der Menge ins Haus mit einem Beil einen Schlag quer unter der Stirn über die Nasenwurzel erhalten habe, der ihm das Augenlicht genommen habe.»<sup>28</sup>

Die Geschehnisse des 10. November 1938 in der hessischen Kleinstadt Büdingen unterschieden sich weder dem Grad der Roheit nach, der dabei zum Ausdruck kam, noch in der Anteilnahme der Bevölkerung von den Exzessen im übrigen Deutschen Reich: «Zunächst wurden

zahlreiche jüdische Einwohner von Büdingen von nicht mehr zu ermittelnden Tätern aus ihren Wohnungen geholt und in das Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Am frühen Nachmittag rottete sich eine grössere Menschenmenge zusammen, die durch die Strassen der Stadt zog und Gewalttätigkeiten beging. Während zahllose Neugierige von der Strasse aus zusahen, drangen einzelne Haufen, zumeist aus Jugendlichen und Schulkindern bestehend, in die jüdischen Wohnungen ein, zertrümmerten die Möbel und andere Einrichtungsgegenstände, zerschlugen Fensterscheiben und Geschirr, schlitzen die Betten auf und warfen Möbelstücke, Wäsche und andere Dinge auf die Strasse. Diese Umtriebe, die hin und wieder etwas abebbten und später wieder von Neuem aufflackeren, dauerten bis in die Abendstunden.»<sup>29</sup>

Solchen Tatbestand – juristisch klassifizierbar als Aufruhr und Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung und Nötigung – rekonstruierte die Erste Strafkammer des Landgerichts Giessen Anfang 1949. Einer der Angeklagten, der Metzgergeselle L., war zur Tatzeit achtzehn Jahre alt. Er gehörte weder der Hitlerjugend noch der NSDAP an, galt als fleissig und tüchtig. 1939 verheiratete er sich, wurde erst zum Arbeitsdienst und dann zur Wehrmacht eingezogen; 1945, aus britischer Gefangenschaft entlassen, stellte ihn, weil er so fleissig und tüchtig, ordentlich und gefällig war, sein alter Meister wieder ein. Er war inzwischen Vater von zwei Kindern geworden, die Spruchkammer hatte ihm den Jugendamnestie-Bescheid erteilt. Den folgenden Sachverhalt bestätigten nicht nur mehrere glaubwürdige Zeugen, sondern auch der Angeklagte selbst: «Am 10. November 1938 verliess L. nachmittags nach Beendigung seiner Arbeit den Schlachthof, schaffte sein Arbeitsgerät nach Hause und ging zur Schlossgasse, weil er auf dem Heimweg viele Menschen in dieser Richtung hatte laufen sehen. Er schloss sich ihnen an und kam zum Hause Hirschmann, wo das Zerstörungswerk schon fast zu Ende war. Gruppen von Jugendlichen und auch einige Erwachsene machten sich jedoch noch in der Wohnung zu schaffen. L. ging deshalb ebenfalls in die Wohnung. Als hier die annähernd 60jährige Frau Hirschmann, die mit ihrem gelähmten Mann in der Küche sass, von zwei jungen Burschen die Treppe hinuntergestossen wurde, folgte L. ihnen, fasste Frau Hirschmann auf der Strasse plötzlich und trieb sie etwa 300 m die Schlossgasse entlang durch die Menge. Er hatte sie dabei an den Kleidern gepackt, schlug auf sie ein und trat sie mit seinen Metzgerstiefeln, wohin er sie gerade traf. Als einige Jugendliche der alten Frau mehrmals ein Bein stellten, so dass sie zu Boden stürzte, riss er sie jedesmal wieder hoch, trieb sie weiter vor sich her und schrie, er wolle sie ins Wasser werfen.»<sup>30</sup>

Unnötig zu sagen, dass das Opfer dem Täter, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, nie etwas zuleide getan hatte. So entsetzlich wie

unverständlich die Exzesse waren, wenn Jugendliche ohne erkennbare Bindung an den Nationalsozialismus als Täter in Erscheinung traten, so waren die Untaten der Antisemiten und Hitleranhänger nicht weniger abscheulich. Die Parteigenossen zeigten sich im Nachhinein auch weniger tapfer als während des Pogroms.

Das Schulbeispiel bot ein Mannheimer Apotheker, der als fanatischer Nazi und Judenhasser stadtbekannt war. Der Pharmazeut hatte sich, was er später vor Gericht zu leugnen versuchte, heimlich schon 1933 der NSDAP angeschlossen. Im Ersten Weltkrieg, den der 1881 Geborene seiner schwachen Gesundheit wegen nicht aktiv mitmachen konnte, hatte er der ultra-chauvinistischen Vaterlandspartei angehört. Am 10. November 1938 betätigte er sich an der Spitze einer Gruppe uniformierter SA-Leute als Antreiber und Anführer bei der Verwüstung und Plünderung von Wohnungen jüdischer Bürger. Im Juni 1948 verurteilte ihn das Landgericht Mannheim wegen Landfriedensbruchs. Die örtliche Apothekerschaft hatte sich im März 1946 in einer einstimmig angenommenen Resolution feierlich distanziert, sie verurteilten «mit Abscheu das menschen- und standesunwürdige Verhalten», das der Kollege während der Nazizeit an den Tag gelegt habe, und erklärten, «sie duldeten nicht länger, dass er einer der ihrigen sei». Er muss es also, wenn die Standesgenossen sich nachträglich so drastisch äusserten, besonders schlimm getrieben haben. Vor Gericht bestritt der Apotheker jede Beteiligung am Pogrom und behauptete entgegen einer Vielzahl glaubwürdiger Zeugenaussagen, er sei, da er im Übrigen von der ganzen Entwicklung am 8. und 9. November nichts gewusst habe, am frühen Morgen des 10. November nach Heidelberg gereist und erst am Nachmittag, als die Ausschreitungen vorbei waren, wieder nach Mannheim zurückgekehrt.

Die dreiste Feigheit des Scharfmachers nach der Tat nahm seine Richter zusätzlich gegen ihn ein. Sie verurteilten den Apotheker zu zwei Jahren Zuchthaus und begründeten das folgendermassen: «Der Angeklagte ist zwar noch nicht vorbestraft. Dieser Umstand allein war aber nicht geeignet, ihm die Zubilligung mildernder Umstände zu sichern. Er ist Akademiker und verfügte danach über einen Bildungsgrad, der ihm mehr als jedem sonstigen das Unrecht und die Ungeheuerlichkeit der Tat zum Bewusstsein kommen lassen musste. Weit entfernt davon, aus solcher Erkenntnis die Schlussfolgerung zu ziehen, andere weniger gebildete und einsichtsfähige Personen von der Verübung solcher Scheusslichkeiten, die dem Normalempfinden eines jeden Kulturmenschen hohnsprechen, abzuhalten, hat er seine Autorität dazu missbraucht, um anderen mit dem übelsten Beispiel voranzugehen, und dies in einem Ausmass, das in so kurzer Zeitspanne überhaupt nicht Überboten werden

konnte. Die Tatsache, dass er, wie er selbst vorträgt, früher von jüdischen Kreisen finanziell unterstützt wurde, entlastete ihn nicht, sondern belastete ihn umso mehr, als er die frühere Hilfe in übelster Weise vergalt. Dabei hat er auf Kranke und Sterbende, auf frühere Bekannte und auf alleinstehende Frauen keine Rücksicht genommen. Ihn trieb nur der Vernichtungswille. Jegliche Einsicht fehlt ihm. In nach wie vor überheblicher Form, dazu in feiger nunmehriger Verleugnung der Ideen und der Taten, die er früher als vorbildlich propagierte, verschanzt er sich nunmehr hinter behaupteter Unkenntnis und Ortsabwesenheit. Für Zubilligung mildernder Umstände war bei diesem Sachverhalt kein Raum. Nur die ganze Härte des Gesetzes kann ihm vielleicht noch zum Bewusstsein bringen, wie unrecht er gehandelt. So viele Schändlichkeit konnte und durfte nur mit einer Zuchthausstrafe geahndet werden. Eine solche in Höhe von zwei Jahren erschien schuldangemessen. Bei der Ehrlosigkeit der Gesinnung, die sich in der Handlungsweise des Angeklagten offenbarte, mussten ihm auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden. Die Dauer der Aberkennung hat man auf zwei Jahre bemessen. Da der Angeklagte die Dauer der Untersuchungshaft durch sein beharrliches Leugnen selbst verschuldet hat, erschien es nicht angebracht, sie ihm auf die Strafe anzurechnen.»<sup>31</sup>

## Die Opfer

In Erfurt lebten zurzeit der nationalsozialistischen Machtübernahme etwa 830 Juden. In der Pogromnacht wurden alle Männer zwischen 18 und 80 abgeholt. Unter ihnen der Rechtsanwalt und Notar Dr. Harry Stern, Präsident der örtlichen Bnai Brith Loge. An der brennenden Synagoge vorbei wurde Dr. Stern in eine Turnhalle gebracht. «Dort herrschte ein schrecklicher Lärm durch die teilweise offensichtlich betrunkenen Angehörigen der Polizei, SS und SA, teilweise auch von Leuten in Zivil... An einem Tisch wurden meine Personalien festgestellt, dann wurde ich von zwei Männern ergriffen und in einen Waschraum geführt. Hier standen zwei SA-Männer mit Knüppeln, die uns offenbar verhaften sollten. Einer erhob den Knüttel und berührte mich damit. Der andere sagte: ‚Schrei, was du kannst‘, was ich tat. Sie wollten offensichtlich ihren Befehl zum Schlagen umgehen. Dann wurde ich aus der Waschzelle herausgestossen und von anderen SA-Männern ergriffen, mit dem Gesicht zur Wand gestellt; ich fand dabei eine grössere Anzahl von anderen Juden vor. Wir mussten in Kniebeuge gehen, was die grösste Qual war, die ich je erlebt habe... Einige der Nazis nahmen sich besonders Juden vor, die sie persönlich kannten, um



**Abb. 5:** Antisemitische Parolen und Hinweis auf das Konzentrationslager Dachau an der Fensterfront eines jüdischen Geschäfts in Wien, Oktober 1938.

an ihnen ihre Wut auszulassen. Der getaufte Rechtsanwalt Flesch wurde besonders durch einen SA-Mann gequält und beleidigt, gegen den er in einem Ehescheidungsprozess vor Gericht vertreten hatte. Eine Anzahl von Juden – ohne Rücksicht auf Alter und Körperbeschaffenheit – musste die in der Turnhalle angebrachten Leitern heraufklettern. Unten standen Nazis mit Reitpeitschen, sie schlugen so lange zu, wie die Menschen auf den Leitern in Reichweite waren ... Wir mussten antreten und nach den Klängen des Horst-Wessel-Liedes herummarschieren. Dann wurde kommandiert ‚Juda verreckeh zu schreien, was wir tun *mussten*. Danach wurden wir in Omnibusse verladen und nach Buchenwald gebracht, wo wir beim Morgengrauen eintrafen.›<sup>32</sup>

Was nach dem Schrecken dieser Nacht die Einlieferung in eines der drei Konzentrationslager – Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen – bedeutete, ist kaum darstellbar, obwohl es zahlreiche Schilderungen dazu gibt. Die reinen Fakten, dass es ungefähr 30'000 Männer waren, die im ganzen Deutschen Reich verhaftet wurden, dass die Aktion auf einige Wochen begrenzt war, dass sie der Einschüchterung und der Pression zur Auswanderung, aber (noch) nicht der Vernichtung der Opfer diene – diese

Feststellungen wiegen wenig gegenüber der Katastrophe, die die Einlieferung ins KZ für die bürgerliche Existenz, für die Zerstörung der bisherigen Lebensform und im Bewusstsein der Opfer bedeutete, «wie gross die Schmach war, die unter dem Begriff des Konzentrationslagers wie eine Geißel das tägliche Leben knechtete und bedrohte».

Erich Guttman, Sohn eines Rabbiners, kam in der Pogromnacht ins KZ Sachsenhausen, wo nach all den Prügeln und Quälereien beim Empfang Tausende auf das Weitere warten: «Die Stunden verrinnen und zum Martyrium der Seele gesellt sich die kaltfeuchte Luft einer Novembarnacht. – Hier und da fällt Regen, aber wir spüren ihn kaum noch. – Acht Stunden stehen wir schon so da, den Blick unentwegt gegen die Mauer gerichtet. Barhäutig und ohne Mantel. In einigen Abständen werden immer etwa hundert Menschen fortgetrieben in die Dunkelheit hinein, und als sie wieder vorüberkommen, marschieren sie in Reih und Glied, stumm angetan mit Sträflingskleidern, wie es scheint, oder mit alten zerlumpte Militärröcken. Das Haar ist vom Schädel geschoren, die Bärte sind abrasiert. Sie wurden unkenntlich und waren zunächst kaum anders voneinander zu unterscheiden als durch eine Nummer, die auf Rock und Hose gestempelt war, dazu ein Davidstern in grellen roten und gelben Farben.»

Wochen später waren die meisten wieder frei. «Einst gesunde Menschen, verliessen sie nicht zu selten diese von Gott verdamnte Stätte alt und gebrochen. Nicht selten war es, dass ihnen die Freiheit nach diesen schwersten Entbehrungen schwerer wurde, als man es ahnen mochte, und es war eine psychologisch schwere Aufgabe, diese geschlagenen Menschen wieder in den Lebensprozess einzureihen, in ein Leben zu lenken, das aus dieser Knechtschaft herausführte in Länder, die uns eine neue Heimat geben wollten.» Erich Guttman, der in der Emigration, in der 1941 sein Bericht entstand, seinen deutschen Namen ablegte, gehörte zu den letzten dieser Verhaftungsaktion, die entlassen wurden. Im Frühjahr 1939 wurde er aus dem KZ in das Polizeigefängnis seiner Heimatstadt übergeführt. Seine von den Eltern betriebene Auswanderung klappte nicht auf Anhieb, weshalb er vier Wochen später zum zweitenmal in das KZ Sachsenhausen eingesperrt wurde.

Jetzt macht er die erschreckende Beobachtung, wie das Konzentrationslager die Psyche der Insassen verändert, wie aus honorablen Bürgern stumpfe Häftlinge werden: «Ich kam wieder unter meine früheren Gefährten, soweit sie noch da waren. Und die, die ich wiedersah, hatten sich gewiss nicht vorteilhaft verändert. Diese vier Wochen des Fortseins hatten mich angesichts der eigenen Sorgen oft ihre Gesichter vergessen lassen. Jetzt aber war ich erschüttert. Sie waren verändert, äusserlich und seelisch, oder sollte ich eher sagen, moralisch? Mit eingefallenen

Gesichtern, in die der Kummer oder die Ergebenheit in das Schicksal unweigerlich ihre Spuren eingezeichnet hatten, trugen sie ihr hartes Los. Sie hatten sich in einem erschreckenden Mass an den Ton und die Gewohnheit des Lagerdaseins akklimatisiert; ihr eigenes Ich war längst von ihnen abgefallen und der Körper barg nichts mehr, was auf eine Persönlichkeit schliessen lassen konnte. Sie waren rau und rücksichtslos geworden. Ihre Stimmen scharf und oft gemein. Sie empfingen mich mit einer Roheit, die mich zutiefst abstiess.»<sup>33</sup>

Einer der etwa 6'000 Hamburger Juden, die im November 1938 verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht wurden, beschrieb die Ereignisse zwischen dem 10. und dem 21. November, zwischen Gefangennahme und Freilassung unmittelbar danach. Er hat, im Vergleich mit den Leidensgenossen, nichts Ausserordentliches erlebt, ja er gehörte zu denen, die als glimpflich davongekommen gelten: «Wir kamen zunächst in das Zuchthaus Fuhlsbüttel in einen dunklen Raum in einer Anzahl, die das Fassungsvermögen etwa um das Fünffache überstieg, verblieben dort ohne Nahrung den ganzen Tag und wurden dann im offenen Waggon in einer Nachtfahrt nach Sachsenhausen befördert, wo wir nachts um 2 Uhr ankamen. Unterwegs erlebte ein Bremer junger 17jähriger Mann einen Nervenzusammenbruch, weil er mit hatte ansehen müssen, wie SS-Leute seine Mutter, die aus Schmerz über seine Fortführung schrie, erschossen (haben) und (sie) dann liegen gelassen wurde. Bei unserer Ankunft in Sachsenhausen empfing uns eine grosse Anzahl SS-Leute und begann sofort mit derartigen Misshandlungen durch Treten und Schlagen mit Gewehrkolben und Knüppeln, dass die uns begleitende Schupo fassungslos dabeistand und beschleunigt sich entfernte und – die körperliche Anstrengung und das unausgesetzte Schlagen und Stossen durch die SS war derart, dass zwei von unserer Gruppe auf dem 15 Minuten langen Marsch tot liegen blieben.

Dann begann das Furchtbarste, was in der Wirkung vor allem auf mich alle körperlichen Misshandlungen als gering erscheinen liess – wir mussten 19 Stunden lang im Lager stehen (Einzelnen dehnte sich diese Zeit bis zu 25 Stunden aus), und während dieser Zeit, falls einer oder der andere zusammenbrach, Fusstritte und Schläge mit Gewehrkolben in Empfang nehmen. Als erstes ertönte dann der Ruf nach dem Rabbiner, der am Bart gezerrt und misshandelt wurde – ihm wurde dann ein Schild in die Hand gegeben mit der Aufschrift: ‚Ich bin ein Landesverräter und mitschuldig am Tode vom Rath's.‘ Dieses Schild musste er mit gestrecktem Arm 12 Stunden umhertragen. Die SS-Leute, von denen kaum einer über 21 Jahre alt war, hatten es vor allem auf alte, dicke, jüdisch aussehende und sozial höherstehende Juden, z.B. Rabbiner, Lehrer, Anwälte, abgesehen, während sie sportlich aussehende jüngere Juden

milder behandelten. So wurde ein früherer höherer jüdischer Beamter, der sich mit seinem Titel meldete, besonders scharf angefasst und mit ihm der Inhaber eines grossen Restaurationsbetriebes. Ich bin den Eindruck nicht losgeworden, dass ein homosexueller Unterton das Vorgehen der SS-Leute beeinflusst. Wir wurden nun an Bart und Kopfharen geschoren und mussten wieder sechs Stunden ohne Essen, Trinken und Kopfbedeckung im Freien im Regen stehen – wir waren mithin zwei Tage und Nächte ohne Schlaf und Essen und mussten die längste Zeit stehen...

Die Arbeit, zu der man im Laufschrift geführt wurde, vollzog sich in den Klinker(=Hermann Göring)-Werken und bestand im Schleppen von Sand und Zementsäcken. Zum Sandtragen mussten wir Gefangenen die Jacken ausziehen und so anziehen, dass der Rückenteil nach vorn war, dann wurde die Jacke hochgenommen und rücksichtslos Sand eingeschauft, den wir dann mit gestreckten Armen im Laufschrift etwa fünf Minuten weit schleppen, in die Lore abwerfen mussten. Dann ging es wieder im Laufschrift zurück. Zementsäcke von einem Zentner wurden unterschiedslos 60- und 65jährigen Leuten auf den Nacken geworfen, sie mussten diese Last dann denselben Weg in strammem Schritt schleppen, niederwerfen und zurücklaufen. Zuweilen wurde der Sand auf sogenannten Tragbahnen geschleppt, das war noch furchtbarer, da das Holz derart in die Hände einschneidet, dass bei meinen Händen das Fleisch bis auf die Knochen durchgeschnitten wurde... Beim Rückmarsch von der Arbeit liefen wir in Fünferreihen, Zusammenbrechende wurden geschlagen und dann in einer Bahre innerhalb der Fünferreihen getragen, damit die Bevölkerung auf den Strassen, die wir passieren mussten, nicht etwa mehrere Bahren ausserhalb der Reihen bemerkte. Wer nicht stramm genug beim Exerzieren war, musste ‚rollen‘, d.h. sich so lange im Sande um sich selbst drehen, bis er bewusstlos war. Diese Unglücklichen liefen dann oft gegen das elektrisch geladene Gitter und wurden vom elektrischen Schlag oder durch den Posten, der das Überschreiten der Grenze feststellte, getötet.

Schliesslich, am 21. November kam die Nachricht von unserer Freilassung, und zwar wurden wir zu 70 zurücktransportiert. Als wir zur Entlassung bei dem Kommandanten angetreten waren, unterhielten sich die höheren SS-Beamten darüber, ob es nicht zweckmässig wäre, den oder den besonders dicken Juden zu schlachten oder zu verbrennen. Die Wirkung dieser als Witz gedachten Unterhaltung auf die mit ihren Nerven Zusammengebrochenen war entsetzlich. Damit war der Leidensweg aber noch nicht zu Ende. Am Morgen nach der Bekanntgabe mussten wir von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends ohne Kopfbedeckung im strömenden Regen stehen, dann am folgenden Tage wiederum von 11

bis 3 Uhr, ohne essen und ohne austreten zu dürfen. Schliesslich wurde bekanntgegeben, dass die Juden keine Fahrkarten bekämen, und dabei bemerkt: ‚Ihr könnt zu Fuss laufen, meinewegen bis Stargard.‘ Wir haben dann für die Unbemittelten unter uns bezahlt und mussten dann, bevor wir abfahren konnten, noch 12 Stunden auf dem Bahnhof warten. Unsere Kleidung, die, weil alle Juden verlaust sind, desinfiziert werden musste, war vollkommen ruiniert.»<sup>34</sup>

Ganz ungewöhnlich ist die Geschichte einer Freilassung aus dem KZ Dachau, die durch den Mut eines jungen Mädchens zustande kam. Ruth stammte aus Allenstein und lebte bei einer verheirateten Schwester in Berlin. Sie muss, 25 Jahre alt, auch sehr attraktiv gewesen sein und hatte kurz vor dem Novemberpogrom ihren späteren Mann kennengelernt. Er war Mitinhaber eines grossen Möbelgeschäfts am Alexanderplatz, das beim Pogrom verwüstet worden war. «Am Morgen nach der Kristallnacht rief er mich an und bat mich, ob ich ihm nicht helfen könnte, noch lebend aus seinem Geschäft zu entkommen. Sein Geschäft war in Trümmer, und ich fand ihn hinter einer Säule versteckt und führte ihn an der Hand durch die tobende Volksmenge. Von einem Postamt rief er seine Eltern in Frankenthal in der Pfalz an. Seine Mutter war ganz verzweifelt, sein Vater bereits im Abtransport nach Dachau. Sie bat ihn, zu ihnen nach Mannheim zu kommen, wohin sie vorhatte zu flüchten.»

Er reiste dorthin und rief gleich darauf Ruth zu Hilfe, da er mit der verzweifelten Mutter und der Situation nicht zurechtkam: «Meine Eltern, die das Telefongespräch zufällig anhörten, wollten davon nichts wissen, weil sie es als unmoralisch ansahen, mich als junges Mädchen zu einem Manne fahren zu lassen. Meine Schwester konnte aber meine Eltern dazu überreden, dass in solch anormalen Zeiten die normalen moralischen Grundsätze ausser Kraft treten und jetzt die Hauptsache ist, dass einer den anderen stützen sollte. So fuhr ich nach Mannheim ... Mit Mühe und Not fand ich den Weg zu Frau Abraham, die zusammen mit ca. 20 anderen Frauen und jungen Mädchen in einer Wohnung bei Verwandten Unterkunft gefunden hatte. Sämtliche Männer waren bereits in Dachau. Nachdem ich die Situation überschaut hatte, fasste ich den Mut und sagte zu mir selbst, ich werde nur auf eine Weise etwas erreichen können, um für meinen späteren Schwiegervater etwas zu tun, wenn ich es riskiere, mich selbst ins Lager nach Dachau zu begeben und mein Glück zu versuchen. Als ich den Anwesenden meinen Plan mitteilte, glaubten sie eine Wahnsinnige vor sich zu sehen, denn welcher vernünftig denkende Mensch würde sich freiwillig in eine solche Situation begeben? Ich wollte helfen, und mir war alles egal, und ich hatte das

Gefühl und das Gottvertrauen, dass mein Gang nach Dachau für Herrn Abraham die Freilassung bringen würde. Wie dies zustande kommen würde, wusste ich selbst nicht, aber trotzdem fuhr ich noch in der gleichen Nacht nach München. In meiner Handtasche befanden sich zwei Fotografien von Herrn Abraham, den ich ja nicht kannte, und eine von seinem Sohn. Am nächsten Morgen in München angekommen, sah ich auf dem Bahnhofsplatz Autobusse stehen, einer darunter nach Dachau. Kurz entschlossen, ohne jemand zu fragen, bestieg ich diesen Omnibus als erster Passagier. Schnell füllte sich dieser Bus mit Männern in SS-Uniform, und mir war ganz unheimlich zumute, keiner fragte mich, wohin ich will, und niemand forderte Fahrgeld von mir. Das Wetter war wie meine Stimmung, trübe und bedrückend, und schnell näherte sich der Bus dem Lager. Unterwegs sah ich die Stacheldrähte, die das Lager umschlossen, und als ich durch das Lager fuhr, sah ich mit eigenen Augen Juden mit kahlgeschorenen Köpfen jeden Alters in Sträflingskleidung, abgehärteten Gesichtern zum Appell antreten. Ich schauderte, aber jetzt gab es kein Zurück mehr für mich. Als sich der Bus leerte, verliess auch ich den Bus und stand verlassen da, nicht wissend, wohin ich mich wenden sollte. Ein SS-Mann kam auf mich zu und fragte, was ich hier will, worauf ich ihm mit fester Stimme antwortete: Bitte führen Sie mich zum Lagerkommandanten. Seine Antwort war: Sie müssen warten, bis der Kommandant zu sprechen ist. Man hielt mich scheinbar für ein BdM-Mädchen, und das war wahrscheinlich der Grund, weil der SS-Mann nicht weitere Fragen stellte. Nach einer Weile wurde ich zum Kommandanten hereingerufen, und er fragte mich, warum ich hierher gekommen bin, und ich sagte ihm, ich komme aus Ostpreussen, eine weite Reise, um Sie zu bitten, einen alten kranken Mann aus der Haft zu entlassen. Er fragte nach den Personalien des Betreffenden und versprach mir, nach 3 Tagen Bescheid zu geben. Er gab mir seine Telefonnummer, und ich war entlassen.

Als ich im Freien war, regnete es stark, und ich machte mich auf den Weg, das Lager zu verlassen. In wenigen Minuten war ich vollkommen durchnässt. Plötzlich hörte ich ein Auto sehr langsam hinter mir fahren. Der Fahrer sprach mich an und forderte mich auf, ohne auf meinen Widerspruch zu achten, mit ihm nach München zu fahren. Ich sagte ihm, wenn Sie ein Abenteuer suchen, sind Sie an der falschen Adresse, ich bin Jüdin und möchte weder Sie noch mich in Gefahr bringen. Bitte fahren Sie weiter. Er bestand darauf, dass ich einsteige, und was meine Person anbelangt, war ich soweit, dass mir alles egal war. Ich hatte keine Furcht mehr und wagte es und fuhr mit ihm. Sie brauchen mir nichts zu sagen, ich weiss alles, die Unterredung mit dem Kommandanten habe ich vom Nebenzimmer mit angehört, ich will Ihnen helfen, sagte er. Fragen

Sie mich nicht, was ich hier im Lager zu tun habe, ich kann mich niemals reinwaschen, doch ich fühle mit Ihnen. Vertrauen Sie mir. Ein guter Freund von mir ist Rechtsanwalt von der Partei. Sie werden sich mit ihm in Verbindung setzen, nachdem ich mit ihm gesprochen habe.

In München angekommen, ging er mit mir in das berühmte Braune Haus. Er war ein bekannter Juwelier in München, und sein Name war Joseph Müller. Zu dieser Zeit durften Juden kein Hotel mehr benutzen, nur bei Juden selber Unterkunft finden, Herr Müller bot mir an, in seinem Büro hinter seinem Laden zu übernachten, aber morgens in aller Frühe das Büro zu verlassen, damit mich niemand von seinem Personal sieht. Ich nahm sein Angebot an, inzwischen fand Herr Müller eine jüdische Pension Spira. Ich begab mich dorthin, die Inhaber waren sehr reserviert mir gegenüber, sie glaubten mir nicht, dass ich Jüdin bin, und verdächtigten mich als Spitzel. Ich erzählte ihnen von meinen Begebenheiten in Dachau und von der Begegnung mit Joseph Müller. Als ich fragte, ob sie ihn zufällig dem Namen nach kennen, sagten sie mir, dass er ein bekannter Juwelier in München ist, und glaubten es daher nicht, was ich ihnen über ihn erzählte: ich müsste phantasieren. Als Herr Müller mich in der Pension anrief und mich dann mit seinem Auto abholte, glaubten die Pensions-Inhaber ihren eigenen Augen nicht, aber von nun an glaubten sie mir alles. Inzwischen war ich bei dem Parteianwalt, der bereits mit dem Kommandanten in Verbindung getreten war und mir die Hoffnung geben konnte, dass mein Antrag auf Freilassung am 3. Tage wohl erfolgen würde. Ich war die ganze Zeit sehr deprimiert, und meine Nerven waren sehr gespannt. Weder Joseph Müller noch alle anderen, mit denen ich in München in Kontakt kam, glaubten mir, dass ich Volljüdin bin, einem Umstand, der mir in der damaligen Zeit viele Türen öffnete. Um mich etwas zu zerstreuen, lud mich Herr Müller ein, mit ihm zum 5-Uhr-Tee in das Hotel Vierjahreszeiten zu gehen. Dort wimmelte es von SS- und SA-Leuten, ich fühlte mich höchst unbequem, liess mir aber nichts anmerken. Am 3. Tage rief ich selbst, wie vom Kommandanten angeordnet, in Dachau an, und zu meiner grössten Freude sagte er mir, dass ich meinen Schwiegervater abends vom Münchner Bahnhof abholen könnte. Ich liess den Kommandanten im Glauben, dass Herr A. damals schon mein Schwiegervater war, und bedankte mich.

Als der Dachauer Zug einlief, sah ich unter den Passagieren einen alten zusammengebrochenen Mann aus dem Zug steigen, und obwohl ich Herrn A. noch niemals gesehen hatte, konnte er es nur sein. Sein kahler Kopf, seine verängstigte Haltung waren die äusseren Anzeichen für einen Häftling. Ich ging auf ihn zu, nahm ihn bei der Hand, sagte, wer ich bin, und zur Beglaubigung zeigte ich ihm die zwei Bilder, die seine Frau

mir mitgegeben hatte. Er war so benommen und liess alles mit sich geschehen. Ich führte ihn auf den anderen Bahnsteig, wo die Züge nach Mannheim abgingen. Während wir auf den Zug warteten, telefonierte ich mit Herrn Müller und gab ihm die gute Nachricht und bedankte mich für seine Hilfe, die mir so vieles erleichtert hatte. Er selbst bedauerte den kurzen Abschied am Telefon und versicherte mir, stets helfen zu wollen, wenn ich in Not bin. Im Zuge nach Mannheim war es höchst unerquicklich, Mitreisende waren zum grossen Teil Fliegeroffiziere, die mit Verachtung auf Herrn A. schauten, ihn verspotteten und ihn am liebsten aus dem fahrenden Zug geworfen hätten. Sie fragten mich, was ich als ‚deutsche Frau‘ mit diesem Juden zu tun hätte, und ich gab ihnen keine Antwort.»<sup>35</sup>

### Bürokratische Nachspiele

Von Amts wegen waren im ganzen Deutschen Reich viele Personen verpflichtet, höheren Stellen über die Ereignisse im November 1938 zu berichten: Polizisten, Bürgermeister, Landräte, Regierungspräsidenten auf der staatlichen Seite ebenso wie die Funktionäre der NSDAP und ihrer Gliederungen. Von den letzteren waren kritische Töne selbstredend nicht zu erwarten, allenfalls kam indirekt zum Ausdruck, dass der Pogrom nicht von der Begeisterung der ganzen Bevölkerung getragen war. Aus dem oberbayerischen Landkreis Traunstein wurde berichtet: «Die Stimmung ist angesichts der friedlichen Angliederung des Sudetenlandes an das Reich gut und konnte auch durch die Aktion gegen die Juden im Wesentlichen nicht getrübt werden. Die Bauern und Bürger, allen voran die Schwarzen, mitunter sogar ein Pg., geisselten die Gewaltanwendung gegenüber dem ‚auserwählten Volke‘. Das habe mit Kultur und Anstand nichts mehr zu tun. Es fehlte aber auch nicht an Verteidigern, welche diesen neunmalklugen Kritikern die Leviten lasen und ihnen bewiesen, dass die brennenden Synagogen und zerbrochenen Fensterscheiben einerseits nur eine bescheidene Revanche gegenüber den, dem deutschen Volke, ja den Völkern Europas, durch die Juden zugefügten Schäden (Krieg, Revolution, Inflation, Gewaltherrschaft und Bürgerkrieg) sind, und dass andererseits auch hier wie in der römisch-katholischen Kirche der Zweck die Mittel heilige: Nämlich den Juden möge hierdurch der Appetit an weiterem Verbleib im Reiche vergehen.»<sup>36</sup>

Dagegen behauptete die Kreispropagandaleitung der NSDAP in Eichstätt, bei der «Judenaktion» sei «das Volk restlos in der Hand der Partei» gewesen, einmütig habe die Bevölkerung den «Angriff» gutgeheissen. In

den Monatsberichten der Gendarmeriestationen im oberfränkischen Landkreis Ebermannstadt war die Stimmung in der Bevölkerung jedoch als zwiespältig beschrieben worden. Die Zerstörung jüdischer Geschäfte und der Synagogen sei von einem Teil der Bevölkerung begrüsst worden, und zwar «von alten Kämpfern und den jüngeren Leuten, die schon aus der Hitlerjugend hervorgegangen sind. Dagegen wurde von der Mehrzahl der Bevölkerung hierfür kein Verständnis aufgebracht, dass man ohne Weiteres fremdes Eigentum zerstören darf.»<sup>37</sup>

Eine andere Gendarmeriestation meldete: «Bezüglich der jüngst erfolgten Aktion gegen die Juden ist die Bevölkerung zweierlei Meinung. Der eine Teil der Bevölkerung vertritt den Standpunkt, dass bewusste Aktionen mit den damit zusammenhängenden Verhaftungen und Zerstörungen noch viel zu mild ausgefallen seien. Der andere Bevölkerungsteil aber, und das ist der weitaus grösste, ist der Anschauung, dass diese Zerstörungen nicht am Platze gewesen seien. In diesem Zusammenhang erscheint noch erwähnenswert, dass in der Bevölkerung schon wiederholt die Frage aufgeworfen wurde, ob die an der Aktion beteiligten Personen auch der Bestrafung zugeführt werden.»<sup>38</sup>

In den Bericht des Bezirksamts Ebermannstadt sind viele derartige Beobachtungen eingeflossen. Der Verfasser beschrieb den in seinem Bezirk angerichteten Sachschaden und überlieferte spezielle Formen der Bereicherung, die in der Form vonstatten gingen, «dass Schuldner ihre jüdischen Gläubiger unter körperlicher Einwirkung zwangen, vorgeschriebene Quittungen über die angebliche Bezahlung der Schulden zu unterzeichnen. Ja, sogar Grundstücke mit Gebäuden wurden auf diese Art und Weise unentgeltlich übereignet.»

Dieser Berichterstatter scheute sich auch nicht, seiner vorgesetzten Stelle – dem Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken – mitzuteilen, dass das Rechtsbewusstsein der Bürger durch den Pogrom ins Wanken geraten sei; und er schrieb in den Bericht, den er mit dem Satz, «Die wichtigsten Gesprächsstoffe waren und sind auch heute noch die Vergeltungsmassnahmen gegen die Juden und die Schweinefleischknappheit», geschäftsmässig eröffnet hatte: «Vom Standpunkt der Polizeibeamten aus habe ich dazu noch Folgendes beizufügen: Vergeltungsmassnahmen gegen einzelne Volksgenossen, die sich an dem Volke verstüßigen, darf das Volk nur durch die hierzu berufenen Organe des Staates ausführen lassen. Das sind die Strafverfolgungs- und Strafgerichtsbehörden. Der einzelne Volksgenosse ist weder für sich allein noch durch Zusammengehen mit anderen Volksgenossen dazu befugt. Daher die strengen Bestimmungen über die Bestrafung des Verbrechens des erschwerten Landfriedensbruchs. Die Autorität der Polizei muss notgedrungen einen schweren Schlag erleiden, wenn sie eine solche Straftat

unbeanstandet geschehen lässt. Ein solches Verhalten wird dann entweder als Parteilichkeit beurteilt oder als Unfähigkeit, die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit gewährleisten zu können. *Justitia fundamentum regnorum!*»<sup>39</sup>

Auf der Regierungspräsidenten-Ebene war die Berichterstattung mindestens in Stil und Tonfall den Erwartungen der höheren Instanzen angepasst. So hiess es im Bericht der Verwaltungsspitze von Ober- und Mittelfranken: «Die freche Herausforderung des Weltjudentums durch den feigen Mord in Paris war für zahlreiche Lehrer des Regierungsbezirks Veranlassung, aufgrund ihrer nationalsozialistischen Einstellung zur Judenfrage den Religionsunterricht niederzulegen. Im Verlauf der Protestaktion gegen die Juden wurden in Wunsiedel auch zwei evangelische Geistliche und vier katholische Pfarrer, die als ‚Judenknechte‘ gelten, durch die empörte Volksmenge auf die Polizeiwache verbracht und dort vorübergehend festgehalten. In den Pfarrhäusern wurde eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert.»<sup>40</sup>

Auch der Regierungspräsident von Schwaben befeissigte sich der Sprache des Völkischen Beobachters: «Helle Empörung weckte allenthalben der feige Meuchelmord an dem Gesandtschaftsrat 1. Klasse vom Rath. Deutlich erkennbar für alle unterstrich dieser Mord die weltgeschichtliche Bedeutung der Judenfrage und die Notwendigkeit ihrer kompromisslosen Lösung, die in den Reden führender Männer, durch die Aufklärungstätigkeit der Partei und andere Mittel der Führung, wie Presse und Rundfunk, immer wieder betont worden war. Nach solchem Anschauungsunterricht wurden die Gegenwirkungen des Volkes in Gestalt von Demonstrationen und Aktionen gegen Juden und jüdischen Besitz, insbesondere Synagogen, und jene der Reichsregierung durch Verordnungen, namentlich über die Sühneleistung der deutschen und staatenlosen Juden und zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, allgemein verstanden und – hauptsächlich die wirtschaftspolitischen Massnahmen – von immer mehr Volksgenossen auch grundsätzlich gebilligt, zumal ja den Juden ihr kulturelles Eigenleben immer noch unverwehrt bleibt.»<sup>41</sup>

In anderen Berichten wurde zwar geschmeidig die amtliche Sprachregelung angewendet, dann aber die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass viele nicht mit dem Pogrom einverstanden waren. «Die jüdische Mordtat an dem deutschen Gesandtschaftsrat in Paris löste in allen Kreisen der Bevölkerung helle Empörung aus; allgemein wurde ein Einschreiten der Reichsregierung erwartet. Die gegen das Judentum gerichteten gesetzlichen Massnahmen fanden deshalb vollstes Verständnis. Um so weniger Verständnis brachte der Grossteil der Bevölkerung für die Art der Durchführung der spontanen Aktion gegen die Juden auf; sie wurde

vielmehr bis weit in Parteikreise hinein verurteilt. In der Zerstörung von Schaufenstern, von Ladeninhalten und Wohnungseinrichtungen sah man eine unnötige Vernichtung von Werten, die letzten Endes dem deutschen Volksvermögen verlorengingen, und die in krassem Gegensatz stehe zu den Zielen des Vierjahresplans, insbesondere auch zu den gerade jetzt durchgeführten Altmaterialsammlungen. Auch die Befürchtung wurde laut, dass bei den Massen auf solche Weise der Trieb zum Zerstören wieder geweckt werden könnte. Ausserdem liessen die Vorkommnisse unnötigerweise in Stadt und Land Mitleid mit den Juden aufkommen.»<sup>42</sup>

Aus Unterfranken wurde sogar gelinder Protest gemeldet, der sich in der Verweigerung von Spenden für das Winterhilfswerk der NSV – die bei den «Eintopfsonntagen» eingeworben wurden – äusserte. Verursacht war die Verweigerung der ländlichen Bevölkerung weniger durch Mitgefühl mit den Juden als durch die Missbilligung des Vandalismus gegen Sachwerte und Lebensmittel: «Die Empörung über den feigen jüdischen Mord an dem Gesandtschaftsrat vom Rath führte in der Nacht vom 9. auf 10. November im ganzen Regierungsbezirk zu judenfeindlichen Kundgebungen, denen allenthalben die Synagogen sowie eine Anzahl jüdischer Laden- und Wohnungseinrichtungen zum Opfer fielen. Die Sühnemassnahmen und insbesondere die Auferlegung einer Geldbusse werden allgemein gebilligt. Von einem Grossteil, insbesondere der ländlichen Bevölkerung, wird bedauert, dass bei den Aktionen Werte vernichtet wurden, die mit Rücksicht auf unsere Rohstofflage zweckmässigerweise der Allgemeinheit hätten nutzbar gemacht werden können. Beanstandet wurde ferner, dass die Aktion auch noch nach dem Erlass des Herrn Reichspropagandaministers, der die sofortige Einstellung anordnete, fortgesetzt wurde und insbesondere auch Lebensmittel mutwillig vernichtet worden seien. So wurden in Oberelsbach, Bezirksamt Bad Neustadt a.d. Saale, 3/2Ztr. Mehl in den Mist und eine Kiste Vorratseier auf die Strasse geworfen. Nach dem Berichte eines Bezirksamts haben bei der darauffolgenden Eintopfsammlung viele Volksgenossen erklärt, nachdem so viele Vermögenswerte unnütz vernichtet worden seien, könnten sie sich nicht entschliessen, etwas zur Sammlung zu geben. Befürchtungen in Bezug auf die Gebefreudigkeit zum Winterhilfswerk werden auch von anderen Bezirksamtern geäussert.»<sup>43</sup>

Sowenig amtliche Berichte der geeignete Ort für Gefühlsäusserungen sind, so fällt doch auf, mit welcher Kaltschnäuzigkeit jüdische Todesopfer, die als Folge des Pogroms zu beklagen waren, erwähnt sind. Das Bedauern über die vernichteten Güter war allemal grösser, und die Meinung war oft zu hören, man hätte mit weniger rabiaten Mitteln die jüdischen Mitbürger enteignen, entrechten, verdrängen und verjagen

können. Im Übrigen blieb man kühl und gelassen wie der Oberbürgermeister von Ingolstadt, der rapportierte: «Die Aktion gegen die Juden wurde rasch und ohne besondere Reibungen zum Abschluss gebracht. Im Verfolg dieser Massnahme hat sich ein jüdisches Ehepaar in der Donau ertränkt.»<sup>44</sup> War das Zynismus oder Barbarei?

War es mangelnde Zivilcourage, Feigheit und der Drang, sich anzupassen, waren es die Früchte der Propaganda, oder war es Übereinstimmung mit dem nationalsozialistischen Antisemitismus – generelle Missbilligung des Pogroms und Wegschauen bei persönlicher Konfrontation mit dem Unglück der Juden gingen Hand in Hand. Dazu ein letztes Beispiel. Vier Wochen nach dem Pogrom vergiftete sich in Bayerisch Gmain bei Bad Reichenhall die 67jährige Klara Dapper. Sie hatte, seit 1924 verwitwet, zurückgezogen in ihrem Haus gelebt. In der Nacht zum 10. Dezember 1938 hatten Unbekannte ihr einen Zettel an die Haustür gehängt: «Alle Juden endlich einmal heraus.» Frau Dapper, die seit langem in Angst lebte, beging Selbstmord mit Veronal. Im Polizeibericht hiess es dazu lakonisch: «Die Ortschaft Bayerisch Gmain ist somit judenfrei.»<sup>44</sup>

Der Bericht war ein bisschen retuschiert, der Todestag selbst – 13. Dezember – stimmte, aber der Anlass des Todes war falsch datiert. Damit wurde verschleiert, dass Frau Dapper drei Tage im Todeskampf gelegen hatte. Das Hausmädchen fand sie am Morgen des 10. Dezember bewusstlos und verständigte mehrere Ärzte in Bad Reichenhall, die aber die Behandlung ablehnten. Es gab keine gesetzliche Bestimmung, die «arischen» Ärzten die Hilfeleistung verboten hätte, und den Eid des Hippokrates, der sie zur Hilfeleistung verpflichtete, hatten sie alle einmal geschworen. Als ein jüdischer Doktor schliesslich gefunden wurde, war es zu spät.

Trude Maurer

## Abschiebung und Attentat

Die Ausweisung der polnischen Juden und  
der Vorwand für die «Kristallnacht»

«Meine Lieben!

Ihr werd' wohl schon durch Cilli mein Schicksal erfahren haben. Am 27. Oktober dieses Jahres Donnerstag abends um 9 Uhr kamen zwei von der Kriminalpolizei, verlangten meinen Pass, dann legten dieselben mir ein Ausweisungsschriftstück vor zum Unterschreiben und befahlen mir, sofort mitzugehen. Cilli und Bernd waren schon im Bett. Ich hatte gerade meine Arbeit fertiggemacht und sass beim Essen, musste mich aber sofort anziehen und mitgehen. Ich konnte vor lauter Aufregung noch kaum ein Wort sprechen. Diesen Moment werde ich nie in meinem Leben vergessen. Wurde dann gleich im Schlossgefängnis wie ein Schwerverbrecher eingesperrt. Das war eine böse Nacht für mich. Freitagmittag um 4 Uhr wurden wir dann unter strenger Bewachung von Polizei und SS nach dem Hauptbahnhof gebracht. Jeder bekam einen Laib Brot und Margarine und wurde dann in die Waggons verladen. Das war ein Bild der Grausamkeit. Weinende Frauen und Kinder, herzerreissende Szenen. Dann wurden wir unter strengster polizeilicher Bewachung in geschlossenen Waggons an die Grenze transportiert. Samstagmittag, um 5 Uhr an der Grenze angelangt, wurden wir über die Grenze geschoben. Ein neues grausames Schreckensbild war hier zu sehen. Drei Tage lang waren wir auf dem Bahnsteig und Bahnhofshallen, 8'000 Menschen. Frauen und Kinder ohnmächtig, wahnsinnig, Sterbefälle, die Gesichter gelb wie Wachs. Der reinste Leichenfriedhof. Unter den Ohnmächtigen war ich auch. Nichts, als das trockene Gefängnisbrot ohne etwas zu trinken. Geschlafen überhaupt nicht, 2 Nächte auf dem Bahnsteig und eine Nacht in der Bahnhofshalle, wo ich zusammenbrach. Es war kein Platz mehr zum Stehen. Eine verseuchte Luft. Frauen wie Kinder halbtot. Am vierten Tag ist endlich Hilfe gekommen. Ärzte, Schwestern mit Medikamenten, Butter und Brot vom jüdischen Comitee aus Warschau. Dann wurden wir in Baracken (militärische Viehställe) gebracht, welche mit Stroh bedeckt wurden, auf welches wir uns hinlegen konnten. Endlich ein warmer Schluck Tee, diese Freude. Der



**Abb. 6:** Vertriebene polnische Juden (Ostjuden) in der Stadt Zbaszyn an der deutsch-polnischen Grenze; 28./29.10.1938. Der unbekannte Fotograf sandte Fotos aus dieser Serie samt Negativen an die Pariser Redaktion der New York Times und an die Zeitung Jewish Daily Forward.

alte Fränkel, Möbel in F2, hat sich hier vor Kummer auf die Schienen gelegt (tot) und vier Sterbefälle. Nach acht Tagen sind endlich Gulasch-Kanonen vom Roten Kreuz gekommen (warmes Essen). Ich bin glücklich, dass Cilli mit den lieben Kindern nicht hier ist wie von anderen Städten, und danke Gott dafür, denn diese Strapazen durchzumachen, muss man eiserne Nerven haben.»<sup>1</sup>

Dieser Mann, den die Polizei am späten Abend in seiner Wohnung überraschte, hatte *persönlich* keinen Anlass zur Festnahme gegeben: Otto Buchholz war einer von etwa 17'000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die am 27. und 28. Oktober 1938 im Deutschen Reich in Abschiebehaft genommen wurden, um sie buchstäblich in letzter Minute in jenes Land zu überstellen, dessen Staatsbürgerschaft sie noch besaßen, das ihnen aber keine Heimat war und gerade seinerseits versuchte, sie für immer auszuschließen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten

hatte es immer wieder Ausweisungen polnischer Juden aus Deutschland gegeben, und häufig hatte Polen auch die Übernahme dieser Menschen abgelehnt, doch hatte es sich dabei um *Einzelfälle* gehandelt (auch wenn sie insgesamt in die Tausende gingen), die einer Begründung bedurften. Hier nun versuchten beide Seiten, sich der ganzen Bevölkerungsgruppe zu entledigen.

## I

Juden aus Osteuropa waren bereits seit dem 17. Jahrhundert nach Deutschland gewandert, doch erst nach den Pogromen im Russischen Reich 1881 setzte eine Massenauswanderung ein, deren Hauptziel immer die Vereinigten Staaten blieben. Deutschland war dabei hauptsächlich Durchgangsland, doch wurde ein kleiner Teil der Wanderer, nicht nur aus dem Russischen Reich, sondern auch aus Österreich-Ungarn, hier ansässig. 1910 waren es etwa 70'000. Hatte das Reich bis dahin versucht, mit Verwaltungsmassnahmen – vor allem Niederlassungsbeschränkungen und massenhaften Ausweisungen – die Zahl der Ostjuden zu vermindern und weitere Zuwanderer abzuschrecken,<sup>2</sup> so warb es im Ersten Weltkrieg in Polen Arbeitskräfte an, darunter auch Juden, oder brachte sie sogar mit Zwang nach Deutschland. Auf diese Weise kamen ca. 30'000 weitere Ostjuden ins Reich. Im April 1918 wurde aber speziell für ostjüdische Arbeiter eine Grenzsperrre erlassen, die mit der Gefahr der Einschleppung von Fleckfieber begründet wurde. Doch dass man nur Juden aus den betroffenen Gebieten von der Einreise nach Deutschland ausschloss, entbehrte auch nach dem damaligen Stand der medizinischen Forschung der Grundlage.<sup>3</sup>

Nach der Revolution wurde dann im Osten eine allgemeine Grenzsperrre verhängt, so dass die Einreise ins Reich nur noch aufgrund eines speziellen, befristeten Visums nach Prüfung der Einreisegründe möglich war. Trotzdem kamen noch Tausende von Juden, vor allem in den Jahren 1919 und 1920, nach Deutschland, häufig ohne die erforderlichen Papiere, auf der Flucht vor Pogromen in der neuerrichteten Republik Polen und in der Ukraine. Gerade mit Rücksicht auf diese Gefahren in ihrer Heimat duldeten das Deutsche Reich diese Flüchtlinge zunächst, sofern sie sich nichts zuschulden kommen liessen und jüdische Organisationen für ihren Unterhalt aufkamen. Allerdings genügten häufig auch geringfügige Vergehen sowie das Fehlen einer Unterkunft und eines Arbeitsplatzes für die Ausweisung. Ab 1923 sollten aber grundsätzlich keine Ausländer, die bereits vor 1914 eingewandert waren, aus Preussen ausgewiesen werden, und in der Regel auch keine Ausländer, die vier

Jahre ununterbrochen im Reich gewohnt hatten und deren Existenz wirtschaftlich gesichert war. So konnten nach den ersten Jahren, in denen Neuzugewanderte sich stark von der Ausweisungsmöglichkeit bedroht fühlen mussten, nun auch die, die die einreise- oder meldepolizeilichen Vorschriften verletzt hatten, auf eine rechtlich relativ gesicherte Existenz in Deutschland hoffen.

Auf Polens Schutz konnten sie dagegen kaum rechnen: Nach dem Zerfall des Habsburger- und des Zarenreiches waren die Heimatgebiete der meisten Ostjuden zwar an die neue Republik Polen gefallen (1925 waren 50993 der 107747 jüdischen Ausländer im Reich polnische Staatsbürger). Doch polnische Behörden hielten in zahlreichen Fällen das «Heimatrecht» der Betroffenen nicht für erwiesen. Polen verweigerte ihnen häufig einen Pass oder erpresste sie bei der Antragstellung: Als Gegenleistung sollten sie die polnische Staatsanleihe zeichnen oder ins Militär eintreten. Aber schon dadurch, dass er keinen gültigen Pass besass, machte sich ein Ausländer in Deutschland strafbar. Oft genug wurde auch die Antragstellung von den polnischen Konsulaten dazu benutzt, die Aberkennung der Staatsbürgerschaft einzuleiten. Allenfalls war Polen bereit, die Interessen polnischer Juden Deutschland gegenüber zu vertreten, um dadurch ein zusätzliches Argument in der deutsch-polnischen Auseinandersetzung zu haben, d.h. bei deutschen Anschuldigungen gegen Polen (z.B. wegen seiner Behandlung der deutschen Minderheit) eine Gegenrechnung aufmachen zu können. Oder – und das galt besonders für Ausweisungsfälle – es setzte sich dafür ein, dass die Juden in Deutschland bleiben konnten, weil ihm ihre Rückkehr nach Polen unerwünscht war. Als Bayern im Oktober 1923 Ausweisungsverfügungen gegen eine grössere Gruppe von Ostjuden erliess, reagierte Polen mit der Ausweisung deutscher Staatsbürger im Wege der Retorsion (als Gegenmassnahme). Ein solches Vorgehen war völkerrechtlich zulässig und allgemein üblich.<sup>4</sup>

## II

Das nach dem Ersten Weltkrieg wieder erstandene Polen war durch die Minderheitenschutzverträge der Pariser Friedenskonferenz verpflichtet, seinen nationalen Minderheiten bürgerliche Gleichberechtigung zu gewähren und darüber hinaus die Errichtung eigener Schulen sowie religiöser, sozialer und wohltätiger Institutionen zu gestatten. Die Juden, die 1931 mit 3,1 Millionen Menschen 9,8% der Bevölkerung stellten, wurden gesellschaftlich und wirtschaftlich diskriminiert, d.h. z.B. aus der Beamtenschaft fast gänzlich ausgeschlossen, ab 1937 auch aus ver-

schiedenen Berufsverbänden. An den Universitäten bestand kein gesetzlicher, aber ein faktischer Numerus clausus, und die jüdischen Studenten mussten auf besonderen Bänken sitzen. Jüdische Kaufleute und Unternehmer wurden bei der Vergabe von Staatsaufträgen zugunsten christlicher Polen zurückgewiesen, das Sonntagsruhegesetz verschärfte ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten, da die Selbständigen nun an zwei Tagen der Woche ihre Betriebe schliessen mussten und gemischte Betriebe keinen Grund mehr hatten, Juden einzustellen. Boykottbewegungen und die Schaffung von Genossenschaften zielten darauf, die jüdischen Vermittler überflüssig zu machen und einen eigenen Mittelstand zu schaffen. Wenn auch neuere Untersuchungen die bisherige Behauptung der Verarmung der Juden widerlegen und nun sogar zu dem Schluss kommen, dass die Mehrheit wirtschaftlich besser gestellt war als die meisten Polen, bleibt doch die Tatsache bestehen, dass sowohl die offizielle Politik als auch die Haltung des grössten Teils der polnischen Gesellschaft antijüdisch ausgerichtet waren.

Die polnische Regierung verfolgte ab 1936 den Plan einer jüdischen Massenauswanderung, was die Mehrheit der polnischen Bevölkerung begrüsst. Die polnische Regierung unterstützte deshalb nicht nur die zionistischen Bestrebungen in Palästina, sondern wünschte zum Zweck der Judenansiedlung auch Völkerbundsmandate für Kolonien – und verfiel 1937 sogar auf Madagaskar als mögliches Ansiedlungsgebiet.<sup>7</sup> Aber auch das muss hinzugefügt werden: Polen liess seiner jüdischen Minderheit Freiheit für ihre kulturelle und politische Entwicklung. «Die Erfahrung der polnischen Juden zwischen den Kriegen war beides: Leiden, das zum Teil durch Antisemitismus verursacht war, und Erfolg, der ermöglicht wurde durch Freiheit, Pluralismus und Toleranz in Polen.»<sup>6</sup>

### III

Bei der Volkszählung am 16. Juni 1933, viereinhalb Monate nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten, gab es im Deutschen Reich noch 98'747 jüdische Ausländer. 56'480 (57,2%) von ihnen besaßen die polnische Staatsbürgerschaft. Zu diesem Zeitpunkt waren aber schon mehrere Tausend Ostjuden in ost- und südeuropäische Länder zurückgekehrt.<sup>7</sup>

Für die Behandlung der Ostjuden von Seiten des Staates galten auch weiterhin die Bestimmungen des Ausländerrechts. Diese wurden generell verschärft, darüber hinaus aber noch durch spezielle Verwaltungsanweisungen in Bezug auf Ostjuden ergänzt. Nach einer unmittelbar vor der Machtübernahme erlassenen Verordnung über ausländische Arbeit-

nehmer brauchte der Arbeitgeber eine Beschäftigungsgenehmigung und der Arbeitnehmer eine Arbeitserlaubnis, die jedoch nur für die jeweilige Arbeitsstelle galt. Ausländer, die bereits 10 Jahre in Deutschland lebten, konnten einen Befreiungsschein erhalten, der für das ganze Reich galt. Bereits 1934 ordnete der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an, dass ausländischen Juden solche Befreiungsscheine nicht mehr ausgestellt werden sollten. Händler brauchten eine Legitimationskarte bzw. einen Wandergewerbeschein. Während dieser bei Inländern für das ganze Reich gültig war, war er für Ausländer auf den Ausstellungsbezirk beschränkt. Und wenn auch die Ausländer- bzw. «Nichtarier»-Eigenschaft selbst nach der Rechtsprechung des Dritten Reichs nicht genügte, um eine «gewerbepolizeiliche Unzuverlässigkeit» anzunehmen, so konnte doch ein Gericht bei Ostjuden von der faktischen Vermutung für ihre Unzuverlässigkeit ausgehen und deshalb von ihnen den Nachweis ihrer Zuverlässigkeit fordern, also die Beweislast umkehren. Im Übrigen gibt es bereits im Frühjahr 1933 Beispiele dafür, dass ausländischen Juden die Erlaubnis zum Handel auf Messen und Märkten versagt wurde. Damit wurde ihnen ihr Lebensunterhalt entzogen, und sie waren auf die Wohlfahrtspflege angewiesen. Wer allerdings dauerhaft die öffentliche Fürsorge in Anspruch nahm, konnte zum Verlassen des Reichsgebietes aufgefordert und, wenn er dieser Aufforderung nicht nachkam, ausgewiesen werden.

Bereits 1933 wurden osteuropäische Juden, die bis dahin eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hatten, von der Polizei vorgeladen und erhielten dann neue Genehmigungen, die ihren weiteren Aufenthalt auf drei bis sechs Monate beschränkten. In den kommenden Jahren wurden dann in verschiedenen deutschen Ländern Vorschriften erlassen, dass zuwandernden ausländischen Juden die Aufenthaltserlaubnis künftig generell zu versagen sei.

Die Ausweisungsvorschriften wurden dadurch verschärft, dass Ausländer ab 1934 grundsätzlich aus dem Reich und nicht mehr nur aus einem der Länder verwiesen wurden. Ausserdem wurden die Verschonungsmöglichkeiten reduziert. So entfiel z.B. die Bestimmung der preussischen Polizeiordnung von 1932, dass Ausländer, die seit 10 Jahren im Reich ansässig waren, nicht ausgewiesen werden sollten. Juden wurden nicht nur häufig ausgewiesen, sondern es genügten als Grundlage auch schon geringfügige Ordnungsstrafen. Zum Teil trugen diese Ausweisungen kampagnenartigen Charakter. Andererseits wurde gelegentlich beobachtet, dass die Vollstreckung des Ausweisungsbefehls milde gehandhabt wurde.

Es ist denkbar, dass die Durchführung jeweils vom Stand der aussenpolitischen Beziehungen abhängig war, und die Praxis entsprechend

schwankte. Denn der Rechtsstatus als Ausländer unterwarf diese Juden einerseits grösseren Beschränkungen, als sie deutsche Staatsbürger hatten, andererseits gewährte er ihnen aber auch einen grösseren Schutz. Ausländische Missionen wurden wiederholt zugunsten ihrer Staatsbürger vorstellig, so auch Polen gleich im März 1933 anlässlich von Ausschreitungen gegen polnische Juden und 1935 zwecks milderer Handhabung der Fremdenpolizei. Und obwohl die nationalsozialistische Regierung im Prinzip ein gleiches Vorgehen gegen die ausländischen wie gegen die deutschen Juden anstrebte, spielten aussenpolitische Rücksichten jahrelang eine wichtige, d.h. mildernde Rolle. So wurden Ausländer vom Boykott 1933 ausgenommen, mussten sich nicht an der «Sühneleistung» für die Schäden des Pogroms 1938 beteiligen und wurden schliesslich sogar von der zwangsweisen Schliessung der Einzelhandelsgeschäfte zum 31. Dezember 1938 ausgenommen. Vollständig wurde die antijüdische Gesetzgebung erst 1942/43 auf Ausländer ausgedehnt.

Schlechter gestellt als Ausländer waren die Staatenlosen. Für sie galten alle Vorschriften, die Ausländer zu erfüllen hatten. Doch konnte auf sie das Prinzip der Gegenseitigkeit nicht angewandt werden, d.h., dass Deutschland einem Ausländer jene Leistungen gewährte, auf die Deutsche in seinem Heimatstaat Anspruch hatten, etwa in der Frage der Sozialversicherung oder der Schulgebühren. Vor allem aber hatten sie keinen Staat, der für ihre Interessen eintrat. Staatenlose konnten wie die deutschen Juden der Judengesetzgebung des Dritten Reiches unterworfen werden.

Eines der ersten gegen Juden gerichteten Gesetze der nationalsozialistischen Regierung war die im Juli 1933 geschaffene Möglichkeit des Widerrufs aller Einbürgerungen, die in der Weimarer Republik vollzogen worden waren. Die Durchführungsverordnung wies ausdrücklich auf die Ostjuden als Hauptzielgruppe hin. Betroffen wurden davon fast ausschliesslich Personen, die seit Jahrzehnten in Deutschland ansässig waren – denn nur sie hatten eine Chance gehabt, eingebürgert zu werden. Da sie in der Regel ihre alte Staatsbürgerschaft nicht zurückerwerben konnten, wurden sie staatenlos. In ihre Heimat konnten sie nicht zurückkehren, auch die Auswanderungsmöglichkeiten waren für sie stark eingeschränkt, da die meisten Staaten nur Ausländer einreisen liessen, die sie im Notfall wieder in ihr Heimatland abschieben konnten. Somit verhinderten die Nationalsozialisten selbst durch diese umgehende Verwirklichung ihrer schon in der Weimarer Zeit immer vorgetragenen Ausbürgerungsforderung zumindest für *diese* Gruppe, was dann längere Zeit zu den Zielen der Judenpolitik des Dritten Reiches gehörte: die Auswanderung.<sup>8</sup>

## IV

Die Perspektive, dass Deutschland plötzlich eine weitere und noch grössere Gruppe staatenloser Juden beherbergen müsse, ergab sich aus dem polnischen Gesetz vom 31. März 1938 «über den Entzug der Staatsbürgerschaft». Danach konnte einem im Ausland lebenden Staatsbürger, der dort zum Schaden des polnischen Staates gehandelt hatte, *oder* der während eines ununterbrochenen Auslandsaufenthaltes von fünf oder mehr Jahren die Verbindung zum polnischen Staat verloren hatte, *oder* der auf Aufforderung einer polnischen Behörde nicht innerhalb der gesetzten Frist nach Polen zurückgekehrt war, die Staatsbürgerschaft entzogen werden. Der Ausbürgerungsbescheid erging durch das Innenministerium auf Antrag des Aussenministers, bedurfte keiner Begründung und konnte sofort vollstreckt werden.<sup>9</sup>

Den Anlass zu diesem Gesetz, das binnen weniger Tage beide Kammern des Parlaments, Sejm und Senat, durchlief, gab der «Anschluss» Österreichs ans Deutsche Reich. Polen befürchtete nun, dass seine etwa 20'000 dort lebenden Staatsbürger nach Polen zurückkehren würden, um sich der deutschen Judenverfolgung zu entziehen. Dies vertraute der stellvertretende Aussenminister Szembek nicht nur später dem französischen Botschafter an. Es wurde bereits in den Ausführungen des Berichtstatters im Parlament deutlich.<sup>10</sup> Bis zur Verabschiedung des Gesetzes wurde gemäss den Anweisungen des Ministerpräsidenten Slawoj-Skladkowski nur 500 Juden die Einreise aus Österreich nach Polen gestattet.<sup>11</sup> Bei einer Besprechung verschiedener Institutionen im Gestapo-Hauptquartier am 21. April 1938 wurden die Probleme für das Deutsche Reich klar erkannt: Wenn die polnischen Juden erst staatenlos sind, kann man sie kaum noch zur Auswanderung zwingen, denn kein Land wird sie aufnehmen, wenn sogar Polen ihnen die Aufnahme versagt. Wenn man sie aber sofort zur Rückkehr nach Polen treibt, könnte dieses im Retorsionsweg die dort lebenden Reichsbürger ausweisen. So bleibt nur, sich an die polnische Regierung um die Zusicherung zu wenden, dass sie auch ausgebürgerte Juden aufnehme, wenn Deutschland das verlangen sollte. Doch eine solche formelle Verpflichtung will der polnische stellvertretende Aussenminister nicht eingehen – bei aller Bemühung, den deutschen Botschafter von Moltke zu beruhigen, als er am 24. Mai in dieser Angelegenheit vorstellig wird. Die offizielle Note folgt einen Monat später. Zur gleichen Zeit erfährt Moltke aus einer vertraulichen Quelle, dass polnische Beamte, die in Deutschland wohnende Juden zur Vorlage ihrer Pässe aufgefordert hatten, diese nicht zurückzugeben gedenken.

Bereits im Mai hat das Reichsinnenministerium Anweisungen gegeben,

die Aufenthaltsgenehmigungen polnischer Juden nicht zu verlängern.<sup>12</sup> Im August erlässt der Innenminister eine neue Ausländerpolizeiverordnung. Nun soll der Aufenthalt nur noch Ausländern erlaubt sein, «die nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthalts im Reichsgebiet die Gewähr dafür bieten, dass sie der ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig sind». Einem Ausländer, der diesen Anforderungen nicht entspricht, kann der Aufenthalt verboten werden. Eine vertrauliche Dienstanweisung bestimmt, dass Juden als nicht würdig im Sinne der Verordnung anzusehen seien. Neu ist auch die Bestimmung, dass die Aufenthaltserlaubnis erlösche, wenn der Ausländer seine Staatsangehörigkeit wechsle oder verliere – worin unschwer eine Reaktion auf das polnische Ausbürgerungsgesetz zu erkennen ist. Nach dieser neuen Verordnung ist die Durchführung der Ausweisung nicht mehr davon abhängig, dass ein ausländischer Staat seine Übernahmbereitschaft erklärt.<sup>13</sup>

Bei einer weiteren Konferenz im Gestapo-Hauptquartier am 20. September wird beschlossen, polnische Juden nun bei den kleinsten Vergehen, z.B. auch gegen die Strassenverkehrsordnung, auszuweisen. Darüber hinaus aber sollen die polnischen Juden durch verstärkte Verfolgung zum «freiwilligen» Verlassen des Deutschen Reichs gebracht werden.<sup>14</sup>

Am 6. Oktober 1938 erlässt dann der polnische Innenminister eine Verordnung über die einmalige Kontrolle der von den polnischen Auslandsvertretungen ausgestellten Pässe. Sie tritt 14 Tage nach der Veröffentlichung (15. Oktober), also am 30. Oktober, in Kraft. Alle diese Pässe müssen vorgelegt werden und erhalten dann einen speziellen Vermerk. Er kann versagt werden, wenn die Echtheit oder Gültigkeit des Passes bezweifelt wird oder wenn Umstände vorliegen, die den Entzug der Staatsbürgerschaft begründen. Pässe ohne den Vermerk berechtigen nicht zur «Überschreitung der Grenze des polnischen Staates» – also nicht zur Einreise nach Polen. Wie die amerikanische Botschaft in Warschau von einem Beamten des polnischen Aussenministeriums erfährt, soll diese Verordnung in erster Linie eine allgemeine Ausweisung polnischer Juden aus Deutschland verhindern.<sup>16</sup> Und darüber ist sich auch die deutsche Seite vollkommen im Klaren, nachdem sie den Bericht über die Verordnung am 18. Oktober erhalten hat. Der Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes erteilt am 26. Oktober der deutschen Botschaft in Warschau eine telefonische Weisung, in der es u.a. heisst:

«Die in Deutschland befindlichen Juden polnischer Staatsangehörigkeit werden deshalb vorsorglich sofort mit kürzester Frist aus dem Reich verwiesen werden. Die Deutsche Regierung würde von der sofortigen

Durchführung dieser Ausweisungen nur absehen können, wenn polnischerseits von der Durchführung der Verordnung vom 6. Oktober d. J. im Reichsgebiet Abstand genommen» oder eine «bindende Erklärung» abgegeben würde, dass Polen sich auch zur Übernahme von Inhabern polnischer Pässe ohne den Kontrollvermerk verpflichte.<sup>17</sup> Das polnische Aussenministerium antwortet am 27. Oktober, es gehe nur um die «Kontrolle der Pässe ausschliesslich der Personen, die sich aus eigener Initiative zum Zwecke der Einreise in die Grenzen der Republik Polen melden». Es erwarte nicht, dass «derartige Meldungen, und mithin auch die Kontrolle der Pässe, einen Massencharakter» haben. Es beruft sich dann auf die früheren Interventionen der polnischen Auslandsvertretungen zum Schutz der polnischen Staatsbürger «vor den Folgen der Gesetzgebung des Deutschen Reichs, die für deutsche Staatsangehörige jüdischer Herkunft rechtsverbindlich ist». Diese Interventionen seien nicht erfolgreich gewesen. «Ohne zu verhehlen, dass die Polnische Regierung nicht wünscht, dass grössere Mengen von Besitzern polnischer Pässe, die durch die Anordnungen der Deutschen Regierung ihres Vermögens verlustig gegangen und in einen Zustand völliger Proletarisierung gebracht worden sind, massenweise nach Polen zurückkehren», bringt das polnische Aussenministerium seine Bereitschaft zu Besprechungen zur «Klärung der materiellen Lage» dieser Personen und zur «Regelung der Gesamtheit des Problems» zum Ausdruck.<sup>18</sup> Ein Entgegenkommen hatte die deutsche Seite auch nicht erwartet, und so hatte der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei bereits am 26. Oktober «nach Benehmen mit dem Auswärtigen Amt»<sup>19</sup> die nachgeordneten Behörden in zwei aufeinanderfolgenden «Schnellbriefen» angewiesen, «unter Einsatz aller Kräfte der Sicherheits- und Ordnungspolizei und unter Zurückstellung anderer Aufgaben alle polnischen Juden, die im Besitz gültiger Pässe sind, sofort unter Ankündigung formularmässiger Aufenthaltsverbote für das Reichsgebiet in Abschiebungshaft zu nehmen und unverzüglich nach der polnischen Grenze im Sammeltransport abzuschieben. Die Sammeltransporte sind so durchzuführen, dass die Überstellung über die polnische Grenze noch vor Ablauf des 29. Oktober 1938 erfolgen kann. Es muss erreicht werden, dass eine möglichst grosse Zahl polnischer Juden, namentlich der männlichen Erwachsenen, rechtzeitig vor dem genannten Zeitpunkt über die Grenze nach Polen geschafft wird.»<sup>20</sup>

## V

Was nun geschah, ist in dem eingangs zitierten Brief vom Dezember 1938 beispielhaft geschildert. Er bezeugt – wie fast alle Berichte Betroffener –, dass diese Aktion, deren Vorgeschichte gerade rekonstruiert wurde, die polnischen Juden in Deutschland überraschend und unvorbereitet traf. Sicher – «nach dem Erlass der neuen Ausländerpolizeiverordnung ... hatten sich die im Reich lebenden ausländischen Juden überlegen müssen», wie lange sie noch zum Kreis derer, die der deutschen Gastfreundschaft würdig waren, zählen würden.<sup>21</sup> Aber selbst wenn sie – z.B. aus jüdischen Zeitungen<sup>22</sup> – die Bestimmungen dieser Verordnung erfuhren: Sollten auch die, die seit Jahrzehnten in Deutschland wohnten, nun mit einer plötzlichen Ausweisung rechnen? Fast 40% der jüdischen Ausländer (1933) waren bereits im Reich geboren. Und selbst wenn sie die Gefahr erkannten, was hätten sie in den wenigen Wochen bis zur Ausweisungsaktion tun können: Ihre Arbeitsstelle oder ihr Geschäft im Stich lassen und fluchtartig nach Polen gehen, wo sie de facto nur Staatsbürger zweiter Klasse waren, und zu dem die meisten auch kaum eine Verbindung hatten? Und war nicht die Auswanderung in Drittländer sogar für deutsche Juden, die unmittelbar Objekt der Judengesetzgebung waren, immer schwerer geworden, wie zuletzt die internationale Konferenz zur Flüchtlingsfrage in Evian im Juni 1938 gezeigt hatte? Die Vertreter der 32 teilnehmenden Staaten beteuerten zwar ihr Mitgefühl für die Opfer der Verfolgung, machten aber gleichzeitig deutlich, dass die wirtschaftliche und soziale Lage ihrer Länder keine Erhöhung der Einwanderungsquote gestatte.

In Berlin sahen manche, besonders Aktive im Verband der polnischen Juden, die Entwicklung deutlicher. Hatte man einem der Leiter des Verbands, der immer wieder geschäftlich in Warschau zu tun und dort über die jüdischen Vertreter im Sejm und im Senat auch Kontakt zu Regierungsstellen hatte, im Innen- und Aussenministerium zunächst beteuert, dass die neuen Bestimmungen sich nicht gegen Juden, sondern gegen Kommunisten, besonders solche ukrainischer Nationalität aus Ostgalizien, richteten, so gab der polnische Konsul in Berlin in Privatgesprächen offen zu, dass seine Regierung keine «Immigration» von Juden wünsche.<sup>23</sup> Aber selbst in Berlin, wo im September 1938 Gerüchte über eine Abschiebung der polnischen Juden kursierten, glaubte man ihnen zunächst nicht.<sup>24</sup>

Die Aktion setzte nicht überall gleichzeitig ein – in manchen Städten am Abend des 27. Oktober, in anderen erst in den Morgenstunden des 28. Das führte z.B. dazu, dass die Leipziger aus Halle gewarnt wurden und deshalb nur knapp 50% der polnischen Juden von dort abgeschoben

wurden, aus Dresden dagegen 90%, aus Chemnitz 78%.<sup>21</sup> In Berlin hatte Rabbiner Freier in der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober von der Aktion erfahren und konnte noch einige Personen in seiner nächsten Umgebung warnen. Gelegentlich verständigten auch Betroffene ihre Freunde. Aufgrund der weiteren Entwicklung blieb aber, «wer bei der Aktion an diesem Tage zufällig nicht aufgegriffen wurde, ...weiter unbehelligt».<sup>26</sup>

Der Reichsführer SS hatte angeordnet, «namentlich die männlichen Erwachsenen» abzuschicken. Dieses Vorgehen versprach bei der begrenzten zur Verfügung stehenden Zeit bis zur erwarteten Schliessung der polnischen Grenzen die grösste Wirkung; denn man konnte darauf rechnen, dass auf die eine oder andere Weise Frau und Kinder dem Familienvater folgen würden<sup>27</sup> – schon aus Not. Gehandhabt wurde die Ausweisung unterschiedlich: In Württemberg wurden ganze Familien abgeschoben, in Baden in der Regel nur Männer, in Sachsen im allgemeinen auch Frauen und Kinder (die z.T. sogar die Mehrheit stellten), in Hamburg, Frankfurt und München ebenso.<sup>28</sup> Wenn einerseits Otto Buchholz sich freute, dass seiner Frau und seinen Kindern diese grausame Aktion erspart geblieben sei, so konnten andere die besondere Härte vielleicht gerade in der Trennung der Familie erblicken. Diese ergab sich in manchen Fällen auch daraus, dass die Familienmitglieder aus verschiedenen Wohnorten in Deutschland zu verschiedenen Grenzübergängen gebracht wurden und deshalb schliesslich in verschiedenen Lagern interniert wurden.<sup>29</sup>

Die Verhaftung konnte je nach Verhalten der einzelnen Polizeibeamten – möglicherweise auch ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Polizeiverbänden – sehr unterschiedlich vor sich gehen. So berichtet einer der Betroffenen, die Gestapo-Beamten hätten ihnen gesagt, es gehe nach Palästina<sup>30</sup> – eine Verhöhnung, die ganz der nationalsozialistischen Propaganda entsprach, die sich auch solcher Mittel wie täuschend echt wirkender Fahrkarten «einmal Jerusalem ohne Rückfahrt» bediente. In einem anderen Fall liessen sie Zeit, «sich in Ruhe anzuziehen, zu beten und kamen nach 10 Minuten wieder», verzichteten sogar darauf, die Frau mitzunehmen, obwohl sie dies eigentlich hätten verlangen können.<sup>31</sup> In Bochum bot der Wachhabende den von der jüdischen Gemeinde geschickten Helfern einen Wagen für den Transport ihres dampfenden Kessels mit warmem Essen an.<sup>32</sup> Auf dem Transport zur polnischen Grenze holten manche Polizeibeamte den Abgeschobenen, die in verschlossenen Zügen reisten, auf den Haltebahnhöfen Wasser, während begleitende Sanitäter dies verweigerten. Einem jungen Berichterstatter zufolge verhielten sich besonders Beamte der Schutzpolizei sehr anständig, während die SS-Leute ihm als reine Kriminelle erschienen.<sup>33</sup>

Während der Wartezeit in den Sammelstellen erhielten die Verhafteten zum Teil eine magere Verpflegung von der Polizei – die später allerdings im Falle Hannovers zu Propagandazwecken so anregend und detailliert geschildert wurde, dass der Leser den «Eindruck einer recht fröhlichen Urlaubsreise» erhielt.<sup>34</sup> Meistens waren sie angewiesen worden, sich mit Proviant für zwei Tage einzudecken. Ausserdem durften sie 10 Reichsmark mitnehmen – die damalige Höchstgrenze für die Ausfuhr deutscher Währung.<sup>35</sup>

In Wirklichkeit waren es die jüdischen Gemeinden, die die Abgeschobenen an der Sammelstelle – in Gefängnissen oder auch grossen Tanzsälen – und auf den Zwischenstationen bis hin zur Grenze versorgten. So ist es wohl nicht aussergewöhnlich, dass «die ganze Gemeinde» förmlich «wetteiferte», die Bedauernswerten noch mit dem auszustatten, was ihre Reise erleichtern konnte<sup>36</sup>, und dass besonders Umsichtige mancherorts auch noch die Ausstellung von Vollmachten bewerkstelligten, damit Verwandte, Bekannte oder die Gemeinde sich um die geschäftlichen Angelegenheiten kümmern konnten.<sup>37</sup> Die Solidarität in der Not wird besonders deutlich, wenn man sie vom Standpunkt eines überzeugten Zionisten betrachtet, hatten doch die Zionisten – nicht ganz zu Recht – der Mehrheit der deutschen Juden immer vorgeworfen, sich von den Ostjuden zu distanzieren: «An diesem Tag fielen alle Gegensätze und gesellschaftlichen Unterschiede vollkommen fort. ... Auch die assimilierten Kreise, die sich damals besonders um den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten scharten, verstanden, dass es sich hierbei um eine Generalprobe handelte.»<sup>38</sup>

Die Bahnsteige, von denen die Sonderzüge abgingen, wurden – in allen Fällen? – abgesperrt. Nicht nur Reisende, auch Bahnarbeiter wurden ferngehalten. Doch Zuschauer, die die Abtransportierten verhöhnten, gab es trotzdem.<sup>39</sup> Erst auf der Reise erhielten manche Betroffenen die Ausweisungsverfügung, die doch eigentlich die Grundlage für die Verhaftung war.<sup>40</sup> Die Transporte wurden zunächst von lokalen bzw. regionalen Polizeibeamten begleitet, später – etwa in Oberschlesien – übernahm dann die dortige Polizei. Die Stärke der Begleitung wird in einem Fall mit 59 Polizisten und 16 Sanitätern für 482 Abschiebehäftlinge angegeben, in einem weiteren mit 61 Polizisten für 724, in anderen Fällen aber mit 16 bis 17 Bewachern für ca. 400 Häftlinge.<sup>41</sup> Der Polizeipräsident in Leipzig berichtete dem Innenminister: «Der Abtransport ist im Wesentlichen reibungslos und bis auf einen Todesfall (Frau), Ohnmachtsanfälle und Nervenzusammenbrüche, ohne besondere Zwischenfälle erfolgt.»<sup>42</sup>

Die letzten sieben Kilometer bis zur Grenzstation Zbaszyn mussten die Verhafteten auf der wichtigsten Abschiebestrecke (Berlin-Posen) zu

Fuss zurücklegen. Wenn jemand sein Gepäck nicht tragen konnte oder zurückblieb, wurde es ihm abgenommen und weggeworfen. «Wer nicht mitkam, wurde geschlagen.»<sup>43</sup> An den polnischen Grenzübergängen wurden die ersten ankommenden Transporte noch durchgelassen, dann aber die Einreise verweigert. Ein erschütternder Bericht schildert, wie die Abgeschobenen von der SS in den Fluss, der die Grenze bildete, getrieben wurden, wie dann polnische Grenzwachmannschaften ihnen nachsetzten und nach stundenlangem Umherirren schliesslich Auseinandersetzungen zwischen den polnischen Grenzern und der SS über die Frage begannen, wohin diese Juden gehörten.<sup>44</sup> Von einem anderen Transport wird berichtet:

«An der polnischen Seite stand ein einzelner Posten mit verrostetem Gewehr. Dieser wollte niemand durchlassen. Die Deutschen drängten aber von hinten und stiessen und sagten: ‚Ihr werdet euch doch nicht von einem einzelnen Mann aufhalten lassen!‘ Schliesslich bildeten ein paar Jüngere eine Kette, gingen unter dem Schlagbaum durch und riefen den [!] Polen zu: ‚Schiess auf uns.‘ Von polnischer Seite wurde dann ein paarmal in die Luft geschossen, aber da die Menge drängte und bereits den Schlagbaum in die Höhe hob, kam schliesslich der ganze Zug auf polnisches Gebiet.»<sup>46</sup>

Nach Unterlagen des Auswärtigen Amtes führen die Polen schliesslich sogar Maschinengewehre auf und legten Stacheldrahtverhaue an. Es ist sogar von Drohungen die Rede, auf die im Niemandsland zwischen den beiden Grenzen Kampierenden das Feuer zu eröffnen.<sup>46</sup>

Während die ersten Ankömmlinge noch nach Polen einreisen konnten, wurden die späteren in den Grenzorten interniert. Der bekannteste davon war Zbąszyń, andere Chojnice und Drawski Młyn, wo nur Männer untergebracht waren.<sup>47</sup> Die Betroffenen konnten sich in Zbąszyń im Ort einmieten, sofern sie Geld besaßen, d.h. es verbotenerweise mitgebracht hatten und bei den nicht immer scharfen Kontrollen nicht entdeckt worden waren.<sup>48</sup> Eine Absperrung hinderte sie aber, Zbąszyń zu verlassen. Die anderen wurden in Militärbaracken, ehemaligen Pferdeställen, untergebracht. Es fehlten dort zunächst alle Voraussetzungen für eine Versorgung. Die hygienischen Bedingungen waren katastrophal. Binnen kürzester Zeit aber wurde daraus eine richtiggehende «Stadt» mit Werkstätten, Geschäften, Wohlfahrtsamt, Schiedsgericht, einem Reinigungsdienst und einer eigenen Polizei, mit Sprachkursen und Bibliothek. Dies alles schuf ein in den ersten Tagen der Ausweisungsaktion in Warschau ins Leben gerufenes jüdisches Hilfskomitee gemeinsam mit den Internierten. 500 von diesen erhielten dadurch Beschäftigung. Im Lager Zbaszyn, das erst im Juli 1939 aufgelöst wurde, lebten zu verschiedenen Zeiten zwischen 5'000 und 8'000 Men-



**Abb. 7:** Vertriebene Ostjuden in Zbaszyn im Oktober/November 1938, wo sie unter katastrophalsten Bedingungen in ausgedienten Militärbaracken und ehemaligen Pferdeställen zu Tausenden untergebracht worden waren. Das Lager wurde im Juli 1939 aufgelöst.

schen.<sup>49</sup> Welche Probleme diese Enge schuf, ist unschwer vorstellbar.<sup>50</sup>

Das Hilfswerk wurde fast ausschliesslich von der lokalen jüdischen Bevölkerung getragen, war aber finanziell stark auf ausländische jüdische Organisationen, besonders das amerikanische Joint Distribution Committee (JDC), angewiesen. Dessen Vertreter in Warschau, Gitermann, berichtete auch – mit Staunen –, dass die Vertriebenen sich in Kattowitz, das er für stark antisemitisch hielt, bewegen konnten, ohne angepöbelt zu werden, und dass sogar einige christliche Polen ihnen Geschenke brachten. Der Woiwode von Schlesien habe beim Weitertransport gern geholfen. Und auch in Zbaszyn hatte die christliche Bevölkerung das Schicksal der Ausgewiesenen mit Anteilnahme verfolgt?<sup>1</sup> Dagegen gewährte die polnische Regierung keinerlei Unterstützung, und Gitermann vermutete, sie wolle diese Angelegenheit ausnutzen, um die jüdische Auswanderung aus Polen forciert zu betreiben?<sup>2</sup> Tatsächlich wurden seine diplomatischen Vertreter in Washington, London und Den Haag vorstellig. Diese Angelegenheit müsse bereinigt werden, bevor man an die allgemeine Frage der jüdischen Flüchtlinge

aus Deutschland gehen könne. Wenn das polnisch-jüdische Problem nicht umgehend gelöst werde, müsse mit Pogromen in Polen gerechnet werden.<sup>55</sup> Allerdings lehnte das in Evian gegründete Intergovernmental Committee es am 2. Dezember 1938 ab, dass die polnische Regierung ihm diese Ausweisungsangelegenheit vor- und übertrug.<sup>54</sup>

## VI

Die Ausweisungsaktion war inzwischen längst abgebrochen worden. Am Nachmittag des 29. Oktober hatte Polen die Ausweisung deutscher Reichsbürger aus Posen und Pommerellen angeordnet. Doch auf die Erklärung der deutschen Seite, dass die Ausweisung «arischer» Reichsbürger eine Verschärfung des Konflikts bedeuten würde, beschränkte sich Polen darauf, deutsche Juden zur Reichsgrenze zu bringen. Die deutsche Vorbedingung für Verhandlungen, nämlich eine Verlängerung der Passprüfungsfrist bis 15. November, wurde bereits vorher, noch am 28. Oktober, von Polen akzeptiert.<sup>55</sup> Allerdings gab der polnische Botschafter den Konsulaten die Anweisung, Juden bis dahin nur im Ausnahmefall den Prüfungsvermerk zu erteilen und danach die Ausbürgerung energisch zu betreiben.<sup>56</sup> Nachdem sogar die Gestapo die Zustände an der Grenze für «unhaltbar» erklärt hatte und Polen und Deutschland sich darüber verständigt hatten, von der weiteren Abschiebung der beiderseitigen Staatsangehörigen abzusehen sowie in der folgenden Woche mit Verhandlungen zu beginnen, wurde die Ausweisungsaktion am 29. Oktober eingestellt. Die bereits auf polnischem Territorium Befindlichen blieben zunächst dort, die übrigen, die sich noch an der Grenze befanden, durften nach Deutschland zurückkehren. Der Vorschlag eines untergeordneten Gestapo-Vertreterers, sie in Konzentrationslager zu überführen, stieß weder bei seiner Institution noch beim Auswärtigen Amt auf Zustimmung.<sup>57</sup> Beim Beginn der Verhandlungen am 2. November 1938 forderte Deutschland erneut die Rückkehr aller polnischen Juden nach Polen.<sup>58</sup> Zur Entspannung der Situation versicherte Staatssekretär von Weizsäcker dem polnischen Botschafter Lipski am nächsten Tag, dass die ganze Aktion durch ein Gespräch zwischen ihnen beiden hätte vermieden werden können, wenn Lipski Ende Oktober nicht gerade von Berlin abwesend gewesen wäre. Er bestand aber weiterhin darauf, Deutschland könne es nicht akzeptieren, «dass uns im Wege der Ausbürgerung ein Klumpen von 40'000-50'000 [!] staatenlosen ehemaligen polnischen Juden in den Schoss fiele». Dass die «Übernahme von polnischem Eigentum», das diese Juden ja nun einmal seien, ein Opfer für Polen bedeute, vermochte er nicht zu erkennen.<sup>59</sup> Am 8. No-

vember verbot der Reichsführer SS dann «bis auf Weiteres wegen der technischen Schwierigkeiten die Abschiebung von Juden nach Polen».<sup>60</sup>

Es zeichnete sich bereits eine Einigung in den deutsch-polnischen Verhandlungen ab. Danach hatte Polen die schon auf seinem Gebiet Befindlichen endgültig zu behalten und darüber hinaus ihren Frauen und Kindern noch die Einreise zu gestatten. Deutschland erklärte sich bereit, die Ausgewiesenen für eine befristete Zeit wieder einreisen zu lassen, um ihre persönlichen Verhältnisse zu ordnen. Doch während das Auswärtige Amt zur Unterzeichnung bereit war, obwohl nicht alle von Deutschland erstrebten Ziele erreicht worden waren, wollten die Gestapo-Vertreter nicht ohne ausdrückliche Zustimmung von Hitler unterzeichnen. Er hatte schon die Einstellung der Aktion mit Unmut aufgenommen und sah die mit Polen getroffene Abmachung noch kritischer.<sup>61</sup>

Die Verhandlungen wurden dann nach dem Attentat eines jungen polnischen Juden auf einen deutschen Diplomaten in Paris am 10. November suspendiert und erst am 17. Dezember wieder aufgenommen.<sup>62</sup> Der Zeitgewinn kam auch Deutschland gelegen, da es immer noch keine Liste der noch im Reich lebenden polnischen Juden gab und auch ihre Gesamtzahl nicht bekannt war. Als sie endlich mit nur 13'000 ermittelt wurde, näherten sich die deutschen und polnischen Standpunkte an. Schliesslich kam es am 24. Januar 1939 zu einer Vereinbarung. Die deutsche Regierung gestattete darin die vorübergehende Rückkehr Ausgewiesener. Es durften sich aber nie mehr als 1'000 von ihnen gleichzeitig in Deutschland aufhalten. Bis 31. Juli 1939 mussten alle nach Polen zurückgekehrt sein. Die Ausgewiesenen durften ihre Wohnungseinrichtungen, persönliche Gebrauchsgegenstände und das zur Ausübung ihres Berufes Benötigte ausführen. Ihr Kapital bzw. die Liquidationserlöse mussten auf ein Sonderkonto der deutschen Devisenbank eingezahlt werden. Die weiteren Modalitäten blieben vorerst offen. Die Kapitalausfuhr zu gestatten, hätte einen Präzedenzfall bedeutet, den sich die Einwanderungsländer und das Komitee von Evian hätten zunutze machen können. Polen verpflichtete sich, die Ehefrauen und Kinder der Ausgewiesenen jederzeit einreisen zu lassen.<sup>63</sup> In den Ausführungsbestimmungen für die Polizeibehörden hiess es dazu, dass sofort alle zurückgebliebenen Frauen und Kinder mit speziellen Personalbogen erfasst werden sollten und, sofern bis dahin nicht geschehen, dass das Aufenthaltsverbot für den Ehemann auf sie ausgedehnt werden sollte. Die polizeiliche Sicherstellung des Vermögens und der Wohnung der Abgeschobenen sollte nun aufgehoben werden. Die Versiegelung der Wohnung habe nur den Zweck gehabt, die Zugriffe Unbefugter zu

verhindern. Vollstreckungshandlungen von Gerichtsvollziehern sollten dagegen nicht behindert werden.<sup>64</sup>

Schon seit Monaten waren besonders Hausbesitzer, die nun keine Miete mehr erhielten, die Wohnungen aber auch nicht neu vermieten konnten, und sonstige Gläubiger bei den Behörden deswegen vorstellig geworden. Der sächsische Innenminister hatte diese Situation bereits Ende Dezember «nicht mehr verantworten» können und dem Reichsführer SS mitgeteilt, dass er die «Erledigung der durch die Abschiebungsaktion aufgeworfenen Fragen» ab 10. Januar 1939 freigeben wolle. «Ich werde dabei unterstellen, dass lediglich die Belange der betroffenen deutschen Volksgenossen zu berücksichtigen sind, dass also insbesondere auf etwaige Schadensersatzansprüche der Abgeschobenen und der polnischen Regierung nicht mehr Rücksicht zu nehmen ist.»<sup>65</sup> Als den Betroffenen dann aber die Gelegenheit gegeben wurde, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, behielt er die Sicherung bei, bis feststehe, wer von den Abgeschobenen zurückzukehren wüschte.<sup>66</sup>

Um die Rückkehrwilligen kümmerten sich unter anderem das Palästina-Amt in Berlin und der Verband der polnischen Juden. In Einzelfällen – z.B. nach der Operation der dann nach Polen mitzunehmenden Ehefrau – wurde sogar die Aufenthaltsfrist um einige Tage verlängert.<sup>67</sup> Viele, die ihre Angelegenheiten schriftlich von Polen aus zu erledigen suchten, mussten dabei grosse Verluste hinnehmen. Sogenannte «Abwickler» beeilten sich, Geschäftsinventar und Warenlager möglichst schnell an den Mann zu bringen.<sup>68</sup>

## VII

Da aber für die in Deutschland Verbliebenen keine Zusicherung Polens erlangt werden konnte, dass es auf ihre Ausbürgerung verzichten werde, sollte «versucht werden, mit ausländerpolizeilichen Mitteln möglichst viele dieser polnischen Juden zum Verlassen des Reichsgebietes zu veranlassen».<sup>69</sup> Am 8. Mai 1939 befahl Heydrich der Ausländerpolizei nicht nur, sämtliche Frauen und Kinder nun an die Grenzdienststelle zu melden, damit sie auch mit Sicherheit bis 31. Juli ausreisten (bis dahin lagen nur für 1'500 Personen die erforderlichen Personalbogen vor). Vielmehr sollte auch allen polnischen Juden ohne einen zur Rückkehr berechtigenden Pass sowie auch Personen, denen Polen die Staatsangehörigkeit aberkannt hatte, der Aufenthalt verboten werden. Sofern sie dann nicht freiwillig abreisten, sollten sie abgeschoben werden, aber gerade nicht in Massentransporten wie im Oktober 1938, sondern unauffällig über die grüne Grenze. Bis 31. Juli sollten alle das Reich verlassen

haben oder zumindest «zum Vollzug der Abschiebehaft» in Konzentrationslager eingewiesen sein.<sup>70</sup> Doch infolge der verschärften polnischen Grenzüberwachung musste im Juli auch von grösseren Abschiebungen über die grüne Grenze abgesehen werden. Allenfalls konnte man sich noch gelegentlich einer oder zweier Personen auf diese Weise entledigen. Deshalb wurden nun sogar bestimmte Personengruppen (Alte und Gebrechliche; Kinder, deren Unterbringung im Ausland nicht innerhalb der gesetzten Frist möglich war; Personen, deren Auswanderung innerhalb des nächsten halben Jahres bevorstand, u.a.) von der Abschiebehaft ausgenommen.<sup>71</sup> In diesem Sommer versuchten nun auch viele dieser Juden, durch Bestechung polnischer Beamter oder sogar mit Unterstützung der in diesen Fällen äusserst hilfsbereiten deutschen Polizei – sie half sogar beim Koffertragen! –, illegal die Grenze nach Polen zu überqueren.<sup>72</sup>

## VIII

Die Abschiebungsaktion vom Oktober 1938 hat weit über den Kreis der selbst Betroffenen hinaus auf die Verfolgung der Juden in Deutschland überhaupt gewirkt: der 17jährige, aus Hannover stammende Herschel Grynszpan, der danach in Paris bei einem Onkel lebte und selbst schon einen Ausweisungsbefehl aus Frankreich erhalten hatte, erhielt am 3. November eine Postkarte seiner in Zbyszyn internierten Eltern und Geschwister. Diese Nachricht und die Schilderungen in den Zeitungen, so dem jiddischen Pariser «Hajnt» vom 4. November, trieben ihn zu der Verzweiflungstat, die dann den Nationalsozialisten den willkommenen Vorwand für die Inszenierung des Pogroms vom 9./10. November 1938 und die daran anschliessende weitere Verschärfung der Verfolgung der Juden bot: Grynszpan schoss am 7. November in der deutschen Botschaft auf den jungen Legationsrat vom Rath, der zwei Tage später seinen Verletzungen erlag. Sowohl als er die Schüsse abgab, wie auch bei der Festnahme gab er die Deportation der polnischen Juden – darunter auch die seiner Familie – als Tatmotiv an.

Was er Jahre später, als die Vichy-Regierung ihn auf deutsches Verlangen hin ausgeliefert hatte und ihm nun in Deutschland der Prozess drohte, nachschob, nämlich dass er als Zuhälter für den homosexuellen vom Rath tätig gewesen und von ihm um seine Provision geprellt worden sei oder gar selbst homosexuelle Beziehungen zu dem Diplomaten gehabt habe, diente der Entpolitisierung seiner Tat und führte – zusammen mit anderen Faktoren – dazu, dass sein Prozess aufgeschoben wurde und schliesslich nie zustande kam. Glaubwürdig ist diese

Behauptung, die Grynszpan selbst wieder zurückzog, jedenfalls nicht.<sup>73</sup>

Grynszpan war mit Sicherheit zunächst im KZ Sachsenhausen, dann im Untersuchungsgefängnis Moabit, nach der Verschiebung des Prozesses vermutlich erneut in Sachsenhausen, wo er noch von Eichmann verhört wurde. Während seine Angehörigen behaupteten, er sei tot, berichteten verschiedene deutsche Zeitungen 1960, er lebe – obwohl die Tat in Frankreich inzwischen verjährt war – unter falschem Namen in Paris – was auch der Historiker, der den Fall zuerst recherchiert hatte, behauptete. Das Amtsgericht Hannover hat ihn am 1. Juni 1960 mit Wirkung vom 8. Mai 1945 für tot erklärt.<sup>4</sup> Sollte er wirklich im Krieg nicht umgekommen sein, so hätte gerade dieser eine Jude, der tatsächlich schuldig war, den Mord an den Juden unversehrt überlebt. «Erst durch seine Tat wurde Herschel Feibel Grünspan zu ‚prominent‘ für Auschwitz.»<sup>75</sup>

## IX

In der Ausweisungsaktion von 1938 wurde ein Paradigma für spätere nationalsozialistische Massnahmen gegen die Juden gesehen: Sie war die erste grössere Deportation, die die Koordinierung von Polizei, Reichsbahn, Diplomatie und Finanzbehörden erforderte. Dass Polen nicht fähig und nicht gewillt war, das Lager in Zbaszyn aufzulösen, sei ein Symbol dafür, dass es Deutschland gelang, andere Nationen mitverantwortlich für seine Judenpolitik zu machen. Die internationale Öffentlichkeit aber habe gleichgültig zugehört.<sup>76</sup>

Die Mitverantwortung Polens kann nicht bestritten werden.<sup>77</sup> Bedürfte es noch eines letzten Beweises, dass es seine jüdischen Staatsbürger im Ausland nicht nur nicht schützte, sondern sie preiszugeben bereit war, so könnte dazu der folgende, von Botschafter Lipski ventilierter Plan dienen: Die meisten Aktionäre der polnischen Ölindustrie in Galizien waren österreichische Juden. Nach dem «Anschluss» fürchtete Polen, dass die Aktien durch Beschlagnahme dem Deutschen Reich zufallen könnten. Lipski schlug deshalb dem stellvertretenden polnischen Aussenminister im Juli 1938 ein Abkommen vor, wonach Polen eine passive Haltung zur Beschlagnahme polnisch-jüdischen Besitzes in Deutschland einnehmen und Deutschland als Gegenleistung auf die Abschiebung nach Polen verzichten sollte. Zusätzlich sollte Deutschland die Aktien der ehemals österreichischen Bürger an Polen übergeben. Um das Eigentum ihrer Staatsbürger für ein solches Abkommen zu instrumentalisieren, verzichtete die polnische Regierung zunächst auf die Durch-

führung des Ausbürgerungsgesetzes. So gesehen, erlaubte die Kontrollverordnung vom Oktober gerade den weiteren Verzicht auf die formelle Ausbürgerung und hielt den Weg offen für ein Clearing-Abkommen mit der deutschen Regierung über die Konfiszierung polnisch-jüdischen Eigentums.<sup>78</sup>

Neben der Mitverantwortung Polens macht die Ausweisungsaktion aber auch etwas anderes deutlich: Sobald eine ausländische Regierung den deutschen Massnahmen entschlossen entgegentrat – wie die polnische mit der Ausweisung von Reichsbürgern als Repressalie und ihrem Beharren, keine Garantie für die spätere Übernahme der in Deutschland weiterhin Verbliebenen abzugeben –, musste die nationalsozialistische Regierung noch immer ihre Ziele wieder zurückstecken.<sup>79</sup> Darüber hinaus ist auch von Bedeutung, dass die Polen-Ausweisung wie die bereits im Januar 1938 erfolgte Ausweisung der 500 sowjetischen Juden nicht nur zeigt, dass das Reich sich nun sicher genug fühlte, auch gegen ausländische Juden entschieden vorzugehen.<sup>80</sup> Man könnte vielmehr aus dieser Aktion, die auf die Ausweisung von 150 Deutschen aus der Sowjetunion reagierte, ebenso wie aus der gegen die Polen gerichteten auch schliessen, dass das Reich gegen Ausländer noch immer nicht selbständig vorging, sondern einen von aussen gebotenen Anlass nutzte. Die sowjetischen Behörden verweigerten ihren Staatsbürgern ebenfalls die Einreise, woraufhin diese von den Deutschen in Konzentrationslager gebracht wurden.<sup>81</sup> All dies kann freilich die deutschen Verantwortlichen keinesfalls entlasten.

## X

Ais das Deutsche Reich Polen am 1. September 1939 überfiel, befanden sich noch einige der zeitweilig Zurückgekehrten in Deutschland.<sup>82</sup> Sie wie jene, die noch im Reich lebten, waren nun endgültig den nationalsozialistischen Verfolgern ausgeliefert. Die Männer wurden am 7. September nicht – wie bei Angehörigen von Feindstaaten üblich – zivilinterniert, sondern in Konzentrationslager eingeliefert. Die Frauen wurden namentlich erfasst, die Vermögen beschlagnahmt. Die kurz zuvor nach Polen abgeschoben worden waren, wurden dort von den Deutschen wieder eingeholt und erst in Ghettos zusammengepfercht, dann – wie die Juden aus dem Reich – in die Vernichtungslager deportiert und ermordet. Durch Auswanderung aus Polen konnten sich nur wenige retten.

Cäcilie Buchholz wurde mit den badischen Juden nach Gurs deportiert. Ihre Tochter war in England in Sicherheit – und wurde dort von ihren

Wohltätern zum Aufgeben des jüdischen Glaubens gebracht. Otto Buchholz, dessen Weg von Mannheim nach Zbgszyn am Anfang dieses Berichts stand, konnte seinen Plan vom Winter 1939, in Warschau beim amerikanischen Konsulat die Auswanderung zu betreiben, nicht verwirklichen. 1941 lebte er noch im Warschauer Ghetto.<sup>83</sup> Er ist später für tot erklärt worden.<sup>84</sup>

Uwe Dietrich Adam

## Wie spontan war der Pogrom?

Die Nacht von Mittwoch auf Donnerstag, vom 9. auf den 10. November 1938, war bislang ganz nach den Erwartungen der drei Männer verlaufen. Auf dem Programm stand die 15-Jahres-Gedenkfeier zur Erinnerung an den 9. November 1923 in München. Die Veranstaltung fand im «Museum», einem gutbürgerlichen Hotel mit geeigneten Räumlichkeiten statt. Für alle Parteigenossen, Gliederungen und angeschlossenen Verbände war Teilnahme zur Pflicht gemacht worden.

In der rauchgeschwängerten Atmosphäre stellte sich bald das bewährte Gefühl alter Kameraderie wieder ein, gefördert und unterstützt durch eine starke Zufuhr alkoholischer Getränke; die Gespräche drehten sich neben privat-persönlichen Angelegenheiten in erster Linie um die genialen Taten des Führers: der Anschluss Österreichs und die Schaffung «Grossdeutschlands», die «Münchner Konferenz» und der Fall des Sudentenlandes an das Reich. Erregt wurde auch die neueste Nachricht diskutiert: der Mordversuch eines Juden an einem deutschen Diplomaten in Paris.

Es folgten die obligatorischen Reden der örtlichen Parteiprominenz, Grussworte der staatlichen Vertreter, mit immer wieder denselben Erinnerungen und den Hinweisen auf das Erreichte. Obgleich es eine reine Parteiveranstaltung war, fehlten nicht die Abordnungen von SA, SS, NSKK (NS-Kraftfahr-Korps), HJ (Hitler-Jugend) und BdM (Bund deutscher Mädel), die dem Tag des Hitler-Putsches ihre Reverenz erwiesen. Mit Ausnahme des Nürnberger Parteitages gab es wohl kaum eine Veranstaltung im NS-Festkalender, an der die Mitglieder der NSDAP, ihrer Gliederungen und Verbände in solcher Geschlossenheit zusammentrafen.

Mit dem Hervortreten der Fahnenabordnungen, dem Absingen des «Horst-Wessel-Liedes» und einem dreifachen «Sieg Heil» auf den Führer endete kurz nach 22 Uhr der offizielle Teil der Veranstaltung.

Die Fahnenabordnung, bestehend aus drei Mitgliedern, beeilte sich, die Parteifahne wieder in das Parteihaus zu bringen, um sich sodann unge-

stört dem angenehmeren Teil der Veranstaltung widmen zu können. Sofort nach Abstellen der Parteifahne begab sich die Abordnung zu einer Gaststätte, wo sie sich bis gegen 2 Uhr aufhielt. Auf dem menschenleeren Heimweg kam ihr ein Kraftfahrzeug entgegen. Der NSDAP-Kreisleiter forderte die drei Männer auf, einzusteigen, und teilte ihnen mit, ein Funkspruch von Gauleiter Murr aus Stuttgart habe den Befehl enthalten, sämtliche Synagogen im Reich seien noch in dieser Nacht anzuzünden. Der Kreisleiter befahl den drei nächtlichen Zechern, die örtliche Synagoge in Brand zu setzen. Sie kehrten also zum Parteihaus zurück, tranken während ihrer Beratschlagung noch einige Biere und suchten sodann nach Brennmaterial. Die Synagoge befand sich zum Glück in Sichtweite des Parteihauses. Mit Hilfe eines verwelkten Eichenlaubkranzes und einer Büchse Bohnerwachs hoffte man, das Unternehmen erfolgreich angehen zu können. Als die drei in das Haus eindringen wollten, war die Tür bereits eingetreten, die Inneneinrichtung demoliert, waren die Fenster zerbrochen. Nachbarn berichteten später, kurz nach 24 Uhr hätten ca. acht Personen in SA- und SS-Uniform die Synagogentür aufgebrochen und Einrichtungsgegenstände zum Neckar getragen und ins Wasser geworfen. Diese Aktion hätte bis 1 Uhr gedauert.

Die drei Brandstifter, glücklich, ohne Hindernisse in das Haus eindringen zu können, stellten sich keine weiteren Fragen. Nach etlichen Fehlversuchen brannte das Gebäude gegen 4 Uhr lichterloh. Die Feuerwehr, die kurz darauf eintraf, beschränkte sich auf die Sicherung der angrenzenden Häuser, so dass in den Morgenstunden die Synagoge bis auf die Grundmauern niedergebrannt war.

So oder so ähnlich, wie sich die «Reichskristallnacht» nach Zeugenaussagen in der schwäbischen Universitätsstadt Tübingen abspielte, verliefen die Ereignisse an vielen Stellen des Reiches. Das Beispiel Tübingen ist jedenfalls im Ablauf seiner Geschehnisse und im Aufbau des Szenariums gut geeignet, auf die Frage Antwort zu geben, wie «spontan» der Pogrom eigentlich war.

Ehe diese Frage angegangen wird, sollen die Bühne und die Rollenverteilung der zentralen Inszenierung beleuchtet werden, von der aus die Ereignisse ihren Anfang nahmen.

Wie bekannt, fand ab 1928 eine jährliche Wiederaufführung des gescheiterten Putsches vom 8./9. November 1923 in München statt. Nahezu die gesamte Parteiprominenz hielt sich in diesen Tagen in der «Hauptstadt der Bewegung» auf, zusätzlich die Spitzen von SA und SS. Die quellenmässigen belegbaren Ereignisse zeigen folgenden Ablauf:

## Der Ablauf der Ereignisse

*Montag, 7. November 1938*

In den Vormittagstunden gibt der 17jährige polnische Jude Herschel Grynszpan zwei Schüsse auf den Legationsrat vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris ab. Der Diplomat wird an der Schulter verletzt. Eine Kugel durchschlägt die Milz und berührt die Magenwand. Vom Rath wird sofort operiert; sein Zustand ist sehr ernst.

Am Spätnachmittag entsendet Hitler seinen Begleitarzt, Dr. Karl Brandt, und Professor Dr. Georg Magnus aus Münster nach Paris, um den französischen Ärzten zur Seite zu stehen.

*Dienstag, 8. November 1938*

Der «Völkische Beobachter» bringt eine erste Meldung über das Attentat in Paris und zugleich einen Leitartikel, in dem eine Parallele zum Mordfall Gustloff 1936 in der Schweiz gezogen und gleichzeitig beklagt wird, «dass in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstrassen beherrschen...» Er schliesst mit der Drohung: «Die Schüsse in der Deutschen Botschaft in Paris werden nicht nur den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten...» Am Abend und in der Nacht kommt es in einigen Orten Deutschlands zu örtlichen Übergriffen gegen jüdische Geschäfte und Wohnungen sowie zu Synagogenbränden. Voraus gingen jeweils Kundgebungen der Partei zur Erinnerung an den Hitlerputsch, Hetzreden der örtlichen Parteiführer mit anschliessenden «spontanen Aktionen» von Partei und SA. Gauleiter Sprenger von Kurhessen, der von den Ausschreitungen in seinen Gauen Kenntnis erhalten hatte, verbot in einem Geheimbefehl alle weiteren Einzelaktionen.

21 Uhr:

Hitler hält seine traditionelle Rede im Bürgerbräukeller, geht jedoch mit keinem Wort auf das Attentat ein.

*Mittwoch, 9. November 1938*

Um die Mittagszeit findet der feierliche Gedenkmarsch zur Feldherrnhalle statt, der mit einer Zeremonie beendet wird.

17.30 Uhr:

Der von Hitler unmittelbar nach dem Attentat zum Botschaftsrat beförderte vom Rath stirbt in Paris.

20 Uhr:

Die Parteiführer und «Alten Kämpfer» finden sich zu einem Kameradschaftsabend im «Alten Rathaus» in München ein.

Die SS-Führer befinden sich nahezu geschlossen im Hotel «Vier Jahreszeiten», darunter auch der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich.

Reichsmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, befindet sich in seinem Sonderzug auf der Rückfahrt nach Berlin.

21 Uhr:

Hitler wird während des Essens der Tod vom Raths gemeldet. Er führt eine «ausserordentlich eindringliche Unterredung» mit dem neben ihm sitzenden Propagandaminister Joseph Goebbels, von dessen Inhalt auch die Nachbarn nichts verstehen.

Hitler verlässt unmittelbar nach Abschluss des Essens die Versammlung, ohne, wie sonst üblich, zu der Versammlung zu sprechen. Er begibt sich zu seiner Wohnung in die Äussere Prinzregentenstrasse.

22 Uhr:

Kurz nach Hitlers Abgang teilt Goebbels den Tod vom Raths mit und hält eine Rede, in der er auf judenfeindliche Kundgebungen in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt hinweist und anfügt: «Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, dass derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.»

Die anwesenden Parteiführer verstehen die Rede so, «dass die Partei nach aussen nicht als Urheber von Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte».

22.30 Uhr:

Der Kameradschaftsabend löst sich auf. Die anwesenden Gauleiter rufen noch aus dem «Alten Rathaus» ihre Gauleitungen bzw. Gaupropagandaleitungen an und instruieren sie in mehr oder minder präziser Form, mit entsprechenden Aktionen gegen Synagogen, jüdische Häuser und Geschäfte loszuschlagen.

SA-Stabschef Viktor Lutze sammelt die SA-Führer im «Alten Rathaus» und weist in einer kurzen Rede auf die Lage hin.

23.00 Uhr:

Die SA-Führer begeben sich in ihre Quartiere im «Rheinischen Hof», von wo aus sie bis 24 Uhr ihre Gruppen zu erreichen suchen.

23.15 Uhr:

Heydrich erhält im Hotel «Vier Jahreszeiten» einen Anruf der Staatspolizeileitstelle München, die Gaupropagandaleitung München-Oberbayern habe einen Befehl zum Ausbruch einer Judenaktion durchgegeben,

wonach die Staatspolizei sich nicht hindernd einmischen solle. Heydrich ist überrascht und bittet SS-Gruppenführer Karl Wolff, zu Himmler zu gehen, um nach Weisungen zu fragen.

23.30 Uhr:

Wolff trifft Himmler in Hitlers Wohnung in der Äusseren Prinzregentenstrasse und unterrichtet ihn über den Sachverhalt.

Himmler, der den Eindruck hat, dass auch Hitler von den Vorgängen überrascht wird, fragt nach Befehlen: «Der Führer antwortete, dass sich die SS aus dieser Aktion heraushalten solle. Die Staatspolizeistellen sollten für die Sicherstellung des jüdischen Eigentums und für den Schutz der Juden sorgen.»

23.45 Uhr:

Erste Meldung vom Brand eines jüdischen Hauses. Schloss Planegg, im Besitz des Barons Hirsch, ist von unbekanntem Tätern angezündet worden.

23.55 Uhr:

Der Chef des Geheimen Staatspolizeiamts, Heinrich Müller, unterrichtet die Staatspolizeileitstellen mit Fernschreiben aus Berlin von zu erwartenden Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte und Synagogen mit dem Befehl, dass sich die Staatspolizei heraushalten solle.

24.00 Uhr:

Hitler und Himmler treffen auf dem Odeonsplatz zur Abnahme der Vereidigung der SS-Rekruten ein.

*Donnerstag, 10. November 1938*

1.00 Uhr:

Unmittelbar nach Ende der Vereidigung begibt sich Himmler in das Hotel «Vier Jahreszeiten» und befiehlt Heydrich: Die Staatspolizeileitstellen haben sich nach den Wünschen der Propagandaämter zu richten, vornehmlich Plünderungen zu verhüten und für den Schutz der Personen und die Sicherung des jüdischen Vermögens zu sorgen. Gegen Plünderer soll unnachsichtig eingeschritten werden; bei Bränden sollte Sorge getragen werden, dass die umliegenden Gebäude von der Feuerwehr geschützt werden.

1.20 Uhr:

Heydrich diktiert ein Blitz-Fernschreiben an alle Staatspolizeileitstellen mit dem Inhalt des Himmler-Befehls und Kompetenzenregelungen zu anderen Behörden. In dem Fernschreiben wird weiterhin angeordnet, dass in allen Bezirken so viele – «insbesondere wohlhabende» – Juden

festzunehmen seien, wie untergebracht werden können. Mit den zuständigen Konzentrationslagern war wegen schnellster Unterbringung dieser Juden unverzüglich Kontakt aufzunehmen.

1.25 Uhr:

Himmler versammelt im Hotel «Vier Jahreszeiten» die anwesenden Führer der Allgemeinen SS und instruiert sie über den Heydrich gegebenen Befehl. Er untersagt den Einsatz und die Beteiligung der Allgemeinen SS.

1.30 bis 2.30 Uhr:

Die SS-Führer informieren in Blitz-Gesprächen ihre Dienststellen über die Weisungen Himmlers.

1.40 Uhr:

Goebbels übermittelt als Reichspropagandaleiter den Gauleitungen in einem Fernschreiben seine Rede im «Alten Rathaus». Die Propagandaämter werden speziell mit der Leitung und Durchführung der Aktion beauftragt.

3.00 Uhr:

Himmler diktiert einem Mitglied seines persönlichen Stabes eine Aktennotiz, in der er kurz auf die Vorgänge des Abends verweist und anmerkt, er habe den Eindruck, dass Hitler über die Vorgänge nicht unterrichtet war. Himmler schliesst: «Der Befehl kommt von der Reichspropagandaleitung, und ich vermute, dass Goebbels in seinem mir schon lange aufgefallenen Machtstreben und in seiner Hohlköpfigkeit gerade jetzt in der aussenpolitisch schwersten Zeit diese Aktion gestartet hat.»

3.45 Uhr:

Heydrich richtet ein weiteres Blitz-Fernschreiben an die Stapo-Leitstellen, in dem er nochmals nachdrücklich auf das Verbot von Plünderungen aufmerksam macht und darauf verweist, dass das Reichsjustizministerium die Staatsanwälte veranlasst habe, «keine Ermittlungen in Angelegenheiten der Judenaktionen vorzunehmen».

5.00 Uhr:

Der General der Ordnungspolizei (Kurt Dalwege) weist seine unterstellten Dienststellen auf die Aktionen hin, wobei die Ordnungspolizei solche Aktionen «nur mit schwachen Kräften zivil» begleiten sollte. Brandlegungen waren nun «unter allen Umständen» zu verhindern.

### **Vormittag:**

Reichswirtschaftsminister Funk beschwert sich bei Goebbels, der im Verlauf des Vormittags wieder in Berlin eingetroffen war, über die

Ausschreitungen und deren Schäden für die deutsche Wirtschaft. Goebbels antwortet: «Der Führer werde dem Reichsmarschall Göring einen Befehl geben, wonach die Juden völlig aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden müssten, und er werde näheres vom Reichsmarschall erfahren.»

### **Später Vormittag:**

Göring beschwert sich nach Hitlers Ankunft in Berlin über Goebbels, der in seiner wirtschaftlichen Ignoranz nicht nur wirtschaftliche Werte vernichte, sondern auch Unruhe in die Wirtschaft bringe. Hitler entschuldigt Goebbels' Verhalten etwas, stimmt «aber im Grossen und Ganzen zu, dass sich diese Dinge nicht ereignen sollten und dürften».

### **Nachmittag:**

Göring spricht telefonisch mit Goebbels und macht ihn in «unmissverständlicher Weise» und «in sehr scharfen Worten» auf die Schädlichkeit seiner Aktion aufmerksam.

Goebbels begibt sich anschliessend zu Hitler.

Göring spricht mit Hitler, der «durch Goebbels etwas umgestimmt worden» ist. Göring wusste nicht, was Hitler mit Goebbels besprochen hatte, bemerkt jedoch, «auf jeden Fall war die Einstellung des Führers nicht mehr so wie bei meiner ersten Beschwerde».

Goebbels stösst zu der Unterredung hinzu und macht nach Angriffen gegen das Judentum den Vorschlag, den Juden eine Busse aufzuerlegen, die von den Gauen einzuziehen sei.

Göring widerspricht: «Wenn eine Busse, dann nur durch das Reich. Nach kurzem Hin und Her über die Höhe wurde 1 Milliarde festgesetzt... Der Führer wünschte dann und befahl, dass nunmehr auch die wirtschaftliche Lösung durchgeführt wurde.»

### **Später Nachmittag:**

Die Gauleiter informieren die Kreisleiter, es sei eine Verordnung zu erwarten, wonach die betroffenen Juden selbst für die Schäden an ihren Geschäften aufzukommen hätten und dass «in kürzester Frist noch eine Reihe von Massnahmen auf dem Gesetz- oder Verordnungswege ergingen».

24.00 Uhr:

Der Rundfunk bringt die Nachricht, dass die «Aktion» beendet sei.

### **Zur Bewertung der Vorkommnisse**

Historische Mythenbildungen zu beseitigen, ist ein nahezu vergebliches Unterfangen. Dies gilt mit Sicherheit auch für die Vorgeschichte der Reichskristallnacht. Ähnlich wie beim «Reichstagsbrand» passen Ursa-

chen und Folgen einfach zu gut ineinander, um nicht an eine logische, konsequente Verbindung zu glauben.

So wie die Nationalsozialisten vorgeblich den Reichstagsbrand inszenierten, um die Gegner des neuen Regimes entscheidend zu treffen, so notwendig scheint die Reichskristallnacht, um innerhalb eines angenommenen oder vermuteten Gesamtplans Hitlers zur Vernichtung der deutschen und europäischen Juden den «planvollen» Ablauf dieses Prozesses zu belegen. Jährlich geben denn auch die Massenmedien in unbeirrbarem Eigensinn die Meinung wieder, die Kristallnacht sei notwendig und deshalb auch zwingend erforderlich gewesen, um den Weg zur physischen Vernichtung endgültig zu ebnen und die bereits weitgehend entrechteten und pauperisierten Juden aller noch vorhandenen wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Lebensmöglichkeiten zu entkleiden. Einige Stimmen und Meinungen gehen so weit, von «einer bis ins Kleinste vorbereiteten Aktion der Machthaber» zu sprechen.

Da die Belege für eine «Vorplanung» der Reichskristallnacht sehr spärlich sind, wird um so beharrlicher und entschiedener die These der Planung vertreten: Aus der Tatsache des Zusammenbaues neuer Baracken im Konzentrationslager Buchenwald im Sommer 1938 wird geschlossen, dass sie speziell für die zur Verhaftung anstehenden Juden des 9./10. November errichtet worden seien. Ebenso wird als überzeugendes Indiz gewertet, dass ein Beamter aus dem Reichswirtschaftsministerium Ende Oktober 1938 einer jüdischen Familie anrät, sie solle mit der Auswanderung keineswegs bis Ende November warten, denn er habe in einer Sitzung des Reichswirtschaftsministeriums gehört, man beabsichtige noch vor Mitte November die «Ausführung schrecklicher Dinge» gegen die Juden in Deutschland. Weitere Belege werden in einem redaktionellen Beitrag des «Schwarzen Korps» – Organ der Reichsführung-SS – vom 3. November gesehen, in dem blutrünstige Drohungen gegen das deutsche und internationale Judentum ausgestossen werden. Weitere Hinweise sind angebliche Berichte von SA-Leuten, die bereits am 7. November Synagogen anzündeten und damit den Überraschungseffekt einer geplanten, spontan aussehenden Aktion vorwegnahmen. Gerade diese letzten Hinweise auf sogenannte Planungsvorbereitungen sind am einfachsten zu widerlegen. Zeugnisse oder Aussagen irgendwelcher Zerstörungshandlungen vor dem 8. November gehen durchweg auf ein fehlerhaftes Erinnerungsvermögen zurück. Schon unmittelbar nach den Ereignissen erweist sich, dass die Vorgänge zwischen dem 8. und 9. November immer wieder zeitlich falsch fixiert werden. Ein Beispiel sind die «Nürnberger Prozesse». Der ehemalige Reichswirtschaftsminister Funk spricht in seiner Vernehmung ständig vom 9. November – tatsächlich konnte er nur den 10. November gemeint haben. Derartige

Fehler unterlaufen auch anderen Zeugen, ohne dass das Gericht auch nur in einem einzigen Fall diese ungenauen Datierungen bemerkt hätte.

Wenn das «Schwarze Korps» als Beleg für bereits angelaufene Planungen zitiert wird, weil es als Organ der Reichsführung-SS angeblich mehr wissen musste als andere Zeitungen, so verweist dies auf das Wissen Himmlers und die Beteiligung der SS. Gesichert ist nur, dass die Redakteure dieser Zeitung über keinen «besonderen Draht» weder zur SS-Spitze noch zur politischen Führung verfügten; das Blatt lag zudem in einem beständigen Abwehrkampf insbesondere gegen Goebbels, da der Reichspropagandaminister voller Abwehr und Misstrauen die redaktionelle Ausrichtung dieser Zeitung verfolgte. Wenn das «Schwarze Korps» Anfang November 1938 dem Judentum mit wirtschaftlichen Sanktionen drohte, dann einfach deshalb, weil diese Massnahmen «in der Luft lagen» – ein Eindruck, den übrigens viele der jüdischen Opfer teilten. Es bedurfte zur Artikulation dieses Eindrucks wahrhaftig keiner weiteren Kenntnisse als der, die man aus der täglichen Zeitungslektüre beziehen konnte.

Auch der vermeintliche Bau neuer Häftlingsbaracken in den Konzentrationslagern durch jüdische Gefangene erweist sich schnell als Wunschdenken. Tatsächlich wurden im Sommer 1938 im Konzentrationslager Buchenwald durch ca. 500 jüdische Häftlinge – zumeist aus Breslau und Berlin – Neubauten errichtet, allerdings waren diese aus Stein und sollten die bislang verwendeten Holzbaracken ablösen. Ausserdem war die Erhöhung der Barackenzahl in den Konzentrationslagern deshalb notwendig geworden, weil die Häftlingszahlen zwischen dem Herbst 1937 und dem Spätsommer 1938 um nahezu das Doppelte angestiegen und die Lager hoffnungslos überbelegt waren.

Gerade der geplante Bau von Häftlingsbaracken wird nicht zufällig als Argument angeführt, um die These von der «Vorplanung» der Reichskristallnacht neu zu begründen. Die Lesart lautet nunmehr: Das Attentat in Paris lieferte nicht nur einen propagandistischen Vorwand, sondern geschah auch zum richtigen, von den Nationalsozialisten für die Durchführung ihrer wirtschaftlichen Massnahmen geplanten Zeitpunkt. Diese Behauptung soll natürlich wiederum die Behauptung erhärten, dass die Verfolgung der Juden bis hin zu ihrer Vernichtung nach einem «Generalplan» ablief, der von Hitler und seinen Gefolgsleuten wie nach einem Drehbuch von 1933 bis 1942 durchgeführt wurde.

Da es hier allein um Planung zur wirtschaftlichen Ausschaltung geht, soll dargestellt werden, wer etwas plante und zu welchem Zeitpunkt.

## Wie man im Kompetenzen-Chaos plant

Kein Zweifel, bei der Machtergreifung Hitlers waren zumindest zwei Punkte des Parteiprogramms von überragender Bedeutung für die Judenpolitik: die Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichheit und die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft. Das erste Ziel wurde nach den «Nürnberger Gesetzen» vom September 1935 wenigstens formal erreicht. Die Eliminierung der Juden aus der Wirtschaft war demgegenüber legaliter bis in den Spätherbst 1938 hinein nur in Ansätzen verwirklicht worden. Trotz eines massiven Vorgehens der NS-gelenkten Wirtschaftsorganisationen im Frühsommer 1933 und trotz erheblicher, verbaler Drohungen und Ankündigungen vor und nach den «Nürnberger Gesetzen» war es zu einheitlichen Regelungen des Reichs nicht gekommen. Es gab keine rechtlichen Bestimmungen, die für jüdische Deutsche nach dem Vorbild des Beamtengesetzes oder der «Reichsangehörigkeit» eindeutige, bestimmbare und allgemein geltende Beschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung forderten. Es fehlte an einem «Generalgesetz», wie es das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» vom 7. April 1933 oder die «Nürnberger Gesetze» vom 15. September 1935 darstellten.

Dass ein derartiges «Grundgesetz» fehlte, darf nun keinesfalls zu der Annahme verleiten, jüdische Deutsche hätten unbesorgt und ohne Widerstände ihren Geschäften und Berufen nachgehen können. Zwischen 1933 und 1938 erliess das Reich eine erhebliche Zahl berufsreglementierender Massnahmen. Prinzipiell kann man davon sprechen, dass für jüdische Deutsche alle Berufe, die der staatlichen Genehmigung bedurften, die der staatlichen Regelung und Kontrolle unterworfen waren, weitgehend verschlossen waren. Spätestens im Spätsommer 1938 war der mögliche Arbeits- und Tätigkeitsbereich aller jüdischen Deutschen derart eingeschränkt, dass eine freie Berufsausübung selbst in der sogenannten freien Wirtschaft nahezu illusorisch geworden war.

Als Folge der immer weitergreifenden Berufs- und Beschäftigungsverbote zeigte sich bereits im Sommer 1938, dass eines der Hauptschlagworte der NS-Propaganda mit der Wirklichkeit niemals übereingestimmt hatte: Eine rapide ansteigende Zahl jüdischer Bürger musste die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen oder fiel der jüdischen freien Wohlfahrtspflege zur Last. Entgegen allen nationalsozialistischen Propagandabehauptungen über die Höhe des in jüdischen Händen befindlichen Volksvermögens zeigte es sich, dass der überwiegende Teil der jüdischen Bevölkerung bereits 1938 von der Substanz lebte und die Ersparnisse kaum einen ausreichenden Lebensunterhalt ermöglichten. Auch muss man feststellen, dass die «Arisierungen» jüdischer Firmen seit 1933 in

nahezu unvermindertem Umfang fortgesetzt worden waren. Alle verfügbaren Statistiken weisen nach, dass die Zahl jüdischer Betriebe von 1933 bis 1938 kontinuierlich zurückgegangen war.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Erfolgte nach der geltenden Rechtslage der Verkauf oder die Aufgabe eines Betriebs formal ohne gesetzlichen Zwang, so muss man bei der Bewertung dieser Vorgänge die beinahe unerschöpflichen Pressions- und Diskriminierungsmöglichkeiten im Auge behalten, die gerade im kommunalen Bereich mit besonderer Intensität angewendet wurden. Sie reichten vom Einkaufsverbot für Parteigenossen über behördliche Schikanen mit gesetzlichen Auflagen bis hin zu schwersten Pressionen seitens der Banken, Staats- und Partiestellen. Wer immer es sich erlauben konnte, seinen Betrieb für einen noch einigermaßen akzeptablen Preis zu veräußern, machte von dieser Möglichkeit Gebrauch. Diese «stillen» Arisierungen auf Gemeindeebene wurden weder vom Reichswirtschaftsministerium noch von der politischen Führung hinreichend registriert. Das von Schacht eingerichtete Referat «Abwehr unzulässiger Eingriffe in die Wirtschaft», das sogenannte Judenschutzreferat, konnte freilich nur bei Beschwerden oder bei Kenntnis von Übergriffen tätig werden. In der Praxis jedoch entzog sich die Art der Enteignungen dem Ministerium weitgehend.

Während sich also weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, vom zuständigen Ministerium und von der politischen Führung ein schneller Zwangsrückzug jüdischer Betriebsinhaber vollzog, dröhnte die Parteipropaganda noch immer mit Reizworten wie «Überfremdung» oder «Verjudung» ganzer Branchen und Betriebszweige und überschätzte so Einfluss und Anteil, den Juden noch im Sommer 1938 am Volksvermögen besaßen. Allein mit der Fortsetzung der üblich gewordenen Arisierungen, d.h. ohne die drakonischen Massnahmen in der Folge des 9. Novembers 1938, wäre spätestens 1941 die Forderung des Parteiprogramms nach «judenfreier Wirtschaft» nahezu erfüllt gewesen!

Nach dem Rücktritt von Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht (November 1937) und nach der Interimsherrschaft Görings wurden mit dem Amtsantritt Funks im Februar 1938 die Zügel anti-jüdischer Massnahmen in der Wirtschaft schlagartig angezogen. Der willfährige, Hitler und Göring kritiklos ergebene Walther Funk war nicht – wie vorher Schacht – der Mann, der den wütenden Angriffen der Partei Grenzen setzen konnte. Kaum war Funk in das Ministeramt eingesetzt worden, verstärkte der Stellvertreter des Führers, d.h. dessen Stabschef Martin Bormann, den Druck auf die Staatsbehörden. Görings Ankündigung von Ende Oktober 1938, die «Judenfrage jetzt mit allen Mitteln anzufassen», denn sie müssten aus der Wirtschaft «raus», liess die generelle Stossrichtung erkennen. Im Reichswirtschaftsministerium waren bereits

vor Funks Amtsantritt notwendige Vorbereitungen getroffen worden: so etwa die Abschaffung des Referats «Abwehr unzulässiger Eingriffe in die Wirtschaft» im Februar 1938 und seine Ersetzung durch eine Abteilung «Judenfragen».

Die Flut berufsbeschränkender und zusätzlich diskriminierender Massnahmen, die seit Beginn des Jahres 1938 über die Juden hereinbrach, ging ganz zweifellos auf Hitlers Absicht zurück, nach einer längeren Phase äusserlicher Ruhe die Dinge wieder voranzutreiben. Erstmals seit 1935 machte er auf dem «Parteitag der Arbeit» im September 1937 die Juden zum Gegenstand seiner programmatischen Rede. Ausführlich widmete er sich darin den «jüdischen Zersetzungsaktionen» in Deutschland und steigerte sich in die Horrorvision eines «jüdisch-bolschewistischen Weltfeindes».

Hitlers Drohungen standen ganz offensichtlich in einem engen Denksammenhang mit seinen im November 1937 vor einem Kreis der Generalität vorgetragenen Plänen und Ansichten über seine nächsten militärisch-politischen Absichten. Hier artikulierten sich auch seine seit Weltkriegsende immer drohender werdenden Absichten, nach denen in einem zukünftigen Krieg kein Jude mehr in Deutschland über Macht und Einfluss verfügen sollte, besser noch, die «jüdische Rasse» vor Ausbruch eines solchen Krieges endgültig in Deutschland verschwunden sein sollte.

Görings brutal-rabiater Forderung vom Oktober 1938 entsprach nicht nur Hitlers Absichten, sondern gab auch den Willen der besonders engagierten Partei-Antisemiten wieder, nun endlich auch auf wirtschaftlichem Gebiet und mit durchschlagenden gesetzlichen Regelungen die Juden anzugreifen. Gauleiter Streicher und Joseph Goebbels machten sich in öffentlichen Veranstaltungen im Mai und Juni 1938 zu Wortführern dieser Richtung. Die Kampagne konnte wegen der aussenpolitischen Spannungen zwar nicht durchgehalten werden, sie gab jedoch Görings am 28. April 1938 in einer Ministerbesprechung bekanntgegebenen Weisungen den notwendigen Nachdruck: Der «Beauftragte für den Vierjahresplan» hatte dort mit der Forderung geendet, dass die Judenfrage durch die endgültige Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben gelöst werden müsste und durch Umwandlung des jüdischen Vermögens in solide Werte, die keinen wirtschaftlichen Einfluss mehr gestatteten.

Wie bereits vermerkt, liess sich Görings Anstoss durchaus positiv an. Mittels der vorbereitenden Verordnungen gegen die «Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe» und der «Anmeldung des jüdischen Vermögens» war ein Zugriff auf jüdische Vermögenswerte jederzeit möglich geworden. In einer weiteren Verordnung vom 14. Juni wurde die Frage beantwor-

tet, unter welchen Voraussetzungen ein «Betrieb» als jüdisch anzusehen war.

Damit schien der gesetzgeberische Elan des Reichswirtschaftsministeriums erst einmal erschöpft. Das Ministerium verfolgte die Linie, «innerhalb einer nicht allzulangen Zeit sämtliche nicht-arische Geschäfte entweder in arische Hände zu legen oder zu liquidieren... Im Übrigen lege es keinen Wert auf forcierte Arisierung.»

Die zahlreichen von anderen Ministerien in Gang gesetzten Massnahmen waren mit dem Reichswirtschaftsministerium weder abgestimmt, noch lassen sie eine auch nur annähernd gleiche Zielrichtung erkennen. Unter welchem Druck man stand, offenbart eine Neufassung der «Gewerbeordnung» des Reichswirtschaftsministeriums selbst. Sie wurde «der Eilbedürftigkeit der Regelung halber» so schnell und oberflächlich zusammengestellt, dass für einige jüdische Gewerbetreibende nachträglich wieder Ausnahmen geschaffen werden mussten. Weitere Berufsverbote trafen die noch praktizierenden Rechts- und Patentanwälte, Zahnärzte, Ärzte und Apotheker sowie eine breite Skala anderer Berufe. Als Folge dieser Berufsverbote stieg die Zahl der jüdischen Arbeitslosen und damit ihre Unterstützungsbedürftigkeit. Andere Regelungen nahmen den jüdischen Kultusvereinigungen ihren Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts und die damit verbundenen Steuervorteile; der jüdische Steuerbürger wurde zudem grundsätzlich in die höchste Steuerklasse eingestuft.

Dass diese Massnahmen völlig konzeptions- und planlos und ohne jegliche Absprache erfolgten, jedes Ministerium nicht nur gegen die Interessen der übrigen verstieß, sondern alle in ihrer Gesamtheit gegen die Interessen des Reichs, zeigt sich etwa an einem Vorschlag, mit dem der Reichsinnenminister im Juli 1938 an die anderen Ressorts herantrat: Um die *regellose* Ausschaltung durch steuer-, finanz- und berufsdisziplinierende Massnahmen zu vereinheitlichen, schlug er vor, die Juden künftig *zwangsweise* aus der Wirtschaft auszuschalten und ihr Vermögen zu konfiszieren.

Sofort erhob sich heftiger und energischer Widerspruch. Der Reichsfinanzminister befürchtete erhebliche Steuereinnahmen, sprach von einer «Zerstörung der Wirtschaft» und verfasste einen geharnischten Einspruch. Schacht, der noch als Reichsbankpräsident amtierte, zog sofort nach, machte auf die «Gefährdung des Kapitalmarkts» aufmerksam und schlug vor, den Juden die Gelegenheit zu geben, ihre Unternehmen innerhalb eines Zeitraums von zehn bis fünfzehn Jahren zu veräussern, «um eine objektiv anständige Bewertung zu finden».

Neben den in erster Linie betroffenen Ressorts wandte sich auch eine Parteieinrichtung gegen die «Zwangsarisierung», die im Kielwasser des

zunehmend mächtiger werdenden «Reichsführers-SS» eine eigene Judenpolitik «auf wissenschaftlicher Grundlage» betrieb und mit Billigung Hitlers die jüdische Auswanderung nach Palästina unterstützte. Die vorgelegten Pläne einer Zwangsarisierung trafen nämlich den Nerv des Sicherheitsdienstes (SD), weswegen er den Absichten des Reichsinnenministers heftig widersprach. Im September 1938 skizzierte der SD zwei Hauptaufgaben für die Behandlung der Juden in Deutschland:

«1. Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten unter möglichster Vermeidung von Devisenkosten. 2. Sicherung der Unterstützungskosten für die zurückbleibenden Juden durch jüdische Mittel des In- und Auslandes.»

In der Zwischenzeit war es jedoch zu einer Entwicklung gekommen, die Göring als den Hauptverantwortlichen für Wirtschaft und Aufrüstung aufs äusserste beunruhigte. Als Folge des verstärkten Rüstungsprogramms hatte sich nicht nur die finanzielle Situation des Reichs, sondern auch die Devisenlage dramatisch verschlechtert. Göring verweigerte also kurzerhand die Freigabe von Devisen für die Auswanderung.

Diese Entwicklung traf den SD schwer, der gerade im Begriff war, nach dem Vorbild Adolf Eichmanns in Wien – dieser hatte als Leiter einer «Zentralstelle für jüdische Auswanderung» innerhalb weniger Monate von den 190'000 österreichischen Juden ca. 50'000 zur Auswanderung getrieben – ein ähnliches Verfahren im Reich einzuführen. Nach Meinung des SD war nämlich die Auswanderung aus Deutschland relativ bescheiden geblieben: Von den ca. 520'000 deutschen Juden, die 1933 in Deutschland gelebt hatten, waren bis zu Beginn des Jahres 1938 kaum mehr als 130'000 ausgewandert, so dass noch ca. 360'000 im «Altreich» lebten. Unter den Ausgewanderten befanden sich vor allem die jüngeren Jahrgänge und diejenigen, die nicht gezwungen waren, aus finanziellen Gründen in Deutschland zu bleiben. Der SD selbst rechnete damit, dass ungefähr 200'000 dieser Juden aus Altersgründen und wegen mangelnden Kapitals in Deutschland bleiben mussten, und dass es sehr mühsamer Verhandlungen bedurfte, um auch diese Gruppe aus Deutschland zu drängen.

Natürlich zeigte Göring mit seinen bescheidenen wirtschaftlichen Kenntnissen für die komplexen Probleme Auswanderung, Kapitaltransfer und Devisenbeschaffung ebensowenig Interesse wie auch die überzeugten Antisemiten innerhalb der Partei- und Staatsbürokratie, die eher von der blossen Anzahl der noch im Reich verbliebenen Juden und ihrem vermeintlichen Besitz fasziniert waren. Als Göring Ende Oktober 1938 erneut forderte, «sie [die Juden] müssten jetzt mit allen Mitteln angefasst werden», dachte er in seinem Ressortegoismus allein an die Reichsfinanzen. Die Lage war tatsächlich so prekär geworden, dass die

Reichsregierung bei der Reichsbank einen Sonderkredit von 400 Millionen Mark aufnehmen musste, um die Bezahlung der Beamtenbezüge sicherzustellen; zusätzlich waren die Devisen-Auslandskonten hoffnungslos überzogen.

Nach den ziellosen Ausschaltungsmassnahmen im Frühjahr und Sommer 1938 wurden die Ministerien nach der erneuten Aufforderung von Göring wieder aktiv. Ab Anfang November wurden die jüdischen Vermögen bei Banken und Sparkassen überprüft und in bestimmten Fällen, etwa bei Verdacht der Kapitalflucht, mit «Sicherungsanordnungen» ihren Inhabern entzogen. Im Reichswirtschaftsministerium lagen Entwürfe zur Ausschaltung von Juden aus der Wirtschaft vor und zur Einziehung «volks- und staatsfeindlichen» Vermögens, die für die nächste Zeit erwartet werden konnten.

Bei den auseinanderklaffenden Interessen und Absichten der beteiligten Ressorts und der Partei war es allerdings äusserst unsicher, welche Linie sich bei den anstehenden Konflikten durchsetzen würde: eine langsame, allmähliche Zwangsausschaltung unter Berücksichtigung der jüdischen Auswanderung oder eine rücksichtslose, radikale Eliminierung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

## Über Motivationen und Hintergründe des Pogroms

Wenn wir zu den Ereignissen am Anfang dieses Berichts zurückkommen, so sind zumindest zwei Tatsachen erwähnenswert: Ganz ohne Zweifel wusste kein Mensch in Tübingen vor 24 Uhr, dass in dieser Nacht Aktionen gegen Juden und jüdische Einrichtungen stattfinden sollten. Der Kreisleiter irrte hilflos lange nach Mitternacht durch die verlassen Strassen, um noch irgendwo einiger Parteigenossen habhaft zu werden. Drei betrunkene Zecher suchen mühsam nach Brennmaterial und finden endlich einen vertrockneten Lorbeerkrantz, mit dessen Hilfe die Synagoge in Brand gesetzt wird. Ein beinahe schon grotesker Vorgang, wären andernorts die Ergebnisse dieses Tuns nicht von derart schrecklicher Wirkung.

Ähnliche Improvisationen kann man an nahezu allen anderen Orten beobachten. Nirgends wird ein SA-Brandstiftertrupp auf Abruf bereitgestellt, nirgends gibt es Vorkehrungen für die Lagerung von Brennmaterialien, nirgends wartet gar ein Partei- oder SA-Funktionär am Telefon auf die Durchsage eines Codewortes. So scheidet eine wie immer geartete Planung, auch schon eine planende Absicht, völlig aus.

Die Vorgänge im Alten Rathaus nach der Goebbels-Rede belegen diese Tatsache nachdrücklich und sind an den Pogrom-Orten selbst fast immer

nachvollziehbar. In Tübingen – wie auch an vielen anderen Orten – sind getrennte Gruppen am Werk, deren Aufträge und Handlungsanweisungen einander unbekannt sind. In Tübingen zerschlägt kurz nach 24 Uhr eine Gruppe von SA- und SS-Leuten die Inneneinrichtung der Synagoge und verwüstet das Gebäude. Drei Stunden später wird ein Partetrupp aktiv und legt den Brand.

Diese getrennten Aktionen spiegeln die unterschiedlichen Befehlswege jener Nacht wider, die durch die zeitlich getrennten Telefon- oder Fernschreibwellen ausgelöst werden. Den Beginn machten die Gauleiter ab 22.30 Uhr. Es folgten die SA ab 23 Uhr, die Staatspolizei kurz vor 24 Uhr, die SS ab 1.30 Uhr und Goebbels nochmals um 1.40 Uhr.

Die ersten beiden Telefonwellen der Gauleiter und SA-Führer, die um Mitternacht abgeschlossen wurden, dürften die ausschlaggebenden Wirkungen gehabt haben. Erst die nachfolgenden Fernschreiben von Heydrich, Goebbels und Dalwege brachten nunmehr mit Kompetenzabgrenzungen und näheren Anweisungen über Befugnisse und Aufgaben eine Spur von Ordnung in das hereinbrechende Chaos.

An den Orten, an denen die Befehle der ersten Welle direkt eintrafen und sofort umgesetzt wurden, agierten SA und Partei getrennt, wobei meist die SA wegen ihrer kürzeren Befehlswege und ihres militärischen Dienstbetriebs trotz zeitlichen Nachhangs die erste am Tatort war. Da die Befehle nur fernmündlich erteilt worden waren, standen Missverständnissen aller Art Tür und Tor offen. Es sieht so aus, als ob die SA-Führer ihre Befehle zuerst mit der Weisung gegeben hatten, Synagogen und jüdische Geschäfte zu demolieren, während in den Anordnungen auf dem Parteiwege das Niederbrennen der Gotteshäuser betont worden war. Diese unterschiedliche Befehlsgebung und -auslegung ist zumindest – ähnlich wie in Tübingen – in vielen anderen Orten beobachtbar.

Diese ersten, sehr unkoordinierten und willkürlich ablaufenden Aktionen zeigen ausserdem, dass nicht nur über Art und Umfang der vandalistischen Taten weitgehende Unklarheit herrschte, sondern auch kaum Kenntnisse über die Beteiligung der NS-Gliederungen vorlagen. Da die Allgemeine SS erst ab 1.30 Uhr die Weisung erhielt, sich aus den Aktionen «herauszuhalten», nahm sie an vielen Stellen aktiv an den Zerstörungen teil. Dies lässt vermuten, dass die Befehle so weitläufig und unbestimmt formuliert waren, dass sich jeder in der NSDAP und in ihren Gliederungen angesprochen fühlen durfte.

Erst nach den eingreifenden und regulierenden Fernschreiben in den ersten Stunden des 10. November werden zumindest an der Spitze Aufgabenteilung und Zuständigkeitsregelung deutlicher erkennbar. Befehlsgeber und Koordinierungsstellen sollten die zuständigen Gau- und Kreispropagandaämter sein, die sich der örtlichen Parteidienststellen und



**Abb. 8:** Verhaftung von Juden in Zeven und Abtransport nach Sachsenhausen; 10.11.1938. Bemerkenswert ist das einträchtige Zusammenwirken von SA (ganz links), SS (Mitte hinten) und Schutzpolizei (vorn und hinten rechts).

NS-Gliederungen bedienen konnten. Gerade die vielfach belegbare Teilnahme von SS-Angehörigen deutet darauf hin, dass den befehlsgewaltigen Gau- bzw. Kreisleitungen von der Ausnahmerolle der SS nichts bekannt war und sie sich auf einen allgemeinen Befehl stützten. Erst durch die späteren Fernschreiben Heydrichs und Dalueges wird deutlich, dass man inzwischen den Zerstörungswahn und den Umfang der Brandstiftungen einzuschränken trachtete.

Dies verweist auf die Rolle, die Reichspropagandaminister Joseph Goebbels in jenen Tagen einnahm, und damit auf die Frage seiner Urheberschaft und deren Motivation. Unstrittig ist, dass Goebbels mit seiner Rede allein und unmittelbar die pogromartigen Ausschreitungen initiiert hatte. Zeugenaussagen geben an, dass er nach dieser Rede in seinem Hotelzimmer verschwand, um persönlich über die Reichspropagandaleitung die Gauleitungen und die Gaupropagandaämter in seinem Sinne mit Weisungen zu versehen. Sein Fernschreiben um 1.40 Uhr belegt ebenso unmissverständlich seinen Versuch, die Aktion weiterhin anzuhetzen und zugleich über die ihm unterstellten Parteiämter die Kontrolle über die Aktion zu behalten.

Man muss sehr bezweifeln, dass Goebbels an jenem Abend mit aus-

//////

schliesslich propagandistischem Hintersinn handelte. Wie Aussagen von Zeugen und Freunden und seine eigenen Tagebücher belegen, war er tatsächlich ein überzeugter Antisemit, dessen Ausbrüche allerdings immer derart propagandistisch kalkuliert waren, dass Sein Judenhass durchweg einen zweckhaften Zug trägt. Zweifellos hatte er instinktiv sofort erkannt, welche Möglichkeiten für Massenagitation der Anschlag auf den Diplomaten gerade in der Situation der Judenpolitik im November 1938 bot: Wieder einmal, wie 1933 und bei den «Nürnberger Gesetzen», standen sich eine gemässigte und eine kompromisslose Fraktion in der Frage der Judengesetzgebung gegenüber. Bei der bislang ständig zögerlichen, eindeutigen Entscheidungen ausweichenden Haltung Hitlers durfte es keineswegs als sicher gelten, dass er öffentlich für eine harte Linie votierte. Hitler hatte bislang noch immer seinen Hass auf die Juden zu verdecken und zu verschleiern gewusst und sich bei allen Entscheidungen auf den Willen des Volkes, der Partei, der Bewegung berufen. Eine derartige, erwünschte «spontane» Äusserung des Volkswillens war bis zum 7. November nicht zu erwarten gewesen; auch fehlte jeder Grund oder Anlass nach den erschöpfenden und beängstigenden Tagen der Sudetenkrise, vom «Volk» grundlos eine spontane Aktion zu erhoffen.

Goebbels wusste seit langem, dass Hitler mit Zorn die langwierige, umständliche, an Gesetzen orientierte Arbeit der Ministerien verfolgte und sich demgegenüber eine seinem Denken gemässe schnelle und radikale Lösung der wirtschaftlichen Seite der «Judenfrage» wünschte. Der Anerkennung und Dankbarkeit Hitlers durfte derjenige gewiss sein, der es verstand, diese radikale Lösung zu provozieren, ohne ihn, den Führer und Reichskanzler, öffentlich als Hauptantreiber zu kompromittieren. Und gerade Hitlers Gunst bedurfte Goebbels im Spätherbst 1938 sehr. Durch private Probleme war sein Verhältnis zu Hitler während der vergangenen Monate äusserst gespannt geworden. Hinzu kam noch, dass der Reichskanzler mit der Feststellung, dass die Nachrichtenlenkung viel von ihrem früheren Schwung verloren habe, auch noch die beruflichen Fähigkeiten seines Propagandaministers in Zweifel zu ziehen begann. Herschel Grynszpan jedenfalls schien geeignet, alle Probleme Goebbels' mit einem Schlage zu lösen, wenn es gelang, das Attentat propagandistisch zu nutzen. Ohne Zweifel erkannte Goebbels sofort, dass dieses Attentat die einmalige Gelegenheit bot, die Judenpolitik des Dritten Reiches entscheidend und in verschärfter Form weit voranzutreiben. Mit Sicherheit kann man von der Tatsache ausgehen, dass Goebbels unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Attentats mit Hitler Kontakt aufnahm, um die geeigneten Möglichkeiten für die Presseinformation zu besprechen. Sicherlich vermied Hitler jede sofortige Festlegung mit dem

Hinweis, dass man das Befinden des Opfers abwarten müsse. Es blieb bei den bekannten Drohungen des «Völkischen Beobachters» am 8. November. Weder die Partei noch Goebbels oder gar Hitler äusserten sich zur Lage. Der Reichskanzler ging noch nicht einmal in seiner obligatorischen Bürgerbräukeller-Rede am Abend des 8. November auf diesen Vorfall ein, der doch angeblich eine der frechsten Provokationen des Weltjudentums darstellte. Immerhin, er entsandte seinen Begleitarzt Dr. Brandt nach Paris, und man darf erwarten, dass dieser Hitler über den Zustand des Opfers fortlaufend informierte.

Was immer Hitler und Goebbels oder der Reichspropagandaminister allein sich am Tag nach dem 7. November überlegt haben mögen, das Ereignis im «Alten Rathaus» in München sieht nach dem Ablauf dieses Tages doch sehr nach einer sorgfältigen Inszenierung aus.

Hitler wird das Telegramm mit der Meldung vom Tode des deutschen Gesandten um 20.45 Uhr überreicht. Wer immer diese Bühne und dieses Publikum gewählt haben mag, hinter diesem Vorgang steht eine planende, zielbewusste und zweckgerichtete Absicht. Denn ohne jeden Zweifel: Diese Meldung wurde bewusst verzögert, sie wurde bewusst zurückgehalten, bis sie Hitler exakt an diesem Ort und vor diesem Publikum erreichen konnte. Denn vom Rath war spätestens um 17.30 Uhr verstorben. Brandt befand sich im Krankenhaus, das von Goebbels gelenkte Wölffsche Telegraphenbüro unmittelbar vor Ort. Es ist undenkbar, dass eine derartige Nachricht mehr als drei Stunden brauchte, um bis zu Hitler zu kommen.

Der weitere Fortgang des Abends beweist mehr als deutlich, dass sich zumindest vom Zeitpunkt der Todesmeldung an Hitler und Goebbels einig waren und alle weiteren Massnahmen fortan zwischen ihnen abgesprochen wurden. Dies gilt nicht allein für die Ausschreitungen selbst, sondern auch und gerade für die ferner angepeilten Ziele. Es mag dem tobenden Göring aus mangelnder Kenntnis nicht bewusst geworden sein, dass er mit seiner Feststellung, die er am 18. November 1938 traf («Sehr kritische Lage der Reichsfinanzen. Abhilfe zunächst durch die der Judenschaft auferlegte Milliarde und durch die Reichsgewinne der Arierisierung jüdischer Unternehmen»), gerade auf eine der Absichten aufmerksam machte, die Goebbels bewogen hatten, die «Reichskristallnacht» gemeinsam mit Hitler in Gang zu setzen. Denn es war Goebbels gewesen, der bereits am 10. November Hitler den Vorschlag einer «Sühneleistung» unterbreitet hatte. Und wie eng Hitler mit dem Anstoss zu dem Pogrom verbunden war, erweist die Bemerkung Goebbels', er habe bewusst die Vorgänge provoziert, um den zögernden Reichswirtschaftsminister Funk und sein Ministerium in der Judenfrage endlich zum Handeln zu zwingen. Der Reichsführer-SS bestätigte dies indirekt,

indem er Funk Vorhaltungen machte: Diese Ausschreitungen hätten vermieden werden können, wenn er (Funk) härter und energischer schon früher die Juden «angepackt hätte».

Insofern darf man mit grosser Berechtigung von der Tatsache ausgehen, dass Goebbels und mit ihm Hitler seit dem 7. November 1938 Pläne ventilerten, die in engstem Zusammenhang mit dem Attentat standen und nur mit diesem «im Verbund» realisiert werden konnten. Es ging um die Behebung einer finanziellen Notlage des Reichs, um die endgültige Ausschaltung der jüdischen Deutschen aus der Wirtschaft. Gewünscht war nach dem Willen Hitlers ihre Vertreibung aus der deutschen Öffentlichkeit in eine diskriminierte und kriminalisierte Randexistenz in der nationalsozialistischen Gesellschaft.

Insofern erweist sich die «Reichskristallnacht» kaum als eine vorgeplante und inszenierte Aktion des Nationalsozialismus. Sie ist charakterisiert durch die bewusste, klug inszenierte und gewissenlos betriebene Ausnutzung einer Situation, die weitere Perspektiven eröffnete, welche spätestens zu diesem Zeitpunkt in Umrissen den Willen auch zur physischen Vernichtung erahnen liessen.

Avraham Barkai

## «Schicksalsjahr 1938»

Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen  
Ausplünderung der deutschen Juden

### I

«Das Jahr 1938 bedeutet im Schicksal der Juden einen historischen Wendepunkt.» Mit diesen Worten eröffnete die Reichsvertretung der Juden in Deutschland ihren Anfang 1939 abgefassten Arbeitsbericht.<sup>1</sup> Ähnlich leitete auch das Auswärtige Amt im Januar 1939 ein längeres Exposé über die «Judenfrage als Faktor der Aussenpolitik im Jahre 1938» mit dem Satz ein: «Es ist wohl kein Zufall, dass das Schicksalsjahr 1938 zugleich mit der Verwirklichung des grossdeutschen Gedankens die Judenfrage ihrer Lösung nähergebracht hat.»<sup>2</sup> In den Äusserungen kam die Bestürzung bzw. die Befriedigung von Zeitgenossen über den Novemberpogrom 1938 und die unmittelbar anschliessenden Massnahmen zum Ausdruck.

Die Geschichtsschreibung konnte die bereits zu Beginn des Jahres 1938 einsetzende Verschärfung in der «Judenpolitik» der Nationalsozialisten nicht übersehen und hat dementsprechend den «Wendepunkt» als Periodisierungsdatum vorverlegt. Aber auch sie hält bis heute noch ziemlich einmütig daran fest, dass es bis Ende 1937 den Juden in Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht noch verhältnismässig gut gegangen sei. Der früh verstorbene israelische Historiker Shaul Esh meinte in einem Aufsatz von 1958, der Novemberpogrom hätte zwar «weder den Beginn noch das Ende einer Periode», aber doch «eine Etappe... in einer neuen Politik» bezeichnet, die nach seiner Einschätzung Ende 1937 angefangen hatte. Die Einleitung dieses neuen Abschnitts erklärte Esh mit der Enttäuschung der nationalsozialistischen Führung über das Versagen der bisherigen Judenpolitik, «in den Augen der nationalsozialistischen Führer der einzige Fehlschlag ihrer Politik. Nach mehr als 50 Monaten hatte sich die Zahl der deutschen Juden um ungefähr 100'000, also etwa 20% vermindert. Ihre wirtschaftliche Stellung blieb im wesentlichen unerschüttert. Im Gegenteil: Je mehr sie sich in den Grossstädten konzentrierten, desto stetiger verbesserte sie sich.»<sup>3</sup> Ähnlich

schilderte Helmut Genschel «die Zurückdrängung der Juden in der Wirtschaft bis 1937», die «wie eine schleichende Krankheit» fortgeschritten sei. «Der Erfolg war, gemessen an dem Parteiziel einer ‚judenfreien‘ Wirtschaft, recht mässig.»<sup>4</sup> Noch ausdrücklicher datierte Uwe D. Adam den Beginn der effektiven Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben auf den Herbst 1938 und setzte diese Radikalisierung in unmittelbare Beziehung zur Entlassung Schachts als Reichswirtschaftsminister im November 1937. Nach Adams Ansicht war dies ein Beweis dafür, «wie die Durchführung der Rassenpolitik von der Existenz einer Person abhängig sein konnte».<sup>5</sup>

Demgegenüber soll im Folgenden versucht werden, die Ereignisse des Jahres 1938, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, als konsequente Fortsetzung der früheren Politik darzustellen, die zwar verschärft wurde, aber keineswegs durch einen «Umschwung» oder «Wendepunkt» von der anschliessenden Entwicklung getrennt war. Neue Quellenforschungen führen fast zwangsläufig zu dem Schluss, dass die wirtschaftliche Stellung der meisten Juden bereits Ende 1937 untergraben war. Eine breite Schicht war verarmt und lebte von der Wohlfahrtsunterstützung. Der mobile Besitz der wohlhabenden Juden war im Verlauf der bereits weit fortgeschrittenen «Arisierungen» entweder enteignet oder – in liquiden Bankkonten und Wertpapierdepots konzentriert – für die folgenden Ausplünderungen «greifbar» gemacht. Die wirtschaftliche Funktion der Mehrzahl der deutschen Juden beschränkte sich schon damals fast ausschliesslich auf den Konsum, der aus den Erträgen oder auch schon aus der Substanz des noch belassenen Vermögens finanziert wurde. Jüdische Selbsthilfeorganisationen sorgten dafür, dass ein Teil dieser Vermögen und Einkommen auch den minderbemittelten Juden zugute kam. Somit lebte damals bereits der grössere Teil des deutschen Judentums von den Ergebnissen und Ersparnissen vergangener Wirtschaftstätigkeit.

Nach jahrelangen erfolgreichen Bemühungen der Partei- und Regierungsstellen, die Juden aus dem Erwerbsleben zu «verdrängen», waren Anfang 1938 alle Voraussetzungen für die endgültige «Entjudung der deutschen Wirtschaft» geschaffen. Man konnte nunmehr darangehen, die Reste jeder einträglichen Erwerbstätigkeit der Juden zu liquidieren und die «Erfassung» ihrer Vermögen vorzubereiten. Die aussenpolitischen Erfolge und die Aufrüstung wie auch der innenpolitische Konsens der Bevölkerung boten hierfür Ende 1937 günstige Voraussetzungen – wie später der Krieg im Osten die Vorbedingungen für die physische Vernichtung der Juden schuf. In diesem Kontext bildete der Novemberpogrom nur das Signal, in wenigen Wochen zu vollenden, was bereits Monate vorher in Gang gesetzt worden war.

## II

Anfang 1938 lebten im «Altreich» noch 350'000 bis 365'000 Juden. 160'000 bis 175'000 waren seit dem Januar 1933 ausgewandert oder gestorben. Die verbliebenen Juden verteilten sich auf 1'400 Gemeinden, von denen jedoch mehr als 730 «Notstandsgemeinden» sich in mehr oder weniger fortgeschrittener Liquidation befanden. Dagegen waren über 65% aller Juden in sieben Grosstadtgemeinden konzentriert, 140'000, d.h. ca. 40%, allein in Berlin.<sup>6</sup>

Über die genaue Berufs- und Beschäftigungsstruktur der jüdischen Minderheit zu diesem Zeitpunkt gibt es keine Unterlagen. Da jedoch die ihr zugehörigen Angestellten und Arbeiter zumeist nur noch in jüdischen Betrieben Anstellung fanden, war ihre Beschäftigung im Wesentlichen von der Zahl der bestehenden jüdischen Firmen abhängig. Aus den vorhandenen Quellen geht ziemlich eindeutig hervor, dass von den knapp 100'000 jüdischen Betrieben im Januar 1933<sup>7</sup> 60 bis 70% im Frühjahr 1938 nicht mehr existierten oder in «arischen» Besitz übergegangen waren. Dies bestätigen sogar die an sich zweifelhaften Angaben des zuständigen Referenten im Reichswirtschaftsministerium, Alf Krüger, der für April 1938 39552 jüdische Betriebe angibt.<sup>8</sup> Es ist daher völlig unverständlich, wie Genschel für Herbst 1937 den «Anteil arisierter Geschäfte unter 25%, den der Fabrikationsbetriebe noch erheblich niedriger» schätzen konnte.<sup>9</sup>

Besonders weit war die «Arisierung» der Einzelhandelsgeschäfte fortgeschritten. Von den 1933 gezählten über 50'000 jüdischen Geschäften<sup>11</sup> gab es nach offiziellen Angaben im Juli 1938 im ganzen «Altreich» nur noch ca. 9'000, davon 3637 in Berlin. Den Berichterstattern galt dies als Beweis dafür, dass zu diesem Zeitpunkt noch bestehende «Arisierungserwartungen übertrieben... [gewesen seien], denn die Entjudung des Einzelhandels war... schon recht weit fortgeschritten».<sup>11</sup> Ausführliche detaillierte Angaben über die Geschäftslage der Ende 1937 noch bestehenden jüdischen Einzelhandelsgeschäfte finden sich in den erhaltenen Akten der «Gauwirtschaftsberater der NSDAP», die mit der Beaufsichtigung der «Arisierungen» beauftragt waren. So wurde z.B. zum 1. Oktober 1937 in Bochum festgestellt, dass über 50% der jüdischen Geschäfte «bereits aufgelöst sind oder sich in der Arisierung befinden», die Lage der restlichen «zumeist sehr schlecht» sei.<sup>12</sup> In einer Erhebung des Gauwirtschaftsberaters von Westfalen-Süd vom Juli 1938 wurde bei den noch bestehenden jüdischen Unternehmen zumeist vermerkt: «Betrieb steht fast still», «nur noch jüdische Kunden», «Laden ist zumeist geschlossen» u.ä. m.<sup>13</sup>

sind für die Wirtschafts- und Geschäftslage der Juden aufschlussreich. Insgesamt wurde im «Altreich» jüdisches Vermögen im Wert von ca. 5,1 Milliarden RM festgestellt.<sup>14</sup> Nach verschiedenen Schätzungen war dies weniger als die Hälfte des jüdischen Vermögens von 1933,<sup>15</sup> während die jüdische Bevölkerung nur um ca. ein Drittel zurückgegangen war. Österreich eingeschlossen, bestand das angemeldete Vermögen von insgesamt 8,531 Milliarden RM nur zu 1,195 Milliarden RM, d.h. nur zu ca. 14% aus «Betriebsvermögen». Der Rest waren knapp 2,5 Milliarden RM in Grundbesitz und 4,88 Milliarden RM «anderes Vermögen», hauptsächlich in Wertpapieren angelegte liquide Titel, die in einer «streng vertraulichen» Zusammenstellung des Reichswirtschaftsministeriums vom November 1938 bezeichnenderweise als «angreifbares Vermögen» registriert wurden, das «sofort erfassbar» sei. In diesem Zusammenhang wurde zudem betont, dass seit der Erhebung vom April 1938 «beachtliche Werte, die zahlenmässig auch nicht einmal geschätzt werden können, unter dem wahren Wert an nichtjüdische Gewerbetreibende veräussert worden sind. Es besteht daher durchaus die Möglichkeit, dass das liquide Vermögen infolge der inzwischen vorgenommenen Entjudung grösser, das illiquide Betriebsvermögen dagegen kleiner geworden ist.»<sup>16</sup>

Nun waren die jüdischen Erwerbstätigen nicht gleichmässig von dieser Entwicklung betroffen. Die dünne Oberschicht jüdischer Grossunternehmer und Bankiers, assimilierte oder auch getaufte Juden, mit immer noch guten Verbindungen im Grossbürgertum des In- und Auslands, konnte sich länger über Wasser halten als der stärker gefährdete Mittelstand. Sie waren gegenüber dem gewalttätigen Boykotterror der Strasse weniger anfällig, und ihr Bewusstsein generationenlanger wirtschaftlicher Geborgenheit war auch zu diesem Zeitpunkt noch keine blosser Illusion. Den Angehörigen dieser Oberschicht scheint es überwiegend gelungen zu sein, später rechtzeitig zu entkommen. Wenn sie dabei auch oft einen grossen Teil ihres Vermögens zurücklassen mussten, so hatten sie doch genügend Reserven und familiäre Beziehungen im Ausland, die sie vor physischer Not bewahrten.

Als ein Beispiel für diese grossbürgerliche Oberschicht kann die Hamburger Bankiersfamilie Warburg gelten, die dem Druck bis zum Mai 1938 standhielt. Dabei ist bezeichnend, wie Max Warburg selbst sein hartnäckiges Ausharren begründet: Vor dem versammelten Personal erklärte er bei der Abschiedsrede, er habe nicht gewollt, «dass diese Firma, der unsere Lebensarbeit bis heute gehört hatte, zerstört» würde.<sup>17</sup> Zweifellos hat ihn jedoch nicht weniger das Verantwortungsgefühl für die jüdische Gemeinschaft bis zum Jahre 1938 in Deutschland zurückgehalten. Seine Zugehörigkeit zu ihr hat Warburg nie verleugnet,

und noch vor dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft gehörte er zahlreichen deutschen und internationalen jüdischen Gremien an. 1933 war er einer der Initiatoren der Reichsvertretung der Juden in Deutschland und stand lange Jahre dem Hilfsverein vor. Warburgs Bank war auch führend an der Rettung jüdischen Vermögens durch die Paltreu und das Haavara-Abkommen beteiligt, was ein wichtiger Grund für sein Durchhalten gewesen sein dürfte.<sup>18</sup>

Die weniger begünstigten jüdischen Erwerbstätigen hatten es schwerer, Ende 1937 noch genügend moralische Kraft aufzubringen, um nicht an der Zukunft zu verzweifeln. Ihre Energien wurden durch den Kampf um den Lebensunterhalt völlig in Anspruch genommen. Ehemalige Ärzte und Rechtsanwälte, frühere leitende Angestellte sowie entlassene Arbeitnehmer wanderten mit dem Musterkoffer oder sogar mit Hausierwaren durch die Städte, während in der Provinz auch diese Erwerbsmöglichkeit den Juden verschlossen war. Frauen eröffneten eine Pension oder einen Mittagstisch in ihrer Wohnung, um einen dürftigen Unterhalt zu verdienen. Da für alle diese Tätigkeiten eine Gewerbeerlaubnis nötig war und jeder Umzug, auch die Verlegung des Geschäfts in die eigene Wohnung, als «Neueröffnung» galt, wurde gerade zu dieser Zeit zur Besorgnis aufmerksamer Parteistellen eine vermehrte «Neueröffnung jüdischer Betriebe» verzeichnet.<sup>19</sup>

Mit der beschleunigten «Arisierung» wuchs im Herbst 1937 auch die Arbeitslosigkeit unter den Juden beträchtlich: Jüdische Sozialarbeiter waren im Oktober des Jahres um das Los von 30'000 «uneinordnungsfähigen festen Erwerbslosen» besorgt. Bis zum Frühjahr 1938 war deren Zahl auf das Doppelte angestiegen,<sup>20</sup> dies zu einer Zeit, in der die deutsche Wirtschaft längst an Arbeitskräftemangel litt. Die Wohlfahrts-etats der jüdischen Gemeinden reichten nicht mehr aus, alle Bedürftigen zu unterstützen. Vorläufig zahlten die öffentlichen Wohlfahrtsämter zwar noch Unterstützungen an Juden, jedoch nach so verringerten Richtsätzen und unter Anwendung aller möglichen Schikanen, dass die jüdischen Gemeinden immer grössere zusätzliche Beträge aufbringen mussten. Die jüdische Winterhilfe unterstützte im Winter 1937/38 77'200 Personen, über 21% der jüdischen Bevölkerung, mit einem Aufwand von 3,3 Millionen RM.<sup>21</sup>

### III

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Judenverfolgung lässt sich keineswegs als eigendynamische Steigerung unkoordinierter und miteinander konkurrierender Initiativen einer «dualistischen» Judenpolitik erklären.

Sie war auf lange Sicht geplant und vorbereitet, und diese Vorbereitungen, im Kontext der vorangetriebenen Aufrüstung und Kriegsplanung, lassen sich gleichermaßen auf Partei- und Regierungsebene zurückverfolgen.

In Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan vom August 1936, mit der er die beschleunigten militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen auf die Tagesordnung setzte, wurden die Juden nur flüchtig erwähnt. Bezeichnend ist jedoch der Zusammenhang: Hitler forderte, «mit eiserner Entschlossenheit» für die Selbstversorgung mit Rohstoffen und die Erfassung der «Devisenausstände der deutschen Wirtschaft im Auslande» zu sorgen. Zu diesem Zwecke sollte der Reichstag zwei Gesetze erlassen: «1) ein Gesetz, das für Wirtschaftssabotage die Todesstrafe vorsieht, und 2) ein Gesetz, das das gesamte Judentum haftbar macht für alle Schäden, die durch einzelne Exemplare dieses Verbrechertums der deutschen Wirtschaft und damit dem deutschen Volke zugefügt werden.»<sup>22</sup> Damit war die Enteignung der Juden deutlich als Teil der beschleunigten Kriegsvorbereitungen im Rahmen des Vierjahresplanes vorgesehen und auch schon einer der Vorwände für diese Enteignung angedeutet. Görings führende Stellung in der Judenpolitik, bedingt durch seine Ernennung zum «Beauftragten für den Vierjahresplan», war dafür der institutionelle Ausdruck.

Obwohl Hitlers Denkschrift den Vermerk «streng geheim» trug, erwies sich bald, dass seine Vorstellungen über die künftige Behandlung der Juden durchaus bekannt waren und ernst genommen wurden. Bereits am 18. Dezember 1936 teilte Staatssekretär Stuckart vom Reichsinnenministerium dem Reichswirtschaftsministerium mit, es seien Erörterungen über die «Bildung eines Judengarantieverbandes» im Gange. Sie hätten zu dem Ergebnis geführt, dass dies zurzeit nur im Bereich der Steuerpolitik zu verwirklichen sei. Der Führer habe die «Erhebung einer Judensondersteuer grundsätzlich gebilligt» und angeordnet, «die Vorbereitung eines entsprechenden Gesetzentwurfs so zu beschleunigen, dass die Möglichkeit gegeben wäre, das Gesetz bereits nach Ende des Gustloff-Prozesses zu verkünden».<sup>23</sup> Trotz des Führerwunsches dauerte es jedoch noch fast zwei Jahre, bis die Massnahme, die bereits als «Sühne» für die Tat David Frankfurters in der Schweiz vorgesehen war, nach dem Attentat Herschel Grynszpans in Paris im November 1938 verwirklicht wurde. Den Grund für diesen Aufschub bildeten Bedenken Görings. Obwohl im Juni 1937 im Reichsfinanzministerium ein Gesetzentwurf fertiggestellt worden war, nach dem «aus Steuern der Juden ein Sondervermögen des Reiches» zu bilden war, musste Staatssekretär Reinhardt am 23. Dezember 1937 dem Stellvertreter des Führers mitteilen, dass dieses Gesetz vorläufig nicht verabschiedet werde. Göring habe die

Besorgnis geäußert, «die Verkündung des Gesetzes würde gegenwärtig eine gewisse Gefahr für die Rohstoff- und Devisenlage des Reiches bedeuten».<sup>24</sup>

Die planmässigen Vorbereitungen für die verstärkte Ausplünderung der Juden beschränkten sich nicht nur auf diese Sondersteuer. Bereits vorher, am 29. September 1936, hatte eine Besprechung der Staatssekretäre im Innen- und Wirtschaftsministerium zur Vorbereitung einer Chefbesprechung über die Judenpolitik stattgefunden, «um der Gefahr vorzubeugen, dass die Juden in wirtschaftlicher Beziehung neue Positionen gewinnen». Nach eingehenden Erörterungen waren sich die Teilnehmer über folgende Punkte einig:

1. «Wirtschaftliche Betätigung von Juden [dürfte] nur in dem Rahmen gestattet sein, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen könnten» (d.h. nicht der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fielen), «ohne dass aber durch ihre wirtschaftliche und politische Lage ihr Auswanderwille verschwände. Letzten Endes müsse in Betracht gezogen werden, die Auswanderung auch zwangsweise durchzuführen.»
2. Da «reiche Juden im Allgemeinen nicht gern auswandern» würden, dürften der gesamten Bevölkerungsgruppe nicht allzu grosse Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung gelassen werden.
3. Unter Bezug auf eine Anregung des Reichsinnenministers vom Juni 1936 wurde der Ausschluss der Juden aus einer Reihe einzelner Gewerbe besprochen.
4. Die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte oder alternativ «aller nicht-jüdischen Geschäfte» wurde bereits erwogen und beschlossen, den Plan eines besonderen Verzeichnisses jüdischer Unternehmen weiterzuverfolgen.<sup>25</sup>

Neben den Regierungsstellen waren auch die Parteinstanzen seit Ende 1936 verstärkt damit beschäftigt, die «Arisierungen» und die Ausschaltung jüdischer Konkurrenz zu beschleunigen. In den Büros der Gauwirtschaftsberater wurden für jedes noch bestehende jüdische Geschäft Einzelakten angelegt und im Einvernehmen mit den Handelskammern und Finanzämtern Umsätze und Geschäftsentwicklung verfolgt.<sup>26</sup>

Im Frühjahr 1938 waren alle Vorbereitungen abgeschlossen, so dass die forcierte Durchführung beginnen konnte. Die einsetzende Flut von Massnahmen ist in der Forschung oft genug geschildert worden.<sup>27</sup> Wir können uns deshalb damit begnügen, die wichtigsten Gesetze und Massnahmen kurz zu erwähnen. Im März wurde den jüdischen Gemeinden die Anerkennung als Körperschaften des öffentlichen Rechts entzogen, um sie mit allen Steuern auf ihre Einkünfte zu belasten.<sup>28</sup> Schon vorher waren den jüdischen Gewerbetreibenden alle Steuererleichter-

rungen, z.B. Kinder- und Familienfreibeträge, abgesprochen worden.<sup>19</sup> Ende April erliess Göring eine «Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe»,<sup>30</sup> durch die ohne Zweifel die Anmeldung und Registrierung jüdischer Vermögen und Betriebe vorbereitet wurde. Dies wurde in der Öffentlichkeit auch richtig verstanden: Eine Salzburger Tageszeitung berichtete über die Verordnung unter der Überschrift «Reinemachen!» und begrüßte sie als den «Auftakt zu der grundsätzlichen Lösung der Judenfrage in der Wirtschaft».<sup>31</sup>

Vier Tage später, am 26. April, erging die «Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden» durch Göring und den Reichsinnenminister. Jeder Jude oder nichtjüdische Ehegatte eines Juden musste alles Vermögen über 5'000 RM im In- und Ausland anmelden. Im §8 wurde bereits das weitere Ziel dieser Anordnung unverblümt verkündet: Der Beauftragte für den Vierjahresplan könne «Massnahmen treffen, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherzustellen».<sup>32</sup> Gleichzeitig machte eine Durchführungsverordnung jede Veräusserung, Verpachtung oder «Bestellung eines Niessbrauchs» bei jüdischen Betrieben genehmigungspflichtig.» Den Zweck dieser Bestimmungen erläuterte Reichsinnenminister Frick in einem geheimen Exposé über «Juden in der Wirtschaft» vom 14. Juni 1938: Damit «ist die Lösung der Judenfrage auf wirtschaftlichem Gebiet eingeleitet worden. In der Besprechung am 29. April 1938... wurde zur endgültigen Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben die Umwandlung des jüdischen Vermögens in Deutschland in Werte, die keinen wirtschaftlichen Einfluss mehr gestatten, in Aussicht genommen.» Für die unmittelbare Zukunft hielt Frick «eine Regelung für erforderlich, die... auf eine *zwangsweise* Ausschaltung der Juden abzielt». Nachdem er seine diesbezüglichen Vorschläge ausführlich dargelegt und die Auswanderungsmöglichkeiten – abgesehen von Palästina – sehr ungünstig eingeschätzt hatte, widmete Frick den Schluss seiner Betrachtung den Unterhaltungsmöglichkeiten der zurückbleibenden Juden: «Soweit die Juden in Deutschland von dem Erlös ihrer überkommenen Betriebs- und sonstigen Vermögenswerte leben können, bedürfen sie einer strengen staatlichen Aufsicht. Soweit sie hilfsbedürftig werden, muss die Frage ihrer *öffentlichen* Unterstützung gelöst werden. Eine stärkere Inanspruchnahme der Fürsorgeverbände wird nicht zu vermeiden sein.»<sup>34</sup> Von den «Werten, die einen wirtschaftlichen Einfluss gestatten», bezeichnete Frick in seinem Exposé das «Betriebsvermögen der Juden» als den wichtigsten und begrüßte es daher, dass «nach dem Muster, das für die Anmeldung zu verwenden ist, das Betriebsvermögen jeweils besonders angegeben werden muss».<sup>35</sup> Er dürfte über das Ergebnis der Vermögenserhebung, den geringen Anteil des Betriebsvermögens, überrascht

IV 769

## Vermögenserklärung

A. September 9 1935

Vornamen (Namen unterstreichen) und Zuname (bei Ehefrauen auch Mädchennamen):  
Martha Lore Sondt, geb. Cohen.

Beruf: ihme

Letzte Beschäftigung (Firma, Gehalt, Lohn): Keine

Wohnung (Stadt, Stadtteil, Straße und Hausnummer, seit wann?):  
Berlin P.O. 35. Hasenowstr. 25 bei Cohen P. Col. K.

Kennkarte Nr. A 00204

Geboren am 21. 9. 1892 in Briesen Wölspe (Kreis) Briesen

Land (soweit im Auslande geboren):

Konfession: Juden

Staatsangehörigkeit: Reichsdeutsches Bürgerrecht

Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden, getrennt lebend): verheiratet

Vornamen (Namen unterstreichen), früherer Name und Geburtsdaten des Ehegatten:

Ehelicher Güterstand: gemeinschaftlich

Namen und Geburtsdaten der im gemeinsamen Haushalt lebenden Kinder (auch solcher über 21 Jahre):

Keine  
Keine  
Keine  
Keine

Kinder, die außerhalb des gemeinsamen Haushaltes leben (Personen, Anschrift):

Keine  
Keine  
Keine  
Keine

Welche Kinder haben eigenes Vermögen oder Einkommen (Höhe)?

Keine  
Keine  
Keine  
Keine

0100-12443

**Abb. 9:** Die erste Seite eines von vielen Formularen, mit denen das Vermögen von Juden ausgeforscht wurde. Die Kenntnisse erleichterten es später den Behörden, im Bedarfsfälle zusammen mit den lokalen Parteistellen, der SA, der SS und der Polizei zuzugreifen.

gewesen sein. Aber ohne Zweifel zielte die Verordnung bereits weiter in die Zukunft und bereitete den «Einsatz» oder die «Erfassung» des gesamten jüdischen Besitzes vor. Auf einem viele Seiten umfassenden Fragebogen wurde bis ins kleinste Detail über jede Kapitalanlage, seien es Wertpapiere, Lebensversicherungen oder ausstehende Schulden, über Luxusartikel und Kunstgegenstände Auskunft verlangt, so dass sich kaum etwas verbergen liess.<sup>36</sup> Ausserdem wurden die Juden durch verschiedene vage Hinweise und gezielt lancierte Gerüchte veranlasst, ihr Vermögen nicht unter Wert anzugeben. Staatssekretär Brinkmann vom Reichswirtschaftsministerium erklärte in einer Pressekonferenz, an der auch ausländische Journalisten teilnahmen, den Juden werde die Bewertung ihres Besitzes selbst überlassen, damit der Eigentümer im Falle einer Übernahme durch den Staat entschädigt werden könne.<sup>3</sup> Ernst Herzfeld, ein damals an führender Stelle tätiger und mit den Verhältnissen wohlvertrauter jüdischer Beobachter, berichtet, dass «die vielleicht von den Nazis lancierte Mutmassung weit verbreitet war, es sei beabsichtigt, die jüdischen Aktiven ganz oder teilweise gegen Entschädigung... zu ‚kaufen‘. Mehr als der deklarierte Wert werde natürlich nicht vergütet werden ... Diese Erwägungen veranlassten nicht wenige, ihren Grundbesitz und auch andere Aktiven mit einem höheren als dem Steuerwert anzugeben.»<sup>38</sup>

Im Juli 1938 wurden aufgrund der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz alle noch bestehenden jüdischen Unternehmen registriert.<sup>39</sup> Auch dieses Formular forderte genaueste Angaben über die Besitzverhältnisse und die gegenwärtige Geschäftslage.<sup>4\*</sup> Es ist zu bedauern, dass nicht mehr von diesem Material, das ein genaues Bild über den Stand der jüdischen Unternehmen vermittelt, erhalten geblieben bzw. bisher entdeckt worden ist. Die Zusammenarbeit der Finanzämter, Handelskammern und kommunalen Verwaltungen mit den lokalen Parteistellen bei dieser «Bestandsaufnahme» ist aus der vierfachen Ausfertigung der Formulare klar zu erkennen. Ohne Zweifel arbeiteten alle diese Stellen, die schon vorher bei der Durchführung der «Arisierungen» in engem Kontakt gestanden hatten, Hand in Hand.

Das «Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung» vom 6. Juli 1938<sup>41</sup> verbot den Juden die Ausübung aller Berufe, die schon in der Besprechung am 29. September 1936 erwähnt worden waren. Manche dieser Berufe, wie die Heiratsvermittlung oder das Bewachungsgewerbe, wurden nur von wenigen Juden ausgeübt. Dagegen traf sie zu diesem Zeitpunkt das Verbot der Tätigkeit im Wandergewerbe, als Hausierer, Reisende oder Vertreter, besonders hart. Dies waren die wichtigsten Ausweichberufe, die entlassene Angestellte und Arbeiter und besonders ehemals selbständige Gewerbetreibende ergriffen hatten, nachdem sie

ihre Unternehmen hatten schliessen oder verkaufen müssen. Der Beruf des Hausierers, der in Deutschland bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht mehr zu den typischen Erwerbstätigkeiten von Juden gehörte, kam so im Dritten Reich wieder «zu Ehren». Die Partei und ihre mittelständische Berufsorganisation beobachteten diese Entwicklung mit Besorgnis; in ihrem Blatt «Der Aufbau» wurde Anfang 1938 behauptet, dass 18 bis 20% aller im ambulanten Gewerbe Tätigen Juden seien.<sup>42</sup> Da nähere Belege fehlten, ist die Angabe heute nicht mehr nachprüfbar. Die Änderung der Gewerbeordnung sollte auch diese «gefährliche Lücke» in der Gesetzgebung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben schliessen.

Im Juli 1938 wurde den ca. 3'000 noch im «Altreich» praktizierenden jüdischen Ärzten die Ausübung ihres Berufs verboten. Lediglich 709 von ihnen konnten unter der Bezeichnung «Krankenbehandler» ihre Tätigkeit, allerdings ausschliesslich für jüdische Patienten, fortsetzen.<sup>43</sup>

Im September folgte das Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte. Von 1753 jüdischen Rechtsanwälten, die im Januar 1938 im Reich noch tätig gewesen waren, durften nur 172, unter der Bezeichnung «Rechtskonsulent», jüdische Klienten beraten und vertreten.<sup>44</sup>

Neben der Gesetzgebung verschärften die administrativen Massnahmen staatlicher und parteiamtlicher Stellen die wirtschaftliche Lage der Juden in aller Stille vielleicht noch wirkungsvoller. «Lautlos und zäh», so berichtet Ernst Herzfeld, «wurden die wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Juden beeinträchtigt. Fabrikanten wurde der Bezug von Rohstoffen gesperrt oder erschwert..., in den Reichsministerien fanden unsere Beschwerden wenig Gehör..., die Ministerialbürokratie [wollte] sich – soweit sie überhaupt gutwillig war – nicht für die Juden exponieren.»<sup>45</sup> Auf lokaler Ebene häuften sich die Schwierigkeiten jüdischer Erwerbstätiger, auch ohne dass es eine gesetzliche Grundlage dafür gab. Insbesondere sorgten die Gauwirtschaftsberater noch vor der neuen Gewerbeordnung vom 6. Juli 1938 dafür, dass Juden keine Reiselegitimationen mehr ausgestellt oder erneuert bekamen. Nach der Änderung der Gewerbeordnung wies dann das «Amt für Handwerk und Handel der NSDAP» in Bochum auf eine noch immer bestehende Ausweichmöglichkeit hin und forderte Abhilfe. Zur Ausübung des Vertreterberufs am eigenen Wohnort sei nach wie vor keine Reiselegitimationserlaubnis nötig. Dem Vernehmen nach könnten in Berlin auf diese Weise 10'000 jüdische Vertreter noch immer etwas verdienen. Das müsse aufhören, da «gerade der jüdische Haushaltsvertreter... die Tränendrüsen unserer Hausfrauen zu rühren und dabei auf die unglückliche Lage der Juden hinzuweisen versteht..., um für sich und seine Rasse Nutzen daraus zu ziehen».<sup>46</sup>

## IV

Alle gesetzgeberischen und administrativen Massnahmen sollten eine beschleunigte «Entjudung» der Wirtschaft, in anderen Worten das völlige Verschwinden jüdischer Firmen durch «freiwilligen» Verkauf oder durch Geschäftsschliessung bewirken. Um der Aktion mehr Nachdruck zu verleihen, wurde durch Gewaltanwendung nachgeholfen. Das Judenreferat im SD-Hauptamt hatte bereits im Januar 1937 als das «wirksamste Mittel» zur beschleunigten «Lösung der Judenfrage» den «Volkszorn» empfohlen, «der sich in Ausschreitungen ergeht..da der Jude durch Pogrome... viel gelernt hat und nichts so fürchtet als eine feindliche Stimmung, die sich spontan gegen ihn wenden kann».<sup>47</sup> Julius Streicher ergriff Ende 1937 in Nürnberg mit einem «Weihnachtsboykott» die Initiative. Andere Städte folgten, und auch in Berlin erreichten die Ausschreitungen in Form von Schaufensterbeschriftungen und gewalttätigen Überfällen im Juni 1938 einen Höhepunkt. Am 22. Juni berichtete der amerikanische Botschafter ausführlich über diese pogromartigen Unruhen und fügte hinzu: «Die gegenwärtige Kampagne gegen die Juden übertrifft an Gründlichkeit alles dieser Art seit Anfang 1933... Es wird erwartet, dass dies auch weitere gesetzgeberische Massnahmen hervorbringen wird.»<sup>48</sup> Offenbar hatte der Botschafter die für die nationalsozialistische Judenpolitik typische taktische Kombination klar erkannt.

Das Ergebnis war, wie vorausgesehen und vorausgeplant, die beschleunigte «Arisierungswelle» des gesamten Jahres 1938. Doch muss nochmals betont werden, dass der Umfang dieser «Arisierungen» im Kontext der früheren langjährigen Entwicklung eher als Restbereinigung eines anhaltenden Liquidations- und Ausplünderungsprozesses und nicht, wie z.B. Genschel meint, als «Hochkonjunktur der Arisierung» zu betrachten ist.<sup>49</sup> Anfang 1938 waren der jüdische Einzelhandel und die freien Berufe schon weitgehend ausgeschaltet. Mindestens die Hälfte der jüdischen Angestellten und Arbeiter war arbeitslos. Dagegen waren Grossfirmen in der Industrie, teilweise auch im Gross- und Exporthandel, Privatbanken und merkwürdigerweise auch das jüdische Handwerk verhältnismässig stark verschont geblieben.

Die Gründe für diese Schonfrist sind noch nicht völlig geklärt; sie dürften für jeden genannten Wirtschaftszweig unterschiedlich gewesen sein. Das jüdische Handwerk, hauptsächlich in der Bekleidungsbranche konzentriert, war, wie auch der Einzelhandel, dem Druck mittelständischer Konkurrenz ausgesetzt, und es ist umso verwunderlicher, dass es im Dezember 1938 immer noch 5'800 jüdische Handwerksbetriebe in Deutschland gab. Mitte 1935 hatte man nicht mehr als 8'500 solcher Betriebe gezählt.» Als Erklärung bieten sich zwei Gründe an: Erstens

war der Anteil an Juden im Handwerk sehr viel geringer als im Einzelhandel,<sup>51</sup> so dass weniger konkurrenzbedingte antisemitische Aggressionen hervorgerufen wurden. Zweitens waren offensichtlich die jüdischen Handwerksbetriebe derart heruntergekommen, dass sich kaum «arische» Anwärter für ihre Übernahme fanden. Es waren zumeist kleine Schneider, Kürschner oder Hutmacher, viele von ihnen ostjüdischer Herkunft, die auch früher schon an Entbehrungen und an eine frugale Lebensweise gewöhnt waren. Nun hielten sie mit aller Kraft an ihrer noch so bescheidenen Erwerbsquelle fest, für die sie keine Alternative finden konnten. Diese Annahme wird dadurch bestätigt, dass zwischen Dezember 1938 und Ende März 1939 fast alle jüdischen Handwerksbetriebe aufgelöst und nur 345 von den 5'800 «arisiert» wurden.»<sup>12</sup>

Dagegen waren die jüdischen Grossunternehmen eher wegen ihrer wirtschaftlichen Widerstandskraft länger verschont geblieben. In den ersten Jahren des Dritten Reichs standen beschäftigungspolitische Erwägungen im Vordergrund und verhinderten einschneidende Massnahmen gegen personalintensive jüdische Betriebe. Hinzu kam ein anderer «Grössenvorteil»: Solange auch nur ein Rest an Rechtmässigkeit gewahrt wurde, verlangte die «Arisierung» von Grossunternehmen beträchtliche Kapitalsummen. Soweit solche überhaupt flüssiggemacht werden konnten, zogen «arische» Interessenten es in vielen Fällen vor abzuwarten, bis sie die Objekte unter dem sich verstärkenden Druck auf die Juden zu günstigeren Preisen aufkaufen konnten. Ein typisches Beispiel dafür ist das Verhalten Flicks bei der «Arisierung» der Waffenfabrik Simson in den Jahren 1934/35 und des Hochofenwerks Lübeck, an dem die jüdische Erzhandelsfirma Rawack & Grünfeld A.G. beteiligt war, in den Jahren 1936/37.<sup>53</sup> Ausserdem verliessen sich auch die jüdischen Grossunternehmer auf ihr Stehvermögen und ihre geschäftlichen Verbindungen im In- und Ausland und beeilten sich nicht, unter allzu ungünstigen Bedingungen zu Verkaufsabschlüssen zu kommen.

Ende 1937 hatten beide Seiten offenbar begriffen, dass die Zeit langwieriger Verhandlungen abzulaufen begann. Die jüdischen Eigentümer merkten dabei zu spät, dass sie ihren Besitz jetzt nicht nur weit unter Wert, sondern meistens auch zu ungünstigeren Konditionen verkaufen mussten, als es wenig früher noch möglich gewesen wäre. Allein von Januar bis Oktober 1938 verzeichnet Genschel aufgrund von Angaben der «Jüdischen Rundschau» für das ganze Deutsche Reich 769 «Arisierungen». Darunter waren 340 Fabrikbetriebe, davon 260 in der Textil- und Bekleidungsbranche, 30 in der Leder- und Schuhherstellung, und 370 Grosshandelsfirmen.<sup>14</sup> Hinzu kamen in der gleichen Zeitspanne 22 «arisierte» Privatbanken, darunter alte Häuser wie M.M. Warburg, Bleichröder, Gebr. Arnhold, Dreyfus und Hirschland.<sup>55</sup>

Auch der Wettlauf, mittlere und kleinere jüdische Betriebe für Spottpreise zu erwerben, ging weiter. Die noch bestehenden jüdischen Geschäfte, die aufgrund von Ermittlungen der Gauwirtschaftsberater und der mit ihnen kooperierenden Handelskammern und Regierungsämter als einigermaßen gewinnträchtige Objekte zur «Arisierung» (statt zur Liquidation) ausersehen waren, lockten Massen von bisher leer ausgegangenen Partei- und anderen «Volksgenossen» an, die die letzte Chance zur Bereicherung nicht verpassen wollten. Die «ungehemmte Bereicherungssucht derer, die sich als Zukurzgekommene betrachteten und die nun zu den Emporkömmlingen gehörten»,<sup>56</sup> konnte sich hier austoben. Die Methoden der Erpressung wurden immer offener, die kommunalen Behörden wetteiferten mit den Parteiämtern, die jüdischen Unternehmer weiter einzuschüchtern und gefügig zu machen. Grosse Anstrengungen waren zu diesem Zeitpunkt dazu nicht mehr nötig. Der Gauwirtschaftsberater von Westfalen-Süd konnte der Kommission für Wirtschaftspolitik bei der Münchener Parteileitung am 24. März 1938 mit Befriedigung berichten, es sei nur in seltenen Fällen nötig, die Juden zum Bürgermeister zu beordern. «Die Juden werden schon nachgiebig, sobald sie erfahren, dass sich die Partei mit ihrer Person befasst.»<sup>67</sup> Mit etwas Nachdruck konnten die Besitzer in der Liquidation befindlicher Geschäfte auch ohne gesetzlichen Vorwand daran gehindert werden, wenigstens die Warenbestände vor der «Arisierung» gesondert zu verkaufen oder Ausverkäufe zu veranstalten.<sup>58</sup>

In einem bezeichnenden, wenn auch gewiss nicht repräsentativen Schreiben eines Münchener Kaufmanns, der als Sachverständiger bei «Arisierungen» herangezogen worden war, kam die herrschende Atmosphäre zum Ausdruck. Der Schreiber, der sich als «Nationalsozialist, SA-Mann und Bewunderer Adolf Hitlers» vorstellte, erklärte darin, er sei «von den brutalen Massnahmen und... dieser Art von Erpressungen an den Juden derart angeekelt, dass ich von nun ab jede Tätigkeit bei Arisierungen ablehne, obwohl mir dabei ein guter Verdienst entgeht... Als alter rechtschaffener ehrlicher Kaufmann [kann] ich nicht mehr zusehen, in welcher schamloser Weise von vielen ‚arischen‘ Geschäftsleuten, Unternehmern etc. versucht wird ..., die jüdischen Geschäfte, Fabriken etc. möglichst wohlfeil und um einen Schundpreis zu erraffen. Die Leute kommen mir vor wie die Aasgeier, die sich mit triefenden Augen und heraushängenden Zungen auf den jüdischen Kadaver stürzen .. ,»<sup>59</sup> Die Angaben für München beweisen dabei deutlich, dass es bei dem «Arisierungswettlauf» nur noch um einen Restbestand der ehemaligen jüdischen Geschäfte ging. Im Februar 1938 gab es in München noch 1690 «jüdische Gewerbetreibende», am 4. Oktober nur noch 666, zwei Drittel von ihnen waren ausländische Staatsangehörige. Hanke sieht darin mit

Recht einen Beweis dafür, dass noch vor dem 9. November «die Eliminierung der Juden in ein Endstadium getreten war». <sup>61</sup> Ähnlich wurde damals in einem Zeitungsartikel konstatiert, im Einzelhandel sei «die Anzahl der Geschäftsübergänge nicht so gross, weil hier... das Ausscheiden in den vergangenen Jahren schon in verstärktem Masse eingesetzt hatte». Aber immerhin seien im Verlauf des Jahres 1938 eine Anzahl grösserer Unternehmen «sowohl der Industrie, als auch des Gross- und Einzelhandels arisiert» worden, und «ein ganzer Berg von Genehmigungsanträgen» liege noch beim Gauwirtschaftsberater vor.<sup>61</sup>

Zusammenfassend soll hier ein Dokument ausführlicher zitiert werden, das als eine zeitgetreue Darstellung der damaligen Situation der Juden gelten darf. Es handelt sich um eine «Denkschrift über die Behandlung der Juden in der Reichshauptstadt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens», die ein ungenannter Referent Anfang 1938 allem Anschein nach für den Staatskommissar und Berliner Oberbürgermeister Julius Lippert anfertigte.<sup>62</sup> Der Verfasser konstatierte «in letzter Zeit einen ausserordentlich starken Zuzug nach Berlin ..., der darauf zurückzuführen sein dürfte, dass die Juden in der Provinz... immer geringere Existenzmöglichkeiten sehen». Er schlug vor, den Zuzug nicht gänzlich zu verbieten, da in Berlin «bessere Möglichkeiten zur Auswanderungsvorbereitung» beständen. Die Zuzugsgenehmigung solle jedoch auf bestimmte Stadtteile und «unter der Auflage, in Berlin keinem Erwerb nachzugehen», beschränkt werden. «Während es zurzeit kaum durchführbar erscheint, die Berliner Juden in einem Ghetto unterzubringen, könnte auf diese Weise aber erreicht werden, dass bestimmte Stadtgebiete mit Juden nicht neu bevölkert [werden] und damit mittelbar auf weite Sicht eine Art Ghetto geschaffen» wird. Die Gefahr, dass die zuziehenden Juden «der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen» könnten, machte dem Referenten weniger Sorge angesichts der «bisher zufriedenstellenden Regelung der Berliner Wohlfahrtsämter, dass den zuziehenden Juden die öffentliche Fürsorge grundsätzlich versagt wird».<sup>63</sup>

Zum jüdischen Schulwesen wurde in der Denkschrift vermerkt, dass 1937 immer noch 2122 Juden öffentliche Schulen besucht hätten und diese Frage gegenwärtig im Erziehungsministerium geprüft werde. «Im Anschluss daran bleibt noch zu erwägen, die Schulpflicht für jüdische Kinder überhaupt aufzuheben.» Dieser Vorschlag scheint dem Empfänger des Memorandums ganz besonders gut gefallen zu haben, denn er notierte dazu am Rande handschriftlich: «Ja!! Sehr gut. Lesen brauchen sie nicht zu können, da Unkenntnis nicht vor Strafe schützt!»<sup>64</sup>

Da die Denkschrift offensichtlich noch vor Erlass der 4. und 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz verfasst wurde, beschäftigte sich der Referent ausführlich mit den jüdischen Ärzten und Rechtsanwälten. Es gebe

zwar in Berlin noch 742 jüdische Rechtsanwälte und 1623 jüdische Ärzte, doch übten jene zum Teil «die Anwaltspraxis entweder gar nicht mehr oder nur noch in geringem Umfang aus», während die Ärzte «erheblich überaltert, von der Behandlung der Wohlfahrtskranken ausgeschlossen ... und jüdische Krankenhausärzte nur noch in jüdischen Krankenhäusern tätig» seien.<sup>65</sup> Im Weiteren behandelte der Autor des Memorandums einzelne Berufe und fand in den meisten Fällen «weitergehende Regelungen nicht erforderlich», da nur noch ganz wenige Juden in ihnen tätig sein könnten. Besorgnis erregten bei ihm jedoch «etwa 500 inländische Juden, die den stadthausiererscheinfreien Handel auf den Berliner Märkten» betrieben, während «Stadthausier-Scheine ... kaum noch beantragt werden ... und das Stadtverwaltungsgericht die Anträge grundsätzlich mangels Bedürfnisses ablehnt». Einigermassen beruhigt zeigte er sich, weil eine entsprechende Gesetzesänderung bereits vom Reichswirtschaftsministerium erwogen werde, allerdings würden dabei «auch sämtliche arischen Händler, deren Zahl in die Zehntausend geht, genehmigungspflichtig».<sup>66</sup>

Auch die jüdischen Überlandhausierer und Reisenden beschäftigten den Berliner Sachbearbeiter, da «die Zahl der Anträge von Juden auf Legitimationskarten und Wandergewerbescheine unverhältnismässig hoch» sei. Versuche der Polizeiämter, «auch im Einvernehmen mit der Geheimen Staatspolizei die Anträge der Juden mit der Begründung abzulehnen, dass bei den Juden die Annahme gerechtfertigt ist, dass sie ihr Gewerbe zu staatsfeindlichen Zwecken missbrauchen werden», seien von Gerichten nicht anerkannt worden. Deshalb kommt der Verfasser zu dem Schluss, dass «auf diesem nicht zu unterschätzenden wichtigen Gebiet eine Abänderung der Reichsgewerbeordnung vorzuschlagen sei... In diesem Zusammenhang ist auch an eine generelle Einschränkung der Gewerbefreiheit für Juden durch entsprechende Abänderung der Reichsgewerbeordnung zu denken.»<sup>6</sup> Wie wir sahen, brauchte der gut beschlagene Berliner Judenexperte nicht allzu lange darauf zu warten.

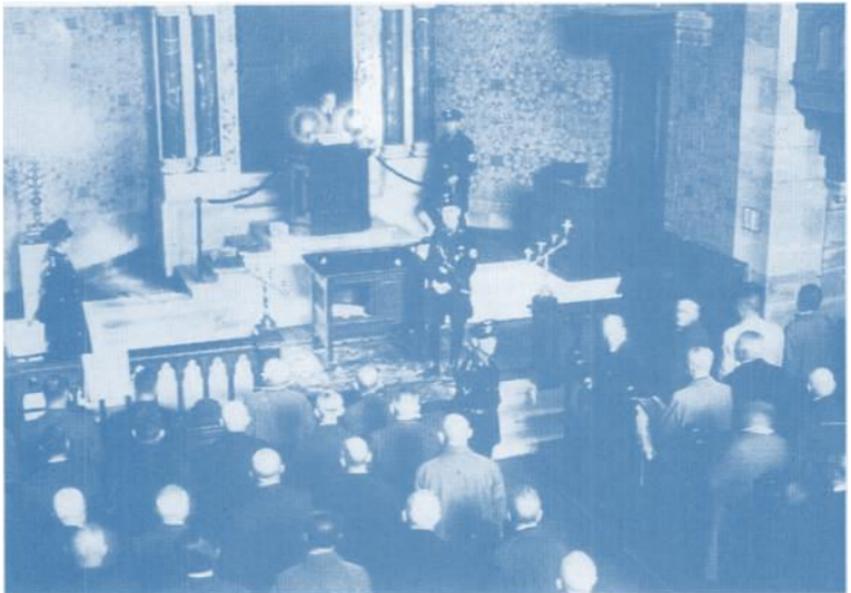
Dieses meines Wissens bisher unbekanntes Dokument wirft Licht auf die tatsächliche wirtschaftliche Situation der Juden noch vor Beginn der schärfsten Massnahmen des Jahres 1938. Dabei ist zu beachten, dass die Lage in Berlin bedeutend günstiger war als in anderen Städten oder gar auf dem Lande. Zweifellos war der verstärkte Zuzug nach Berlin nicht nur durch die Auswanderungsvorbereitungen verursacht. Neben der berechtigten Annahme der Juden, in der Grossgemeinde gesellschaftlich geborgener und gegen antisemitische Übergriffe in der Reichshauptstadt eher geschützt zu sein, haben sicher auch ökonomische Motive eine bedeutende Rolle dabei gespielt.

## V

Am 28. und 29. Oktober 1938 wurden ca. 18'000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit von der Gestapo verhaftet und kurz darauf über die polnische Grenze abgeschoben. Sie durften nur beschränktes Handgepäck und 10 RM pro Person mitnehmen. Diese erste Massendeportation nach dem Osten setzte, was die Art der Durchführung wie auch die Reaktion der Bevölkerung und die Indifferenz des Auslands betraf, Vorzeichen für spätere Aussiedlungen. Den Vorwand für die Aktion lieferte eine Verfügung der polnischen Regierung vom Oktober 1938, nach der die im März des Jahres angeordnete Überprüfung der Pässe ihrer im Ausland wohnenden Staatsbürger am 30. Oktober abgeschlossen werden sollte. Die deutschen Behörden wollten die im Reich lebenden Ostjuden deshalb loswerden, bevor sie ihre polnische Staatsangehörigkeit verloren.

Die betroffenen Juden wurden in ihren Wohnungen oder von der Strasse weg verhaftet, nach kurzem Aufenthalt in Gefängnissen und anderen Sammelplätzen in Eisenbahnwagen verladen und zur polnischen Grenze befördert. Die ersten Transporte wurden von den Polen durchgelassen,

**Abb. 10:** Eine Schikane besonderer Art: Dr. Arthur Flehinger, Mitglied der jüdischen Gemeinde in Baden-Baden, wird von der SS gezwungen, aus Hitlers «Mein Kampf» in der dortigen Synagoge vorzulesen; 10.11.1938.





**Abb. 11:** Brennende Synagoge in Baden-Baden am 10.11.1938. Bemerkenswert ist, dass offensichtlich die SS die «Brandbekämpfung» von der Feuerwehr übernommen hat. Und eilbedürftig scheinen die zu treffenden Massnahmen nicht gewesen zu sein.



**Abb. 12:** Demolierte und ausgeplünderte jüdische Geschäfte in der Münchner Innenstadt am 10.11.1938. Die Bezeichnung «Reichskristallnacht» ist gemessen an dem, was in der Nacht vom 9. auf den 10.11.1938 vorgefallen ist, ein blanker Zynismus.

aber bald darauf beschloss die Regierung, die Grenze für diese unglücklichen Menschen zu sperren. Über 8'000 Versickte wurden im Niemandsland zwischen Neu-Bentschen und Zbtjszyri in der Provinz Posen in Regen und Kälte ausgesetzt, bis ihnen polnische und internationale jüdische Hilfsorganisationen die elementarste Unterbringung und Nahrung verschaffen konnten.

Unter den nach Zbgszyri abgeschobenen Juden befand sich auch die Familie Sendel Grynszpans aus Hannover. Ihr schon vorher ausgewanderter Sohn Herschel gab, nach eigener Aussage als Vergeltung für das seinen Eltern zugefügte Unrecht, am 27. Oktober in Paris die Schüsse auf den deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath ab, die zum unmittelbaren Vorwand für den Pogrom vom 9. bis 11. November 1938 wurden.<sup>68</sup> In der Nacht vom 9. zum 10. November wurde der organisierte «Volks-

zorn» in ganz Deutschland gegen die Juden losgelassen. Fast alle noch bestehenden Synagogen, ca. 400 an der Zahl, gingen in Flammen auf, und an die 100 jüdische Menschen wurden umgebracht. 30'000 zumeist wohlhabende Juden wurden in die Konzentrationslager verschleppt, und niemand weiss, wie viele von ihnen lebend herauskamen. Auf den Strassen häuften sich die Scherben der Schaufenster von ungefähr 7'500 jüdischen Geschäften – viel mehr wird es nach unseren Schätzungen damals schon nicht mehr gegeben haben.<sup>69</sup> Diese Scherben haben dem Novemberpogrom den Namen gegeben, unter dem er in die Geschichte eingegangen ist: «Reichskristallnacht». Wie diese Umschreibung entstanden ist, scheint bis heute noch nicht klar zu sein. Sollte sie wirklich aus dem damaligen «Volksmund» stammen, so zeugte dies von allem anderen als von mitfühlender Teilnahme oder gar verstecktem Protest. «Kristallnacht»! Das funkelt, blitzt und glitzert wie bei einem Fest! Es wäre längst Zeit, dass diese böswillig-verharmlosende Bezeichnung zumindest aus der Geschichtsschreibung verschwände.

Die in der Forschung geführte Diskussion darüber, wer im Einzelnen die Initiative ergriffen habe, wer die unmittelbaren Urheber des Pogroms seien, ist zumindest im hier behandelten Zusammenhang fast trivial. Dass Goebbels beim Jahrestreffen der «alten Kämpfer» in München Hitlers Einverständnis erhielt und mit einer Hetzrede das Signal zum Pogrom gab, ist ziemlich eindeutig belegt. Ebenso eindeutig steht auch die Teilnahme der SS und die zumindest passive Mittäterschaft der Polizei fest. Selbst wenn es stimmen sollte, dass Göring während einer Fahrt im D-Zug von der Nachricht über die Ereignisse völlig überrascht wurde, so betraf sein Zorn doch nur die Zerstörung der Vermögenswerte. Wie er ausdrücklich sagte, hätte er es lieber gesehen, wenn statt dessen 200 Juden umgebracht worden wären.<sup>70</sup>

Alle diese Einzelheiten ändern nichts an dem grundlegenden Sachverhalt, dass seit Herbst 1937 die von höchster Stelle angeordnete Verschärfung der Judenpolitik einsetzte und im Lauf des Jahres 1938 mit wachsender Schärfe durchgeführt wurde. Ihr erklärtes Ziel war, jegliche Erwerbstätigkeit der Juden erst schrittweise, dann endgültig zu unterbinden, um sie zu beschleunigter Auswanderung zu bewegen. Dabei sollte ein möglichst grosser Teil ihres Vermögens Zurückbleiben, um für die Kriegsvorbereitungen «eingesetzt» zu werden. Als vorläufiger Abschluss dieser Phase war vorgesehen, einen Teil der jüdischen Vermögenswerte zu enteignen – zum sofortigen oder späteren «Einsatz» zugunsten des Reichs. Dieses Ziel wurde in engster Zusammenarbeit der Regierungs-, Partei- und Wirtschaftsinstanzen Monate vor dem Pogrom bis ins Einzelne vorbereitet. Wie das folgende Zeitungszitat beweist, ist dieser Zusammenhang den Zeitgenossen nicht entgangen: «Der Natio-

nalsozialismus [hat] seit geraumer Zeit Vorbereitungen getroffen, der politischen Konsequenz in seinem Verhalten zum Judentum nunmehr auch die wirtschaftliche folgen zu lassen ... Die in diesem Jahre ergangene Inventarisierungsverordnung der Regierung [deutete] ... die kommende Heranziehung zur Wirtschaftsleistung und die erforderliche Ausschaltung des jüdischen Einflusses auf die Wirtschaft an. In der einen oder anderen Form wäre also über kurz oder lang sowieso der besondere Einsatz des jüdischen Kapitals erfolgt. Die Schüsse in Paris... haben nun allerdings den vorzeitigen Start ausgelöst.»<sup>71</sup>

Mit dieser letzten Behauptung irrte der Verfasser: Alles weist darauf hin, dass das Attentat in Paris nicht nur einen propagandistischen Vorwand lieferte, sondern auch zum rechten, von den Nationalsozialisten für die Durchführung ihrer wirtschaftlichen Massnahmen geplanten und durch die politischen Ereignisse begünstigten Zeitpunkt geschah. Zwei Wochen nach Abschluss des Münchner Abkommens erklärte Göring in geschlossener Sitzung am 14. Oktober 1938: «Die Juden ... müssen jetzt aus der Wirtschaft raus», ihr Vermögen müsse dem Reich in geordneter Weise zufallen und dürfe nicht «als ein Versorgungssystem untüchtiger Parteigenossen» verschleudert werden.<sup>72</sup> Am 28. Oktober teilte der Deutsche Sparkassen- und Giroverband seinen Mitgliedern mit, dass das Devisenfahndungsamt, dem seit Juli 1938 Heydrich vorstand, «Sicherungsanordnungen» für die jüdischen Vermögen vorbereitete, «durch welche die Verfügungsgewalt der Vermögensinhaber... eingeschränkt wird».<sup>73</sup>

Zwei Monate früher hatte der Reichswirtschaftsminister alle mit der Vermögensanmeldung der Juden beschäftigten Stellen gedrängt, die Aufstellungen spätestens bis zum 30. September abzuschliessen, nötigenfalls durch Einstellung zusätzlicher Kräfte, um so «eine etwaige Erfassung einzelner Teile des jüdischen Vermögens für die Zwecke der deutschen Wirtschaft vorzubereiten».<sup>74</sup> Mit diesen Vorarbeiten waren seit Juni 1938 zahlreiche weitere Stellen eifrig beschäftigt: Die Finanzämter, die Sicherheitspolizei und die Gestapo erstellten unter Mitarbeit der Handelskammern und der Gauwirtschaftsberater viererlei Listen vermögender Juden, und in den Konzentrationslagern liess die SS durch 1'500 während der Verhaftungswelle vom Juni 1938 aufgegriffene Juden neue Baracken errichten.<sup>75</sup>

Aufgrund dieser Vorbereitungen war es möglich, die entscheidenden Massnahmen sofort nach dem Pogrom auszuführen. Hitlers Idee eines «Judengarantieverbands» konnte nun endlich verwirklicht werden – nicht, wie früher geplant, durch die Einführung einer «Sondersteuer», sondern durch unmittelbare Vermögensbeschlagnahme in Form der sogenannten «Sühneleistung».<sup>76</sup> Die Vermögensanmeldungen und die

Anweisungen der Devisenfahndungssteile an die Banken hatten dafür die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen. Ausser der auf 1 Milliarde RM festgesetzten «Sühneleistung» wurde den Juden die «Wiederherstellung des Strassenbildes» auf eigene Kosten auferlegt, die Erstattungen der Versicherungen dagegen wurden zugunsten des Reichs eingezogen.<sup>77</sup> Am selben Tag, dem 12. November, erging auch die «Erste Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben», die faktisch alle noch bestehenden selbständigen Erwerbsmöglichkeiten verbot und die Entlassung leitender Angestellter ohne Versorgungs- oder Abfindungsanspruch anordnete.<sup>78</sup> Der sofortige Erlass dieser detaillierten Anordnungen zeugt von gründlicher Vorarbeit, keineswegs von Improvisation als Folge eines «vorzeitigen Starts».

Bereits am 21. November 1938 folgte die erste Durchführungsverordnung zum Einzug der «Sühneleistung», die beweist, wie sehr die früheren Vorbereitungen für die Ausplünderung der Juden nutzbar gemacht werden konnten. Die Kontribution wurde aufgrund der Vermögensanmeldung vom 26. April von jedem Juden einzeln erhoben in Form einer zwanzigprozentigen Abgabe von der Vermögenssumme, die in vier Teilbeträgen bis zum 15. August 1939 zu zahlen war.<sup>79</sup> Inzwischen eingetretene Vermögensänderungen wurden von den mit der Eintreibung beauftragten Finanzämtern nur auf besondere Anordnung der höheren Verwaltungsbehörden berücksichtigt. Im Oktober 1939 wurde die Abgabe auf 25% des angemeldeten Vermögens erhöht, da angeblich der Betrag von einer Milliarde RM nicht erreicht worden war.<sup>80</sup> Tatsächlich brachte die Kontribution 1,127 Milliarden RM ein, ungerechnet die 225 Millionen RM, die die Versicherungsgesellschaften dem Reich für die Schäden des Pogroms zu zahlen hatten. Rechnet man die Beträge der «Reichsfluchtsteuer» hinzu, die in der Zeit nach dem Pogrom bis zum Kriegsausbruch von jüdischen Auswanderern erhoben wurden, so ergibt sich eine Summe von über 2 Milliarden RM, die in dieser Zeit aus jüdischem Besitz unmittelbar an das Reich fielen. «Arisierungsgewinne» von Einzelpersonen oder «Spenden» und «Abgaben» an Parteistellen sind in dieser Summe nicht enthalten.<sup>81</sup> Die unverhüllte offizielle Ausplünderung der deutschen Juden hatte damit bereits eingesetzt, noch ehe das Verfahren im Zusammenhang mit den im Kriege einsetzenden Massendeportationen nach dem Osten bürokratisch vervollkommen wurde.

Die «Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens» vom 3. Dezember 1938 kann als vorläufiger Abschluss der verschärften Massnahmen angesehen werden, die im Herbst des Vorjahres eingesetzt hatten. Sie schrieb die «Zwangsarisierung», nötigenfalls durch von den

Behörden eingesetzte Treuhänder, aller derjenigen jüdischen Betriebe vor, die bisher noch nicht veräussert oder aufgelöst waren, obwohl sie seit dem November nicht mehr tätig sein konnten. Gleichzeitig wurde die Deponierung von Bargeld, Wertpapieren, Schmuck und Wertgegenständen auf überwachten Sperrkonten angeordnet, über die jede Verfügung genehmigungspflichtig war.<sup>82</sup> Auf die jüdischen Geschäfte, die noch als interessante Objekte galten, setzte – trotz Görings Erklärung vom 14. Oktober 1938 – der «Endspurt» verdienter Parteigenossen ein. Erst im Februar 1939 erging ein Erlass, «ungerechtfertigte Entjudungsgewinne» zugunsten des Reichs einzuziehen.<sup>83</sup> Viel scheint dabei nach den vorliegenden Quellen nicht herausgekommen zu sein: Da die Anordnung nicht rückwirkend galt, wurde hier allem Anschein nach die Stalltür verriegelt, nachdem die meisten Pferde längst gestohlen waren. Zur Anwendung scheint der Erlass nur bei der «Entjudung» städtischen und ländlichen Grundbesitzes gekommen zu sein, da sie verhältnismässig spät stattfand.

Mit der Verwirklichung ihrer Absicht, die Juden durch verschärfte wirtschaftliche und physische Verfolgung zur beschleunigten Auswanderung zu veranlassen, hatten die Nationalsozialisten beträchtlichen Erfolg. In den Jahren 1938/39 verliessen etwa 120'000 Juden Deutschland; das waren fast so viele wie in den vorangegangenen fünf Jahren zusammen.<sup>84</sup> Die meisten von ihnen flüchteten völlig mittellos, selbst wenn sie kurz zuvor noch wohlhabende Leute gewesen waren, die gezögert hatten, ihren Besitz zurückzulassen und ohne gesicherte Existenz auszuwandern. Jetzt wurden sie auf «legalem» Weg regelrecht ausgeplündert. Was ihnen nach der «Behandlung» durch die Finanzämter noch verblieb, mussten sie auf fast völlig unzugänglichen «Sperrkonten» zurücklassen, die später durch neue «Gesetze» vom Reich beschlagnahmt wurden. Auch die Schergen der SA und SS kamen nicht zu kurz: Zehntausende von den in Konzentrationslagern eingesperrten Juden, die gültige Auswanderungspapiere besaßen, konnten erst in die Freiheit gelangen, nachdem sie erhebliche Summen, Autos und anderen Besitz Parteiortsgruppen und auch einzelnen Nationalsozialisten als «freiwillige Spende» hinterlassen hatten.<sup>85</sup>

Für die zurückgebliebenen Juden begann noch vor Kriegsausbruch das letzte Kapitel ihrer Existenz in Deutschland. Eine Erwerbstätigkeit war ihnen seit Ende 1938 nur noch im Rahmen der eigenen Gemeinschaft möglich. Jüdische Einkommen flossen von nun an fast ausschliesslich aus den Fonds oder ersparten Reserven jüdischer Organisationen und Privatpersonen. Mit der am 7. Juli 1939 offiziell verkündeten, tatsächlich schon Anfang des Jahres erfolgten Bildung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland\*<sup>6</sup> wurde der von Hitler schon 1936 geplante

«Judengarantieverband» vervollkommnet. Unter täglicher Kontrolle der Gestapo leitete die Reichsvereinigung zunehmend alle Lebensbereiche der Juden, verwaltete die Synagogen und Friedhöfe, die Schulen, die Wohlfahrtseinrichtungen und das Gesundheitswesen. Nach Kriegsausbruch verteilte sie die rationierten Lebensmittel und versorgte aus ihren eigenen Reserven eine ständig zunehmende Anzahl der verarmenden Juden. Zur Finanzierung dienten dabei die Besitztümer der aufgelösten jüdischen Gemeinden und die auf Anordnung und unter Aufsicht der Gestapo eingezogenen Reste jüdischen Privatvermögens. Bereits seit Anfang 1939 lebten die Juden in einem fast völlig geschlossenen «Wirtschaftsghetto», in dem sie sich von den ersparten Reserven ihrer Vergangenheit selbst ernährten, bis sie am Ende aus den eigenen Mitteln auch die Kosten ihrer Deportation in die Vernichtungslager bezahlten.

Jonny Moser

## Die Entrechtung der Juden im Dritten Reich

Diskriminierung und Terror durch Gesetze,

Verordnungen, Erlasse (was sich heute – diesmal gegen die eigene Bevölkerung – wiederholt...)

Die Ausschreitungen während der sogenannten Reichskristallnacht markieren den Beginn eines neuen Abschnitts in der antijüdischen Gesetzgebung des Dritten Reiches, der schliesslich zur Vernichtung jeder jüdischen Existenz in Deutschland führen sollte. Bis dahin war die legislative Judenpolitik mehr oder weniger planlos vor sich gegangen; viele zentrale Reichsstellen hatten jeweils ihre eigene Judenpolitik betrieben. Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Anordnungen wurden nicht nur von den Reichsstellen erlassen, sondern auch von den Landesbehörden und Kommunen interpretiert und weiterentwickelt; sie überschritten sich oft und wiesen regionale Unterschiede wie zeitliche Verschiebungen auf. Insgesamt kann man aus österreichischer Sicht in der Judenpolitik des NS-Staates drei Abschnitte unterscheiden: einen, der die Zeit bis Anfang 1938 umfasst, einen zweiten, der vom «Anschluss» Österreichs bis zur «Reichskristallnacht» dauert, und einen dritten, der mit dieser einsetzt.

Die erste Phase diente der Umsetzung aller die Juden betreffenden Punkte des NSDAP-Programms von 1920, die 1935 mit dem Erlass der sogenannten Nürnberger Gesetze<sup>1</sup> ihren Höhepunkt erreicht. Hier wird der nationalsozialistische Rechtsbegriff des Juden klar definiert und festgeschrieben. Die Juden werden zu einer inferioren, minderwertigen Rasse degradiert, sie bilden fortan einen separaten Bevölkerungsteil in Deutschland. Die in dieser Phase betriebene Judenpolitik demütigte und erniedrigte die Juden, sonderte sie ab. Den Juden wurden bestimmte Berufsausbildungsmöglichkeiten verwehrt und der Lebensunterhalt sehr erschwert. Die Juden wurden an der Einhaltung bestimmter religiöser Vorschriften<sup>2</sup> und Gebräuche gehindert. Ihren Vertretungskörperschaften und Religionsgemeinschaften wurde der öffentlich-rechtliche Status entzogen und lediglich die Rechtsstellung von privaten Vereinen zugebilligt.<sup>3</sup> Die Forderung mittelständischer Kreise nach Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben wurde einstweilen nur zum Teil erfüllt; durchgesetzt wurde sie

zumindest in der öffentlichen Verwaltung und in freien Berufen: Beamte, Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Journalisten, darstellende und bildende Künstler, Steuerberater und Hochschulprofessoren wurden in ihrer Berufsausübung blockiert, teilweise sogar schon aus dem Berufsleben ausgeschlossen.

Mit dem Anschluss Österreichs trat die antijüdische Gesetzgebung in ihre zweite Phase ein; sie ist gekennzeichnet durch viele Erlasse und Verordnungen, die die Enteignung der Juden und die «Entjudung» des wirtschaftlichen Lebens vorbereiteten. Die Reichsbehörden im Verein mit dem Bevollmächtigten für den Vierjahresplan, Hermann Göring, waren sich schon Ende 1937 einig gewesen, die Überführung jüdischen Besitzes und Vermögens in deutsche Hände gegebenenfalls auch zu erzwingen – ein Vorgang, der als Finanzierungsgrundlage für den beschleunigten Ausbau der deutschen Rüstungsindustrie dienen sollte. Nicht umsonst hatte Göring unter seiner vorübergehenden Leitung das Reichswirtschaftsministerium in ein «Exekutivorgan für die Durchführung des Vierjahresplanes» umfunktioniert.<sup>4</sup> Nicht einkalkuliert hatten die Reichsökonomen den überraschend erfolgten «Anschluss» Österreichs und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten mit den österreichischen Nationalsozialisten, die ihre alten Kämpfer für die «Jahre der Entbehrung» aus den Mitteln beschlagnahmter jüdischer Vermögen entschädigen wollten? Daneben hatten sich viele österreichische Parteifunktionäre und Mitläufer während der Umbruchstage in jüdische Betriebe als kommissarische Leiter hineingesetzt oder einsetzen lassen. Es entstand daraus das «Unwesen der kommissarischen Verwalter». Innerhalb kürzester Zeit verschwanden auf vielerlei Wegen mehrere Millionen Reichsmark in privaten Taschen oder auch, für populistische Zwecke vergeudet, in irgendwelchen Parteikanälen. Die Dienststellen im Reich hatten schnell erkannt, dass diese Praxis, wenn ihr nicht schnell Einhalt geboten würde, zur völligen Zerstörung vieler Wirtschaftsbetriebe führen musste, die Göring so dringend für den Vierjahresplan benötigte. Diesem Treiben konnte man vorerst aber nicht abhelfen, weil vor der Volksabstimmung am 10. April 1938 kein parteiinterner Zwist vom Zaune gebrochen werden konnte. Ausserdem wurde anschliessend noch eine zweiwöchige Rast- und Denkpause verfügt, um die Gemüter zu beruhigen. Nachdem Hitler am 23. April 1938 Josef Bürckel zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ernannt hatte<sup>6</sup>, konnten endlich die Reichsstellen handeln.

Am 28. April 1938 wurde zu deren Sicherstellung die Registrierung aller jüdischen Vermögenswerte verfügt. Von nun an konnte jede Veräusserung, Verpachtung, aber auch Neueröffnung eines jüdischen Geschäftes

oder Betriebes von den Behörden genauestens überwacht werden. Die «Entjudung» der Wirtschaft hatte damit eingesetzt. Nun wurde es auch möglich, weitere Forderungen des gewerblichen Mittelstandes zu erfüllen. Die Kennzeichnung jüdischer Betriebe entsprach ganz und gar den Intentionen dieser Kreise, zumal damit die lästige jüdische Konkurrenz geschwächt und benachteiligt, ja ruiniert werden konnte.<sup>8</sup> Zudem schaltete man durch Änderung der Gewerbeordnung<sup>9</sup> weitere jüdische Konkurrenten aus: So wurden den Juden des Altreiches die Ausübung des Bewachungsgewerbes, der Auskunftei, des Grundstückshandels und der Immobilienvermittlung, der Haus- und Grundstücksverwaltung, der Heiratsvermittlung und des Fremdenführers verboten sowie die diversen Wandergewerbe untersagt: Vertreter, Marktfahrer, Schausteller, Hausierer und Viehhändler. Diese Berufsverbote wurden ergänzt durch Terrormassnahmen der Gestapo. So ordnete sie per Schnellbrief im Mai 1938 an, «unverzüglich unliebsame, insbesondere kriminell vorbelastete Juden festzunehmen» und in Konzentrationslager einzuliefern.<sup>10</sup> Von dieser Verhaftungsaktion versprach sich die Gestapo eine raschere Ab- bzw. Auswanderung der Juden.

Im Verlaufe des Sommers 1938 ergoss sich eine wahre Flut von Gesetzen diskriminierenden Inhaltes über die Juden. Sie wurden zum Jahresbeginn 1939 verpflichtet, den Vornamen Sara oder Israel zusätzlich zu führen<sup>11</sup>, sie mussten Kennkarten vorzeigen können, die sie als Juden auswiesen<sup>12</sup>, und ausserdem wurde in die Reisepässe von Juden ein grosses «J» gestempelt<sup>13</sup>, um sie auch im Ausland kenntlich zu machen, was ihre Auswanderungsmöglichkeiten wesentlich schmälerte. Jüdischen Ärzten wurde die Approbation zum 30. September 1938 entzogen<sup>14</sup>; sie wurden fortan als jüdische Krankenbehandler bezeichnet. Jüdischen Rechtsanwälten wurde die Gerichtszulassung genommen<sup>15</sup>; sie konnten von nun an nur noch als Rechtskonsulten für Juden tätig werden. Jüdische Krankenpfleger wurden angehalten, nur noch in jüdischen Spitälern Dienst zu tun.<sup>16</sup> Selbst die jüdischen Patentanwälte hatte man nicht vergessen; sie verloren ihre Konzessionen.<sup>17</sup>

Diese Fülle von Verordnungen zeigt deutlich die Absicht, in absehbarer Zeit die Juden endgültig aus dem deutschen Wirtschaftsleben zu verdrängen. Am 14. Oktober 1938 drückte dies Göring so aus: «Die Judenfrage müsste jetzt mit allen Mitteln angepackt werden, denn die Juden müssten aus der Wirtschaft raus.» Hierbei sei jedoch darauf zu achten, dass es nicht zu derart wilden Aktionen kommen dürfe wie in Österreich. Diese seien «unter allen Umständen» zu unterbinden, weil die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, die sogenannte Arisierung, nicht zu einem «Versorgungssystem für untüchtige Parteigenossen» werden dürfe.<sup>18</sup>



**Abb. 13:** Eine Menschenmenge begafft das Abbrennen der Synagoge am Frankfurter Börseplatz am Morgen des 10.11.1938.

Die Gelegenheit für die Entfernung der Juden aus der deutschen Wirtschaft ergab sich bald. Als am 10. November 1938 bei den anbefohlenen Ausschreitungen gegen die Juden neben 267 Synagogen auch rund 7'500 Geschäfte und Betriebe im ganzen Reich zerstört wurden, wies Hitler Göring an, jetzt «die Judenfrage zur Erledigung zu bringen» und die entscheidenden Schritte zu koordinieren.<sup>19</sup> Die antijüdische Gesetzgebung sollte damit in ihre dritte und letzte Phase eintreten.

Göring berief für den 12. November 1938 eine Sitzung in das Reichsluftfahrtministerium in Berlin ein, zu der alle Reichsstellen, die mit der Judenfrage befasst waren, eingeladen wurden. Vor den versammelten NS-Führern und höheren Beamten erklärte Göring, dass er angesichts der Weisung des Führers nun willens sei, die Judenfrage zu vereinheitlichen, zu zentralisieren und endlich einer Lösung zuzuführen. Die deutschen Juden als Gesamtheit sollten für die Tat des Herschel Grynszpan eintreten, die, von Göring als «feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich» bezeichnet, «harte Sühne» verlange. Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit wurde per «Ver-



**Abb. 14:** Am 10.11.1938 wurden jüdische Bürger von Regensburg in einem beispiellosen Schandmarsch unter den Augen der Öffentlichkeit durch die Strassen der Stadt Regensburg getrieben. Die Synagoge in der damaligen Schaffnerstrasse war in der Nacht zuvor «kontrolliert» abgebrannt worden.

Ordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit» vom 12. November 1938 die «Zahlung einer Kontribution von 1000'000'000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt».<sup>20</sup> Die verschreckten und verängstigten Juden, die nicht nur ungeheuren materiellen Schaden, sondern auch furchtbares Leid erlitten hatten – fast 30'000 jüdische Männer waren festgenommen und in Konzentrationslager eingeliefert worden<sup>21</sup> –, wurden nun auch noch dem Spott der NS-Machthaber ausgeliefert. Die Juden hatten «alle Schäden», welche während des Pogroms in der «Reichskristallnacht» an ihren Betrieben und Wohnungen entstanden waren, sofort zu beheben und für die Wiederherstellung eines geordneten Strassenbildes zu sorgen. Die Kosten für den Ersatz der zerschlagenen Schaufenster und für die Reparatur der Geschäftseinrichtungen hatten die «Inhaber der betroffenen» Betriebe selbst zu tragen. Alle Versicherungsansprüche der Juden wurden zugunsten des Reiches beschlagnahmt. Die Entschädigungssummen wurden von den Versicherungsgesellschaften direkt dem Staatssäckel überwiesen.<sup>22</sup> Die entscheidende Massnahme jedoch, die die Juden am schwersten traf, war die am 12. November 1938 ergangene «Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben»,<sup>23</sup> derzufolge ab 1. Januar 1939 den Juden u.a. der Betrieb von Einzelhandelsunternehmen,

Versandgeschäften sowie die Ausübung von handwerklichen Diensten untersagt worden war. Sie durften auf Märkten, Messen oder Ausstellungen keine Waren anbieten. Juden mussten zum Jahresende als Betriebsleiter und leitende Angestellte von Wirtschaftsunternehmungen ebenso ausscheiden wie auch als Mitglieder von Genossenschaften. Goebbels mokierte sich in der erwähnten Sitzung im Reichsluftfahrtministerium darüber, dass Juden noch immer kulturelle Veranstaltungen besuchen und mit Deutschen gemeinsame Schlafwagenabteile in den Fernzügen benützen konnten. Es war ihm ein Dorn im Auge, dass Juden nach wie vor in deutschen Park- und Grünanlagen sitzen und dort mit Deutschen in Kontakt treten konnten. Dies müsse aufhören, forderte er. Juden sollten bestimmte Anlagen zur Verfügung gestellt werden, in denen die Sitzbänke gekennzeichnet sein sollten: «Nur für Juden!» Er trat auch für die Entfernung der jüdischen Kinder aus den gemeinsamen Schulen ein; sie sollten in Schulen für Juden unterrichtet werden.<sup>24</sup> Goebbels scheint im Sommer 1938 von vielen internen Informationen abgeschnitten gewesen zu sein. Vor Göring zeigte sich der Reichspropagandaminister in hohem Masse uninformiert; er schien so gut wie keine Kontakte zur NSDAP in Österreich gehabt zu haben, sonst hätte er gewusst, dass die von ihm erhobenen Forderungen gleich nach dem «Anschluss» in die Tat umgesetzt worden waren. Hier hatte man nach der Konsolidierung des NS-Regimes bereits die jüdischen Schüler aus allen allgemeinen und den Mittelschulen entfernt und in eigenen Schulen für Juden konzentriert.<sup>25</sup> Ausserdem hatte man inzwischen den Numerus clausus an den Universitäten und Hochschulen in Österreich eingeführt,<sup>26</sup> Juden aus den meisten Grünanlagen und Parks verbannt<sup>27</sup> sowie aus allen Strandbädern vertrieben.<sup>28</sup> Und schliesslich war ihnen bereits das Tragen von Trachten verboten worden.<sup>29</sup> Goebbels scheint mit seinen Forderungen vorerst auch nur bei seinen unmittelbaren Gefolgsleuten Erfolg gehabt zu haben. Der Präsident der Reichskulturkammer erliess am 12. November 1938 die Anordnung, Juden den Zutritt zu Theatern, Kinos und Konzerten sowie zu Ausstellungen zu verwehren.<sup>30</sup> Der Reichsinnenminister ordnete an, dass Juden alle in ihrem Besitze befindlichen Schuss- und Hieb Waffen abzuliefern hätten, wie er ihnen auch untersagte, Waffen zu tragen.<sup>31</sup> Selbst das Halten von Brieftauben wurde Juden verboten.<sup>32</sup> In einer Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit wurde den Landesbehörden das Recht eingeräumt, Juden den Zutritt in bestimmte Stadtteile oder Regionen zu verwehren und sie zu bestimmten Zeiten von den Strassen zu verbannen.<sup>33</sup> Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, wollte nicht zurückstehen: Er erliess die Order, die Führerscheine und Kraftfahrzeugzulassungsbe-

scheinigungen von Juden für ungültig zu erklären und ihre Ablieferung anzuordnen. Zudem wurde Juden der Besuch von kulturellen Veranstaltungen polizeilich verboten, wie ihnen auch das Aufsuchen von Ausstellungshallen, Sportplätzen, Badeanstalten und Freibädern mit Wirkung vom 6. Dezember 1938 untersagt wurde.<sup>74</sup> In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass alle noch zugelassenen jüdischen Zeitungen im Altreich und in Österreich nach der «Reichskristallnacht» verboten wurden. Für die Bekanntgabe von behördlichen Anordnungen und Informationen über die Auswanderung wurde von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland das *Jüdische Nachrichtenblatt* herausgebracht. Es gab davon eine Berliner und eine Wiener Ausgabe.

Nachdem die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben eingeleitet worden war, sollte nun die förmliche Enteignung der Juden auf dem Gesetzeswege möglich gemacht werden. Diese wurde in der «Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens» vom 3. Dezember 1938<sup>35</sup> endgültig geregelt. Auf Grund dieser Verordnung konnte dem Inhaber eines jüdischen Gewerbebetriebes oder eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes aufgetragen werden, sein Unternehmen oder seinen Gutsbetrieb binnen einer befristeten Zeit zu veräußern oder abzuwickeln. Kam der jüdische Eigentümer diesem Auftrag nicht termingerecht nach, wurde für die Abwicklung oder Veräußerung dieses Unternehmens von Staats wegen ein Abwickler bestellt, für dessen Kosten der Betriebsinhaber aufzukommen hatte. Die erzielten Veräußerungsgewinne wurden auf Sperrkonten deponiert oder in Form von Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches dem Verkäufer zugeteilt. In derselben Verordnung wurde auch verfügt, dass die Juden binnen einer Woche alle ihre Aktien, Kuxe [Anteil an einer bergrechtlichen «Gewerkschaft», d. Red.], festverzinslichen Wertpapiere und Anleihen in ein Bankdepot einzulegen hatten. Waren Wertpapiere von Juden bereits in einem Bankdepot gelagert, so hatte der jüdische Eigentümer die Bank zu informieren, dass es sich um jüdischen Besitz handle. Ferner wurde Juden verboten, Gegenstände aus Gold, Platin und Silber sowie Edelsteine und Perlen zu erwerben, zu verpfänden oder frei zu veräußern. Diese durften sie nur den vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufsstellen anbieten und verkaufen.

Viele bei der Konferenz am 12. November 1938 offengebliebenen Fragen wurden von Göring zur letztendlichen Entscheidung Hitler vorgelegt. Einem Geheimprotokoll Görings vom 28. Dezember 1938 kann man einige dieser Entscheidungen entnehmen: «Der Mieterschutz für Juden ist generell nicht aufzuheben.» Es sei jedoch erwünscht, die Juden in bestimmten Häusern zusammenzuziehen. Und: Die Benützung von Schlaf- und Speisewagen in Fernzügen durch Juden sei unter allen

Umständen zu untersagen, weil es für höhere Parteifunktionäre unzumutbar sei, dort mit Juden zusammenzutreffen. Die Einrichtung von «besonderen Judenabteilen» in Zügen sollte – Hitler zufolge – nicht stattfinden. Und: Der «Judenbann» sollte sich nur auf Nobelviertel, bestimmte Plätze und Strassen beziehen sowie auf Luxushotels und renommierte Restaurants. Auch die Fürsorgeinstitutionen der Juden sollten nicht abgeschafft werden, weil die Juden sonst der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen würden. Patente von Juden seien dagegen Vermögenswerte und -rechte, also zu arisieren.<sup>36</sup>

Die Diskriminierung von Juden schritt rasch weiter. Juden wurden vom Besuch der Universitäten ausgeschlossen<sup>37</sup>, Hebammen erhielten keine Zulassungsgenehmigung mehr<sup>38</sup>, und die Bestellungen jüdischer Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker verloren mit 31. Januar 1939 ihre Gültigkeit.<sup>39</sup> Auch in steuerrechtlicher Hinsicht wurden Juden fortan schwer benachteiligt. Alle Vergünstigungen, Kinderermässigungen, niedrigere Steuersätze für bestimmte Berufe wurden ihnen gestrichen; sie hatten stattdessen die Höchstsätze zu zahlen und erhielten selbst bei Arbeits-einsatz keine Kinderbeihilfe.<sup>40</sup> In der «Dritten Verordnung zur Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden» vom 21. Februar 1939 wurden sie verpflichtet, binnen zwei Wochen alle in ihrem Besitz befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin und Silber sowie Edelsteine und Perlen bei den öffentlichen Ankaufsstellen abzuliefern. Behalten durften die Juden lediglich die Eheringe.<sup>41</sup>

Besonders hart wirkte sich das «Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden» vom 30. April 1939 aus<sup>42</sup>, in dem es hiess: «Ein Jude kann sich nicht auf den gesetzlichen Mieterschutz berufen», wenn der Vermieter bei der Kündigung ihm eine andere – natürlich eine schlechtere – Unterkunft zur Verfügung stellt. Auf diese Weise und mit Hilfe dieses Gesetzes begann die Konzentrierung, die stille Gettoisierung der Juden. Innerhalb sämtlicher deutscher Städte wurden Juden umgesiedelt und in bestimmten Gebieten zusammengepfercht, bestand doch die nationalsozialistische Wohnungspolitik darin, Wohnungssuchenden Deutschen billigen Wohnraum zu beschaffen.<sup>43</sup> Dazu hatten die Juden in ihre Wohnungen auf Verlangen der Gemeindebehörde Juden als Mieter und Untermieter aufzunehmen. Auch leerstehende oder freiwerdende Räume durften Juden nur mit Genehmigung der Gemeindebehörde vermieten.

Es war von Anfang an klar, dass es auch Göring nicht gelingen würde, die Judenfrage zu vereinheitlichen und deren zentrale Lösung voranzubringen, zumal jeder Minister und jeder Gauleiter seine eigene Judenpolitik betrieb, um die Aufmerksamkeit der Volksgenossen von den zahlreichen Unzulänglichkeiten und von den Engpässen in der Versorgung auf die

Juden zu lenken. Und selbst Hitler glaubte eher an Görings Gewichtigkeit als an seine Durchschlagskraft, denn am 24. Januar 1939 beauftragte er Heydrich, «die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechenden möglichst günstigen Lösung zuzuführen».<sup>44</sup> Die «Lösung der Judenfrage» wurde damit dem Manne übertragen, der sie schliesslich in Form der physischen Vernichtung des europäischen Judentums durchsetzen sollte.

Für die Juden war nach der «Reichskristallnacht» jeder weitere Verbleib in Deutschland zu einer Lebensfrage geworden. Zum Verlust der beruflichen Existenz hatte sich der Steuerdruck der Finanzbehörden und der Psychoterror der Gestapo gesellt. Wer von den Juden die Gelegenheit sah, sich eine Fluchtmöglichkeit aufzutun, der nahm sie wahr, um Deutschland zu verlassen. Dies wurde von der Gestapo, dem SD und der Sicherheitspolizei unterstützt, zumal Heydrich damals die «Judenfrage» in der Form forciert Auswanderung lösen wollte. Hatte Heydrich noch am 12. November 1938 gegenüber Göring stolz verkündet, dass es Adolf Eichmann durch die Schaffung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien gelungen sei, vom Mai bis Oktober 1938 50'000 Juden aus Österreich zur Auswanderung zu bewegen, wohingegen im selben Zeitraum aus dem Altreich nur 19'000 Juden emigriert waren, so konnte er im nächsten Halbjahr diese Zahl sogar noch überbieten. Bis Anfang Mai 1939 hatte die Zahl der in Deutschland lebenden Juden um 57% abgenommen. Lebten am 16. Juni 1934 in Deutschland 502'799 und in Österreich am 22. März 1934 191481 Personen israelitischer Konfession, so betragen die Vergleichszahlen bei der Volkszählung am 14. Mai 1939 für das Altreich 213'930 und für Österreich 81'943.<sup>45</sup>

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges trat eine wesentliche Änderung in der Haltung gegenüber den Juden ein. Waren die Juden bisher als ein separater Bevölkerungsteil behandelt worden, der zudem noch als minderwertig angesehen wurde, so erblickte man in ihnen von nun an den inneren Feind. Schon am 1. September 1939 wurde über die Juden von den örtlichen Polizeidienststellen ein nächtliches Ausgehverbot verhängt. Juden durften in den Sommermonaten zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr früh, in den Wintermonaten zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr früh die Strassen nicht betreten.<sup>46</sup> Der Besitz von Radioapparaten wurde ihnen untersagt; sie hatten diese bei den Polizeidienststellen abzuliefern.<sup>47</sup> Die Juden waren damit von jeder Verbindung nach aussen abgeschnitten und völlig isoliert. Es wurde ihnen auch verboten, mit Nichtjuden gemeinsam Luftschutzübungen durchzuführen.<sup>48</sup>

Den zusätzlichen Finanzbedarf der Rüstungsindustrie verschaffte sich Göring kurzerhand durch eine «Zweite Verordnung zur Sühneleistung der Juden» vom 19. Oktober 1939<sup>49</sup>, indem er diese um 250'000'000

Reichsmark erhöhte. Und der Reichsminister für Erziehung und Unterricht hatte keine anderen Sorgen als anzuordnen, dass fortan alle Verfasser von Doktor-Dissertationen in Zitaten jüdische Autoren zu kennzeichnen hätten.<sup>50</sup>

An Juden wurden keine Kleiderkarten ausgegeben.<sup>51</sup> Ihre Versorgung mit Textilien und Schuhen erfolgte über die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bzw. in Österreich über die Israelitische Kultusgemeinde Wien. Die Vertretungskörperschaften hatten schon frühzeitig begonnen, aus den zurückgelassenen Beständen von Auswanderern Kleider- und Möbelkammern anzulegen. Den Juden stand es daneben frei, ihren Bedarf an Bekleidung in Trödlerläden zu decken. Mit Beginn des Jahres 1940 wurden die Lebensmittelkarten von Juden zusätzlich durch ein «J» gekennzeichnet.<sup>52</sup> Von der Zuteilung besonderer Waren oder zusätzlicher Rationen waren sie schon zeitig ausgeschlossen worden. Jetzt wurden sie gezwungen, in den ihnen zugeteilten Läden nur zu bestimmten Zeiten einzukaufen – in Berlin hatte dies zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags zu geschehen.<sup>53</sup> Die Juden wurden aus den privaten Krankenversicherungen ausgeschlossen<sup>54</sup>, und Mischlinge 1. Grades wie Ehemänner von Jüdinnen wurden aus der Wehrmacht entlassen.<sup>55</sup>

Die Separierung und totale Isolierung der Juden von der deutschen Bevölkerung wurde konsequent weitergeführt. Im Herbst 1940 wurden den Juden die Telefonanschlüsse mit Ausnahme der von Kranken- und Zahnbehandlern, Rechtskonsulenten sowie der Reichsvertretung der Juden und ihrer Institutionen gekündigt.<sup>56</sup> Für Juden in gemischtbewohnten Häusern mussten eigene Luftschutzräume eingerichtet werden.<sup>57</sup>

Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Juden bei Strassenbau- und Kraftwerksbauarbeiten beschäftigt wurden, stellten die zuständigen Reichsstellen Überlegungen an, Juden allgemein zum Arbeitseinsatz zu bringen, um aus der Lage einen weiteren Nutzen ziehen zu können. Die Juden wurden im Dezember 1940 sozialrechtlich den Polen gleichgestellt, indem man sie verpflichtete, bei Arbeitsleistung die diskriminierende Sozialausgleichsabgabe zu entrichten, die bisher nur von Polen zu bezahlen war. Diese Abgabe betrug 15% des Einkommens. Sie wurde zusätzlich zur Einkommensteuer abgeführt.<sup>58</sup>

Der Arbeitseinsatz von Juden wurde im Oktober 1941 auf dem Verordnungswege mit arbeitsrechtlichen Richtlinien für die Behandlung von jüdischen Arbeitnehmern in deutschen Betrieben «geregelt».<sup>59</sup> Juden hatten nur Anspruch auf Vergütung für die tatsächlich geleistete Arbeit. Ein Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts im Krankheitsfalle bestand also nicht. Für Urlaub oder Heimfahrt zur Familie wurde lediglich

unbezahlte Freizeit gewährt. Jüdische Arbeiter erhielten keine Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit. Es war auch unzulässig, jüdischen Arbeitnehmern sonstige betriebsübliche Zuwendungen oder Beigaben zu gewähren. Das Arbeitsverhältnis mit Juden konnte jederzeit zum Ende des folgenden Werktages gekündigt werden. Juden wurden verpflichtet, alle ihnen von den Arbeitsämtern zugewiesenen Beschäftigungen anzunehmen; sie waren gruppenweise einzusetzen und von den deutschen Arbeitnehmern getrennt zu halten. Für Juden im Alter von 14 bis 18 Jahren galten die gesetzlichen Bestimmungen über Kinderarbeit oder über die Arbeitszeit für Jugendliche nicht. Die Arbeitslosenhilfe beschränkte sich bei Juden auf den Minimalsatz.

Die Juden in Deutschland lebten auf einem Vulkan, dessen Ausbruch bevorstand. Die Nisko-Deportation der Wiener Juden nach Polen im Oktober 1939, die Aussiedlung der Stettiner Juden nach Lublin im Februar 1940 und die der badischen Juden nach Frankreich im Herbst 1940 sowie die Deportation von 5'000 Wiener Juden im Februar und März 1941 in das Generalgouvernement waren erste unmissverständliche Anzeichen. Die Lösung der Judenfrage wurde wieder akut, als Hitler im März 1941 die Generalität anwies, den Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten. Für diesen Kampf zweier entgegengesetzter Systeme wurden von Hitler Anordnungen getroffen, die furchtbare Folgen für die Juden haben sollten. Im sogenannten Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941 wurde verfügt, alle in Gefangenschaft geratenen Kommissare und jüdischen Soldaten der Roten Armee sogleich zu erschiessen – eine Aufgabe, die dem Reichsführer-SS übertragen wurde. Seine SS-Einsatzgruppen sollten ausserdem während der Eroberung neuer Gebiete im Osten die jüdischen Bewohner liquidieren. Diese Endlösung der Judenfrage sollte sich bald schwerwiegend auch auf die Juden im Westen auswirken.

Obgleich bereits Deportationen von deutschen Juden in den Osten stattfanden, hat es in Deutschland und in Westeuropa bis Oktober 1941 für Juden die Möglichkeit gegeben, über Spanien und Portugal ordnungsgemäss auszuwandern. Voraussetzung war der Besitz gültiger Reisepapiere und Schiffskarten. Doch auch hier gab es massive Einschränkungen: So hatte Himmler im August 1941 verboten, männliche Juden im arbeitsfähigen Alter ausreisen zu lassen.<sup>60</sup> Am 23. Oktober 1941 erfolgte schliesslich die verhängnisvolle Weisung, fortan überhaupt keine Auswanderungen von Juden mehr zu genehmigen.<sup>61</sup>

In Deutschland wurde am 1. September 1941 die «Polizeiverordnung über die Kennzeichnung von Juden» erlassen.<sup>62</sup> Ab 19. September 1941 mussten alle Juden den gelben Stern tragen. Er bestand aus einem

«handtellergrößen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift ‚Jude‘» und war auf der linken Brustseite gut sichtbar anzubringen. Daneben wurde auch angeordnet, dass Juden ohne schriftliche Erlaubnis der örtlichen Polizeidienststellen den «Bereich ihrer Wohngemeinde» nicht verlassen dürften.

Bei der Benutzung von Nahverkehrsmitteln war es Juden verboten, einen Sitzplatz einzunehmen, solange deutsche Passagiere standen. Bei starkem Andrang während der Stosszeiten durften Träger des Sterns nicht zusteigen. Das Betreten von Warteräumen, Raststätten oder anderer Unterstände war ihnen nicht gestattet. Sehr bald wurde ihnen die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel in ihrem Wohnbereich generell verwehrt. Sie durften dies nur nach Vorzeigen besonderer Erlaubnisscheine, die sie dann erhielten, wenn der Weg zum Arbeitsplatz mehr als sieben Kilometer lang war oder der Fussmarsch mehr als eine Stunde in Anspruch nahm.<sup>63</sup>

Im Oktober 1941 begannen die Nationalsozialisten in ganz Deutschland mit den Deportationen von Juden. Zur selben Zeit gingen die kleinen schikanösen Diskriminierungen der Juden ohne Unterlass weiter. Juden wurde verboten, Leihbüchereien zu benutzen; ihnen wurde untersagt, ihre eigenen Bücher frei zu verkaufen.<sup>64</sup> Jede Verfügung der Juden über ihr bewegliches Gut, das Umzugsgut, wurde ihnen entzogen.<sup>65</sup> Alle, die den Judenstern trugen, hatten die in ihrem Besitz befindlichen Pelz- und Wollsachen, Skier und andere Winterausrüstungsgegenstände abzuliefern. Sie durften keine öffentlichen Fernsprecher benützen und wurden von der Belieferung mit Zeitungen und Zeitschriften durch Post und Verlage ausgeschlossen.<sup>66</sup> Die Wohnungen von Juden mussten ab April 1942 ebenfalls mit einem Judenstern gekennzeichnet werden;<sup>67</sup> die Haustierhaltung war verboten. Die Inanspruchnahme deutscher Frisuren wurde Juden untersagt.<sup>68</sup> Ihnen wurde aufgetragen, alle entbehrlichen Kleidungsstücke abzuliefern, und schliesslich wurden sie gezwungen, auch alle Fotoapparate, optischen Geräte, Plattenspieler, Fahrräder sowie Schreib- und Rechenmaschinen herauszugeben.<sup>69</sup> Im Juli 1942 wurden alle jüdischen Schulen in Deutschland geschlossen mit der Begründung, jüdische Kinder benötigten keinen Unterricht.<sup>70</sup> Juden erhielten keine Eierkarte und auch keine Raucherkarte; bald entzog man ihnen auch alle Bezugscheine für Weizenmehl und Weissgebäck, Milch, Fisch, Fleisch sowie frisches Obst und Gemüse.<sup>71</sup> Blinden Juden war es nicht erlaubt, die gelbe Armbinde zu tragen, weil möglicherweise ein Deutscher veranlasst werden könnte, ihnen behilflich zu sein.<sup>72</sup> Und schliesslich wurde den Juden verboten, vom Staate verliehene Titel zu tragen – eigenartigerweise waren die akademischen Titel davon ausgenommen!<sup>73</sup>

Seit 4. Dezember 1941 waren die Juden auch der Polenstrafrechtsverordnung unterworfen.<sup>74</sup> Alle in Polen geborenen oder dorthin deportierten Juden wurden für die geringsten Vergehen und Übertretungen den Sondergerichten ausgeliefert, manchmal wurden sie sogar Standgerichten unterstellt. Die Urteile waren drakonisch, selbst kleinste Vergehen wurden mit der Todesstrafe geahndet.

Jüdische Häftlinge wurden sechs Wochen vor Ablauf ihrer Strafe von den Strafvollzugsanstalten der Gestapo gemeldet, damit diese sie rechtzeitig in die Deportationstransporte einteilen konnte.<sup>75</sup> Sehr bald stimmte Justizminister Thierack dem Ansinnen Himmlers zu, bei «nicht genügenden Justizurteilen» die Juden einer «polizeilichen Sonderbehandlung» zuzuführen, wie er auch der «Auslieferung asozialer Elemente», vor allem Juden und Zigeuner, zustimmte, um sie «zur Vernichtung durch Arbeit» dem Reichsführer-SS auszuliefern.<sup>76</sup> Es wurden überhaupt ab März 1943 auf Anordnung Himmlers alle Juden nach Verbüsung ihrer Haftstrafen auf Lebenszeit den Konzentrationslagern Majdanek oder Auschwitz eingeliefert.<sup>77</sup>

War die «Endlösung der Judenfrage» bereits angelaufen, so machte die völlige Enteignung der Juden den Verwaltungsbehörden immer noch Probleme. Schliesslich einigte man sich auf den Erlass der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941.<sup>78</sup> Dort wird angeordnet: «Ein Jude verliert die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn er beim Inkrafttreten dieser Verordnung seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat», oder wenn er sich «unter Umständen» im Ausland aufhält, «die erkennen lassen, dass er dort nicht vorübergehend verweilt». Als Ausland wurden alle Gebiete ausserhalb der Grenzen Deutschlands angesehen, also auch das Generalgouvernement und das Protektorat Böhmen und Mähren. Auf Grund dieser Verordnung verloren alle deutschen Juden, die deportiert waren und wurden, ihre Staatsangehörigkeit. «Das Vermögen» dieser Juden «verfällt mit dem Verluste der Staatsangehörigkeit dem Reich». Auch alle «Versorgungsansprüche» in Deutschland – Staatspensionen, Kriegsofferrenten, Alterspensionen – erloschen mit der Deportation. Die Behörden konnten also nach der Deportation eines Juden ohne besondere Prozeduren sogleich über dessen zurückgelassene Vermögenswerte oder -rechte frei verfügen, zumal über die «Voraussetzungen für den Vermögensverfall» der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes letztlich entschied, und der musste es ja am besten wissen.

Die vermögensrechtliche Enteignung der Juden war endgültig gelöst. Was noch «geregelt» werden musste, war die Stellung der zurückgebliebenen Juden. Dies geschah mit der «13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 1. Juli 1943».<sup>79</sup> Danach unterstanden die Juden nicht mehr

der Polenstrafrechtsordnung vom 4. Dezember 1941, sondern dem Polizeistrafrecht. Damit waren sie der Willkür Einzelner völlig hilflos ausgeliefert; sie wurden de facto für vogelfrei erklärt, denn ihre Vernichtung war beschlossene Sache. Nicht umsonst wird daher in einer behördlichen Niederschrift festgestellt: «Die durchgeführte Evakuierung und Isolierung der Juden und Zigeuner hat die Veröffentlichung von besonderen Anordnungen in der früheren Zeit bedeutungslos gemacht und soll aufhören.»<sup>80</sup> Die antijüdische «Gesetz»-Gebung im Dritten Reich hatte ihre Aufgabe erfüllt.

Konrad Kwiet

## Gehen oder bleiben?

Die deutschen Juden am Wendepunkt

Dezimiert und überaltert, von Familienangehörigen getrennt und vom Ausland abgeschnitten, entrechtet und verarmt, zur Zwangsarbeit verpflichtet und in «Judenhäusern» zusammengepfercht, unterernährt und erschöpft, in der Bewegungsfreiheit eingeschränkt und mit einem handtellergrossen gelben Stern markiert, so stellte sich Anfang Oktober 1941 – knapp drei Jahre nach dem grossen Pogrom – eine «minorité fatale» vor, die der Gesellschaft zur Last zu fallen drohte und im Zuge der «Endlösung» lautlos ausgelöscht werden durfte. Am Vorabend der Deportation lebten noch 164'000 Juden in Deutschland, und keiner von ihnen wusste, was sich nach dem Abtransport in den Osten abspielen würde.

Historische Erfahrung und menschliche Vorstellungskraft sperrten sich dagegen, den Gedanken an eine systematische Lebensvernichtung in den Bereich des Möglichen zu rücken. Ebenso schwer fiel es dann, den ersten «Gerüchten» über Massenerschiessungen und Vergasungen Glauben zu schenken. Fast überall wurden die Hinweise auf den organisierten Massenmord als «Kriegspropaganda» oder «Hirngespinnste» beiseite geschoben – in jüdischen wie nichtjüdischen Kreisen, in Deutschland wie im Ausland. Die Planer und Vollstrecker der «Endlösung» hüteten sich davor, das «furchtbare Geheimnis» vorzeitig preiszugeben. Als im Oktober 1941 die letzten Auswanderungswege versperrt wurden und die ersten Transporte in den Osten abgingen, klammerten sich fast alle Juden an die offiziellen Verlautbarungen, die eine «Umsiedlung» oder «Evakuierung» zum «Arbeitseinsatz» vortäuschten. Ausgestossen aus der Gesellschaft, mussten sie ein Leben auf Abruf führen, warten, bis sie den «Listenplatz» bekamen. Die Wartezeit, die Ungewissheit und Angst vor dem Abtransport wurden zur Qual. 134'000 Juden wurden aus Deutschland deportiert, 8'000 von ihnen kehrten zurück.

Im Jahre 1933 erlebten rund 5(X)(XX) Juden die Aufkündigung der deutsch-jüdischen Lebensgemeinschaft. Damals – und in den ersten Verfolgungsjahren – sahen sie sich noch einem Herrschaftssystem der

Nationalsozialisten ausgeliefert, das sie vor die Wahl zwischen Deklassierung oder Vertreibung stellte. Lange diskutierten sie die Alternative «Heimat» oder «Exil», die Frage «bleiben oder gehen». Eine Minderheit ging sofort: politisch Gefährdete, Zionisten und jene, die aus ihren Berufen getrieben wurden. Die Mehrheit entschied sich zum Bleiben. Sie sah sich ausserstande, Abschied von einem Land zu nehmen, in dem sie seit Generationen ansässig war – und sich zu Hause fühlte. Ihre Akkulturierung und Integration erschwerten es, sich aus der vertrauten Lebenswelt zurückzuziehen. Man pochte weiter auf sein «Heimatrecht». Eine «Reichsvertretung der Juden in Deutschland» etablierte sich, die unter der Führung Leo Baecks und Otto Hirschs alle Anstrengungen unternahm, die jüdische Existenz in Deutschland zu schützen und zu wahren. Von Anfang an liessen jedoch auch die deutsch-jüdischen Repräsentanten keinen Zweifel daran, dass sich ihre Abwehrstrategien in den Bahnen der Legalität bewegen würden.

Die Möglichkeit eines militanten Widerstands wurde erwogen – und als aussichtslos verworfen. Hinter dem Verzicht stand die Erkenntnis, dass mit der Abdankung des Liberalismus sowie mit der schnellen Liquidierung der organisierten Arbeiterbewegung die beiden entscheidenden sozialen Bündnispartner verschwunden waren, die einst die jüdische Emanzipation mitgetragen hatten. Hinzu kam die Sorge, dass jede offene Auflehnung Strafsanktionen und damit weitere Gefährdungen der jüdischen Gemeinschaft nach sich ziehen würde. Noch eine andere Grundüberzeugung bestimmte ihren Abwehrkampf. Die meisten Juden glaubten, dass sich das Nazi-Regime nicht lange würde halten können, eine Illusion, die sie mit vielen Nichtjuden teilten. Die Zuversicht, dass mit der schnellen Rückkehr des demokratischen Rechtsstaats der verordnete Judenhass wieder verschwinden würde, hielt sie davon ab, Deutschland den Rücken zu kehren.

Mit dieser Zukunftsperspektive waren dann auch die jüdischen Repräsentanten weder bereit noch in der Lage, die Gemeindemitglieder zu einem sofortigen Massenexodus aufzurufen, um die Selbstauflösung des deutschen Judentums in Angriff zu nehmen. «Jeder bleibt auf seinem Posten», so lautete 1933 im akkulturierten und assimilierten Lager die Parole. Später warnte man vor einer überstürzten Abreise und bemühte sich, die Auswanderung «geordnet» abzuwickeln. Auch die zionistischen Wortführer drängten nicht auf einen sofortigen Massenaufbruch. Sie stellten sich auf eine langfristige und selektive Auswanderung ein, wobei Palästina die oberste Priorität eingeräumt wurde. Schnell wurde offenkundig, dass diesem Fluchtweg, wie all den anderen, viele Barrieren entgegenstanden.

Kein Land nahm vorbehaltlos Flüchtlinge auf. Überall sorgten Einwan-

derungsquoten und andere Restriktionen dafür, den unerwünschten Emigrantenstrom in engen Grenzen zu halten. Und fast überall fiel es den Vertriebenen schwer, Fuss in der neuen und fremden Umgebung zu fassen. Die Juden in Deutschland studierten die Einwanderungsbestimmungen und lasen die Briefe der Ausgewanderten. Die Bedingungen und Nachrichten schreckten viele ab, den Schritt ins Exil zu wagen.

In vielen Ländern bekamen die Flüchtlinge die Fremdenfeindlichkeit zu spüren oder gerieten in das Schussfeld antisemitischer Attacken. Nur wenige beherrschten die Landessprache. Nicht allen gelang es, sich mit den neuen klimatischen und wohnlichen Bedingungen abzufinden. In der Regel wurde ihnen die Wiederaufnahme der erlernten Berufe verwehrt. Sie mussten «umsatteln», nach Verdienstmöglichkeiten Ausschau halten oder das Risiko eingehen, in Marktlücken vorzustossen, um ein neues Geschäft aufzubauen. Besonders schwer taten sich die Älteren und die Vertreter der freien und akademischen Berufe. Mit der Auswanderung verband sich der Verlust des sozialen Status sowie die Bereitschaft, Verhaltensweisen und Bewusstseinshaltungen zu korrigieren. Von den Vertriebenen wurde vielfach erwartet, sich schnellstens an den landesüblichen Normen und Werten zu orientieren.

Dieses Anpassungsgebot wurde nicht zuletzt auch von den einheimischen Juden – allen voran dem jüdischen Establishment – erhoben, die sich meist mit Spendenaufrufen begnügten und es den Wohlfahrtsorganisationen überliessen, sich um die «Neuankömmlinge» zu kümmern. Der Empfang rief Animositäten hervor. Erst später erkannten viele Emigranten, dass sich deutsche Juden früher auch nicht anders gegenüber zufluchtsuchenden Glaubensgenossen verhalten hatten. Im Wilhelminischen Kaiserreich und in der Weimarer Republik waren die ungeliebten Ostjuden auf Ablehnung gestossen, weil sie sich durch Herkunft und Sprache, Kleidung und Religiosität, soziale Stellung und wirtschaftliches Auskommen von den etablierten deutschen Juden unterschieden und deren Positionen und Bewusstseinshaltungen in Frage gestellt hatten. Was in den «goldenen» Jahren der deutsch-jüdischen Lebensgemeinschaft an Argumenten und Einstellungen vorexerziert worden war, wiederholte sich in den Jahren des Exils, nur waren diesmal die Rollen vertauscht. Die Juden aus Deutschland erfuhren nach der Vertreibung, was es hiess, sich als Flüchtling zurechtzufinden, zumal als Flüchtling, dem der Ruf vorauseilte, deutsche Arroganz und Überheblichkeit, Pedanterie und Besserwisserie zu zeigen. Lange blieben sie isoliert, bildeten die vielkarikierten «Gruppen» und «Grüppchen», wo sie im vertrauten Milieu die engen sozialen Kontakte pflegten. Bis zuletzt hielten sie aber auch die Verbindung zu den Zurückgebliebenen aufrecht. Die alarmierenden Nachrichten trieben sie an, Familienangehörige und Bekannte zum

«Gehen» zu bewegen. Viele setzten alle Hebel in Bewegung, um ihnen die erforderlichen Bürgen, Einwanderungspapiere und Geldmittel zu beschaffen.

Die Auswanderung kostete Geld. Eine «Reichsfluchtsteuer» und andere Zwangsabgaben mussten an den NS-Staat entrichtet werden. Bis 1940 zog das Reich etwa 900 Millionen Reichsmark an Fluchtsteuer ein. Reise- und Umzugskosten mussten aufgebracht werden. Unerlässlich war der Nachweis von Kapitalien, um bevorzugt in den Besitz von den Einreisevisen zu gelangen und die Gründung einer neuen Existenz finanzieren zu können. Die Emigration setzte die Zwangsveräußerung der Wohnungen, Geschäfte und Betriebe voraus. Vom Erlös gingen Schulden, Steuern und Gebühren ab. Aus dem liquidierten Besitz durften nur Vermögensreste ins Ausland transferiert werden. 1934 betrug die Verluste schon 60%; 1939 erreichten sie 96%. Es fiel vielen Juden schwer, diese Einbussen in Kauf zu nehmen. Je länger sie ausharrten, desto geringer wurde die Chance, überhaupt noch Besitztümer behalten zu können. Ab 1937 verschärfte sich die Ausplünderungspolitik der Nationalsozialisten. Der Griff nach dem «Judenvermögen», bei dem sich nicht nur Staat und Partei, sondern auch Industrie und zahlreiche «Volksgenossen» bereicherten, führte schnell zum finanziellen Ruin.

Es bedurfte erst der Erfahrung der direkten Lebensbedrohung, um den Juden vor Augen zu führen, dass die Bindungen und Positionen in Deutschland nicht mehr zu halten waren. Das geschah im November 1938. Mit Angst und Schrecken, mit Bestürzung und Verzweiflung reagierten sie auf die Zerstörungen der Synagogen, Wohnungen und Geschäfte, auf die Misshandlungen und Ermordungen und auf die Massenverhaftungen und Verschleppungen in die Konzentrationslager. Die Terrorakte, die man in Deutschland für unmöglich gehalten hatte, lösten einen tiefsitzenden Schock aus. Der Pogrom prägte ihr Bewusstsein und ihre Erinnerungen. Er markierte *den* Wendepunkt. Die meisten Juden trennten sich von der Vorstellung, noch in Deutschland ein «Heimatrecht» zu besitzen. Die Erkenntnis setzte sich durch, dass sich das Herrschaftssystem der Nationalsozialisten stabilisiert hatte und dass mit einer baldigen Rückkehr des demokratischen Rechtsstaates nicht mehr zu rechnen war. Es gab keinen Anlass mehr, auf «bessere Zeiten» zu hoffen. Im Gegenteil. Schlag auf Schlag folgten die Massnahmen, die die wirtschaftliche Existenz zertrümmerten, die Zwangsarbeit einführten und die räumliche und gesellschaftliche Absonderung – die Ghettoisierung – durchsetzten.

Stillschweigend haben Deutschlands Juden die Anfeindungen nicht hin-



**Abb. 15:** Auf dem Marktplatz in Mosbach wurden Einrichtungs- und Kultgegenstände aus der Synagoge am 10.11.1938 zu einem Scheiterhaufen aufgeschichtet...



**Abb. 16:** ... und mit einem Freudenfeuer vor der versammelten Mosbacher Bevölkerung verbrannt. Im Hintergrund die Pfarrkirche.

genommen. Wiederholt erhoben jüdische Repräsentanten ihre Stimme gegen das Unrecht, kontinuierlich setzten sich Gemeindeglieder gegen die Diffamierungen und Diskriminierungen zur Wehr. Ihre Proteste fanden weder bei den Behörden noch in der Öffentlichkeit Gehör. Rigoros gingen die Nationalsozialisten gegen die Abwehrreaktionen vor, die sie als «üble Judenhetze» oder «staatsfeindliches Verhalten», als «Heimtücke» oder «Hochverrat» einstufen. Entsprechend fielen die Strafen aus. Sie reichten von der Verwarnung über die «Schutzhaft» bis zur Todesstrafe.

«J'accuse – Ich klage an!» so lautete der Titel einer Protestschrift, die Walter Gutmann – ein Jude aus Hamburg – als Antwort auf den Novemberpogrom verfasste. Sie begann mit den Worten: «Ich greife den Kampfruf Emile Zolas gegen den Antisemitismus auf, um meine deutschen Mitbürger und die gesamte zivilisierte Welt auf den drohenden Untergang von 500'000 schuldlosen Menschen hinzuweisen.» Der Appell verhallte. Mehrere Hundert Exemplare der hektographierten, in Briefen versandten Schrift wurden von der Postzensur abgefangen. Der Gestapo gelang es, den Autor zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Juden allein waren nicht in der Lage, den destruktiven Kurs der nationalsozialistischen Judenpolitik aufzuhalten. Sie waren auf die Hilfe von Nichtjuden angewiesen. Verfolgung und Vertreibung spielten sich vor den Augen aller ab. Sie lösten in der deutschen Öffentlichkeit – von Ausnahmen abgesehen – keinen Widerspruch aus. Im Ausland zog man es vor, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Deutschen Reiches einzumischen. Die nationalen und wirtschaftlichen Interessen geboten ausserdem, eine restriktive Flüchtlingspolitik zu betreiben. Die Kriegsergebnisse boten dann die Handhabe, die Landesgrenzen hermetisch zu schliessen. Die Priorität der militärischen Kriegsziele bedingte es, den Verlust der Juden in Kauf zu nehmen. Die Weichen wurden schon vor 1939 gestellt.

Im November 1938 sahen die Deutschen erschrocken zu, wie sich der geschürte «Volkszorn» in den Pogromen entlud. Viele übten an der Zerstörung von Sachwerten Kritik oder beschwerten sich über die «illegalen» Ausschreitungen. Nur wenige fanden den Mut, für die Verfolgten Partei zu ergreifen oder ihnen gar zu Hilfe zu eilen. Die Nationalsozialisten sprachen von den «Judenfreunden». Gegen die Ghettoisierung wurden in der Öffentlichkeit hingegen kaum noch Proteste laut. Mehr noch. Die Juden erfuhren, wie sich der Druck nicht nur «von oben», sondern auch «von unten» verschärfte und auf die «Lösung der Judenfrage» drängte. Der breite Konsensus in der Bevölkerung sowie die tatkräftige Unterstützung der Führungseliten trugen entschei-

dend mit dazu bei, dass die Rassefanatiker die letzten Vorausmassnahmen treffen – und schliesslich die wiederholten Prophezeiungen einlösen konnten.

Angesichts dieser Entwicklung verstummte nach den Novemberereignissen die alte Debatte «gehen oder bleiben?». An ihre Stelle trat das Gebot «Rette sich, wer kann». Eine panikartige Massenflucht setzte ein. In allen Gemeinden liefen Rettungsaktionen an. Mit Vorrang wurden Kinder und Jugendliche ins westliche Ausland – vor allem nach England – geschickt. Jüdische Repräsentanten wagten es, die Grenzen der Legalität zu überschreiten. Auf schwarzen Konten gingen Spenden ein, um die Fluchten zu finanzieren. Auf dem Schwarzmarkt blühte der Handel mit Papieren auf – mit gültigen und gefälschten. Einige Juden fielen Betrügern in die Hände, andere hatten das Glück, sich über eine Bestechung korrupter Beamter freikaufen zu können. Mit besonderen Hilfgeldern finanzierte die «Reichsvertretung» die Entlassung und Auswanderung inhaftierter Juden. Sie stammten aus einem Fonds der Stuttgarter Robert Bosch Werke. Zwischen 1938 und 1940 stellte der Geschäftsführer Hans Walz einen Betrag von 1,2 Millionen Reichsmark zur Rettung jüdischen Lebens zur Verfügung. Die Annahme und Verwendung dieser Gelder, die sich dem wachsamen Auge der Gestapo entzogen, stellte einen der wenigen Verstösse der «Reichsvertretung» dar. Kurz vor Kriegsausbruch wurde die «Reichsvertretung» in eine «Reichsvereinigung» übergeführt und gezwungen, die bürokratisch-administrativen Hilfsdienste bei der Ghettoisierung und «Evakuierung» zu leisten. Gegen die erste grosse Deportation lehnte man sich noch auf. Als im Oktober 1940 die rund 7'000 Juden in Baden und in der Saarpfalz schlagartig verhaftet und nach Südfrankreich abgeschoben wurden, entfaltete die «Reichsvereinigung» eine lebhafte Aktivität. Mitarbeiter beeilten sich, auf Reisen befindliche Juden ausfindig zu machen und zu warnen, in ihre Wohnungen zurückzukehren. Otto Hirsch protestierte im SS-Reichssicherheitshauptamt gegen die Verschleppung und verlangte die Rückkehr der Deportierten. Die Drohung eines kollektiven Rücktritts wurde ausgesprochen. Heimlich informierte man die ausländische Presse über die Geschehnisse. An alle Mitarbeiter ging ein Rundschreiben ab, einen Fast- und Gedenktag einzuhalten, die Veranstaltungen des jüdischen Kulturbundes für eine Woche auszusetzen und am kommenden Sabbat für die Deportierten zu predigen und zu beten.

Die SS erzwang die Rücknahme der Anweisungen. Julius Seligsohn – der Verfasser des Rundschreibens – wurde verhaftet und in Sachsenhausen umgebracht. Otto Hirsch wurde aus seinem Amt entfernt. Er kam in

Mauthausen um. Mit diesen Sanktionen war die Gegenwehr der «Reichsvereinigung» gebrochen. Bis zum bitteren Ende – bis zu ihrer Liquidierung im Jahre 1943 – blieb sie in der Falle der Legalität gefangen.

Das Jahr 1943 hatte sie selbst ins Auge gefasst, als sie noch hoffte, die Auflösung der jüdischen Gemeinschaft vornehmen zu können. Ende 1939 ging sie davon aus, dass der Auflösungsprozess der Umschulung, Auswanderung und Wohlfahrtspflege drei Jahre dauern würde. Unüberhörbar war ihr Ruf, «keine Zeit mehr zu verlieren», um die letzten noch verbliebenen Ausreisemöglichkeiten auszuschöpfen. Eindringlich fielen die Mahnungen an die ausgewanderten Juden wie an die jüdischen Organisationen im Ausland aus, sich für die «Nachwanderung» der Zurückgebliebenen einzusetzen. Man bat um Spenden, Patenschaften und Visen. Kritik am Verhalten des Auslands wurde laut, als man im Oktober 1941 die fieberhaften Bemühungen um die «Nachwanderung» einstellen musste. Niedergeschlagenheit breitete sich aus, als man sich den Anordnungen der Nationalsozialisten beugen und sich um den Abtransport in den Osten kümmern musste.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten 270'000 bis 300'000 Juden Deutschland verlassen. 115'000 brachten sich zwischen November 1938 und September 1939 in Sicherheit. Nach Ausbruch des Krieges konnten noch 25'000 entkommen. 30'000 Emigranten wurden in den besetzten Gebieten wieder eingefangen. Insgesamt hat sich etwa die Hälfte der deutschen Juden ins Ausland retten können. Die Fluchtwege dehnten sich auf alle Kontinente aus. 1933 suchten drei Viertel aller Flüchtlinge in europäischen Ländern Zuflucht; 1937 war es nur noch ein Viertel. 132'000 gelangten in die USA; 55'000 siedelten sich in Palästina an, 40'000 fanden in England ein Asyl. Brasilien und Argentinien nahmen jeweils 10'000 auf. 9'000 erreichten die «visafreie» Hafenstadt Shanghai; 7'000 Flüchtlinge aus Mitteleuropa trafen in Australien ein, 5'000 kamen in Südafrika an. Der Rest war auf viele andere Länder verstreut.

Die Vertreibungswellen liessen eine Restgruppe zurück, in der sich die Familienbindungen weitgehend aufgelöst und die Alters- und Geschlechterstrukturen erheblich verändert hatten. Die Älteren und die Frauen überwogen. Die Hälfte der 164'000 Zurückgebliebenen war über 50 Jahre alt – davon ein Drittel über sechzig. Mit zunehmendem Alter nahmen Bereitschaft und Fähigkeit ab, sich aus der vertrauten Umgebung zu lösen. Alte, Gebrechliche und Kranke besaßen zudem kaum eine Chance, die Aufnahmebedingungen der Zufluchtsländer zu erfüllen. In den überfüllten «Judenhäusern», jüdischen Altersheimen und Krankenhäusern fanden sie noch einen vorübergehenden Aufenthalts-

platz. Viele hatten oft schon Jahre zuvor Abschied von den Kindern und Enkelkindern genommen, denen der Entschluss zur Auswanderung leichter gefallen oder, genauer, einfacher gemacht worden war. Sie hatten sich zudem von den Bekannten trennen müssen. Damit waren die engen Familien- und Freundesbande zerrissen worden. Was ihnen blieb, war die Erinnerung an die Ausgewanderten, der Trost, dass sie eine Zufluchtsstätte gefunden hatten – und der sehnliche Wunsch, sie eines Tages wiedersehen zu können.

Mehr Männer als Frauen wanderten aus. Einreisebewilligungen und Transportmöglichkeit schlossen vielfach die Familienauswanderung aus. Viele Frauen gaben ihren Männern und Kindern den Vorrang. Mit dem Entschluss verband sich die Hoffnung, bald nachkommen zu können. Andere weigerten sich, Deutschland zu verlassen. Die Sorge um die alten Eltern, Elternteile oder kranke Angehörige hielt sie zurück. Auf ihrem Posten blieben auch zahlreiche Mitarbeiterinnen der «Reichsvereinigung», die – ehrenamtlich oder angestellt – in den Restgemeinden die umfangreichen Sozialaufgaben wahrnahmen. Der Anteil der Frauen war 20% höher als der der Männer.

In der Alterspyramide nahmen Kinder und Jugendliche den kleinsten Platz ein. Im Juli 1941 waren 20669 unter 18 Jahre alt – 13% der «minorité fatale». Für mehr als 10'000 Kinder, die noch auf den Wartelisten der «Reichsvereinigung» standen, kam jede Rettung zu spät. Das galt auch für die Jugendlichen, die auf jüdischen Lehrgütern zusammengezogen worden waren, um sie durch eine landwirtschaftliche Ausbildung und jüdische Erziehung auf die Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. Die anderen leisteten in den Fabriken Zwangsarbeit.

Jugendliche haben noch die Kraft zur Gegenwehr aufgebracht. Etwa 40 Mitglieder zählte eine zionistische Jugendgruppe, die den Namen «Chug Chaluzi» annahm und 1942 mit ihren Betreuern Joachim Schwersenz und Edith Wolff in den Berliner Untergrund ging. Aus den beiden «Judenabteilungen» der Siemens-Werke in Berlin kamen vorwiegend die rund 50 Mitglieder, die sich der jüdisch-kommunistischen Widerstandsorganisation anschlossen, die unter dem Namen Herbert-Baum-Gruppe in die Geschichte des deutschen Antifaschismus eingegangen ist. Der spektakuläre, fehlgeschlagene Sabotageanschlag auf die Hetzausstellung «Das Sowjetparadies» im Berliner Lustgarten im Mai 1942 stellte den Höhepunkt ihres Widerstandskampfes dar. Gestapo und Justiz löschten die Existenz der Gruppe aus. Fast alle Mitglieder stammten aus bescheidenen kleinbürgerlichen Verhältnissen. Es waren hauptsächlich finanzielle Gründe gewesen, die die Eltern zum Bleiben gezwungen hatten. Ein weiterer Personenkreis hartete in Deutschland aus. Er umfasste die rund 15'000 jüdischen Ehepartner, die in einer sogenannten Mischehe

lebten und Kinder grosszogen, die von den Nationalsozialisten «Mischlinge» genannt wurden. Die Klassifizierung «privilegierte Mischehe» verschonte die Familien zwar nicht vor Diffamierung und Diskriminierung, aber sie versprach dem jüdischen Elternteil eine Überlebensebene so lange, bis kein Scheidungsurteil ausgesprochen bzw. erzwungen wurde. Auch in diesen assimilierten deutsch-jüdischen Lebensgemeinschaften gab es noch Gegenwehr: Nur wenige «Mischehen» lösten sich auf.

Als Ende Februar 1943 die Gestapo zum Schlag gegen die bis dahin weitgehend verschont gebliebenen «Rüstungsjuden» ausholte, wurden im Zuge einer gross angelegten Aktion zahlreiche Juden verhaftet, die mit einem Nichtjuden verheiratet waren. Die Verhaftung löste eine einzigartige Protestdemonstration aus. In Berlin erschienen «arische» Ehefrauen vor dem Sammellager und verlangten in lautstarken Sprechchören die Freilassung. Sie wurden dabei von Passanten unterstützt. Aufgeschreckt über die spontane und massive Gegenwehr gab die Gestapo nach und setzte die jüdischen Ehemänner wieder auf freien Fuss. Dieser Protest stellte in Deutschland die schärfste Form einer öffentlichen Auflehnung gegen die Judenverfolgung dar. Der erfolgreiche Ausgang legt die Vermutung nahe, dass ähnliche Aktionen den destruktiven Kurs der nationalsozialistischen Judenpolitik in andere Bahnen hätten leiten können.

Zu spät erkannten schliesslich die Christen jüdischer Abstammung, dass die Rassefanatiker keine Rücksichten auf Glaubensüberzeugungen und die feste Verwurzelung in Deutschland nahmen. Die getauften Katholiken und Protestanten erfuhren zudem, dass sie von ihren Amtskirchen keinen Schutz mehr zu erwarten hatten. Ende 1941 wurden sie wieder zu Juden deklariert und in den Osten abgeschoben.

Für die beschriebene Restgruppe gab es nur noch zwei Möglichkeiten, sich dem Zugriff der Verfolger zu entziehen. Der eine Weg führte in den Freitod, der andere in den Untergrund. Keine Statistik verrät die genaue Zahl der jüdischen Suizide und Suizidversuche im Dritten Reich: Sie dürfte bei 10'000 gelegen haben. Schon in den ersten Verfolgungsjahren hatte der Terror Hunderte von Juden in den Freitod getrieben. Sprunghaft war die Suizidkurve während des «Judenboykotts» vom April 1933, des «Anschlusses» Österreichs und des Novemberpogroms von 1938 angestiegen. Ihren Höhepunkt erreichte sie in der Zeit der Deportation. Mehr als 3'000 Juden entschlossen sich, den Ausgang ihres Lebens selbst zu bestimmen; das waren 2% der zu den «Evakuierungen» Aufgerufenen. In Berlin lag der Anteil sogar bei 4%. Die Selbstmörder zeichneten sich durch hohes Alter und einen hohen Grad der Assimilierung aus. Sie

waren im Durchschnitt 65 Jahre alt. Alleinstehende und Ehepaare stellten den Hauptanteil der Selbstmörder. Fast alle warteten bis zum letzten Moment – bis die Deportationsbescheide eintrafen. Die amtliche Aufforderung, ihre Wohnungen zu räumen und sich für die «Umsiedlung» fertigzumachen, dokumentierte ihnen, dass sie endgültig aus einer Gesellschaft ausgestossen worden waren. Die Verzweiflung brach den Lebenswillen. In den letzten Stunden vor dem Tod wurden Erinnerungen an die Kindheit und Familienzeit wach. Man dachte an die ausgewanderten Kinder und hinterliess ihnen liebevolle und schmerzliche Abschiedsbriefe. Mit ihrem Freitod hatten sie zugleich Abschied genommen von der zertrümmerten deutsch-jüdischen Lebensgemeinschaft.

Zwischen 10'000 und 12'000 Juden brachten die Kraft auf, sich den Kennzeichnungs- und Deportationsbefehlen zu widersetzen. Die meisten bemühten sich in Berlin – in der ehemaligen Hochburg der deutsch-jüdischen Lebensgemeinschaft – um ein Versteck. 1943 lebten vermutlich 5'000 im Untergrund; 7% der 1941 in Berlin registrierten Juden. Nach Kriegsende tauchten 1'402 Juden wieder aus der Illegalität auf. Oder anders ausgedrückt: Von zehn untergetauchten Juden blieben drei am Leben. Sie hatten viele Barrieren und Gefahren überwinden müssen.

Da gab es zunächst das Überwachungs- und Verfolgungsnetz, das die Nationalsozialisten über die «minorité fatale» gespannt hatten. Drakonische Strafen drohten denjenigen, die sich der «Erfassung» zu entziehen suchten. Der Ausbruch setzte die Überwindung des jüdischen Apparates voraus. Die «Reichsvereinigung» und Kultusgemeinden verschickten die Aufrufe und Merkblätter und trugen dafür Sorge, dass Kennzeichnung und Abtransport «ordnungsgemäss» abgewickelt wurden. Dazu gehörte es auch, dass sie eindringlich davor warnten, sich den Anordnungen zu widersetzen.

Hinzu kam die Angst vor einer Daseinsform, die eine radikale Veränderung der Lebensumstände mit sich brachte. Untertauchen hiess, die «legale» Existenz aufzugeben und ein «illegales» Leben zu führen, das keine Sicherheit, keine Rettung versprach, sondern nur eine Überlebenschance in Aussicht stellte. Der Lebenswille trieb die Flüchtlinge an, den Schritt in den Untergrund zu wagen. Der Entschluss, sich den Lebensgefahren auszusetzen, verband sich mit der Hoffnung, dass die Zeit der Verfolgung eines Tages enden würde. Von Beginn an liess sie der Gedanke nicht mehr los: «Wie komme ich aus dieser Einigelung wieder heraus?» Untertauchen hiess auch, Nichtjuden zu finden, die das Risiko der eigenen Existenzbedrohung eingingen und bereit waren, für Tage, Monate und Jahre den Flüchtling aufzunehmen. In der Kriegs- und

Deportationszeit gab es noch Deutsche – vor allem in Berlin –, die sich für die Rettung von Juden einsetzten. Verwandte, alte Freunde und ehemalige Bedienstete boten oft die ersten Ausweichquartiere an. Einige jüdische Zwangsarbeiter trafen «Arbeitskollegen», die ihnen den Rat zum Untertauchen gaben und dann dabei halfen, die illegale Existenz im Untergrund abzusichern. Die Gefahr, in diesen Kreisen entdeckt zu werden, war besonders gross, da die Gestapo sie überwachte. Die Flüchtlinge waren ständig auf der Suche nach «Adressen». Dach- und Kellergeschosse, Abstellräume oder Lagerschuppen, Werkstätten oder Lauben dienten als Schlaf- und Aufenthaltsstätten. Viele Unterschlupfplätze wurden von Denunzianten entdeckt oder später durch Luftangriffe zerstört.

Das Leben in der Illegalität erforderte Mut, Ausdauer und ein hohes Mass an sozialer Anpassungsfähigkeit. Das Alleinsein musste ertragen werden. Da auch Paare oder kleine Gruppen, Fremde und Bekannte, Männer und Frauen, Kinder und Alte in den Untergrund gingen, waren Gruppenspannungen unvermeidlich. Gereiztheit, Nervosität und Aggressionen brachen aus, ebenso sexuelle Spannungen und Probleme. Einschränkungen in der Hygiene mussten in Kauf genommen werden. Sanitäre Einrichtungen waren oft unzureichend oder fehlten gänzlich. Krankheiten mussten überwunden werden. In der Regel schloss das Leben im Versteck den Arzt- und Krankenbesuch aus. Wer das Versteck verliess, erhöhte das Risiko, entdeckt zu werden. Polizei- und SS-Streifen zogen durch die Strassen. Kontrolleure suchten die Luftschutzbunker nach schuttsuchenden «illegalen» Juden ab. Denunzianten warteten darauf, mit einer Anzeige bei der Gestapo den «staatsbürgerlichen Pflichten» nachzukommen – und die ausgeschriebene Belohnung in Empfang zu nehmen. Und es gab auch eine Handvoll deutscher Juden, die als Gestapospitzel tätig waren. Man nannte sie «Greifer» oder «Schnapper». In Berlin bestand diese Gruppe aus 15 bis 20 Personen. Sie genossen das Privileg, keinen Judenstern tragen zu müssen, und hofften, von der Deportation freigestellt zu werden. Ihr Verrat sprach sich unter den Untergetauchten schnell herum.

Untertauchen hiess schliesslich, die finanziellen Mittel aufzubringen, um den Aufenthalt in der Illegalität bezahlen zu können. Unerlässlich waren Lebensmittelkarten und gefälschte Papiere. Sie wurden zu hohen Preisen auf dem Schwarzmarkt gehandelt, und die Nachfrage stieg ständig an. Mit zunehmender Dauer des Krieges nahm auch die Zahl von Nichtjuden zu, die in den Untergrund getrieben wurden. Es handelte sich um Widerstandskämpfer und um das Heer der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, denen die Flucht aus den Lagern geglückt war. Finanzielle Reserven brachten die jüdischen Flücht-

linge nicht mehr mit. Die Helfer und Retter mussten einspringen, um für Miete und Kleidung, Nahrung und Papiere aufzukommen. Soweit bekannt, verfügten die kleinen Widerstands- und Fluchthilfeorganisationen in Deutschland nicht über jene Hilfgelder, die in den westeuropäischen Gebieten aufgebracht und über zentrale Apparate zur Finanzierung der Rettungsaktionen verteilt wurden.

In den Vernichtungslagern gab es für die deutschen und die ausländischen Juden keine Möglichkeit mehr, sich gegen die Lebensvernichtung aufzulehnen. Eine lange Reise lag hinter ihnen. Man hatte sie in Deutschland wie in den besetzten Gebieten gefangen und von den Deportations-Sammelstellen, den Verladebahnhöfen, Judendurchgangslagern und Zwangsghettos in verplombten Transporten direkt an die Rampen der Vernichtungsstätten verbracht. Den Waggons entstiegen alte, erschöpfte und gebrochene Menschen, die durch alle Phasen der moralischen Diffamierung und sozialen Diskriminierung gegangen waren und dabei Ächtung und Verbannung, den vollzogenen Ausstoss aus der Gesellschaft und das Leid und die Aussichtslosigkeit ihrer Situation erfahren hatten. Und noch etwas anderes hatten sie auf ihrem Weg zu den Liquidierungsstätten mitgenommen: Es war das Bewusstsein, zu einer jüdischen Schicksals- und Leidengemeinschaft zusammengeschlossen worden zu sein.

Neben den Alten standen auf den Selektionsrampen die Kinder und Frauen. Die Selektion löste den Deportationstransport auf. Sie erhöhte den Anteil der Kinder und Alten in der Gruppe, die unverzüglich in die Gaskammer getrieben wurde. Nur wenige wussten, dass am Ende ihres kurzen Weges der Tod stand. Die Ungewissheit wurde durch die Täuschungsmanöver der SS bis zuletzt aufrechterhalten. Den Selektierten wurde versichert, dass sie sich vor dem weiteren Verbleib einer «Desinfektion» unterziehen müssten. Nach der Abgabe des Gepäcks würden sie über einen abgesperrten Weg in die Entkleidungsräume geführt. Angehörige eines jüdischen Sonderkommandos waren häufig zugegen und angewiesen, beruhigend auf die Opfer einzuwirken. Dann wurden die Türen der als «Desinfektionsräume» getarnten Gaskammern geöffnet.

Die wenigen deutschen Juden, die aufgrund ihrer Jugendlichkeit und Arbeitsfähigkeit in die Baracken oder Arbeitskommandos beordert wurden, besaßen ebensowenig eine Möglichkeit, sich zur Wehr zu setzen – ihre Ermordung war vertagt; sie lebten in einer Isolation, die sich kaum durchbrechen liess. Der Weg in den organisierten Widerstand im Lager blieb den meisten verschlossen. Aussichtslos war es in vielen Fällen, Schranken, Animositäten und Antisemitismus zu überwinden, die sich in anderen Häftlingen und Häftlingsgruppen auftraten. Individu-

eile und offene Widerstandshandlungen blieben begrenzt oder verboten sich von selbst, weil sie die «Befristung», und damit die Hoffnung auf eine Weiterexistenz aufheben mussten. Wie schon erwähnt, von den 134'000 deportierten Juden aus Deutschland kehrten 8'000 zurück.

Die Ausgewanderten nahmen 1945 mit Schock und Trauer, aber auch mit Schuldgefühlen wegen des eigenen Überlebens die Nachrichten über den Tod ihrer Familienangehörigen und über die Zerstörung ihrer Gemeinden auf. Fast alle blieben in ihren neuen Heimatländern. Nur in Photoalben, Korrespondenzen und Gesprächen tauchten – und tauchen noch immer – die alten Erinnerungen an Deutschland auf, vor allem die Bilder einer glücklichen Kindheit und Schulzeit, die durch den Antisemitismus abrupt beendet wurden. Die Einstellungen zu Deutschland wurden durch eine klare Distanz, häufig durch eine scharfe Ablehnung bestimmt – zu tief haben sich die Erfahrungen der Vertreibung und der Ermordung naher Angehöriger eingepägt. Deutschen gingen die meisten am liebsten aus dem Wege, insbesondere jenen, die das Alter der Täter und Zuschauer teilten. Nur wenige Emigranten kehrten in ihr Geburtsland zurück. Die ersten Besuche beschränkten sich auf einen «geschäftlichen» Anlass oder auf das kurze, schmerzliche Wiedersehen der einstigen Wohnviertel, Schulfreunde und Friedhöfe. Je länger die Zeit verstrich, desto stärker wurde bei vielen die Bereitschaft, den Kontakt mit den Deutschen – mit der Nachkriegsgeneration – wieder aufzunehmen. Die späten Einladungen und «Besuchsprogramme» westdeutscher Städte für die ehemaligen «jüdischen Mitbürger» boten hierfür eine Gelegenheit. Viele ihrer Kinder und Enkel haben die Bindungen an Deutschland vollends aufgelöst.

Wolf Zuelzer

## Keine Zukunft als «Nicht-Arier» im Dritten Reich

Erinnerungen eines Ausgewanderten

Mein Beitrag zu diesem Mahn- und Gedenkbuch anlässlich des 50. Jahrestages des Judenpogroms von 1938 solle der Frage nachgehen, so der Herausgeber, «was seinerzeit in höchstem Masse assimilierte jüdische Mitbürger dazu gebracht hat, ihre geliebte Heimat am Ende dann doch zu verlassen». Gemeint seien «arrivierte, z.B. akademisch ausgebildete Juden, die erstens Karriere gemacht hatten und die zweitens deutsch fühlten», also Menschen, denen der Auswanderungsentschluss vermutlich besonders schwergefallen war. Eigentlich passen diese Kriterien nicht auf mich, denn erstens war ich nicht Jude (wohl aber vorwiegend jüdischer Abkunft, also «Nicht-Arier» in der Terminologie der Nationalsozialisten), zweitens hatte ich noch nicht Karriere gemacht (zu Beginn der Hitler-Ära war ich ein 23jähriger Medizinstudent in meiner Geburtsstadt Berlin), und drittens hatte ich Deutschland (mit einem Seufzer der Erleichterung!) schon im Oktober 1933 verlassen, habe also die «Reichskristallnacht» nicht als Augenzeuge miterlebt.

Wenn ich trotzdem hier mitrede, so deshalb, weil das Schicksal der Nicht-Arier im Dritten Reich weniger Beachtung gefunden hat als das der «Volljuden», obgleich ihre Lage kaum weniger prekär war. Ausschlaggebend war bekanntlich «Rasse», nicht Religion, Kultur oder Assimilation. Objektiv, d.h. aus der Sicht der Machthaber, bestand kein Unterschied zwischen Juden und Nicht-Ariern (man kann die Zustände in Hitler-Deutschland nicht beschreiben, ohne diese Begriffe zu gebrauchen); subjektiv, d.h. im Bewusstsein der Betroffenen, mag es Unterschiede gegeben haben, aber sie brauchen uns hier nicht zu beschäftigen, denn sie waren nicht grösser als die Unterschiede von Fall zu Fall innerhalb der beiden Gruppen. Beide betrachteten sich als Deutsche, und beide – der obigen Definition gemäss – gehörten sicherlich auch zum akademischen Bürgertum. Von diesen gemeinsamen Nennern abgesehen, war jede Konstellation einzigartig; wenn ich mich in der Folge auf persönliche Erfahrungen – meine eigenen und die meiner Familie und naher Freunde – beschränke, so soll das nicht bedeuten, dass ich mich als

Vertreter der einen oder anderen Gruppe betrachte, sondern nur, dass mir die anekdotische Methode als die geeignetste für mein Thema scheint.

Es bleibe vorläufig dahingestellt, ob der Begriff «Assimilation» auf die deutschen Juden (und Nicht-Arier) jener Epoche anwendbar ist. Der Grad der Assimilation war jedenfalls weniger wichtig für die Entscheidung, auszuwandern oder im Lande zu bleiben, als Alter, Beruf, Pensionserwartungen oder auch örtliche Atmosphäre (Juden in kleinen Städten waren mehr exponiert als etwa die in Berlin oder Frankfurt). Ältere Menschen waren weniger elastisch als die junge Generation. Für diejenigen, die an die Muttersprache gebunden waren, wie etwa Schriftsteller, Schauspieler, akademische Lehrer, Journalisten, aber auch Juristen und Verwaltungsbeamte, war der Aufbau einer neuen Existenz im Ausland schwieriger als beispielsweise für Ärzte, Ingenieure oder Musiker. Hatte man draussen Verwandte oder Freunde, auf deren Hilfe man rechnen konnte? Und schliesslich spielten auch politische und ideologische Bindungen mit: Kommunisten zog es in die Sowjetunion, Zionisten nach Palästina, engagierte Anti-Faschisten zur Teilnahme am Bürgerkrieg nach Spanien.

Die Kategorie «Nicht-Arier» entstammte der pseudowissenschaftlichen Rassentheorie, mit der der Vulgärrassismus schon im 19. Jahrhundert unterbaut wurde. Eine dem Prozentsatz des «jüdischen Blutes» entsprechende Definition erübrigt sich, zumal die Nazis selber durchaus willkürlich vorgehen, wie Görings bekannter Ausspruch «Wer Jude ist, bestimme ich» zeigt. Sie umfasste vollblütige, aber getaufte Juden und deren Nachkommen, Kinder aus «Mischehen», «Halb-», «Viertel-» und «Achtel-Juden», Menschen, die in der deutschen Sprache, Kultur und Landschaft heimisch waren, keine Beziehungen zur mosaischen Religion hatten und wenig oder nichts von jüdischer Geschichte und Gebräuchen wussten – oder wissen wollten. Lange vor Hitlers Machtergreifung wurde in solchen Familien die Existenz jüdischer Vorfahren totgeschwiegen oder bagatellisiert, aber man hatte auch – bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten – keinen Grund, sich mit der Religion vergangener Generationen zu beschäftigen. Und um Religion handelt es sich doch, ganz wie in Lessings «Nathan der Weise» und Karl Gutzkows «Uriel Acosta»? Deshalb konnten übrigens auch Nicht-Arier und sogar Juden das in bürgerlichen Kreisen weitverbreitete Vorurteil gegen die «Ostjuden» teilen, denn dieses Vorurteil – das auf der totalen Unkenntnis des religiösen und sozialen Ethos der jüdischen Gemeinden in Osteuropa fusste – richtete sich ja nicht gegen die Religion, sondern gegen die angebliche Rückständigkeit und kulturelle Isoliertheit der Glaubensgenossen in Polen und Galizien. Man darf diese Haltung nicht

mit dem virulenten Antisemitismus der Nazis und ihrer deutschen und österreichischen Vorläufer gleichsetzen, aber für das Gros der deutschen Juden war der orthodoxe Ostjude im Kaftan mit Pelzkappe und rituellen Ohrlöckchen ein Schreckgespenst aus dem Mittelalter.

Ich selbst erfuhr erst im Alter von vierzehn oder fünfzehn Jahren, dass meine Ahnen nicht unter Hermann dem Cherusker im Teutoburger Wald gefochten hatten. Der Anlass war einer jener damals in Berlin beliebten jiddischen Witze, die von Juden selbst erfunden und in Umlauf gesetzt wurden, also eine Form der Selbstironisierung, von Uneingeweihten oft als antisemitisch missverstanden. Ich lachte, woraufhin mein Vater mich beiseite nahm und mir meine Herkunft erklärte. Mein 1834 in Breslau geborener Grossvater Wilhelm (Wilhelm! – schon damals gab man jüdischen Kindern betont deutsche Namen) war Jude. Wie ich viele Jahrzehnte später erfuhr, war der Familienname ein geographischer; die jüdische Gemeinde von Zuelz galt als besonders fromm und schriftgelehrt. Wilhelm, ein bedeutender Arzt und Forscher, Privatdozent an der Universität Berlin, Titularprofessor, Herausgeber einer internationalen Fachzeitschrift und Begründer der deutschen Medizinalstatistik, lehnte Bismarcks Angebot, die Leitung des Reichsgesundheitsamtes zu übernehmen, einzig allein deshalb ab, weil er sich nicht taufen lassen wollte. Mein Vater, Georg Ludwig, 1870 in Berlin geboren und in dem berühmten Französischen Gymnasium erzogen, hatte keine derartigen Skrupel; sein Gott war Aesculapius, nicht Jaweh, sein Ziel war ein Lehramt und die Leitung eines Forschungsinstituts – und dazu musste man «Christ» sein. Er und sein später als Orthopäde in Potsdam (!) tätiger Bruder traten nach dem Tode ihres Vaters (1893) zum Protestantismus über, und damit endete die jüdische Tradition der Familie. Meine zwei Geschwister und ich wurden in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche von dem Oberhofprediger (!) Kessler getauft, und ich wurde ebenda als Vierzehnjähriger von Pastor Conrad (einem Deutschnationalen mit Schmissen!) konfirmiert. Mein Vater leitete im Ersten Weltkrieg als Oberstabsarzt ein Seuchenlazarett in Brest-Litowsk und kam 1918 als Invalide (Flecktyphus und Malaria) zurück. Seine Lieblingsautoren, deren Werke er seitenweise zitieren konnte, waren Goethe, Homer, Horaz und Virgil. Mein Grossvater mütterlicherseits, Hermann Wolff (1845-1902), war ebenfalls jüdischer Abkunft, wurde aber früh Agnostiker und heiratete eine österreichische Katholikin, die einzige «Arierin» in meinem Stammbaum. Ihre Kinder wuchsen als Lutheraner auf, eine seltsame Kompromisslösung. Die Wolffs waren aus dem Rheinland nach Berlin gekommen. Obgleich ausgesprochen frankophil, nahm Hermann als Freiwilliger am Krieg gegen Frankreich teil. Er war zuerst Kaufmann, schrieb

jedoch als Musikkritiker für mehrere Berliner Zeitungen, hatte er doch eine musikalische Ausbildung genossen, auf Grund der er vom Blatt spielen konnte. Später wurde er Impresario und Freund von Anton Rubinstein. Um 1880 gründete er die nachmals weltbekannte Konzertdirektion Wolff (Telegramm-Adresse «Musikwolff»), wurde Berater und Vertreter der Berliner Philharmoniker und richtete die Philharmonischen Konzerte ein, für deren Leitung er Hans von Bülow und, nach dessen Tode, Arthur Nikisch gewann. Zahllose junge Künstler, z.B. Eugen D'Albert, Bruno Walter, Arthur Rubinstein und Artur Schnabel, hat er «entdeckt» und gefördert. Er war der Erbauer des Bechstein-Saals, eines kleinen architektonischen Juwels für Kammermusik und Liederabende, das von keinen Geringeren als Brahms, Bülow und Joseph Joachim eingeweiht wurde. Brahms, Bruckner, Bülow, Saint-Saëns, Busoni, Richard Strauss – sie alle waren Gäste im Hause meiner Grosseltern. Hermann Wolffs Bedeutung für das deutsche Musikleben jener Epoche lässt sich kaum überschätzen.

Sein Werk wurde von meiner Grossmutter Louise Wolff fortgesetzt und erweitert, einer aussergewöhnlichen Frau, ursprünglich Schauspielerin, dann Hausfrau, Gastgeberin und Matriarchin, zuletzt eine Kombination von grande dame, Mutterfigur und weitblickender Geschäftsfrau, eine Macht im kulturellen und gesellschaftlichen Leben Berlins, «Königin Louise», wie man sie halb bewundernd, halb ironisch nannte. Sie war eng befreundet mit Nikisch, Fritz Kreisler, Bruno Walter, mit den grossen Liedersängerinnen Elena Gerhart und Julia Culp. In ihrem Haus verkehrten auch Diplomaten und Politiker, Gustav Stresemann, der Hohenzollernprinz Louis Ferdinand und der sozialdemokratische Kultusminister Konrad Haenisch, die Chefredakteure der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts, Georg Bernhard und Theodor Wolff, in- und ausländische Journalisten, Kunsthistoriker, Musikwissenschaftler und Schauspieler. Eine stehende Einrichtung nach der sonntäglichen Generalprobe der Berliner Philharmoniker war das «Philharmonische Diner», dem der Dirigent vorsass und zu dem meine Grossmutter stets die jeweiligen Solisten als Ehrengäste einlud. Im Alter von zwölf Jahren wurde ich Richard Strauss und ein andermal Gerhart Hauptmann vorgestellt. Als Louise Wolffs Enkel wuchs ich sozusagen genau im Mittelpunkt der «Weimarer Kultur» auf.

In diesem Milieu kümmerte sich niemand um die Religion, geschweige denn die «Rasse» seiner Mitmenschen. Auch in der Schule (Bismarck-Gymnasium in Wilmersdorf) herrschte ein toleranter Geist. Wir beneideten unsere jüdischen Mitschüler um ihre speziellen Feiertage, aber ich kann mich nicht erinnern, je ein antisemitisches Wort gehört zu haben. Nach dem Abitur (1927) gab mein Vater einen «Väter- und Söhne»-

Abend, und alle kamen: Christen und Juden, Deutschnationale und Demokraten – weiter links stand niemand, und Nazis gab es in respektablen Berliner Kreisen noch nicht –, zukünftige Ärzte, Rechtsanwälte, Beamte, Kaufleute, sogar ein nachmaliger evangelischer Pastor.

Das Gespräch mit meinem Vater über meine jüdischen Vorfahren löste eine Identitätskrise bei mir aus. Zuerst wollte ich es nicht wahrhaben, dann sagte ich mir: Wenn ich nun einmal Jude bin, dann will ich es auch sein. Aber das erwies sich als unmöglich; es fehlten so gut wie alle Voraussetzungen. Ich war in ein junges Mädchen orthodox jüdischer Herkunft verliebt und fastete ihr zuliebe am Yorn Kippur – aber das war eine naive romantische Geste, die zu nichts führte. Ich war und blieb – wenigstens bis 1933 – ein junger deutscher bürgerlicher akademischer Intellektueller, ganz wie meine Freunde, gleichviel ob Juden oder Christen.

Nach dem Abitur studierte ich Philosophie bei Karl Jaspers und Romanistik bei Ernst Robert Curtius in Heidelberg. Curtius war Berater einer Stiftung für deutsch-französische Annäherung, die mir auf seine Empfehlung ein Stipendium für ein Studienjahr in Frankreich gab, und so ging ich im Herbst 1928 – als Vertreter der deutschen Jugend! – nach Paris. Dort lernte ich viele der führenden Schriftsteller kennen (z.B. André Gide, Roger Martin du Gard, beide zukünftige Nobel-Preisträger, Jean Schlumberger, André Maurois), hielt ich Vorträge über deutsche Literatur (Remarques «Im Westen nichts Neues» war gerade erschienen und konnte als Beweis deutscher Friedfertigkeit zitiert werden) vor misstrauischen Arbeitervereinen und fuhr kreuz und quer durch das schöne Land. Im Herbst 1929 kehrte ich nach Berlin zurück, um zum Dr. phil. zu promovieren. Meine Karriere als Literaturkritiker schien festzustehen: Einige Essays von mir über moderne französische Schriftsteller erschienen in der Neuen Schweizer Rundschau und in der Frankfurter Zeitung; sie wurden sogar in Willi Haas' «Literarische Welt» als richtungsweisend zitiert. Das gab mir zu denken: Wie konnte ich, gerade zwanzigjährig, bereits als Autorität gelten? Das berauschende Jahr in Paris hatte eine Art von Kater verursacht. Ich sattelte um auf Medizin, und damit zur Tradition meiner väterlichen Familie, machte 1932 in Bonn das Physikum und beabsichtigte, mein Studium in Berlin zu beenden. Es sollte aber anders kommen.

Was hat all das mit dem Verhalten der «jüdischen Mitbürger» im Dritten Reich zu tun? Mein Fall war gewiss nicht typisch, weder für Nicht-Arier noch für Juden, aber gerade das ist der springende Punkt: Es gab keine typischen Fälle, es gab nur Einzelschicksale. Ich hätte ebensogut Jude sein können. Die Übergänge zwischen Juden und Nicht-Ariern waren

von jeher fliessend. Beide Gruppen «fühlten» nicht nur deutsch, sie waren Deutsche, nicht «höchstgradig assimilierte Mitbürger», sondern Mitschöpfer und -träger der deutschen Kultur, und das schon seit mehr als hundert Jahren. Dass sie es auch sein wollten, dass sie bis 1933 bewusst in einer spezifisch deutschen Tradition gestanden hatten, ist für uns, die wir den Ausgang kennen, unbegreiflich; für die Zeitgenossen aber war dieser Ausgang noch in den ersten Hitler-Jahren – für viele sogar noch nach dem Pogrom vom November 1938-schlechthin unvorstellbar. Und doch war ihre Lage fast von Anfang an unerträglich. Der erste, noch nicht gewalttätige Boykott jüdischer Geschäfte hatte schon am 1. April 1933 stattgefunden. Mit ihm begann die systematische Schikanierung, Einschüchterung, Ausbeutung, Entrechtung und Erniedrigung, deren nächster Höhepunkt die «Reichskristallnacht» sein sollte. Getauft oder ungetauft, diese Menschen hatten aufgehört, «Mitbürger» zu sein; für die Machthaber waren sie Heloten, oder vielmehr Aussätzige, die sich schliesslich durch den gelben Stern kenntlich machen und den Vornamen «Israel» oder «Sara» führen mussten. Da hatte freilich der Krieg schon begonnen, war die Mausefalle bereits zugeschlagen. Die Frage ist nicht, warum sie ihre Heimat verliessen, sondern warum so viele so lange blieben. Warum also?

Zum einen klammerten sich viele an die Illusion des Rechtsstaates. Hitler war legal zur Macht gekommen und hielt sich anfangs an die Formalitäten der Gesetze. Der Reichstagsbrand, der ihm den Vorwand zur Aufhebung der Verfassung bot, wurde zwar den Kommunisten zugeschoben, aber der angebliche Anstifter, der bulgarische Kommunist Dimitroff, wurde von einem ordentlichen Gericht freigesprochen. Von den Konzentrationslagern hörte man zuerst nur gerüchtwaise. Noch gab es die reguläre Polizei, die allerdings bei den brutalen Gewaltakten der Braunhemden beide Augen zudrücken musste. Die Reichstagswahlen am 5. März 1933 waren geheim, wenn auch eine leere Geste. (Ich stimmte für die Kommunisten, nicht aus Überzeugung, sondern weil ich sie für die entschlossensten Gegner der Nazis hielt. Tatsächlich sassen ihre Kandidaten längst im KZ.) Wer politisch «unbelastet» war, konnte sich frei bewegen und blieb zunächst unbehelligt. Der Antisemitismus war von alters her eine Begleiterscheinung des deutschen politischen Lebens; man war sozusagen an ihn gewöhnt. Erinnerung sei als einziges Beispiel an den 1880 gegründeten Verein Deutscher Studenten, dessen erklärter Zweck es war, die Universitäten «judenrein» zu machen. Bisher hatte man den latenten Antisemitismus abschütteln können, wie der Hund den Regen. Sollte es jetzt auf einmal anders sein? «Wenn's Judenblut vom Messer spritzt», galt als Ausgeburd einer sadistischen

Phantasie aus dem Irrenhaus; keine deutsche Regierung würde die Realisierung sanktionieren. Zwar wurden die auf Juden und Nicht-Arier abzielenden Massnahmen allmählich immer bedrohlicher, aber sie waren in bürokratisch-legalistische Formen gekleidet, als seien sie das Ergebnis eines klar abgegrenzten Programms im Rahmen des Gesetzes. Die Fiktion des Rechtsstaates wurde bis zur «Kristallnacht» gewahrt – das Blutbad vom 30. Juni 1934 wurde als Notwehr gegen einen angeblichen coup d'état seitens radikaler Elemente in der SA gerechtfertigt –, und wer daran glauben wollte, wer (wie das vor allem bei christlichen Nicht-Ariern nicht selten der Fall war) hoffte, dass es wenigstens ihm persönlich nicht an den Kragen gehen würde, der blieb im Lande – bis es zu spät war.

Zum anderen gab es materielle Gründe zum Dableiben. Wer auswanderte, verlor in der Regel sein Vermögen – auf der Ausfuhr von Geld, Valuta und Wertpapieren stand die Todesstrafe! – und musste sein gesamtes Hab und Gut zurücklassen. Die Bankkonten wurden scharf überwacht, und wer vor einer Auslandsreise grössere Beträge abhob, konnte mit Durchsuchung, Beschlagnahme und Verhaftung an der Grenze rechnen. (Ich war Zeuge eines solchen Falles an der tschechischen Grenze: Jemand hatte eine grosse Summe Geldes mitgenommen und in einem anderen Abteil versteckt. Der Waggon wurde abgehängt, und der Besitzer, der sich durch aufgeregtes Benehmen verraten hatte, wurde totenbleich abgeführt.)

Zum dritten war es in der Tat auch für klarsehende Geister schwer, ihr deutsches Geburtsrecht aufzugeben. Wer war Hitler – ein hergelaufener Kerl, Demagoge und Scharlatan der übelsten Sorte, dass er es ihnen absprechen wollte? Wer waren seine Anhänger? Zwar war nicht zu leugnen, dass viele Millionen von anständigen bürgerlichen Deutschen schon vor 1933 für ihn gestimmt hatten, und dass – noch betrüblicher – das Gros der Professoren und Studenten in Universitäten und Hochschulen sich zu ihm bekannt hatte, aber musste man deshalb gleich alle Hoffnung aufgeben? Blieben diese Menschen im persönlichen Verkehr nicht zugänglich? Lehnten sie den extremen Antisemitismus der Braunhemden nicht als eine vorübergehende Abirrung oder notwendige Konzession an den radikalen Flügel der Partei ab? Die eigentlichen Nazis jedenfalls, die Fanatiker, die Hitler auf den Schild gehoben hatten, waren gescheiterte Existenzen, Lumpenproletariat, Untermenschen, Neandertaler. Vor solchem Gesindel wollte eine Elite nicht zurückweichen, die sich ihrer historischen Bedeutung voll bewusst war. Diese Menschen konnten nicht einfach aus ihrer deutschen Haut heraus.

Der Assimilationsprozess war schon in der ersten Generation nach der Juden-Emanzipation von 1810 abgeschlossen. Man denke an Heinrich Heine, den deutschesten der deutschen Lyriker (zugleich den schärfsten deutschen Satiriker); an Felix Mendelssohn, dessen Denkmal bis 1933 vor dem Gewandhaus in Leipzig stand, den Wiedererwecker der vergessenen Matthäuspassion, den Freund von Robert und Clara Schumann, den Komponisten der «Reformationssymphonie»; an Rahel Varnhagen, geborene Levin, und ihren Kreis – Fichte, Schleiermacher, Wilhelm von Humboldt, die Brüder Schlegel; an den ultrakonservativen Staatsrechtler Friedrich Julius Stahl und die liberalen Parlamentarier der Märzrevolution, Eduard Simson und Ludwig Bamberg. Auch Karl Marx und Ferdinand Lassalle gehören in diese Reihe.

Etwa vier Generationen lang hatte der Traum von der unzerstörbaren Schicksalsgemeinschaft von Deutschen und Juden gedauert, die trotz der bis 1918 fortbestehenden Einschränkungen fast alle Bereiche der Kultur umfasste: Musik (Hermann Levi, Bruno Walter, Otto Klemperer, Kurt Weill und – wenn man die Österreicher mitzählt – Gustav Mahler, Arnold Schönberg, Erich Wolfgang Korngold und Artur Schnabel); Medizin (Paul Ehrlich, August von Wassermann, Albert Neisser, Hermann Zondek); Chemie (Fritz Haber, Otto Meyerhof, O. H. Warburg, Richard Willstätter); Physik (Albert Einstein – ja, auch er war deutscher Jude, zwar in der Schweiz naturalisiert, aber als Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik von 1914 bis unmittelbar vor Hitlers Machtübernahme deutscher Staatsbürger –, Lise Meitner, Otto Stern); Philosophie (Hermann Cohen, Georg Simmel, Ernst Cassirer, Edmund Husserl); Theater (Max Reinhardt, Fritz Kortner, Elisabeth Bergner, Ernst Deutsch); Journalismus (Rudolf Mosse, Leopold Ullstein, Maximilian Harden, Georg Bernhard, Theodor Wolff, Siegfried Jakobsohn, Karl Kraus, Kurt Tucholsky); Politik (Hugo Preuss, Otto Landsberg, Walther Rathenau); Literatur (Döblin, Toller, Hasenclever, Borchardt, Else Lasker-Schüler, Feuchtwanger, Emil Ludwig und – wieder die Österreicher – Broch, Hofmannsthal, Kafka, Schnitzler, Werfel, Stefan Zweig). Die Liste ist willkürlich und könnte unschwer erweitert werden.

Die Nazis hatten also in gewisser Hinsicht recht, wenn sie von der «Verjudung» der deutschen Kultur sprachen. Aber diese Kultur war weder jüdisch noch deutsch, sondern ein einzigartiges Amalgam, dessen Elemente eine organische Einheit bildeten. Um bei der chemischen Metapher zu bleiben: Der «zersetzende Geist», den sie den Juden unterstellten, der Geist, der die unwiderrufliche Trennung dieser Elemente – und damit die Zerstörung dieser Kultur – herbeiführte, war der Ungeist des Nationalsozialismus selbst. Im Gegensatz zu dem noch relativ harmlosen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts war der Hitle-

rismus eine Rebellion der Primitiven gegen die Kultur als solche, gegen eine Tradition also, deren sichtbarste Vertreter die «arrivierten» deutschen und österreichischen Juden und Nicht-Arier waren. Er war antisemitisch, weil er anti-rational, anti-intellektuell und anti-elitär war, also alle zivilisatorischen Kräfte bekämpfte, wo immer sie existiert haben mochten. Die Unfähigkeit, diesen Zusammenhang in voller Bedeutung zu erfassen, war einer der Gründe – vielleicht der Hauptgrund –, warum so viele Juden und Nicht-Arier so lange im Dritten Reich verblieben sind.

Zurück zu den Einzelschicksalen. Meine Eltern waren geschieden und beide wiederverheiratet. Meine «halb-arische» Mutter und ihr «nicht-arischer» Mann, ein preussischer Richter(!), weigerten sich noch nach der «Kristallnacht», ihr Geburtsland zu verlassen. Sie gehörten zur Gemeinde um Martin Niemöller und hielten sich z.T. auch deshalb für unantastbar, weil sie Freunde in deutschnationalen Kreisen hatten. Diese Fehleinschätzung kam ihnen teuer zu stehen: Im ersten Kriegsjahr wurden sie enteignet, zur Zwangsarbeit in eine Munitionsfabrik geschickt und gezwungen, den gelben Stern zu tragen. Dann kamen sie ins KZ Theresienstadt (das «Lager der Prominenten»!), überlebten trotz ihres hohen Alters, verbrachten fünf Jahre mit mir und meiner amerikanischen Familie und kehrten 1951 in ihr unbeschädigtes (!) Haus in Berlin-Dahlem zurück. Sie «fühlten» immer noch deutsch und betrachteten das Dritte Reich als eine bedauerliche Verirrung. Hitler, Goebbels, Streicher, das war Gesindel – sagte der ehemalige preussische Richter zu einem meiner amerikanischen Freunde, aber Göring? Ein preussischer Offizier? Unbegreiflich!

Die Schwester meiner Mutter, natürlich auch «nicht-arisch», blieb unbehelligt, starb aber 1945 einen Hungertod im verelendeten Wien. Ihr Bruder, mein Onkel Werner Wolff, vormalig Kapellmeister an der Hamburger Oper und als Bruckner-Interpret bekannt, und seine nicht-arische Frau, die Mozart-, Händel- und Verdi-Sängerin Emmy Land, verloren Stellung und Pension und schufen sich eine bescheidene Existenz am Konservatorium von Chattanooga im Staate Tennessee. Eine Kusine, Elsa Wolff, deren Briefwechsel mit Romain Roland posthum veröffentlicht worden ist («Lettres à Fräulein Elsa»), beging Selbstmord vor dem Abtransport nach Auschwitz; eine andere entkam nach Paris, wo sie unter dem Pseudonym «La Louve» (die Wölfin) Kinderbücher illustrierte; eine dritte arbeitete als Masseurin in New York. Ihr Sohn, mein Vetter und Freund Henry Ehrmann, kam 1933 als Sozialdemokrat ins KZ, wurde überraschend entlassen, schlug sich bis 1940 irgendwie in Paris durch, entkam unmittelbar vor dem Einmarsch der deutschen Truppen und machte sich später als Professor für politische Wissenschaft

am renommierten Dartmouth College und als Autor eines viel zitierten Buchs über das politische System Frankreichs einen Namen. Vor kurzem verlieh ihm die Universität Mannheim ein Ehrendoktorat. Dagegen wurde eine andere Kusine meiner Mutter, die einen Holländer geheiratet hatte, von der Gestapo in Amsterdam verhaftet und in Auschwitz vergast.

Mein Vater, getaufter Jude, war in zweiter Ehe mit einer arischen Frau dänischer Nationalität verheiratet. Nach Verlust seiner Stellung als Chefarzt am Krankenhaus Lankwitz und seiner Lehrbefugnis an der Universität Berlin wanderte er schon 1934 im Alter von 64 Jahren nach USA aus. Er besaß die Energie, dort noch einmal eine Praxis aufzubauen, musste aber seine geliebte Lehr- und Forschertätigkeit aufgeben. Sein Bruder – der Potsdamer Orthopäde – fand Obdach in London bei einer dort verheirateten Tochter. Deren Bruder, auch Orthopäde, ging nach USA, bekleidete später einen hohen Posten in der amerikanischen Besatzungsarmee, lebte vor- und nachher in Texas, und war zweimal verheiratet, das zweite Mal mit einer Deutschen. Die Kinder aus beiden Ehen sind Amerikaner, ganz wie die meinen.

Wohl der tragischste Fall in meiner Familie war der Tod meines jüngeren Bruders, 22jährig, Medizinstudent wie ich, begabt, gutaussehend, etwas melancholisch, leidenschaftlicher Alpinist. Er hatte irgendeiner linksradikalen Gruppe angehört und konnte die eidesstattliche Erklärung, die jeder Student bezüglich etwaiger politischer Betätigung abgeben musste, nicht unterschreiben. Er verliess daher Deutschland im Sommer 1933 mit der Absicht, sein Studium in Padua fortzusetzen. Auf dem Wege dorthin machte er einen Abstecher in die Dolomiten, wo er gegen den Rat erfahrener Alpinisten eine Bergbesteigung unternahm und abstürzte. Er wurde als «jugendlicher deutscher Held, im Kampf mit den Mächten der Natur gefallen» – so der Ortsgruppenleiter der Faschisten und der eigens von Bozen entsandte Vertreter der NSDAP – in einem abgelegenen Gebirgsdorf *rite Catholico* begraben, eine dreifache Ironie des Schicksals: für einen jungen antifaschistischen nicht-arischen Agnostiker.

Meine eigene Geschichte ist schnell erzählt: Vor 1933 war ich völlig apolitisch, wählte die Sozialdemokraten, stimmte 1932 für Hindenburgs Wiederwahl als das kleinere Übel, und – wie so viele Intellektuelle – nahm ich Hitler nicht ernst. Er war offensichtlich ein Psychopath, wenn auch ein begabter, und würde nie an die Macht kommen, schon weil die Reichswehr es nicht dulden würde. Am 30. Januar 1933 wachte ich auf, dann aber gründlich. Ich hatte als 11-jähriger den Kapp-Putsch miterlebt und erinnerte mich an den Generalstreik, der den Staatsstreich in wenigen Tagen hatte scheitern lassen. Auch diesmal, so schloss ich, würden die Gewerkschaften streiken. Stattdessen konnten die Braun-

hemden mit Fackeln unbehelligt durch das Brandenburger Tor marschieren, und Tausende standen vor der Reichskanzlei, um den «Führer» zu bejubeln.

In dieser Nacht begriff ich, dass auch ich als apolitischer Medizinstudent einen Teil der Verantwortung dafür trug, dass jetzt jeder Einzelne die Pflicht hatte, aktiv Widerstand zu leisten. Aber wie? Ich trat einer Geheimorganisation bei in der Erwartung, für ein konkretes Programm – etwa Sabotage oder auch Gebrauch von Schusswaffen – geschult zu werden. Ich wurde Mitglied einer «Zelle». Wir waren zu fünft, kannten einander nur beim Vornamen und trafen uns in abgelegenen Stadtteilen. Aber statt praktische Möglichkeiten aktiven Widerstandes zu besprechen, drehte sich die Diskussion um marxistische Dialektik: War der Nationalsozialismus eine notwendige Phase der Weltgeschichte? War es richtig gewesen, dass die Kommunisten den Nazis im Reichstag Hilfestellung geleistet hatten bei der Zerstörung der Republik? War das kapitalistische System am Ende seiner Kräfte? ... und so weiter. Für dererlei Spekulationen wollte ich meine Haut nicht zu Markte tragen. Nach etwa drei Monaten trat ich aus. Was konnte ich nun noch als Einzelner ausrichten?

Kurz danach, im Sommer 1933, wurde ich ohne Begründung von der Universität Berlin gewiesen. Es muss irgendeine persönliche Rache im Spiel gewesen sein – der Student in SA-Uniform, der mir den Bescheid aushändigte, verweigerte mir eine Begründung. Bezeichnenderweise hatte ich unmittelbar danach keine Schwierigkeiten, mich an der Universität Bonn erneut zu immatrikulieren. Ich hätte dort mein Studium beenden können. Stattdessen verliess ich Deutschland im Oktober mit der festen Absicht, nie wieder zurückzukehren. Meine Gründe?

Erstens sah ich keine Zukunft für mich als Nicht-Arier im Dritten Reich. Zweitens war ich so abgestossen von dem Treiben der Nazis, dass ich Gefahr lief, mich durch irgendeine Äusserung oder Geste zu verraten. Drittens fühlte ich, dass ich meine Schuldigkeit als Deutscher getan hatte und mit gutem Gewissen den heimatlichen Staub von meinen Füßen schütteln konnte. Viertens war ich jung und in der glücklichen Lage, im Ausland weiterstudieren zu können. Der Abschied fiel mir nicht schwer; ich setzte mich in den Zug nach Prag und stieg sechs Stunden später als freier Mensch aus.

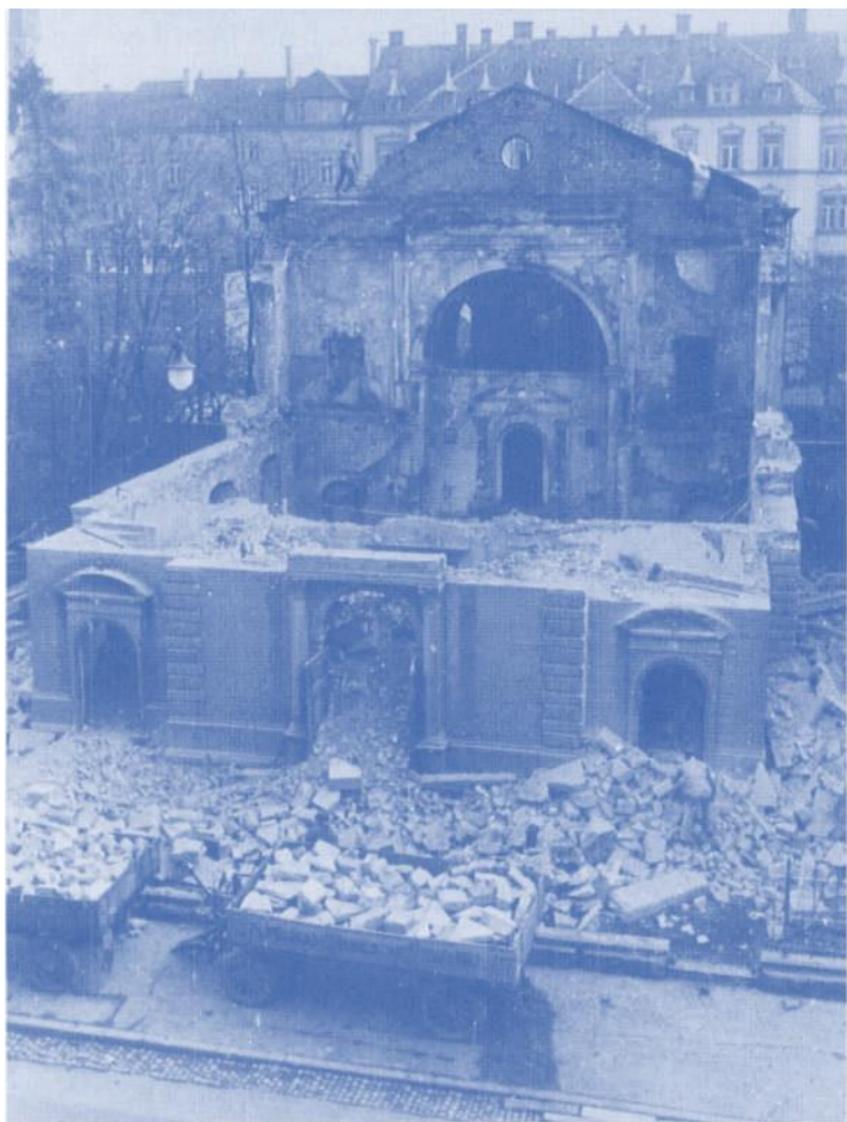
Fast wäre ich in der Tschechoslowakei geblieben; ich lernte die Sprache und fühlte mich dort heimisch. Es war mir in Aussicht gestellt worden, nach der Promotion zum Dr. med. ein Stipendium der Rockefeller Foundation zu bekommen und anschliessend Leiter der Kinderfürsorge für Minoritäten – Sudetendeutsche (!), Ungarn, Ruthenen etc. – zu werden. Doch es kam anders: Mein Vater hatte mir ein amerikanisches

Visum verschafft und drängte auf mein Kommen. Im August 1935 ging ich in New York an Land und erhielt meine weitere Ausbildung in Boston und in Chicago. Schliesslich kam ich nach Detroit, wo ich als Leiter der Laboratorien des Kinderspitals und Professor für Kinderheilkunde 35 Jahre verbrachte. Die letzten fünf Jahre meiner wissenschaftlichen Laufbahn war ich Direktor der Abteilung für Blutkrankheiten und Transfusionsforschung des National Heart, Lung and Blood Institute in Bethesda bei Washington. Ein akademisches Urlaubsjahr gab mir die Musse, historische Studien zu treiben und die Biographie eines vergessenen deutschen Pazifisten aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, Georg Friedrich Nicolai, zu schreiben. Die Parzen haben es gut mit mir gemeint.

Nach der Ankunft in USA gab ich den Gedanken, nach Prag zurückzukehren, bald auf. Aus der Entfernung konnte man schon damals ausmachen, wohin der Weg Europas führen würde: zur Barbarei, zur Ausrottung der Juden und anderer Minoritäten, zum Totalitarismus und zum totalen Krieg. Mussolinis abessinischer Feldzug, die Remilitarisierung des Rheinlands, der Spanische Bürgerkrieg, die Moskauer Schauprozesse, der japanische Einfall in China, der Anschluss und seine entsetzlichen Folgen für die österreichischen Juden; das Münchener Abkommen, die Besetzung des Sudetenlands und die Auslöschung der Tschechoslowakei; der Hitler-Stalin-Pakt und dann der Krieg, *Finis Poloniae*, Norwegen und Dänemark, Rotterdam und Coventry, London und Belgrad, Frankreich und Griechenland, Kreta und Nordafrika, und so fort bis zum bitteren Ende, und (quasi als Postskript) der Holocaust, die Bilder aus Auschwitz und all den anderen Lagern: In dieser Kette der Unmenschlichkeit war die «Kristallnacht» ein schauerliches Signal.

Ich lebe seit mehr als einem halben Jahrhundert in Amerika. Man wird verstehen, warum ich noch lange nach dem Ende des Dritten Reiches jede Erinnerung an meine deutsche Vergangenheit so radikal wie möglich unterdrückt habe. Ich mied jede Gelegenheit, deutsch zu sprechen oder auch nur zu hören, selbst wenn ich es mit deutschen Emigranten zu tun hatte. Als ich 1955 einer schweren Erkrankung meiner Mutter wegen nach Berlin kommen musste, wurde mir beim Klang der – trotz allem unvergessenen – Sprache buchstäblich übel. Erst in den sechziger Jahren kam ich freiwillig in die Bundesrepublik und fand Verbindungen zu einem neuen Typ von Deutschen, zumeist jünger als ich, moderne, westlich orientierte Europäer, eine Generation, die die Katharsis durchgemacht hat, zu der ihre Eltern nicht fähig waren. Neue Freundschaften bahnten sich an, und ich fühlte, dass ich wieder deutsch sprechen und schreiben konnte.

Der Hitlerismus war nicht eine Verirrung, er war die zentrale Katastro-



**Abb. 17:** Trümmer der während der «Reichskristallnacht» abgebrannten Synagoge in Konstanz.

phe des Jahrhunderts, eine Pervertierung der europäischen Kultur in ihrer Totalität. Er unterschied sich von anderen Spielarten des Faschismus nicht nur durch den Grad seiner Brutalität, sondern durch seinen absoluten Nihilismus, durch seine Verneinung aller Werte der Zivilisation. Die Veranlagung zum Bösen – Sadismus und Genozid – ist ein Erbteil der Menschheit, seit Kain seinen Bruder Abel tötete. Das Neue am Hitlerismus war der systematische Einsatz moderner technologischer und organisatorischer Methoden, die Paarung der niedrigsten Instinkte mit der höchsten Effizienz. Im Zeitalter der Kernwaffen (das zugleich ein Zeitalter des Nationalismus ist und ein Zeitalter des Obskurantismus zu werden droht) hängt der Fortbestand der Gattung *homo sapiens* von der Rückkehr zum rationalen Humanismus ab.

Hermann Graml

## Zur Genesis der «Endlösung»

In seinem 1977 erschienenen Buch «Hitler's War» hat David Irving behauptet, der «Führer» und Kanzler des nationalsozialistischen Deutschland habe die vom NS-Regime zwischen 1941 und Ende 1944 versuchte Ausrottung der im damaligen deutschen Macht- und Einflussbereich lebenden Juden keineswegs befohlen; er sei überhaupt erst im Oktober 1943, knapp zwei Jahre nach Beginn des Holocaust, über das Mordprogramm informiert worden, das Funktionäre wie Himmler und Heydrich bis dahin hinter seinem Rücken exekutiert hätten. Auch diese Funktionäre hätten aber die Judenvernichtung anfänglich nicht als bewusst anvisierte «Endlösung der Judenfrage» in Szene gesetzt, sondern als Ausweg gewählt, und zwar als den bequemsten Ausweg aus Verlegenheiten und Schwierigkeiten, die von der Durchführung eines schlecht geplanten und auf unvorhergesehene Hindernisse stossenden – von Hitler übrigens noch gebilligten – *Deportationsprogramms* verursacht worden seien.<sup>1</sup>

Als Martin Broszat wenig später in den «Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte» auf Irvings Herausforderung antwortete, hat er die Behauptung von der Unkenntnis des Diktators eindrucksvoll und überzeugend als historiographische Windbeutelei entlarvt, jedoch als Ergebnis seiner eigenen Analyse des Geschehens die These entwickelt, dass am Beginn der Judenvernichtung in der Tat weder ein Plan noch ein Befehl anzunehmen sei; vielmehr hätten sich zahlreiche isolierte Mordaktionen, allesamt tatsächlich Folgen der Unfähigkeit, mit den administrativen Problemen der Deportationen fertigzuwerden, allmählich zu einem Gesamtvorgang vereinigt, den schliesslich die Führung als «Endlösung» sanktioniert oder zur «Endlösung» stilisiert habe.<sup>2</sup> Der Holocaust erscheint hier als Resultat einer improvisierten Fluchtbewegung ratloser Bürokraten vor den Nöten eines ebenfalls improvisierten und angesichts des gewollten Umfangs ohnehin nicht beherrschbaren Deportationsvorhabens.

In einem Essay, den er in «Geschichte und Gesellschaft» veröffentlichte,

hat Hans Mommsen inzwischen die Interpretation Broszats nachdrücklich verteidigt und mit gewohnter intellektueller Brillanz auseinandergesetzt, warum sowohl ein schriftlicher wie auch ein mündlicher Befehl Hitlers als auslösendes Element der Judenvernichtung «grundsätzlich auszuschliessen» sei; die «Genocid-Politik», wie er den Massermord gleichwohl nennt, dürfe mitnichten als Realisierung eines Programms verstanden, sondern müsse als «perfekte Improvisation» angesehen werden.<sup>3</sup>

Solche Deutungen beruhen auf einigen Annahmen und Vorverständnissen, die eine genauere Betrachtung verdienen. Als erste und wichtigste Annahme ist die Vorstellung auszumachen, der nationalsozialistische Antisemitismus habe nicht notwendigerweise im Versuch zur Ausrottung der Juden enden müssen, grundsätzlich wäre auch eine andere «Endlösung» der selbstgeschaffenen «Judenfrage» möglich gewesen. Hans Mommsen sagt denn auch, «der Schritt zur Massenvernichtung» stehe «am Ende eines komplexen und durchaus offenen politischen Prozesses».<sup>4</sup> Damit ist nicht gemeint, dass erst eine Situation entstehen musste, die es den Nationalsozialisten erlaubte oder sie dazu verführte, den Genocid in Angriff zu nehmen. Dass eine politische Bewegung, die den Antisemitismus zu den zentralen Artikeln des Credo zählt, nur dann von Propaganda und terroristischen Einzelaktionen zu antijüdischer Politik überzugehen vermag, wenn ihr die Macht im Staat zufällt, dass ein von Antisemiten geführtes politisches Regime nur dann zu radikaleren und radikalsten antijüdischen Massnahmen fortzuschreiten vermag, wenn es die jeweils erforderliche innen- und aussenpolitische Handlungsfreiheit gewinnt, ist eine banale und überhaupt nicht strittige Einsicht. Hans Mommsen hingegen schätzt sogar die kombinierte Wirkung von Antisemitismus und solcher Handlungsfreiheit relativ gering ein. In seiner Erklärung des Holocaust geht es nicht einfach um den Fortfall von Hindernissen, sondern um mitverursachende und miterzwingende Faktoren, die im Laufe der Beweisführung allmählich fast grössere Bedeutung zu erlangen scheinen als der Antisemitismus selbst, jedenfalls im Hinblick auf den Genocid. So spricht er etwa von den «inneren Antagonismen des Systems», die «mögliche Optionen zunehmend verstellt» hätten.<sup>5</sup> Das ist freilich nicht recht überzeugend.

Der nationalsozialistische Antisemitismus ist als die Bündelung, Systematisierung und weltanschauliche Verabsolutierung jener Antisemitismen zu verstehen, die in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in die deutschen Führungsschichten, in das deutsche Mittel- und Kleinbürgertum und auch ins Bauerntum einzudringen begannen.<sup>6</sup> Anti-

semitismus trat damals stets in Verbindung mit antiliberalen und antimodernistischen Strömungen auf bzw. in Verbindung mit überhitztem Nationalismus und sozialdarwinistischem Rassismus, also mit Perversionen der politisch gescheiterten bürgerlichen Emanzipationsbewegung. Mithin ist der Antisemitismus zunächst vor allem durch einen historisch erklärbaren Unterschied zwischen der christlichen Majorität und der jüdischen Minorität verursacht worden. Während die Majorität seit der Niederlage der Liberalen im preussischen Verfassungskonflikt und namentlich seit dem Krieg von 1870/71 eine tiefe Krise der bis dahin dominierenden liberalen Prinzipien erlebte, in der sie schliesslich dazu kam, jeder modernisierenden Veränderung auf geistigem, politischem und zum Teil auch wirtschaftlichem Felde mit Misstrauen, Ablehnung oder Feindschaft zu begegnen und drohenden Veränderungen mit Angst entgegenzusehen, hat eine Mehrheit der jüdischen Minorität, die seit Anfang der siebziger Jahre endlich wenigstens rechtlich gleichgestellt war, fast alle Formen modernisierender Veränderungen begrüsst, sich an Modernisierungsprozessen beteiligt und für deren Fortsetzung gewirkt. Aus diesem Unterschied in Entwicklungsrichtung oder doch Entwicklungstempo, namentlich aus dem jüdischen Vorsprung in emanzipatorischem Denken und Handeln, erklärt es sich, dass viele Deutsche die Juden als Symbolfiguren geistiger, politischer und wirtschaftlicher Prozesse zu sehen begannen, die ungeliebt und unbegriffen blieben, die sogar als krankhafter Verfall der Nation gedeutet wurden, dass manchen Deutschen die Juden bald nicht mehr allein als Symbolfiguren, sondern als Urheber solcher Prozesse galten.

Schon in den siebziger und achtziger Jahren tauchten daher mit Wilhelm Marr, Eugen Dühring, Adolf Wahrmund und Paul de Lagarde die ersten Theoretiker des Antisemitismus auf, die das Judentum zum bösen Prinzip der Weltgeschichte stilisierten und die Juden zu Krankheitserregern im Volkskörper erklärten, denen das Menschsein abgesprochen werden müsse. Folgerichtig forderten sie eine Bekämpfung der Juden, die selbst mit den härtesten Kampfformen, die wir von bittersten Gruppenkonflikten in einem Staat kennen, nichts mehr zu tun hatte, sondern als Ausmerzung von Schädlingen erschien, als Beseitigung einer ungewöhnlich gefährlichen geistigen und politischen Umweltverschmutzung. Dieser Antisemitismus war etwas ganz anderes als zuvor der religiös begründete Antijudaismus, der die Juden wohl ausserhalb der christlichen Ständegesellschaft gehalten und gelegentlich verfolgt, in ihnen aber stets Menschen gesehen hatte, die grundsätzlich zum Eintritt in die Christenheit durch die Taufe fähig seien. Der moderne Antisemitismus war für die Juden weit bedrohlicher. Indem er sie zu Erregern von Verfallsprozessen stempelte, sprach er ihnen notwendigerweise

Eignung und Fähigkeit zur Wandlung und zum Eintritt in die Gesellschaft, d.h. hier in die deutsche Nation, ab. Die Entwicklung des Antisemitismus fand infolgedessen mit der fortschreitenden Assimilation der deutschen Juden gerade nicht ihr Ende. Wer sich auf diese inhumane Perversion einer politischen Heilslehre eingelassen hatte, befreite sich nämlich nicht nur von der Notwendigkeit, die eigene Anschauung vor sich selbst durch die Existenz einer realen Judenfrage im Sinne eines Minderheitenproblems legitimieren zu müssen, sondern fühlte sich gerade von einem positiven Gang der Assimilation bestätigt und zu höchster Kampfbereitschaft gereizt, weil er Fortschritte der Assimilation allein als fortschreitende Zersetzung des Volkskörpers und als Machtgewinn für das Judentum zu interpretieren vermochte.

Vor allem ergab sich aus dem Wesen des modernen Antisemitismus, dass er offensichtlich durch keine begrenzte Regelung der selbstgeschaffenen Judenfrage zu saturieren war. Weder eine Zurückdrängung des sogenannten jüdischen Einflusses noch selbst die totale Aufhebung der Emanzipation konnten genügen. Es ist bezeichnend, dass die Wortführer des Antisemitismus kein klares Programm einer antijüdischen Politik formulierten. Wohl sprachen sie nicht selten davon, dass die Juden unter Fremdenrecht gestellt oder interniert werden müssten, doch liessen sie keinen Zweifel daran, dass dies nur ein erster Schritt sein könne. Wie Lagarde schrieb: «Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen, sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet.» Der moderne Antisemitismus zielte also von Anfang an tendenziell auf Vertreibung oder Ermordung, und Ermordung stellte das logischere Ziel dar, nicht allein weil Vertreibung das Problem ja lediglich räumlich verlagerte und dabei zu einer unerwünschten Zunahme des jüdischen Einflusses in anderen Ländern führen konnte, sondern weil im antisemitischen Weltbild in der Tat bereits die blosse physische Existenz von Vertretern der Gegenrasse, wo immer sie auch zu beobachten war, als bedrohlich und unerträglich empfunden werden musste.

Die Nationalsozialisten haben diesen Antisemitismus übernommen und fortgesetzt, ohne ihm neue ideologische Elemente zu geben. Indes gewannen sie einige zusätzlich aktivierende Impulse, indem sie, wie das etwa in den Schriften Hitlers und Rosenbergs geschah, den Antisemitismus unauflöslich mit einer sozialdarwinistisch grundierten Rassentheorie verquickten, im Bolschewismus das sozusagen neueste Werkzeug der Gegenrasse entdeckten und ihre gesamte politische Programmatik um ein antisemitisches Dogma gruppierten, um das Dogma von der Verschwörung des internationalen Judentums zur Vernichtung der «arischen» Rasse.<sup>8</sup> Mit anderen Worten: Ohne dass dies jedem einzelnen

Nationalsozialisten bewusst zu sein brauchte, musste die grundsätzliche Unfähigkeit zu einer begrenzten Regelung der Judenfrage in die antisemitische Heilslehre der NSDAP noch fester eingebaut sein als in die programmatischen Entwürfe der Vorläufer.

Nach dem 30. Januar 1933, als die Machtübernahme die zuvor unverbindlich verfochtene Heilslehre in eine politische Handlungsanleitung verwandelte, hat sich das vollauf bestätigt.<sup>9</sup> In den achteinhalb Jahren bis zum Beginn der «Endlösung» bestand das charakteristische Merkmal nationalsozialistischer Judenpolitik darin, dass alle antijüdischen Massnahmen oder Massnahmenbündel, die jeweils als Lösung der Judenfrage vorgestellt und bis dahin stets auch von einem Teil der NS-Bewegung selbst in diesem Sinne aufgefasst worden waren, sich als blossе Etappen erwiesen, hinter denen sich, kaum waren sie erreicht, sofort noch endgültigere Lösungen abzeichneten, die sich dann bei ihrer Realisierung wiederum nur als Nahziele entpuppten. Noch während die erste Phase nationalsozialistischer Judenverfolgung, die im Zeichen der Verdrängung der deutschen Juden aus Politik, öffentlichem Dienst und einigen freien Berufen stand, ihrem Abschluss zuzuging, tauchte allenthalben die Forderung nach der totalen Isolierung der deutschen Juden auf.<sup>1</sup> Als Hitler diese Forderung im September 1935 mit dem Erlass der «Nürnberger Gesetze» befriedigte, läutete er selbst bereits im Augenblick der Verkündung die nächste Runde ein. Zwar bezeichnete er in Nürnberg das «Reichsbürgergesetz», das die politische Entrechtung der deutschen Juden vollendete, und das «Blutschutzgesetz», das alle sexuellen Beziehungen zwischen Juden und sogenannten «Deutschblütigen» als «Rassenschande» zum Verbrechen erklärte, als «endgültige Regelung der Judenfrage», doch setzte er hinzu, falls diese «einmalige säkulare Lösung» scheitern sollte, müsse das Problem zur definitiven Bewältigung aus der Zuständigkeit des Staates genommen und der NS-Bewegung übertragen werden.<sup>11</sup> Tatsächlich sahen die folgenden Jahre eine wütende Kampagne unter der Parole «Juden raus aus der Wirtschaft», und schon 1937 und 1938 sind umfassende Vorbereitungen und praktische Massnahmen zur Enteignung der Juden zu konstatieren.<sup>12</sup> Was aber ist zu bemerken, als der Pogrom vom November 1938, die «Reichskristallnacht», das Signal zur Vollendung einer ungehemmten Enteignungspolitik gab? Am Ende einer Konferenz, bei der am 12. November 1938 der neue Kurs festgelegt und eine Fülle weiterer Diskriminierungen der Juden beschlossen wurde, sagte der Vorsitzende, Hermann Göring: «Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in aussenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, dass auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine grosse Abrechnung an den Juden zu vollziehen.»<sup>13</sup>



**Abb. 18:** Brennende Synagoge in Heidelberg am Morgen des 10.11.1938.

Welche Steigerung der Verfolgung konnte der zweite Mann des Regimes eigentlich noch im Auge haben? Sicherlich nicht irgendwelche Wanderbewegungen der im deutschen Machtbereich lebenden Juden. Im Vergleich zu der Existenz, zu der die Juden Deutschlands und Österreichs jetzt ohnehin verurteilt waren, brachten solche Bewegungen keine Verschlechterung ihrer Lage, als Auswanderung sogar eine Verbesserung. Es ist richtig, dass das Regime in jenen Monaten die Auswanderung zum obersten Ziel nationalsozialistischer Judenpolitik erklärte und begrenzte Austreibungsaktionen tatsächlich in Gang setzte.<sup>14</sup> Als politisches Motiv trat dabei die Überlegung auf, durch den Export mittelloser Juden sei in den Aufnahmeländern Antisemitismus zu stimulieren. Der eigentliche Grund ist jedoch auch hier wohl darin zu vermuten, dass der Drang zur Aktivität gegen den jüdischen Erzfeind eben durch keine Massnahmen befriedigt zu werden vermochte, die noch in die Form von Gesetzen oder Verordnungen zu fassen waren. Indes ist deutlich zu sehen, dass die Austreibung in diesem Sinn lediglich als Notbehelf empfunden wurde, als eine durch aussenpolitische Rücksichten, nämlich durch die Hoffnung auf britische und französische Tolerierung der deutschen Ostexpansion, erzwungene Bescheidung. Hitler ist gerade damals Auswanderungsprojekten, die für die Gesamtheit der deutschen Juden konzipiert wurden, beharrlich und mit fadenscheinigen Argumenten ausgewichen, so am 24. November 1938 in einer Unterhaltung mit dem südafrikanischen Minister Pirow,<sup>15</sup> und Heydrich hat auf der Wannseekonferenz im Januar 1942 die Politik der Austreibung rückblickend unzweideutig als einen Kurs charakterisiert, dessen «Nachteile ... angesichts des Fehlens anderer Lösungsmöglichkeiten vorerst» hätten «in Kauf genommen werden» müssen.<sup>16</sup> Görings Satz kann folglich nur als Indiz dafür verstanden werden, dass nach der Entrechtung und Enteignung der Juden sofort und in logischer Entfaltung der Entwicklungsgesetze des nationalsozialistischen Antisemitismus als nächstes und eigentliches Ziel die Ausrottung denkbar und wünschbar wurde. Es ist bezeichnend, dass wenige Wochen nach der Äusserung Görings auch Hitler erstmals von Vernichtung der Juden sprach, noch dazu in einer Unterredung mit einem ausländischen Politiker, nämlich dem tschechoslowakischen Aussenminister Chvalkovsky.<sup>17</sup>

In den Stationen der nationalsozialistischen Judenverfolgung haben wir also keineswegs einen Prozess der Radikalisierung vor uns, sondern lediglich den Reifungs- und Entfaltungsprozess einer ihrem Wesen nach radikalen Überzeugung, die freilich erst alle jene als Radikalisierung erscheinenden Etappen durchlaufen musste, ehe sie ihre Anlage gänzlich freisetzen und ihre eigentliche Bestimmung erreichen konnte. Konkret heisst das: Obwohl weder Hitler noch sonst ein Nationalsozialist schon

1933 fähig gewesen wäre, den Befehl zum Massenmord an den Juden zu geben, so war doch ein solcher Befehl, die erforderliche Macht vorausgesetzt, zu irgendeinem späteren Zeitpunkt unausweichlich.

In Deutungen, wie sie Martin Broszat und Hans Mommsen vorgelegt haben, wird aber nicht allein das Wesen des nationalsozialistischen Antisemitismus verkannt, sondern auch seine Bedeutung als Antriebs-element nationalsozialistischer Politik unterschätzt. Da einerseits die ungeheure Fülle programmatischer antisemitischer Äusserungen zu blosser Metaphorik erklärt und andererseits fast jede Form antijüdischer Aktivität aus strukturellen Bedingungen des NS-Systems abgeleitet wird, gerät der Antisemitismus selbst unversehens zu einem schwächlichen Gebilde, dem die Fähigkeit, den politischen Kurs des NS-Regimes und das politische Handeln von Nationalsozialisten mitzubestimmen, nicht zugebilligt werden kann. Jedoch ist gerade in diesem Fall kein plausibler Grund zu erkennen, warum an der Macht der Überzeugung bis hart an die Grenze zur Leugnung gezweifelt wird.

In seinem grossen Essay «Weltanschauung und Endlösung» hat Erich Goldhagen mit treffenden Argumenten und soliden Belegen dargetan, dass sowohl die zentrale Stellung des Antisemitismus im nationalsozialistischen Weltbild wie der dominierende Einfluss des Antisemitismus auf das Denken und Handeln der nationalsozialistischen Führungsschicht ausser Frage stehen.<sup>15</sup> Nur die Kraft einer aussergewöhnlich stark entwickelten Überzeugung vermochte der Judenverfolgung durch die Nationalsozialisten eine Dynamik zu geben, die wieder und wieder mit aussenpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen in Konflikt geriet und solche Interessen oft genug verletzte oder völlig ignorierte. Weiche Dynamik und welche Konsequenz hier am Werke waren, lässt sich ermessen, wenn man sich vor Augen hält, dass der ungeheuerliche Vorgang, mit dem wir es zu tun haben, von der Aufhebung der Emanzipation über die Entrechtung und Pauperisierung der Juden bis zum Beginn der «Endlösung», in achteinhalb Jahren ablief. Selbstverständlich sind Antisemitismus und antijüdische Aktivitäten auch zur Integration der ja recht heterogenen NS-Bewegung und zur Verschleierung oder Überspielung der mangelnden politischen Konstruktivität des Regimes benutzt worden. Gelegentlich wirkten ferner der Ehrgeiz und die Profilierungssucht rivalisierender Funktionäre, und bei der sogenannten «Arisierung» jüdischen Vermögens spielte staatliche wie individuelle Besitzgier keine geringe Rolle. Aber derartige Phänomene sind doch wohl als Sekundärprozesse bzw. als blosser Begleiterscheinungen aufzufassen; sie waren nicht Schöpfer, sondern Geschöpfe der Judenverfolgung, und wenn sie ab und an eine gewisse Schubkraft auszuüben



**Abb. 19:** Versteigerung jüdischen Eigentums nach einer Deportation, Hanau 1942.

vermochten, so doch nur deshalb, weil die vom antisemitischen Glaubensbekenntnis diktierte Dynamik der Entwicklung ohnehin zu immer noch radikaleren Massnahmen drängte.

Hans Mommsen zieht freilich sogar den Antisemitismus des Führungspersonals der «Endlösung» in Zweifel. «Wir wissen», so schreibt er, «dass viele der für die ‚Endlösung‘ verantwortlichen Funktionäre nicht primär antisemitisch indoktriniert waren... Technokratisch-subalternen Einstellungen kommt ein ebenso grosses Gewicht zu wie rassenpolitischer Verblendung oder blosser Übernahme der nationalsozialistischen antijüdischen Klischees.»<sup>19</sup> Sieht man sich jedoch die Lebensläufe der Führungskader im Reichssicherheitshauptamt, bei den Einsatzgruppen und in den Vernichtungslagern an,<sup>20</sup> so springt in die Augen, dass es sich bei einer eindeutigen Majorität, von Stahlecker über Ohlendorf bis Globocnik, sehr wohl um in der Wolle gefärbte Nationalsozialisten handelte, ja um eine Elite vielfach erprobter NS-Aktivisten, die den erhaltenen

Befehlen in ideologisch und politisch – nicht nur funktional – begründeter Zuverlässigkeit gehorchten. Höss, der Kommandant von Auschwitz, hatte seine «Weltanschauung», wie etwa auch Bormann, im Dunstkreis von Freikorps, Schwarzer Reichswehr und Fememördern geformt,<sup>21</sup> und welcher mörderischer Antisemitismus dort virulent war, lehrt z.B. ein Blick in die Briefe der Erzberger-Attentäter, die Gotthard Jasper schon vor mehr als zwanzig Jahren in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte ediert hat.<sup>22</sup> Adolf Eichmann wiederum, der Organisator der Transporte in die Todeslager, kam aus der österreichischen NSDAP, die sich durch einen besonders bösartigen Antisemitismus auszeichnete.

«Nahezu unerklärlich» findet es Hans Mommsen, dass sich die «Anführer und Mitglieder der Einsatzgruppen» zu ihrem Mordhandwerk «hergaben».<sup>23</sup> Tatsächlich ist aber zu erkennen, dass sich bei jenen Kadern bereits zwischen «Kristallnacht» und Kriegsausbruch ein solches Verlangen nach antijüdischer Aktivität angestaut hatte, dass sie Weisungen zu entsprechendem Vorgehen geradezu mit Ungeduld entgegenfieberten. So kam es in den Wochen und Monaten nach dem Überfall auf Polen, obwohl lediglich ein Befehl zur Liquidierung der polnischen Führungsschicht gegeben worden war, zu zahllosen Erschiessungen einzelner Juden und zu einigen grösseren Massakern; die Äusserungen, die Kommandeure von SS- und Polizeiverbänden gegenüber Heeresoffizieren machten, sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache.<sup>24</sup> Wenn der diagnostizierbare Vernichtungswille noch mühsam in Schach gehalten wurde, so lag das – vermutlich – zum einen an der bis zum Sommer 1940 lebendigen Hoffnung Hitlers, von Grossbritannien vielleicht doch die Anerkennung der deutschen Herrschaft auf dem Kontinent erreichen zu können, und zum anderen an der Unruhe, die Heydrichs Aktivität in der Armee provoziert hatte.<sup>25</sup> Wie stark aber die Tendenz zum Massenmord inzwischen geworden war, zeigt nicht zuletzt der im Sommer 1940 vom Auswärtigen Amt konzipierte und vom Reichssicherheitshauptamt detailliert ausgearbeitete «Madagaskar-Plan», der meist als letzte Manifestation einer Politik der Auswanderung begriffen wird. In Wirklichkeit ist der Plan als Ausdruck von Vernichtungswillen zu interpretieren, eines Vernichtungswillens freilich, der noch auf Gewehre und Gas verzichtete und mit den Kräften der Natur arbeiten wollte. Hinter dem Plan stand offenkundig die Erwartung, dass die europäischen Juden – wir haben es hier ja auch mit der ersten gedanklichen Ausweitung der NS-Judenverfolgung auf den ganzen Kontinent zu tun – elend zugrunde gehen müssten, wenn man sie ohne vernünftige Arbeitsmöglichkeiten auf einer der ungesündesten Inseln dieser Erde zusammenpferchte.<sup>26</sup>

Die Erklärungsmodelle Martin Broszats und Hans Mommsens basieren zweitens, allerdings unausgesprochen und vielleicht auch unbewusst, auf der Annahme, die Führer des NS-Regimes hätten ein vom späteren Genocid klar zu unterscheidendes Deportationsprogramm mit der politischen und militärischen Zielsetzung des «Unternehmens Barbarossa» zunächst noch für vereinbar gehalten. Nun ist ein blosses Deportationsprogramm doch wohl zugleich Programm einer Ansiedlung, in welcher Form auch immer. Der Krieg gegen Russland war aber, wenn man von den politischen und militärischen Motiven, die sich nach der Niederlage in der Luftschlacht um England und nach dem Verzicht auf eine Invasion Grossbritanniens ergaben, einmal ebenso absieht wie von der antibolschewistischen Komponente, als Eroberungs- und Ausbeutungskrieg im Dienst eines biologischen Imperialismus konzipiert.<sup>2</sup> Wer in Deutschland mit der Planung dieses Unternehmens zu tun hatte, ob in der militärischen Führung, in den beteiligten Wirtschaftsstäben, im eben geschaffenen Ostministerium oder im Reichssicherheitshauptamt, der wusste sehr gut, dass bei der Besetzung, der Sicherung und der weiteren Ausbeutung der sowjetischen Territorien und ihrer Ressourcen nicht allein die Beseitigung der Funktionäre des stalinistischen Systems, sondern die Dezimierung der Bevölkerung um rund 40 Millionen Menschen einkalkuliert war.<sup>28</sup> Trotzdem sollen Hitler und die übrigen Planer daran gedacht haben, in dem zu erobernden Raum sofort wieder ausgerechnet etliche Millionen Vertreter des jüdischen Erzfeinds auf Dauer anzusiedeln? Das ist nicht sehr wahrscheinlich. Ferner rechnete man in Berlin damit, dass der militärische Sieg über die Rote Armee nicht unbedingt das Ende aller Kampfhandlungen bringen werde; man war durchaus darauf gefasst, an einer unsicheren Grenze zum asiatischen Russland einen jahrelangen Kleinkrieg führen zu müssen. Trotzdem soll beabsichtigt gewesen sein, hinter dieser Grenze in den ohnehin schwer zu sichernden riesigen russischen Gebieten Millionen der gefährlichsten Feinde der «arischen» Rasse und des Dritten Reiches permanent unterzubringen? Das ist noch weniger wahrscheinlich, ob man an Hitler selbst oder an die höchst sicherheitsbewussten Chefs von Gestapo, SD und Ordnungspolizei denkt.

Zahlreiche Indizien und simple Logik nötigen zu dem Schluss, dass Himmler und Heydrich, als sie im Herbst 1941 die an der europäischen Gesamtlösung der «Judenfrage» jetzt zu beteiligenden Reichsressorts erstmals zu einer Koordinierungskonferenz einladen, sich bereits seit längerem darüber im Klaren waren, wie Auftrag und Konzept für die gestellte Aufgabe aussahen.<sup>29</sup> Just zu dieser Zeit hat der in solchen Dingen gut unterrichtete Generalgouverneur in Polen, Hans Frank, als er in einer Besprechung die kommende jüdische Wanderbewegung

erwähnte und dabei auch auf die inzwischen auf den 20. Januar 1942 verschobene Koordinierungskonferenz einging, die mit ihr verbundenen Grundabsichten enthüllt. Er stellte die Frage: «Aber was soll mit den Juden geschehen?» Und er antwortete sich selbst mit der rhetorischen Bemerkung: «Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen?» Anschliessend sprach er, zwar schauernd und nicht ohne Zweifel, ob ein so gigantisches Werk gelingen könnte, von «Eingriffen», die «irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen» würden.<sup>30</sup>

Auch auf der Wannseekonferenz sind offensichtlich keine Ansiedlungskonzeptionen erörtert worden. An dem von Eichmann geschriebenen Protokoll ist vielmehr vor allem bemerkenswert, dass, soweit Heydrichs Planung der «Endlösung» wiedergegeben wird, mit keiner Silbe von arbeitsunfähigen Juden und von Kindern die Rede ist.<sup>31</sup> Deren Ermordung war offenkundig selbstverständlicher Bestandteil oder Ausgangspunkt des Plans; das Konzept der «Vernichtung durch Arbeit», wenn man es einmal in der Form ernst nimmt, in der es im Protokoll erscheint, war ausdrücklich und logischerweise auf die arbeitsfähigen Juden beschränkt. Dass die anderen Teilnehmer der Konferenz die Ermordung der arbeitsunfähigen Juden ebenfalls als beschlossene Sache betrachteten, bezeugen die im Protokoll festgehaltenen Bemerkungen des Staatssekretärs Bühler<sup>32</sup> und die lange nach dem Krieg in Jerusalem gemachten Aussagen des Protokollanten.<sup>33</sup> Mit anderen Worten: Zwischen der Praxis in Lagern wie Auschwitz-Birkenau oder Majdanek und der im Wannseeprotokoll sichtbar werdenden Planskizze ist keine grundsätzliche Divergenz festzustellen. Und die Leitgedanken dieser Skizze müssen, um das nochmals zu betonen, seit geraumer Zeit fixiert gewesen sein.

Als dritte Annahme fungiert bei Martin Broszat und Hans Mommsen notwendigerweise die Behauptung, die mit Beginn des Angriffs auf Russland einsetzende Tätigkeit der sogenannten Einsatzgruppen dürfe, obwohl sie den Massenmord an den Juden der eroberten sowjetischen Territorien einschloss, nicht als die erste Phase der «Endlösung» verstanden werden. Auch die Judenmassaker der Einsatzgruppen müssten, wie die Liquidierungspraxis gegen sowjetische Funktionäre, noch als Teil der Kriegführung gesehen werden, da die Nationalsozialisten eben Bolschewismus und Judentum gleichgesetzt hätten.<sup>34</sup> Daher seien die Begründungen, die in den Meldungen der Einsatzgruppen für die Erschiessung von Juden gegeben wurden, durchaus notwendig gewesen, also die jeweils behauptete deutschfeindliche Einstellung der Juden, ihre Sabotagetätigkeit oder ihre Unterstützung der Partisanen. Habe sich eine

geplante Aktion nicht mit einer solchen Begründung oder wenigstens mit Vergeltung rechtfertigen lassen, sei sie unterblieben;<sup>35</sup> bloss «rassische» Argumentation sei sorgsam vermieden worden.<sup>3\*1</sup> Bezeichnend sei ferner, dass man die Aktivitäten der Einsatzgruppen auf den «Kommissarbefehl» gestützt habe, d.h. auf eine Weisung zur Kriegführung.<sup>37</sup> Nun hatten die Einsatzgruppen den mündlichen Befehl erhalten, alle Juden, ob Greis, ob Kind, ob Mann, ob Frau, zu erschiessen,<sup>38</sup> und solche Totalität eines Vernichtungsauftrags ist vor Beginn eines Feldzugs schwerlich von noch so weit ausgelegten Interessen und Bedingungen selbst einer völlig ausser Rand und Band geratenen Kriegsplanung abzuleiten. Als dieser Befehl im Frühjahr 1941 erteilt wurde, war von Partisanen oder der Notwendigkeit von Vergeltungsaktionen noch nichts zu sehen; vielmehr sprachen die bis dahin mit den polnischen Juden gemachten Erfahrungen keineswegs dafür, dass mit speziell jüdischem Widerstand zu rechnen sei. Das entlarvt zumindest die Detailbegründungen in den Meldungen der Einsatzgruppen als simple Sprachregelung;<sup>39</sup> ohnehin waren diese Begründungen monatelang derart stereotyp, dass sie jede Glaubwürdigkeit einbüssen. Ausserdem ist darauf hinzuweisen, dass die Einsatzgruppe B gerade in den ersten Wochen des Feldzugs, ehe ihr Chef offenbar ermahnt wurde, sich an die Sprachregelung zu halten, in grossem Stil Juden erschossen hat, ohne in den Meldungen überhaupt eine Begründung zu nennen/<sup>1</sup> und dass im weiteren Verlauf des Krieges, etwa seit der Jahreswende 1941/42, sehr wohl rein «rassische» Begründungen auftauchen.<sup>41</sup>

Was schliesslich den Kommissarbefehl angeht, so ist zu sagen, dass es sich mitnichten um eine Weisung an die Einsatzgruppen handelte, sondern um eine Weisung an die Armee. Der Armee wurde darin befohlen, dass sie bestimmte Kategorien von Kommissaren zu erschiessen habe. Ferner wurde ihr mitgeteilt, dass im sogenannten Ostraum Einsatzgruppen genannte Sonderformationen des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei Spezialaufgaben zu erfüllen hätten, und zwar in eigener Zuständigkeit. Gewiss war diese Passage auch Teil einer den Organen Himmlers gegebenen Ermächtigung, aber doch nur im Hinblick auf ihr Verhältnis zu den militärischen Befehlshabern, als Fixierung der Unabhängigkeit vom Militär;<sup>42</sup> eine ähnliche Ermächtigung erhielt Himmler im Hinblick auf die dem Ostministerium nachgeordneten Reichs- und Generalkommissare.<sup>43</sup> Auf Grund welcher Weisungen diese Einsatzgruppen operieren oder gar wie ihre Weisungen inhaltlich aussehen würden, ist dagegen im Kommissarbefehl mit keinem Wort spezifiziert.

Im Übrigen sollte bei dieser Frage das Selbstverständnis der Akteure nicht ignoriert werden. Am 6. August 1941 nahm Stahlecker, Chef der

Einsatzgruppe A, zu vorläufigen Richtlinien für die Behandlung des «Judenproblems» Stellung, die im Reichskommissariat Ostland formuliert worden waren.<sup>44</sup> In seiner Kritik an den Richtlinien warf Stahlecker dem Reichskommissar vor, an eine vorläufige «Regelung der Judenfrage» zu denken, die den im Generalgouvernement entstandenen Verhältnissen entspreche. Das sei schon deshalb falsch, weil im ungesicherten Ostraum noch auf lange Zeit mit Unruheherden gerechnet werden müsse und die Juden zweifellos als Unruhestifter auftreten würden. Das Konzept des Reichskommissars sei aber auch deshalb abzulehnen, weil es, so wörtlich, «davon absieht, die im Ostraum erstmalig mögliche radikale Behandlung der Judenfrage ins Auge zu fassen». Die Sicherheitspolizei habe in dieser Hinsicht von höherer Stelle «grundsätzliche Befehle» erhalten, die «schriftlich nicht zu erörtern», sondern nur mündlich mitzuteilen seien. Zugleich verknüpfte Stahlecker jene «grundsätzlichen Befehle» ganz selbstverständlich mit der, wie er schrieb, «Gesamtreinigung des europäischen Raumes von allen Juden», von der er offensichtlich annahm, dass sie in nächster Zukunft «spruchreif» werde. Schon immer war die Annahme wenig einleuchtend, dass die nationalsozialistische Führung zwar die Juden der Sowjetunion ausrotten, aber alle anderen Juden im deutschen Machtbereich am Leben lassen und mit ihnen sogar die eben leergemordeten östlichen Räume wieder füllen wollte. Indes machen Stahleckers Sätze den Hinweis auf die innere Unwahrscheinlichkeit und auch die psychologische Unmöglichkeit eines partiellen Ausrottungsbefehls überflüssig. Sie beweisen schlagend, dass das Führungspersonal der Sicherheitspolizei auf Grund mündlicher Erläuterung des gegebenen Auftrags schon zu Beginn des deutschen Angriffs auf Russland die Gewissheit hatte, mit dem Massnmord an den sowjetischen Juden einen Beitrag zu einer neuartigen und von konkreten Sicherheitsinteressen des Deutschen Reichs völlig unabhängigen «Lösung der Judenfrage» zu leisten. Für diese Eingeweihten stand gleichermassen fest, dass ihr Beitrag nur als erster Akt einer im Prinzip gleichartigen Gesamtlösung in europäischem Massstab gedacht war, die sich bereits im Planungsstadium befand. Wenn aber Heydrich die Chefs seiner Einsatzgruppen in solchem Sinne instruiert hat, so konnte er das nur in Kenntnis und kraft einer grundsätzlichen Entscheidung Hitlers tun, die eine gewisse Zeit zuvor getroffen worden sein muss. Diese zwingende Folgerung passt exakt zu den Aussagen, die Höss und Eichmann nach dem Krieg gemacht haben.

Dass Hitler irgendwann im Frühjahr 1941, ehe Heydrich im Mai und Juni die Stahleckers, Ohlendorfs und Blumes unterrichtete, den Auftrag zur Vorbereitung des Genocids gegeben haben muss, ist nicht überzeugend

mit dem Argument zu bezweifeln, im Führerhauptquartier sei, wie Hans Mommsen schreibt, «weder amtlich noch privat» über die Judenvernichtung gesprochen worden.<sup>45</sup> Das ist allein schon mit etlichen Eintragungen in den Tagebüchern von Goebbels zu widerlegen.<sup>46</sup> Wenn Hitler in seinen «Tischgesprächen» nur vage und mit vielen hochgestellten Besuchern gar nicht über die «Endlösung» gesprochen hat, so erklärt sich das ganz einfach daraus, dass für die Behandlung der Juden inzwischen ausschliesslich die von der SS aufgesogene Polizei zuständig war. Dass Hitler aber mit dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei über die «Endlösung» und einzelne ihrer Teilaktionen gesprochen hat, so am 30. November 1941, am 7. Oktober 1942 und am 19. Juni 1943, ist mit entsprechenden Notizen Himmlers sehr wohl nachzuweisen.<sup>47</sup> Noch weniger stichhaltig ist das Argument, Himmler habe sich doch im Grunde nie auf einen «Führerbefehl» berufen.<sup>48</sup> Es lassen sich mindestens fünf Reden zitieren, in denen Himmler vor Gauleitern, Generälen und anderen Zuhörern unmissverständlich feststellte, dass er bei der Judenvernichtung auf Befehl handle,<sup>49</sup> und wenn man es aus irgendwelchen Gründen verschmäht, die bestätigenden Zeugnisse von Höss und Eichmann zu akzeptieren,<sup>50</sup> bleiben doch die Aussagen von Bruno Streckenbach, Amtschef im Reichssicherheitshauptamt und verantwortlich für die Auswahl des Einsatzgruppen-Personals, bzw. von Gottlob Berger, Chef des SS-Hauptamts, die beide zu Protokoll gaben, dass sich Himmler ihnen gegenüber auf einen Befehl Hitlers berufen habe.<sup>51</sup> Im Übrigen hat Himmler bereits am 28. Juli 1942 in einer Mitteilung an das Ostministerium gesagt: «Die Durchführung dieses sehr schweren Befehls hat *der Führer* auf meine Schultern gelegt.»<sup>52</sup>

Hitlers eigene Verwendung von Termini wie «Vernichtung», «Ausrottung» und «Beseitigung» als realitätsferne Metaphorik zu bezeichnen<sup>55</sup> oder aber als kalkulierte Drohung an die Adresse der Westmächte, d.h. als Ausdruck der Absicht, die Juden als Geiseln zu benutzen,<sup>54</sup> findet ebenfalls keine rechte Stütze in der damaligen Wirklichkeit und in den überlieferten Quellen. Die erste Interpretation ist nichts anderes als ein dezisionistischer Akt des nachlebenden Historikers, und das Geiselnprinzip taucht lediglich in internen Überlegungen und etwas schemenhaft in Hitlers Rede vom 30. Januar 1939 auf; ansonsten ist es im aussenpolitischen Handeln des NS-Regimes nicht nachweisbar. Als Beleg für die Geiseltheorie nennt Hans Mommsen die bereits zitierte antijüdische Drohung, die Göring für den Kriegsfall in der Sitzung vom 12. November 1938 ausgesprochen hat. Jedoch ist nun wirklich nicht einzusehen, wie eine beiläufig am Ende einer internen Besprechung gemachte Bemerkung für westliche Politiker hätte bestimmt sein sollen.

Wie über den Auftrag zur Vorbereitung und Eröffnung der «Endlösung»

würden wir vermutlich über den im Herbst 1939 erteilten Befehl zur Liquidierung der polnischen Intelligenz streiten, wenn es nicht einen winzigen Unterschied gäbe. Die öffentlichen und halböffentlichen Äußerungen Hitlers zur Polenpolitik wären durchaus im Sinne der Erklärungsmodelle Broszats und Mommsens zu deuten, zumal zu jener Zeit zahllose Offiziere, Beamte und NS-Funktionäre an einen Führerbefehl weder glaubten noch zu glauben vermochten und die Aktivitäten der damaligen Einsatzgruppen in der Tat für Ausschreitungen einzelner SS- und Polizeiführer hielten.<sup>55</sup> Die Berufung Heydrichs und Himmlers auf Hitler war 1939/40 sogar um einen Grad unbestimmter als seit 1941, so wenn Himmler vor Generälen versicherte: «... ich tue nichts, was der Führer nicht weiss.»<sup>56</sup> Dass die Opposition, die sich in der Armee regte und die zu kriegsgerichtlichen Verfahren gegen Angehörige von SS und Polizei führte, Hitler etwas aus der Reserve lockte, indem er einzelne Verfahren niederschlug, dann eine Amnestie für Gewalttaten erliess und schliesslich Himmlers Sonderformationen ganz aus der Gerichtsbarkeit des Heeres herausnahm,<sup>57</sup> müsste auch nicht als zwingender Beweis für die Existenz eines Führerbefehls aufgefasst werden. Allerdings wissen wir in diesem Fall, dass der Liquidierungsbefehl tatsächlich von Hitler persönlich gegeben wurde. Aber dies ist nur der Zufälligkeit zu verdanken, dass unverdächtige Zeugen, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel, und die Obersten Warlimont und Gause, die Vorgänge bei der Sitzung am 17. Oktober 1939 sofort schriftlich festhielten, dass ihre Notizen auf uns gekommen sind<sup>6\*</sup> und zudem durch eine Aufzeichnung Martin Bormanns vom 2. Oktober 1941 bestätigt werden. Im Übrigen sind die organisatorischen Massnahmen, die Hitler 1939/40 traf, ein klassisches Beispiel dafür, dass häufig nicht strukturelle Veränderungen Radikalisierung produzierten, sondern umgekehrt die Durchsetzung radikaler Politik zu Eingriffen in die Struktur nötigte.

Hans Mommsen

## Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewusst?

Wie die Deutschen sich zur Durchführung des Genozids an den Juden während des Zweiten Weltkrieges verhalten haben und welche Kenntnis sie vom Ausmass des Verbrechens erlangen konnten, bleiben drängende Fragen für die historische Forschung und politische Bildung. Das Fehlen einer Öffentlichkeit, die die Meinungsströme in der Bevölkerung artikulierte und überhaupt erst zustande kommen liess, macht es schwierig, in diesem Falle von den Deutschen als Personenkollektiv zu sprechen. Niemals war das deutsche Volk so fragmentiert und segmentiert wie unter den Bedingungen der nationalsozialistischen «Volksgemeinschaft». Namentlich im Zweiten Weltkrieg wurde der einzelne «Volksgenosse» im Kriegs- und Arbeitseinsatz verschlissen, sahen sich nicht nur Kriegsteilnehmer von ihren Angehörigen getrennt und aus ihrem bisherigen sozialen Umfeld herausgerissen, so dass die private und die gesellschaftliche Kommunikation weithin unterbrochen oder doch ungewöhnlich stark reduziert wurde. Der Erfahrungsraum des Einzelnen war unter diesen Bedingungen äusserst verschieden, damit auch die Wahrnehmung des Regimes und seiner Politik. Insofern ist jede Aussage über die Deutschen nur in dem beschränkten Sinne möglich, dass zwar Rückschlüsse auf das durchschnittliche Verhalten gezogen werden können, aber von übereinstimmenden Erfahrungen der einzelnen Zeitgenossen nicht ausgegangen werden kann.

Diese Einschränkung ist notwendig, wenn man sich der Frage zuwendet, was die deutsche Bevölkerung vom Genozid an den Juden gewusst und wie sie auf dieses Wissen reagiert hat. Da sich die Liquidierung des europäischen Judentums unter äusserster Geheimhaltung vollzog, besaßen Informationen darüber stets den Charakter des Aussergewöhnlichen sowohl im Sinne speziellen Herrschaftswissens der an der Vollstreckung der «Endlösung» Beteiligten als auch im Sinne einer gefährlichen Wahrheit, deren Aufdeckung zur moralischen Dekuvrierung des Regimes hätte führen müssen. Für den Aussenstehenden ergab sich notwendig die Unterscheidung zwischen blossem Gerücht, andeutungsweiser Unter-

richtung und verlässlicher Information. Angesichts der Tatsache, dass die Judenvernichtung ohne förmlichen Befehl und in einer Grauzone staatlichen Handelns durchgeführt wurde, gab es zuverlässiges Wissen nur über Teilaspekte des Geschehens, so etwa in Form von Mitteilungen von Augenzeugen über Massaker oder Erschiessungen, von Indizien für verbrecherische Vorhaben und Aktionen, oder von Spuren, die Massengräber, Tötungseinrichtungen und der den Opfern vor der Vernichtung entwendete persönliche Besitz, die Kleidung, das Schuhwerk, die Brillen und Wertgegenstände, schliesslich das Zahngold hinterliessen. Einzelbeobachtungen von Liquidationen und deren Begleitumstände, die möglich waren, in grosser Zahl erfolgten und im Reichsgebiet von Fronturlaubern und anderen Besuchern eindringlich berichtet wurden, fügten sich indessen nicht selbsttätig zu einem Gesamtbild zusammen, das moralischen Abscheu und politischen Protest hätte mobilisieren müssen. Es führt daher nicht sehr weit, die Fülle öffentlich zugänglicher Teilinformationen systematisch erschliessen zu wollen, da deren Verfügbarkeit nichts über die Bereitschaft des Einzelnen aussagt, das Detail als Indikator des Ganzen zu sehen und es mit den ideologischen Aussagen und der erfahrbaren Praxis des Regimes in Beziehung zu setzen. Denn unabhängig von den besonderen Bedingungen eines um die Fortexistenz der Nation geführten Krieges war die Mentalität des durchschnittlichen Deutschen schwerlich von dem Bedürfnis geprägt, der sich aufdrängenden Spur des Verbrechens gedanklich zu folgen, da dessen amoralische Dimension psychologisch unerträglich sein musste.

Vermutlich besteht die «Normal»-Reaktion auf das unerhört Schreckliche – und dies war die tiefste Wahrheit des Genozids – auch unter ganz anderen Bedingungen in Verdrängung, im Nichtwahrhabenwollen und in der Projizierung von Schuldgefühlen auf Feindbilder. Das NS-Regime passte sich dieser psychischen Struktur des Normalindividuums von vornherein an, praktizierte die bereitliegenden Verdrängungsmechanismen gleichsam unbewusst selbst und war mit diesem im Grunde primitiven Vorgehen in seinem Sinne äusserst erfolgreich. Dazu bedurfte es keiner explizit entfaltenen psychologischen Strategie, sondern bloss der Umsetzung der privaten Reaktionsweise in das öffentliche Handeln.<sup>1</sup> Die gleichzeitige Durchführung und Leugnung des Verbrechens, das als «Notwehrhandlung» aus der sonst unangetasteten Welt bürgerlicher Moral ausgeklammert wurde, kennzeichnet die nationalsozialistische Politik und insonderheit den Genozid, der in rhetorisch-weltanschaulichen Umschreibungen propagandistisch gerechtfertigt, als politische Realität – von wenigen Ausnahmen abgesehen – mithin als verantwortlich vollzogene Tat gezeugnet wurde.

Diese allgemeinen Feststellungen sind notwendig, bevor der Frage nach-

zugehen ist, welches die Bedingungen waren, unter denen die deutsche Bevölkerung oder Teile davon das Verbrechen gegen die Juden wahrnahmen, inwieweit diese Wahrnehmung mehr als akzidentiellen Charakter hatte und sich potentiell in die Erkenntnis des wahren Vorganges verdichten konnte, und welche Abwehrmechanismen einwirkten, um diese schreckliche und moralisch schwer erträglich scheinende Realität zu verdrängen. Zuvor ist es jedoch notwendig, das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur «Judenfrage» bei Kriegsausbruch zu charakterisieren. Während die «Reichskristallnacht» weithin auf öffentliche Ablehnung gestossen war, und zwar nicht wegen der antisemitischen Stossrichtung, sondern wegen der Durchbrechung der bürgerlichen Ordnung, vollzogen sich die anschliessenden Schritte der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und ihre vollständige soziale Absonderung, ohne dass sich nennenswerter Widerstand oder Proteste geltend gemacht hätten.

Die Abwanderung des jüdischen Bevölkerungsteils in die Anonymität der Grossstädte und die verstärkte jüdische Auswanderung reduzierten die sozialen Beziehungen zwischen Juden und nichtjüdischer Bevölkerung auf ein Minimum. Selbst in den Grossstädten trat die jüdische Minderheit völlig in den Hintergrund. Die Einführung des «Judensterns» am 1. September 1941 rief der Bevölkerung, wie die Goebbelsche Propaganda sarkastisch hervorhob, die Tatsache erneut ins Bewusstsein, dass noch immer signifikante Gruppen jüdischer Mitbürger unter ihnen lebten. Die der Kennzeichnung der Juden vorausgehenden umfangreichen gesetzlichen Einengungen des jüdischen Bewegungsspielraums, darunter auch die Festlegung eng begrenzter Einkaufszeiten und die Beschränkung des Rechtes, ihre Wohnungen zu verlassen, zwangen die zunehmend überalterte jüdische Restbevölkerung, von der nur ein kleiner Teil noch Beschäftigungsverhältnisse fand, Beziehungen zu «Ariern» auf ein Mindestmass zu reduzieren.<sup>2</sup>

Mit Kriegsbeginn entfielen viele der Rücksichten, die die Reichsregierung zuvor gehindert hatten, das vollständige Ausscheiden der Juden aus dem deutschen Herrschaftsraum durchzusetzen und in die Verfolgungsmassnahmen auch Partner von rassischen Mischehen und Halbjuden einzubeziehen. Viele der klassischen Ressorts sowie die Reichskanzlei waren bestrebt, die Beschleunigung der antijüdischen Massnahmen abzubremsen und der im Reichsgebiet verbliebenen jüdischen Bevölkerung einstweilen ein Überleben zu ermöglichen. Aber gerade der Widerstand gegen die Absichten Himmlers und Heydrichs, die die Judenfrage mehr und mehr als ihr ureigenstes Tätigkeitsfeld betrachteten, alle die Juden betreffenden Angelegenheiten in die Kompetenz des Reichssicherheitshauptamts zu legen, eskalierte die den jüdischen Lebensbe-

reich immer weiter einschränkenden, vielfach bewusst diffamierenden gesetzlichen Massnahmen, die bis zum Verbot der Haustierhaltung, des Besuchs von Wochenmärkten und der Telephonbenutzung reichten.<sup>3</sup> Die Flutwelle antijüdischer Massregeln setzte daher seit Kriegsausbruch verstärkt ein, lange bevor Hermann Göring als Vorsitzender des Reichsverteidigungsrates den Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS im Reichsministerium des Innern und Leiter des Reichssicherheitshauptamts, Reinhard Heydrich, am 31. Juli 1941 auch formell mit der Vorbereitung der «Endlösung der Judenfrage» beauftragte. Die entsprechende Vollmacht stammte nicht von Hitler, sondern war von Adolf Eichmann im Auftrage Heydrichs aufgesetzt worden.<sup>4</sup> Insbesondere Heydrich, der hierin von Bormann unterstützt wurde, drängte darauf, die Juden generell unter Sonderrecht zu stellen, deutschen Juden die Staatsangehörigkeit abzuerkennen, ihr Vermögen einzuziehen, sie des arbeitsrechtlichen Schutzes zu entkleiden, arbeitsfähige Juden zu Zwangsarbeit zu verpflichten und sie getrennt von der Bevölkerung in eigenen Lagern unterzubringen. Der staatliche Zugriff auf jüdisches Vermögen verschärfte sich ständig. Noch vor einer förmlichen gesetzlichen Regelung ging die Gestapo dazu über, Juden, die in Konzentrationslager verbracht wurden, zu enteignen. Weitgehend von normalen Arbeitsmöglichkeiten ausgeschlossen, war der jüdische Bevölkerungsteil in Deutschland einem rapiden Verelendungsprozess unterworfen, der die Distanz zur Mehrheitsbevölkerung weiter vergrösserte.

Gleichzeitig sannen die Gauleiter nach Mitteln und Wegen, ihre jeweiligen Gaue durch die gewaltsame Abschiebung der jüdischen Einwohner «judenfrei» zu machen. Schon Anfang 1940 kam es zur Abschiebung von Juden aus Wien, Prag und Stettin ins Generalgouvernement, im Oktober zur Deportation von 6'500 saarpfälzischen und badischen Juden in das besetzte Frankreich. Als Gauleiter von Gross-Berlin drängte insbesondere Joseph Goebbels auf die Deportation der Berliner Juden in das Generalgouvernement. Denn seit Kriegsbeginn und insbesondere nach der Okkupation der polnischen Gebiete war die jüdische Auswanderung, die Adolf Eichmann als Leiter der Reichsauswanderungszentrale im Reichssicherheitshauptamt nach dem Vorbild von Wien und Prag mit allen Mitteln vorantrieb, praktisch zum Erliegen gekommen. An ihre Stelle traten wechselnde Reservatspläne, die man nach dem Kriege realisieren zu können glaubte. Unabhängig davon stand seit Mitte 1941 das Ziel fest, die Juden zumindest vorläufig in die im Generalgouvernement gebildeten Ghettos oder ins besetzte sowjetische Gebiet zu verschleppen. Im Spätherbst 1941 untersagte das Reichssicherheitshauptamt endgültig jede Verbringung von Juden in ausserhalb des deutschen Herrschaftsbereichs liegende Länder.

Im Frühsommer 1940, als die Führung des Regimes noch mit einem Einlenken Grossbritanniens rechnete, hatten Heydrich und Eichmann die Anregungen des Legationssekretärs Fritz Rademacher im Auswärtigen Amt aufgegriffen, die deutschen Juden nach der in britischem Besitz befindlichen Insel Madagaskar «abzusiedeln». Diese der antisemitischen Tradition entstammende Chimäre, deren Verwirklichung ebenfalls den Untergang der zwangsverschickten Juden infolge der klimatischen Bedingungen bedeutet haben würde, stellte jedenfalls zunächst keine zynische Tarnung der späteren Liquidierungspraxis dar.<sup>5</sup> Noch im Mai 1940 hielt selbst Himmler eine gewaltsame Ausrottung der jüdischen Bevölkerung für mit der «nationalsozialistischen Idee» nicht vereinbar.<sup>6</sup> Der Feldzug gegen die Sowjetunion beseitigte diese Hemmungen, wengleich der Übergang zur planmässigen Massenvernichtung erst Anfang 1942 erfolgte.

Goebbels reagierte auf die ausweglos erscheinende Situation in der «Judenfrage» zunächst mit einer massiven Verschärfung der antisemitischen Propaganda, die Hitlers Behauptung vielfältig variierte, der Krieg sei ein unvermeidlicher Abwehrkampf gegen das Weltjudentum, das die Ausrottung des deutschen Volkes betreibe. Während vor dem Kriege antisemitische Filme unerwünscht waren, kam es jetzt zur Produktion von Filmstreifen wie dem berühmten «Jud Süß», die den Juden Hass in der Bevölkerung erneut verstärken und die psychologischen Grundlagen für ein härteres Vorgehen gegen die überlebenden Juden schaffen sollten. Die Intensivierung der antijüdischen Propaganda fiel mit der Vorbereitung des Feldzugs gegen die Sowjetunion zusammen, den Hitler von vornherein als rassischen Vernichtungskrieg plante. In dieser Vorstellung spielte die ideologische Gleichsetzung von Bolschewismus und Judentum eine entscheidende Rolle. Die hohe Generalität, die ganz überwiegend antisemitisch eingestellt war, akzeptierte Hitlers Konzept des radikalen Weltanschauungskriegs nahezu ausnahmslos.<sup>7</sup>

Das Kriegsgeschehen bewirkte, dass die Bevölkerung der «Judenfrage», mit der sie im Allgemeinen nicht mehr unmittelbar konfrontiert war, trotz der antisemitischen Propaganda nahezu keine Aufmerksamkeit schenkte. Es ist schwer einzuschätzen, wie weit bei der Masse der Bevölkerung die Propaganda verfiel, derzufolge Juden die eigentlichen Drahtzieher des Krieges darstellten und daher «rücksichtslos» zu bekämpfen seien. Die ideologische Gleichsetzung von Bolschewismus und Judentum schloss an das propagandistische Klischee vom «verkommenen» Ostjuden an, welches durch die Goebbelssche Film- und Pressepropaganda nach dem Polenfeldzug unablässig präsentiert wurde. Im Hinblick auf das polnische und russische Judentum hatte diese Indoktrination eine nachhaltige Wirkung. Das verschärfte Vorgehen gegen Juden in den eingegliederten Ostgebieten und im Generalgouvernement

wurde daher, sofern davon überhaupt Nachrichten durchsickerten – manches schlug sich in der amtlichen Gesetzgebung nieder<sup>8</sup> –, im Allgemeinen ohne Proteste hingenommen.

Die Frage, wie die deutsche Bevölkerung gegenüber dem einheimischen Judentum eingestellt war, verlangt eine differenzierte Antwort. Die propagandistische Gleichsetzung von Judentum und Bolschewismus verlor angesichts der Tatsache, dass die in Deutschland verbliebenen Juden überwiegend dem gehobenen Bürgertum zugehörten, an Plausibilität. Gewiss gab es einen Bodensatz von fanatischen Antisemiten, aber die Mehrheit der Bevölkerung reagierte eher mit Gleichgültigkeit. Im übrigen bestanden hinsichtlich der Einstellung zu Juden beträchtliche regionale Unterschiede. In den herkömmlichen Stammzonen des Antisemitismus gab es kaum Anzeichen von Opposition gegen die immer schärfer werdende Verfolgung; in Berlin war hingegen verbreitete Kritik zu spüren, die sich jedoch nur vereinzelt in Hilfe für die jüdischen Bürger umsetzte, zumal «arische» Partner damit rechnen mussten, bei einem Zugriff der Gestapo mindestens vorübergehend selbst in ein Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Immerhin überlebte etwa ein Viertel der mehr als 5'000 in den Untergrund gegangenen jüdischen Verfolgten dank der mit extremen Risiken behafteten Unterstützung durch «arische» Mitbürger.<sup>9</sup>

Die Masse der deutschen Bevölkerung kam mit Juden ohnehin nicht mehr in Berührung; viele Jüngere hatten, wie nationalsozialistische Propagandisten bestürzt feststellten, keinerlei Vorstellung vom bekämpften «jüdischen Gegner» mehr. Antisemitismus «ohne Juden», d.h. ohne soziale Berührung mit jüdischen Gruppen, war in Deutschland keine neue Erscheinung; unter den Bedingungen des Dritten Reiches traf sie für die übergrosse Zahl der mit antisemitischen Vorstellungen sympathisierenden oder radikal antisemitisch eingestellten «Volksgenossen» zu. Vielfach wurden Juden, mit denen man bekannt war, von den antisemitischen Pauschalurteilen ausgenommen; es kostete einige Mühe, die bayerischen Bauern davon abzuhalten, ihre Geschäftsbeziehungen zu jüdischen Viehhändlern weiterzuführen, und desgleichen vermochte die NSDAP das Verbot, in jüdischen Läden einzukaufen, erst langsam gegenüber den Parteimitgliedern durchzusetzen. In der unteren Mittelschicht und bei der Arbeiterschaft war der Antisemitismus im Allgemeinen wenig verbreitet, wenn man von dem gewerblichen Mittelstand absieht, der die jüdische Konkurrenz fürchtete.<sup>10</sup> Andererseits wirkte sich die jahrzehntelange Duldung antisemitischer Strömungen in der deutschen Gesellschaft dahingehend aus, dass die Klischees von der ökonomischen Überfremdungsgefahr und der Bereicherungsgier der Juden kritiklos angenommen wurden.

Die Massenhaftigkeit des Antisemitismus ist nicht der Schlüssel für die Eskalation der Judenverfolgung. Mitläufer und Opportunisten scherte das Schicksal der jüdischen Mitbürger wenig; Antisemitismus aus Anpassung war freilich eine der schlimmsten Erscheinungen.<sup>11</sup> Von entscheidendem Gewicht erwies sich vielmehr der schon unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 eintretende Mechanismus, dass die konservativen Eliten innerhalb des staatlichen Apparats die aufgestauten sozialen Energien der NS-Bewegung auf das Feld der Judenfrage ablenkten. Die Judenfrage wurde gleichsam zum Ventil, durch das sich die schrittweise Aushöhlung des Rechtsstaates und der Gesetzmässigkeit der Verwaltung mit gesteigerter Kraft vollzog, um schliesslich auf das gesamte System zurückzuschlagen. Die Funktionselemente, die überwiegend antisemitisch eingestellt, allerdings nur bis zur Dissimilation der nicht assimilierten jüdischen Gruppen zu gehen bereit waren, wurden somit später zum Gefangenen des Radikalisierungsprozesses. Dies erklärt, warum die grosse Mehrheit der Inhaber von Führungspositionen, obwohl viele von ihnen sich nicht primär mit der NSDAP identifizierten und jedenfalls nicht mit der von ihr verfolgten «harten» Linie in der «Judenfrage» einverstanden waren, keine Möglichkeit mehr fanden, sich aus der Verstrickung in die «Endlösungs»-Politik zu befreien.

Bis Ende 1940 waren zahlreiche Spitzenfunktionäre und -beamte, sofern sie nicht dem extremen NSDAP-Flügel angehörten, bereit, einzelnen jüdischen Bekannten zu helfen. Es war begreiflich, dass dies sich auf assimilierte Juden beschränkte. Das Schicksal der jüdischen Gemeinden blieb dem Durchschnittsbürger verschlossen. Sofern kein persönlicher Kontakt oder eine verwandtschaftliche Beziehung zu Juden bestand, machte sich auch niemand die Mühe, die nicht abreissende Kette antijüdischer Verordnungen wahrzunehmen, obwohl deren diskriminierender Charakter und zynische Inhumanität das Schlimmste ahnen liessen. Diejenigen sozialen Gruppen und politischen Aussenseiter, die oppositionell dachten oder Widerstand zu leisten versuchten, mussten in der Regel vermeiden, durch das Eintreten für Juden das Risiko des Gestapozugriffs zu vermehren. Daher war von ihnen wenig Gegenwehr gegen die zunehmende Verschärfung der antijüdischen Massnahmen zu erwarten. Obwohl in den Anfängen des sozialistischen Widerstands, so bei der Gruppe «Neubeginnen», Juden eine zentrale Rolle spielten, war die erhöhte Überwachung durch die Gestapo ein Hindernis, Kontakte zu jüdischen Gruppen aufzunehmen.<sup>12</sup>

Was die Gesellschaft als Ganzes anging, musste die ständige antisemitische Indoktrination vorhandene antijüdische Vorurteile verhängnisvoll verschärfen. Weit bedeutsamer aber war, dass die dem Antisemitismus zugeordnete Funktion, als Feindbild von den Unzulänglichkeiten des

politischen und ökonomischen Systems abzulenken, bei Teilen der Bevölkerung auf positive Resonanz stiess. Dies lässt sich an dem vielfach gegen Juden gerichteten Denunziantentum zeigen, das schliesslich derartige Ausmasse annahm, dass Göring die Anweisung gab, dagegen einzuschreiten, da die Gestapo dadurch überfordert wurde. Der ungeahnte Umfang des Denunziantentums hing mit der allgemeinen Unzufriedenheit, die mit dem Fortgang des Krieges einsetzte, und der schleichenden Auflösung des sozialen Gefüges sowie der um sich greifenden Korruption zusammen. Kritik, Nörgelei und das Bedürfnis, sich soziale Geltung zu verschaffen, wurden auf den Weg der Denunziation gegen diejenigen verwiesen, die sich am wenigsten wehren konnten. Ungerechtfertigte Anzeigen gegenüber Juden waren daher nicht primär Anzeichen eines verstärkten Antisemitismus.<sup>13</sup>

Trotz dieser Vorgänge rückte die Judenfrage im Bewusstsein der Öffentlichkeit nach Kriegsbeginn vollständig in den Hintergrund. Erst die von Heydrich im September 1941 verfügte Kennzeichnungspflicht für Juden bewirkte, dass die Existenz der jüdischen Mitbürger wieder eine gewisse Beachtung fand. Trotz der entgegenstehenden Aussagen der Stimmungsberichte des SD scheint die Kennzeichnungspflicht vielfach auf Missbilligung gestossen zu sein, und ähnliches galt für die spätere Kennzeichnung jüdischer Wohnungen. Es gab verschiedentlich Fälle, in denen die Behörden gegen Übertretungen nicht einschritten, obgleich darauf die härtesten Strafen und in der Praxis die sofortige Verbringung in ein Konzentrationslager standen. Durch den «Judenstern» sahen sich auch die Kirchen erneut vor die Schwierigkeit gestellt, ob sie der Forderung des Regimes, Juden christlichen Bekenntnisses von den Gottesdiensten und aus der Gemeinde auszuschliessen, nachgeben sollten oder nicht.<sup>14</sup> Im gleichen Zeitraum verbreiteten sich Gerüchte über Massaker in Polen. Diejenigen, die davon gehört hatten, hielten dies in der Regel für den Übergriff einzelner Befehlshaber, nicht für eine «von oben» gebilligte, systematisch befolgte Politik. Die Beunruhigung in der Bevölkerung über «Ausschreitungen» dieser Art trat jedoch vergleichsweise rasch wieder zurück.

Dies änderte sich erst, als die systematischen Deportationen der deutschen Juden im Frühjahr 1942 begannen. Zwar waren die ersten grösseren Deportationen schon im Oktober 1941 vorgenommen worden. Als es im Zusammenhang damit zu planmässigen Liquidierungen in Kulm und Riga kam und Nachrichten davon durchsickerten, auf die selbst die offiziellen Apparate nicht psychologisch vorbereitet waren, verbot Göring weitere Deportationen. Indessen waren es weniger die durch Urlauber bekannt gewordenen Massenexekutionen der Einsatzgruppen als vielmehr die Umstände, unter denen sich die Deportationen vollzogen,

die Unwillen in der deutschen Öffentlichkeit hervorriefen. Seit dem März 1942 trat an die Stelle von spontan durchgeführten Abtransporten die systematische Absiedlung der zuvor mit Hilfe der jüdischen Selbstverwaltung erfassten jüdischen Gruppen. Die Deportationen selbst vollzogen sich schrittweise unter Mitwirkung der kommunalen Behörden und keineswegs unter dem Mantel strikter Geheimhaltung. Die Heidelberger Juden wurden mittags auf dem Marktplatz versammelt, um von dort abtransportiert zu werden.<sup>17</sup>

Dass die Juden deportiert wurden, musste jedem Nachdenklichen bekannt sein. Die Umstände, unter denen sich der Abtransport vollzog, machten auch klar, dass den Deportierten ein schweres und ungewisses Schicksal bevorstand. Die zahlreichen Selbstmorde von jüdischen Familien waren untrügliche Zeichen dafür. Das Reichspropagandaministerium suchte die Häufung von entsprechenden Todesanzeigen in der Presse schliesslich zu unterbinden.<sup>16</sup> Der Bevölkerung war auch bewusst, dass die Juden ihr Vermögen einbüssten. Die zahllosen Gesuche um Überlassung jüdischen Wohnraums oder Mobiliars, die bei den Behörden eingingen, sprechen eine beredte Sprache.<sup>17</sup> Offiziell wurden die jüdischen «Umsiedlungs»-Massnahmen mit der Notwendigkeit begründet, Wohnraum für die «arische» Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Anfänglich scheint die Bevölkerung der amtlichen Sprachregelung, die eine Absiedlung vortäuschte, Glauben geschenkt zu haben. Jedenfalls wurde, trotz früher Gerüchte, die gutenteils aus nicht auf authentischer Beobachtung beruhenden Äusserungen von extremen Nationalsozialisten gespeist waren, die systematische Vernichtung der abtransportierten Juden im Allgemeinen für unmöglich gehalten.

Das Regime überschätzte den Grad der antisemitischen Indoktrination der Bevölkerung. Das geht indirekt aus der Sprachregelung hervor, die die Parteikanzlei im Oktober 1942 an die Gau- und Kreisleiter herausgab, um negative Reaktionen der Bevölkerung auf die Deportation der Juden zu unterbinden. Danach sollten die Hoheitsträger mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit, die Judenfrage durch Auswanderung zu lösen, bei der Bevölkerung Verständnis für die «sehr scharfen Massnahmen» gegen die Juden in den Ostgebieten wecken. Da bereits die nächste Generation die Judenfrage nicht mehr «lebensnah» und «klar genug» sehen werde, müsse das Gesamtproblem noch «von der heutigen Generation» gelöst und «die völlige Verdrängung bzw. Ausscheidung der im europäischen Wirtschaftsraum ansässigen Millionen von Juden» herbeigeführt werden. «Es liegt in der Natur der Sache, dass diese teilweise schwierigen Probleme im Interesse der endgültigen Sicherung unseres Volkes nur mit rücksichtsloser Härte gelöst werden können.»<sup>18</sup>

Es zeigt sich jedoch, dass die Deportationen in zunehmendem Masse unpopulär waren und die Masse der Bevölkerung für die Genozid-Politik kein Verständnis aufbrachte. Daran änderte auch die seit 1943 intensivierete antisemitische Propaganda durch Goebbels nichts. Bormann sah sich daher gezwungen, die frühere Sprachregelung abzumildern. Im Sommer 1943 erging die Anweisung, bei der öffentlichen Behandlung der Judenfrage «jede Erörterung einer künftigen Gesamtlösung» zu unterlassen und sich auf die Feststellung zu beschränken, dass die Juden zum «Arbeitseinsatz» im Osten abtransportiert würden.<sup>19</sup> Die offenkundigen Widerstände in der Bevölkerung veranlassten Himmler, die Deportationsmassnahmen «tunlichst» zu beschleunigen und bei der Sprachregelung an einer «Transportierung» der Juden in Durchgangslager festzuhalten. Diese Offensivstrategie erwies sich insofern als erfolgreich, als die Judenverfolgung seit 1943 weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwand.

Die Geheimhaltung der «Endlösungs»-Politik war jedoch bemerkenswert lückenhaft. Insbesondere das Vorgehen der Einsatzgruppen im rückwärtigen Heeresgebiet konnte nicht verborgen bleiben. Ein Teil der Truppenführer, befangen in Hitlers ideologischen Wunschträumen, billigte ausdrücklich die planmässige Liquidierung der ansässigen jüdischen Bevölkerung. Generalfeldmarschall von Manstein sprach davon, dass das Judentum «den Mittelsmann zwischen dem Feind im Rücken und den noch kämpfenden Resten der Roten Wehrmacht und der Roten Führung» darstelle und weiterhin «die Zelle für alle Unruhen und möglichen Erhebungen» bilde. Desgleichen warb Generalfeldmarschall von Reichenau um «volles Verständnis» des Soldaten «für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum».<sup>20</sup> Gewiss gab es auch eine Reihe von Protesten, bei denen allerdings vielfach die Sorge um die Gefährdung der Manneszucht und die Befürchtung eines verschärften sowjetischen Widerstands Pate standen. Jedenfalls wurden in einzelnen Fällen das Photographieren von Exekutionen und deren Erwähnung in Feldpostbriefen unter Androhung strenger Strafen untersagt.

Das Durchsickern von Informationen über die Tätigkeit der Einsatzgruppen ins Reichsgebiet ist vielfältig belegt, während Kenntnisse über die Existenz von Vernichtungslagern fast überhaupt nicht nachweisbar sind.<sup>21</sup> Die umlaufenden Gerüchte verdichteten sich jedoch nur im Ausnahmefall zu einem geschlossenen Bild. In der Regel ging man von der Annahme aus, dass derartige Massnahmen auf ein einseitiges, mit der Reichsregierung nicht abgestimmtes Vorgehen der SS zurückzuführen seien. Noch in einem Schreiben des evangelischen Landesbischofs von Hannover, August Marahrens, an den Reichsminister des Innern vom

19. Dezember 1943 ist im Zusammenhang mit der Verfolgung nichtarischer Christen von der Pflicht die Rede, die Staatsführung zu veranlassen, «alles zu tun, dass notwendige politische und staatliche Massnahmen nicht durch unverantwortliche Einzelne mit schwerem Unrecht belastet werden und dadurch unserem Volk eine Bürde auf das Gewissen gelegt wird, die es nicht tragen kann».<sup>22</sup> Diese Eingabe spiegelte die Wirkungen der amtlichen Propaganda. Während die Deportation als notwendige Massnahme hingenommen wurde, und das Programm gewaltsamer Aussiedlung die stillschweigende Zustimmung der Kirchen fand, erschienen die Liquidationen als Übergriffe Himmlers, die zu unterbinden Hitler die Pflicht habe.

Diejenigen, die die Judenfrage existentiell anging, zeigten eine ungleich höhere Sensibilisierung als die Masse der Bevölkerung. Jochen Klepper, dessen Familie – er war verheiratet mit einer Jüdin – unmittelbar betroffen war, sah das Unheil voraus, das sich in der Verschärfung der antijüdischen Propaganda ankündigte. Aus den Reden und Artikeln von Goebbels von Ende 1941, dem Aufruf Hitlers zur Jahreswende 1941/42 und dessen Rede zum 9. Jahrestag der «Machtergreifung» las er heraus, dass die systematische Vernichtung des europäischen Judentums beschlossene Sache war. Der gewöhnliche «Volksgenosse» erblickte darin nur die Wiederholung der üblichen antisemitischen Tiraden, zumal alle diese Äusserungen vielfach in einem widerspruchsvollen und unübersichtlichen Kontext standen.<sup>23</sup> Das konkrete Schicksal der deportierten Juden ging aus den öffentlichen Stellungnahmen des Regimes nirgendwo hervor. Und wer die Dinge nicht wahrhaben wollte, hielt diese für verbal gemeinte Beschuldigungen des jüdischen Gegners.

Beispielsweise führte Goebbels in einem Leitartikel vom 16. November 1941 in der Wochenzeitung «Das Reich» mit dem Titel «Die Juden sind schuld» aus, dass man nun den Vollzug der Hitlerschen Prophezeiung vom 30. Januar 1939 erlebe, und dass das Judentum einen «allmählichen Vernichtungsprozess» erleide; die Juden müssten von der deutschen Volksgemeinschaft «abgesondert» werden.<sup>24</sup> Ein Artikel des Propagandaministers vom 9. Mai 1943 nahm diese Argumentation wieder auf und enthielt die Prognose, dass der von Juden entfesselte «Zweite Weltkrieg» zur «Auslöschung der jüdischen Rasse» führen werde, und dass das Weltjudentum eines Tages dieselbe Strafe ereilen werde, die die Juden «heute schon in Deutschland erleiden». Diese Äusserungen spiegeln die eigentümliche Ambivalenz der offiziellen Stellungnahmen zur Judenfrage unter Einschluss der Reden Hitlers, die den Vernichtungsprozess stets als zukünftiges Ergebnis des «Weltgerichts» hinstellten, und zwar auch noch zu einem Zeitpunkt, als die Genozidmassnahmen weitgehend bereits abgeschlossen waren.<sup>25</sup> Das gilt auch für Hitlers Rede vor der

Generalität vom 26. Juni 1944, in der der Diktator erneut von der jüdischen Absicht sprach, die Deutschen auszurotten, ohne bei der Andeutung der Gegenmassnahmen über die offizielle Sprachregelung hinauszugehen, die nur die Deportation der Juden in Arbeitslager einräumte.<sup>26</sup>

Die Wirkungen der Zweideutigkeit der amtlichen Propaganda sind schwer abzuschätzen. Fanatische Antisemiten lasen die antisemitischen Drohungen gleichsam im Klartext. Für sie entfiel jede Hemmung, äusserste Gewalt gegen Juden anzuwenden und die systematische Liquidierung voranzutreiben. Wie weit sich in dem Partei- und SS-Apparat ein zynisches Herrschaftswissen durchsetzte, das die wahre Bedeutung der gleichwohl allenthalben gebrauchten Sprachregelungen mitdachte, muss offenbleiben. Bei dem Teil des SS-Apparates, der Deportation und Liquidation betrieb, war zynische Akzeptanz des Mordens vorauszusetzen, desgleichen bei den Behörden, die ihm zuarbeiteten, wiewohl dort die ganze Wahrheit erst schrittweise bewusst wurde. Die amtlichen Sprachregelungen deckten die verbrecherische Realität überall dort zu, wo der Kreis der Vollstrecker im technischen Sinne verlassen wurde, wobei die jeweils befasste Personengruppe, die keineswegs nur auf die SS beschränkt war, wechselte. Es gab daher kaum ein abgegrenztes Binnenwissen, wenn man von den zuständigen Referaten des Reichssicherheitshauptamts und den zuarbeitenden Polizeiapparaten absieht. Da sich auch die Eingeweihten nur in Tarnsprachen verständigten, waren die Voraussetzungen für eine kollektive Verdrängung in jeder Hinsicht gegeben. Wer immer versuchte, hinter die Dinge zu dringen, erhielt bestenfalls Teilantworten. Die ganze grauenhafte Realität enthüllte sich selbst den Vollstreckern nur in den abstrakten Zahlen, die der SS-Statistiker Korherr dann zu einem notwendig fragmentarischen Gesamtbild zusammenfügte, das Hitler unterbreitet werden sollte, dann aber offenbar nicht abgesandt wurde.<sup>27</sup> Um so schwerer war es, sich des komplexen Sachverhalts unter den Bedingungen des NS-Systems zu versichern.

Angesichts der Tatsache, dass die Weltöffentlichkeit und selbst die alliierten Regierungen lange Zeit nicht bereit waren, die ihnen zugehenden Informationen über die sich vollziehende «Endlösungs»-Politik ernst zu nehmen,<sup>28</sup> verwundert es nicht, dass die Bevölkerung im Reichsgebiet die unbequeme Wahrheit nicht in ihrem wahren Umfang rezipierte. Dies galt analog für die jüdischen Opfer. Selbst Leo Baeck erfuhr erst 1943 von dem Tatbestand, dass die Deportierten aus Theresienstadt in die Gaskammern geführt wurden. Er behielt, weil er sonst die Überlebensfähigkeit seiner Leidensgenossen gefährdet sah, diese Wahrheit für sich.<sup>29</sup> Überhaupt diente Theresienstadt als Maskerade des wahren

Schicksals der Juden, und selbst das Internationale Rote Kreuz vermochte nicht, hinter die künstliche Fassade zu blicken.<sup>30</sup> Die grosse Mehrheit der Bevölkerung, längst an die Existenz von Konzentrationslagern gewöhnt, verharrte gegenüber den nur Ausschnitte der Wirklichkeit spiegelnden Gerüchten in Teilnahmslosigkeit, zumal sie im Vergleich zu den konkreten Kriegsereignissen bedeutungslos schienen. Gewiss trug der terroristische Druck des Systems zu dieser Haltung bei, mussten doch alle diejenigen, die kritisch zur Judenverfolgung Stellung nahmen, mit einer jedenfalls vorübergehenden Einweisung in ein Konzentrationslager rechnen.<sup>31</sup>

Es ist sozialpsychologisch erklärlich, dass die Genozidmassnahmen der Masse der Bevölkerung nur in bestimmten Entwicklungsphasen ins Bewusstsein traten. Dies gilt etwa für die Zeit der ersten Deportationen am Ende des Jahres 1941. Danach taucht dieser Komplex erst wieder im Zusammenhang mit der deutschen Propaganda über Katyn auf. Sie bewirkte allenthalben Äusserungen, dass die Regierung von der Ermordung des polnischen Offizierskorps durch die Rote Armee nicht so viel Aufhebens machen solle, da Gleichartiges mit den deportierten Juden geschehen sei.<sup>32</sup> Allerdings ist aus diesen notwendig vereinzelt überlieferten Stellungnahmen keine allgemeine Kenntnis des Liquidationsprogramms, jedenfalls keine präzise Einsicht in den systematischen Charakter der «Endlösungs»-Politik abzuleiten. Nach der in Stalingrad gipfelnden ersten umfassenden Vertrauenskrise des Regimes trat die Erörterung der Genozidfrage in der Öffentlichkeit völlig zurück. Dafür ist in erster Linie die Tatsache verantwortlich, dass die Bevölkerung von der Bewältigung der immer stärker den individuellen Lebensbereich erfassenden Kriegseinwirkungen weitgehend absorbiert war. Eine zunehmend fatalistische Abstumpfung trat hinzu, wie sie sich eindrucksvoll in der schon von Hannah Arendt zitierten Äusserung einer ostpreussischen Bäuerin bekundet, dass Hitler schon den Gnadentod durch «Vergasen» gegenüber der Auslieferung an die Bolschewisten bereithalte.<sup>33</sup>

Verbreitete moralische Indifferenz, antisemitische Indoktrination, die jedoch in breiten Bevölkerungskreisen nicht so weit reichte, um offene Gewalt gegen Juden zu rechtfertigen, und die gesellschaftliche Pariaisierung der jüdischen Mitbürger wirkten zusammen, um offene Empörung auszuschliessen. Parallel dazu war eine bewusste Verdrängung unbequemer Informationen für die innere Situation des Regimes kennzeichnend, und das betraf keineswegs nur die nicht direkt beteiligte Bevölkerung, sondern galt auch für die Spitzenfunktionäre des Regimes selbst. Es ist kennzeichnend, dass diese Verdrängung in Situationen zurücktrat, in denen Gefahr für die eigene Existenz wahrgenommen wurde. Kritische Stellungnahmen über die Genozid-Politik häuften sich nach der Katastro-

phe von Stalingrad und unter dem Eindruck des alliierten Bombenkriegs. Der «Kunstgriff» der Goebbelsschen Propaganda, die Bombenangriffe als typisch jüdische Form der Kriegführung hinzustellen und überhaupt die westlichen Alliierten als Vollstrecker jüdischer Interessen zu bezeichnen, schlug nun, wie die Stimmungsberichte des SD zeigen, in einzelnen Fällen in Befürchtungen um, dass die Härte des Krieges auf die deutschen Massnahmen gegen die Juden zurückzuführen und nach einer nun möglich erscheinenden Niederlage mit analogen Massnahmen der Alliierten gegen die deutsche Bevölkerung zu rechnen sei.<sup>34</sup> In den Stimmungsberichten des SD und in vergleichbaren Materialien spielt die Judenvernichtung gleichwohl eine durchaus untergeordnete Rolle.<sup>35</sup> Die sorgfältige Auswertung der lokalen und regionalen Berichterstattung durch die Forschung vermittelt den Eindruck, dass die antijüdischen Massnahmen häufig offene Zustimmung fanden, während Kritik daran nur vereinzelt mitgeteilt wird.<sup>36</sup> Es spricht vieles dafür, dass die nach Stalingrad im Zusammenhang mit Katyn zu verzeichnenden kritischen Äusserungen überwiegend von Personen stammten, die zuvor die antisemitischen Massnahmen gebilligt und die Politik des Regimes unterstützt hatten. Diejenigen, die sich von vornherein zurückhielten oder aus humanitären Gründen distanziert waren, kamen in den Stimmungsberichten vermutlich fast überhaupt nicht zu Wort, da sie sich nur gegenüber Gleichgesinnten äusserten. Gleichwohl lassen die fragmentarischen Quellen erkennen, dass gerade Angehörige der unteren sozialen Schichten am ehesten die tödliche Bedrohung wahrnahmen, die auf den Juden lastete, und deretwegen sie alliierte Repressalien befürchteten,<sup>37</sup> während Hitler Widerstand vor allem in Kreisen des Bürgertums feststellen zu können glaubte, Goebbels ihn bei Intellektuellen vermutete.<sup>38</sup> Insgesamt gesehen überrascht das Schweigen des grössten Teils der Bevölkerung im Reich; es spiegelt sowohl Ohnmacht und Resignation als auch Verdrängung und moralische Abstumpfung.

Die kollektive Verdrängung des Genozid wurde dadurch begünstigt, dass die Amtskirchen es in der Regel vermieden, sich in dieser Frage zu exponieren. Wenn dies überhaupt geschah, erfolgte es mit internen Eingaben an die Regierung. Kennzeichnend dafür ist die Initiative, die der württembergische Landesbischof, Theophil Wurm, der zu den führenden Repräsentanten der Bekennenden Kirche gehörte, im Dezember 1943 ergriff. In mehreren Eingaben an die obersten Reichsbehörden wandte er sich gegen die Fortführung der Deportationen und wies auf die unerträgliche Schuld hin, die dem deutschen Volk aufgebürdet würde. Indessen passte sich Wurms Argumentation der bestehenden Konstellation an und erwähnte die «Beseitigung» der mosaischen Juden als *fait accompli*, während er primär darauf abstellte, die «nichtari-

schen» Christen zu schützen. Es ist gleichwohl unbestritten, dass es sich hier um einen ungewöhnlich mutigen Schritt gehandelt hat, der von Seiten der Reichsregierung mit schärfster Zurückweisung geahndet wurde und wohl nur angesichts des Alters des Bischofs nicht zu massiven Massregelungen geführt hat. Gleichwohl ist festzustellen, dass in den offiziellen Schreiben Wurts die tradierte antisemitische Grundstimmung des deutschen Protestantismus immer noch anklang.<sup>39</sup> Trotz der eindeutigen Haltung der Bekennenden Kirche in der Frage der nichtarischen Gemeindemitglieder unterblieb bei ihr auch deshalb eine eindeutige öffentliche Stellungnahme zur Liquidierung des europäischen Judentums. Die 12. Bekenntnissynode der Altpreuussischen Union vom 16./17. Oktober 1943 in Breslau verzichtete darauf, die in mancher Hinsicht deutlicheren, in anderer Beziehung auch wieder an den christlichen Antisemitismus anklingenden Formulierungen der Vorfassungen in die verabschiedeten Synodalbeschlüsse aufzunehmen.\*<sup>1</sup> Die sehr allgemeinen Wendungen gegen die menschenunwürdige Behandlung der Juden reichten nicht aus, diejenigen aufzuklären, die nicht ohnehin Kenntnis von den Vorgängen im Osten und den Vernichtungslagern besaßen.

Es kann als gesichert gelten, dass massgebende Repräsentanten der Bekennenden Kirche zu diesem Zeitpunkt über das Liquidationsprogramm und die systematische Massentötung, nicht zuletzt durch interne Informationen Kurt Gersteins, informiert waren.<sup>41</sup> Das Gesamtbild der «Endlösung» blieb jedoch auch den unmittelbar betroffenen Zeitgenossen verborgen, obwohl Informationen darüber im ausländischen Rundfunk und in der ausländischen Presse inzwischen vorlagen.<sup>42</sup> Die Behutsamkeit selbst oppositioneller kirchlicher Kreise im Umgang mit diesen quälenden Informationen, die sie nur in internen Eingaben an Regierungsstellen andeutungsweise verwandten, lässt erkennen, dass neben der unabweisbaren persönlichen Gefährdung im Falle eines offenen Protests auch das allgemein verbreitete sozialpsychologische Bedürfnis, diese Vorgänge zu verdrängen, eine massgebende Rolle spielte. Bezeichnend war, dass man die interne Kritik darauf beschränkte, eine Einstellung der bisherigen Massnahmen zu fordern. Das Schweigen der katholischen Kirche in Deutschland,<sup>43</sup> die vermittels der ausgezeichneten Verbindungen der Kurie zu den südosteuropäischen Bischöfen frühzeitig über Genozidmassnahmen informiert war,<sup>44</sup> kann die mangelnde Bereitschaft der Bekennenden Kirche, öffentlich hervorzutreten, nicht rechtfertigen.

Die zwiespältige Einstellung der Bevölkerung zur Deportationspraxis zeigt ein SD-Bericht aus Lemgo vom Juli 1942. Gegen die Abschiebung von älteren jüdischen Bürgern, von Frauen und Kindern wurde eingewandt, dass sie doch keiner Fliege etwas antun könnten und überdies

auch Gutes getan hätten, dass die Älteren zudem ohnedies aussterben würden.<sup>45</sup> Diese Meinungsbekundungen erhalten nur Sinn vor dem Hintergrund der antijüdischen Propaganda und spiegeln die Tendenz, die weitgehend assimilierten einheimischen Juden von dem imaginären Feind des Ost- bzw. Weltjudentums zu unterscheiden. Ein Bericht vom Dezember 1941 aus Minden und Bielefeld enthielt einerseits die Mitteilung humanitär motivierter Kritik gegen die Deportierung von altansässigen Juden, andererseits das Gerücht, dass die Deutschen in Amerika zur Vergeltung dazu gezwungen würden, ein Hakenkreuz auf der Brust zu tragen.<sup>46</sup> Die rassistische Ideologie lag den meisten oppositionellen Stellungnahmen implizit zugrunde, doch wurde im Allgemeinen die einheimische jüdische Bevölkerung darin von der Verteufelung der Juden als Schuldigen am Kriege ausgenommen. Die Vorbehalte gegen die Deportationsmassnahmen betrafen zugleich primär die abstossenden Umstände, unter denen sie sich vollzogen, während Abschiebungsmassnahmen als solche nicht abgelehnt wurden.

Unrechtsgefühle traten bei der Verfolgung einzelner identifizierbarer Personengruppen auf, während dies bei den in Güterwaggons oder Ghettos gepferchten Opfern nur selten der Fall war. Gegenüber der Masse der Betroffenen, die in den Lagern unter unmenschlichen Bedingungen zu vegetieren gezwungen war, fielen die moralanalogen Hemmungsmechanismen gegenüber der Vernichtung von Menschenleben offensichtlich weitgehend fort. Propagandafilme sorgten dafür, dass diese Einstellung auf diejenigen übertragen wurde, die nicht mit den Eisenbahntransporten, den Sammelstellen, den Ghettos, den Wohn- und Existenzbedingungen der noch in der Heimat Verbliebenen in Berührung kamen.

Nach der vollständigen Absonderung der Juden von der Mehrheitsbevölkerung war offener Widerstand gegen die antijüdischen Massnahmen für den einzelnen Bürger praktisch unmöglich geworden, weil es eine schweigende Mehrheit gab, die das Vorgehen der Regierung und die i' Massnahmen der Gestapo für «staatspolitisch» berechtigt hielt. Eine Ausnahme bildet der Protest der dreihundert nichtjüdischen Ehefrauen in der Berliner Rosenstrasse im März 1942 gegen die Deportation ihrer jüdischen Ehepartner. In der Tat gab die SS in diesem Fall nach.<sup>47</sup> Es war allerdings nur eine Frage der Zeit, wann sie sich mittels Einzelverhaftungen, die weniger spektakulär waren, am Ende doch durchsetzte. Diejenigen, die oppositionell eingestellt waren, spürten ihre vollständige Machtlosigkeit. «Sollen wir hingehen und die SS zur Rede stellen? Ihre Lastwagen stürmen und unsere Freunde herunterreissen? Die SS hat Waffen – wir haben keine... Wir haben Ehrfurcht vor dem Leben. Das ist unsere Stärke und – unsere Schwäche», notierte Ruth Andreas-

Friedrich am 28. Februar 1943.<sup>48</sup> Angst vor Unannehmlichkeiten kam hinzu. In Heidelberg war Pfarrer Hermann Maass der einzige, der unter hohem Risiko zu helfen wagte,<sup>49</sup> ohne viel ausrichten zu können. Erfolgreich waren allenfalls die Versuche einzelner Betriebsführer und Unternehmer, ihre jüdischen Arbeitskräfte vor der Deportation zu bewahren.<sup>50</sup>

Die Ursachen für die hier sichtbare moralische Indifferenz sind vielfältiger Art. Vermutlich lehren diese Vorgänge, dass selbst unter normalen Bedingungen ein Eintreten von Dritten zugunsten Verfolgter kaum zu erwarten ist. Für die deutsche Bevölkerung kam eine festgefügte autoritäre Disposition hinzu, die dem Vorgehen der Staatsorgane von vornherein Legalität unterstellte und jeden Gedanken an Widerstand im Keim erstickte. Es gab niemand, der sich nicht darüber im Klaren war, dass die Juden ein ungewisses Schicksal «im Osten» erwartete. Desgleichen war vielen zu Ohren gekommen, dass es Erschiessungen gab und dass viele Juden die Deportation nicht überlebten. Gleichwohl besaßen nur die wenigsten zum Zeitpunkt der Deportationen ein klares Bild von der systematischen Massenvernichtung. Dass es einzelne Mordaktionen gab, war ihnen sicherlich bewusst. Darüber hinausgehende Gerüchte konnten allzuleicht als alliierte Greuelpropaganda abgetan werden. Das erleichterte die Verdrängung der tatsächlichen Vorgänge, die in der nationalsozialistischen Propaganda selbst angelegt war. Unzweifelhaft hat die Masse der deutschen Bevölkerung von der Existenz der Vernichtungslager und von der systematischen Massenvernichtung erst nach dem Zusammenbruch konkrete Anschauung gewonnen!<sup>1</sup> Auch in den späteren Kriegsverbrecherprozessen erwies es sich als ausgesprochen schwierig, aus der zeitgenössischen Kenntnis der Deportationen das Wissen um die Liquidation abzuleiten.

Andererseits fehlt es nicht an Belegen dafür, dass diejenigen, die sich um Information bemühten, diese relativ leicht und auch ohne grösseres persönliches Risiko erhalten konnten. Ein bemerkenswerter Beleg dafür sind die Aufzeichnungen Karl Dürkefeldens, der nach langer Arbeitslosigkeit in einer Celler Maschinenfabrik als Chefkonstrukteur angestellt worden war. Aber es ist bezeichnend, dass er die wichtigsten Informationen zum Genozid, die es ihm dann erlaubten, andere Nachrichten aufzunehmen und zusammenzufügen, erst durch das Abhören von BBC im Sommer 1942 bezogen hat.<sup>52</sup> Die psychologische Voraussetzung dafür war seine grundsätzliche Oppositionshaltung. Der durchschnittlich national eingestellte «Volksgenosse» klammerte sich im Gegensatz dazu an die Fiktion, dass es im Dritten Reich, abgesehen von kriegsbedingten Ausnahmen, mit rechten Dingen zugehe, jedenfalls was Hitler betraf. Erst die Ernüchterung der letzten Phase des Krieges änderte diese zäh

beibehaltene Einstellung, die eine Art doppelter Moral enthielt und mit selektiver Wirklichkeitswahrnehmung gekoppelt war. Es spricht vieles dafür, dass sich seit der zweiten Hälfte des Jahres 1942 Gerüchte und Informationssplitter zu dem Eindruck verdichteten, dass mit der Ermordung der deportierten Juden gerechnet werden musste. Daher liegen die kritischen Äusserungen zu den Deportationen vergleichsweise spät und kulminieren 1943, als sie, jedenfalls was das deutsche Judentum anging, bereits weitgehend durchgeführt und die meisten Opfer nicht mehr am Leben waren.

Ob man nun von einer regelrechten «passiven Komplizenschaft» sprechen will<sup>53</sup> oder einer partiellen Wahrnehmung des Massenmords,<sup>54</sup> unzweifelhaft war ein dumpfes Bewusstsein des Unrechts allgemein lebendig; die NS-Propaganda versuchte, dagegen anzugehen. Zugleich aber war bei der Masse der Bevölkerung und ebenso bei führenden nichtnationalsozialistischen Funktionsinhabern ein hoher Grad von moralischer Indifferenz zu verzeichnen. Die national motivierte Bindung der Bevölkerung an das Regime und die Person des Führers erleichterte notwendigerweise den typischen Verdrängungsmechanismus, der nicht zuletzt auch darauf beruhte, dass zuverlässige Kenntnis nicht zu erlangen war oder dass dieselbe, in ihrer vollen Tragweite entgegengenommen, mindestens die innere Bereitschaft zum Hochverrat voraussetzte. Man wird letztere dem gewöhnlichen Individuum selbst unter anderen politischen Bedingungen schwerlich abverlangen können.

Gewiss lassen sich zahlreiche Belege beibringen, die Zustimmung von Teilen der Bevölkerung zu antisemitischen Massnahmen zum Inhalt haben; sie spiegeln die dominante propagandistische Indoktrinierung und bedeuten nicht notwendig die Bereitschaft, sich gegen Juden aktiv zu engagieren, wenn man von denjenigen absieht, die unabhängig von ideologischen Vorgaben Aggressionen an Wehrlosen entweder in der Phantasie oder auch unmittelbar, wie viele, aber nicht die Gesamtheit der Wachmannschaften, abregierten. Bemerkenswert ist, wie schon anlässlich des Novemberpogroms, dass bei den Verteidigern der nationalsozialistischen Judenpolitik sekundäre Begründungen bzw. Rechtfertigungen zweckgerichteter Art überwogen, während stringent rassentheoretische Argumente nur von einem selbst innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft eng begrenzten Kreis vertreten wurden.<sup>55</sup>

Das Haupthindernis psychologischer Art bestand in der Gefährdung des Einzelnen, wenn er auch nur für eine «korrekte» Behandlung jüdischer Mitbürger eintrat, sich dem Verdikt auszusetzen, ein «Judenfreund» zu sein. Bewusste oder riskierte Verletzungen der Rassengesetzgebung, nicht zuletzt des Blutschutzgesetzes, sind immerhin keineswegs selten; die «rassenpolitische» Indoktrination reichte nicht sehr tief. Sie genügte

freilich, um jeden Widerspruch gegen die Verfolgungen zu stigmatisieren. Die Passivität der Bevölkerung erklärt sich auch daraus, dass Gerüchte über die Ermordung der «abgesiedelten» Juden sich erst vergleichsweise spät verdichteten, so dass ein unmittelbarer Anlass, sich dagegen zu wenden, nicht mehr gegeben war. Obwohl es durchaus auch Belege für projüdische Sympathie gibt, die zugleich Bekundungen der Opposition gegen das Regime darstellen, wurde doch die Mehrheit, die der Forderung «Entfernung der Juden» aus Deutschland in der Regel zustimmend gegenübergestanden hatte, zum schweigenden Komplizen.<sup>56</sup> Schliesslich darf der Hintergrund, vor dem sich die Deportation und Liquidierung vollzog, nicht übersehen werden. Die Zuspitzung des Krieges musste, auch ohne das Dazutun der nationalsozialistischen Propaganda, zu Abstumpfung, ja auch zur Verrohung und wachsenden Gleichgültigkeit gegen Gewaltakte und den Tod von zahllosen Menschen, aber auch zu moralischer Indifferenz gegenüber Verbrechen führen, die mit der Kriegführung in Zusammenhang zu stehen schienen. Der Genozid war ja in seinen einzelnen Schritten nur einer von vielerlei Aspekten des völligen Verlustes der Achtung des Menschen vor seinem Mitmenschen. Dies galt um so mehr angesichts des Fortgangs eines auch von der deutschen Zivilbevölkerung als immer grausamer empfundenen Krieges.

Die tiefere Grundlage des fehlenden Protests ist jedoch im Verfall der moralischen Grundlagen der Gesellschaft im Ganzen zu erblicken. Die problematische Haltung der Kirchen, die ehestens gegen die Deportationen hätten protestieren müssen, ist bereits gestreift worden. Dass die Justiz sich indirekt in den Dienst des Genozids hatte stellen lassen, bedarf keiner ausführlichen Darlegung,<sup>57</sup> obwohl sich nicht nachweisen lässt, dass die Genozid-Politik in den Besprechungen mit den Oberlandesgerichtspräsidenten einen Niederschlag gefunden hat. Vielmehr prozedierte die Justiz auch schon 1942 in Rechtsfragen, die Juden betrafen, als ob die anstehenden Probleme nicht im Begriff waren, durch die längst im Gang befindlichen Deportationen gegenstandslos zu werden.<sup>58</sup>

In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass der nationalkonservative Widerstand – obwohl Massaker im polnischen Gebiet frühzeitig bekannt waren – nicht vor 1943, parallel zu den Eingaben von Landesbischof Wurm, präzise Kenntnis über die Judenvernichtung erlangt hatte. Insbesondere vermochte Helmuth James von Moltke auf Grund seiner Tätigkeit in der Abwehr ein vergleichsweise genaues Bild zu gewinnen.<sup>59</sup> Bei Ulrich von Hassell und Carl Goerdeler tauchten Überlegungen in dieser Richtung offenbar erst im Zusammenhang mit den Katyn-Morden auf. Klaus Schenk von Stauffenberg war spätestens durch Henning

von Tresckow über die Methoden der SS-Einsatzgruppen im rückwärtigen Heeresgebiet informiert, dürfte diese jedoch auch aus eigener Anschauung gekannt haben.<sup>61</sup> Moltke besass frühzeitig Kenntnis von der Wannseekonferenz, ohne ihr, wie andere Ressorts auch, grundlegende Bedeutung beizulegen. Ende 1942 und wieder Anfang 1943 unterrichtete Johannes Popitz den Mitverschwörer Hassell in vergleichsweise detaillierter Form, aber doch auch wieder nur andeutungsweise von den Massenvergasungen.<sup>61</sup> Aus diesen Zeugnissen gewinnt man den Eindruck, dass der systematische Charakter des Vernichtungsprozesses selbst im Widerstand nicht bekannt war und dass man mehr an sich häufende Gewaltaktionen Himmlers dachte. Eine gewisse Ausnahme stellen die Flugblätter der «Weissen Rose» dar, die auf die Ermordung hunderttausender polnischer Juden hinwiesen und damit eine begrenzte Öffentlichkeit informierten.<sup>62</sup> Merkwürdigerweise ist der Abtransport von Juden aus den west- und südosteuropäischen Ländern in den erhaltenen Aufzeichnungen der Mitglieder der Verschwörung des 20. Juli nur am Rande erwähnt.<sup>63</sup>

Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Deportation, Selektion und Vernichtung scheint selbst in Berliner Regierungskreisen, mit denen die Angehörigen des nationalkonservativen Widerstands enge Kontakte hatten, nicht hinreichend klar gewesen zu sein. Dies war wohl weniger die Folge der strikten Geheimhaltung, die sich im Grunde nicht durchsetzen liess, als die Folge der systematischen Nichtkommunikation zwischen den Ressorts und den übrigen Machtapparaten des Regimes. Als der spätere Staatssekretär der Reichskanzlei, Ministerialdirektor Wilhelm Kritzinger, 1939/40 den Versuch machte, Genaueres über das Vorgehen der SS im Generalgouvernement in Erfahrung zu bringen, wurde er von Himmler daran gehindert. Sogar seine Teilnahme an der Wannseekonferenz von Februar 1942 bedeutete nicht, dass er über das sich abzeichnende Endlösungsprogramm zuverlässig informiert war.<sup>64</sup> Weniger effektive Geheimhaltung als vielmehr das für das Regime bezeichnende System fehlender Kommunikation der Spitzenbehörden untereinander erklärt, warum die Opposition erst vergleichsweise spät verlässliche Kenntnisse von der «Endlösungs»-Politik erhielt. Wesentlich präziser waren die Spitzenbeamten des Auswärtigen Amtes unterrichtet, und das traf auch für den Staatssekretär Ernst von Weizsäcker zu.<sup>65</sup> Der fehlende Widerstand im Auswärtigen Dienst erscheint problematisch, weil dieser einerseits für die Vorbereitung der Deportationen aus den Satellitenstaaten unentbehrlich und an den entsprechenden Verhandlungen beteiligt war, und weil er andererseits immerhin handfeste Möglichkeiten gehabt hätte, das Deportationsprogramm zu sabotieren. Schliesslich handelte es sich bei den Mitwissern, die über die Zielsetzung

der Deportationen hinreichende Klarheit erlangt hatten, vielfach um Karrierediplomaten, nicht um nationalsozialistische Funktionäre, die in den Auswärtigen Dienst auf Veranlassung Ribbentrops oder den Druck Himmlers eingetreten waren.<sup>66</sup>

Das Auswärtige Amt war seit langem den schärfsten Pressionen von Seiten der NSDAP ausgesetzt. Aber auch unabhängig davon bestand dort früh die Neigung, die antisemitischen Massnahmen des Regimes nicht nur zu billigen, sondern aktiv zu unterstützen, was sich schon anlässlich des Boykotts vom 1. April 1933 zeigte. Die überwiegend konservativ eingestellte Beamtenschaft des Auswärtigen Amtes vermochte anfänglich noch Vorbehalte gegenüber der ständigen Verschärfung der gegen die Juden gerichteten Massnahmen anzubringen. Es gab Einzelfälle, in denen man jüdische Kollegen vor dem Ärgsten zu bewahren suchte. Mit dem Anlaufen der Genozid-Politik ergab sich eine veränderte Konstellation. Nachträglich überrascht, wie leicht sich das Deportationsprogramm auf die vom Deutschen Reich besetzten Länder übertragen liess und desgleichen auf die Satelliten-Staaten, für deren «Erfassung» die Mitwirkung des Auswärtigen Amtes unentbehrlich war. Die beteiligten Beamten scheinen anfänglich die Zielsetzungen, die Heydrich mit der Vollmacht zur «Endlösung» der Judenfrage verfolgte, nur unscharf wahrgenommen zu haben und verstrickten sich bereits in ihre Durchführung, bevor sie deren volle Konsequenz erkannten. Sie sahen daher später keine Möglichkeit mehr, sich offen davon zu distanzieren oder die Mitwirkung an dem Deportationsprogramm zu verweigern.<sup>67</sup> Ähnlich dürfte sich dies bei den massgebenden Beamten der Reichsbahnverwaltung verhalten haben.

Das für die Durchführung der Transporte unentbehrliche Reichsverkehrsministerium war zwar zu enger Kooperation mit dem für das Deportationsprogramm verantwortlichen Adolf Eichmann bereit, wickelte es jedoch als Routineangelegenheit ab. Von einer Bevorzugung, aber auch einer besonderen Geheimhaltung der Judentransporte konnte daher keine Rede sein. In welchem Umfang die beteiligten Beamten von der Tötungsabsicht gewusst haben, ist kaum mehr zu klären. Selbst der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Albert Ganzenmüller, scheint die Wahrheit, die ihm schliesslich zugetragen wurde, verdrängt zu haben. Unbegreiflich bleibt, wieso es die zuständigen Dienststellen zugelassen haben, dass sich die Transporte unter immer grausameren Bedingungen abspielten. Auch hier scheint der Gewöhnungsfaktor eine Rolle gespielt zu haben, denn die ersten Transporte aus dem Altreich wurden noch teilweise in – angesichts der Kriegsbedingungen – äusserlich noch erträglich scheinenden Formen abgewickelt.<sup>68</sup> Bürokratischer Perfektionismus, der nur in Kategorien der Transportkapazitäten dach-

te, hinderte die Beamtenschaft, die zudem vom SS-Bewachungspersonal von den Deportierten ferngehalten wurde, moralische Bedenken zu artikulieren und sich des tatsächlichen Schicksals der Deportierten zu vergewissern, obwohl es doch auffiel, dass einige der Zielorte längst zu Grossstädten hätten werden müssen, wäre dort nicht hunderttausendfach gemordet worden.

Aber selbst der unmittelbar mit dem Bau der Konzentrationslager befasste Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Albert Speer, hat nach 1945 glaubhaft zu machen versucht, dass er über das «Endlösungs»-Programm nicht unterrichtet gewesen ist.<sup>69</sup> Die Evidenz, die über die Einschaltung seines Ministeriums in die Verwertung jüdischen Wohnraums und den Bau der Konzentrationslager besteht, macht ein Nichtwissen des Ministers fast unbegreiflich; Verdrängungswille und Verdrängungsbereitschaft waren eben nicht erst Erscheinungen der Zeit nach 1945, sondern setzten mit den Ereignissen selbst ein.<sup>70</sup> Ähnliches gilt für die grosse Mehrheit der Generalität.<sup>1</sup> Selbst wenn die nach 1945 aufgestellten Behauptungen, nicht «unterrichtet» gewesen zu sein, nur sehr begrenzt zutreffen mögen, belegen sie die für das Dritte Reich charakteristische sozialpsychologische Tendenz der Machthaber, unbequeme Wahrheiten zu verdrängen. Sie spiegelt sich in der Schizophrenie im Lebensstil von Rudolf Höss<sup>72</sup> ebenso, wie sie im Verfahren gegen Adolf Eichmann in Jerusalem mit aller Deutlichkeit hervortrat.<sup>71</sup> Es erscheint auf der Grundlage der verfügbaren Quellen mindestens plausibel, dass selbst die Spitzen der beteiligten Ressorts keine umfassende Kenntnis des «Endlösungs»-Programms gehabt hatten, mit Ausnahme des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums des Innern.

Von vornherein suchten die Vertreter der klassischen Ressorts, Heydrichs Absichten zu begrenzen, indem man den Judenbegriff möglichst eng fasste und die assimilierten Gruppen von der Deportation auszunehmen bestrebt war. Im Reichsministerium des Innern setzten sich insbesondere der Rassereferent Bernhard Lösener und in gewissem Umfang auch Staatssekretär Wilhelm Stuckart dafür ein, die Einbeziehung der jüdischen Mischlinge in das Deportationsprogramm zu unterbinden. Immerhin erreichten sie, dass Hitler 1942 die Deportation der Mischlinge, deren zwangsweise Sterilisierung man stattdessen vorschlug, einstweilen zurückstellte. Dies freilich hinderte die Gestapo nicht daran, zumindest die jüdischen Partner privilegierter Mischehen zu deportieren, die das Reichsministerium des Innern auch bewahren wollte.<sup>74</sup> Zum Zeitpunkt der Einberufung der Wannseekonferenz gab es lebhaftes Widerstände der Ressorts, die jedoch offenbar lediglich dazu führten, dass Himmler sie übergang, ohne dass es zu einem förmlichen Vortrag bei Hitler und zu einer eindeutigen Führerweisung gekommen wäre.<sup>75</sup>

Selbst wenn die Ressorts von den tatsächlichen Vorgängen nicht eingehend informiert worden sein sollten, überrascht doch die Tatsache, dass nach dem Zusammenbruch nur gelegentlich der Nachweis konkreter Einzelkenntnis erbracht werden konnte. Denn die mit bürokratischer Perfektion vorgenommene «Endlösung» hatte zur Folge, dass ein Großteil der Ressorts entweder direkt oder indirekt mit den Liquidierungen befasst wurden, und sei es nur zu Zwecken der Verwaltung der jüdischen Vermögen oder der Verbuchung des an die Reichsbank abgegebenen Zahngolds der Opfer.<sup>76</sup>

Es war jedoch von vornherein die durchgehende Tendenz der Ministerialbürokratie, sich aus der den Genozid vorbereitenden oder flankierenden Gesetzgebung möglichst herauszuhalten und die Verantwortung selbst um den Preis von Kompetenzeinbussen an die Gestapo abzugeben.<sup>77</sup> Die widersprüchliche Haltung selbst höchster Amtsträger geht aus dem Tagebuch Jochen Kleppers, der mit einer Jüdin in «privilegierter Mischehe» verheiratet war und um das Schicksal der in die Ehe gebrachten als jüdisch geltenden Töchter fürchtete, eindrücklich hervor. Klepper unterhielt relativ enge Verbindungen zu Regierungskreisen, zugleich zum jüdischen Gemeindevorstand, der von der Gestapo für die Erfassung der zu Deportierenden verantwortlich gemacht wurde und vielfach geheime Einzelanweisungen entgegennahm. Dadurch erhielt Klepper Kenntnis von den überwiegend intern ergehenden Anweisungen der Abteilung IV des Reichssicherheitshauptamts an die Reichsvereinigung der Juden und deren nachgeordnete Gemeindeverbände. Dies ermöglichte ihm ungewöhnlich präzise, allerdings immer noch fragmentarische Informationen über die Eskalation der Verfolgungsmassnahmen. Er gelangte daher früh zu einem weitgehend zutreffenden Bild der tatsächlichen Vorgänge.<sup>78</sup>

Klepper war mit dem Reichsminister des Innern persönlich bekannt und suchte dessen Unterstützung, um die bevorstehende Deportation seiner Tochter abzuwenden. Wilhelm Frick, der zunächst hilfsbereit erschien und weitere Hilfe zusagte, machte bei einer letzten Unterredung von Anfang Dezember 1942 das Eingeständnis, keinen Juden schützen zu können. «Solche Dinge können sich ja der Sache nach nicht im geheimen abspielen. Sie kommen zu den Ohren des Führers, und dann gibt es einen Mordskrach.»<sup>79</sup> Die Hilflosigkeit von gemässigt eingestellten Amtsträgern setzte sich von der kommunalen Ebene bis an die Spitze der Ministerien fort. Nicht rassenpolitische Überzeugung, sondern mangelnder Durchsetzungswille gegen den gefürchteten Himmler war das entscheidende Motiv des innenpolitisch nahezu einflusslos gewordenen Reichsministers des Innern, der, gerade als alter Antisemit, in dieser Situation eine klägliche Figur machte. Das war kein Einzelfall. Allent-

halben konnte man hinter vorgehaltener Hand vernehmen, dass man Gewaltmassnahmen, wie sie Himmler und radikale Parteikreise praktizierten, nicht billigte, aber keine Möglichkeit fände, dagegen vorzugehen.

Wenn das an der Spitze des Regimes sich so verhielt, war es wenig verwunderlich, dass die nachgeordneten Amtsträger ebenso versagten und sich hinter angeblichen Befehlen versteckten, ja nicht einmal den Versuch machten, den verbliebenen Ermessens- und Handlungsspielraum angemessen zu nützen. Dabei war es vielfach gleichgültig, ob es sich um NSDAP-Mitglieder handelte oder nicht. Die Gesellschaft besass gleichsam keine Aggregate mehr, die bislang gültige moralische Normen gegenüber fanatisierten Nationalsozialisten und gefährlichen Wichtigtuern durchsetzen konnten. Selbst Persönlichkeiten, die zur engeren Führungsgruppe des Regimes gehörten oder gehört hatten, wie Hans Frank oder Wilhelm Kube, vermochten sich gegenüber Himmlers Schergen nicht zu behaupten, als sie versuchten, die in ihrem Bereich tätigen jüdischen Arbeitskräfte, gewiss nicht aus humanitären Erwägungen, vor der Vernichtung zu retten. Eine Intervention bei Hitler war fruchtlos.<sup>8</sup>» An wen sollte man sich wenden, wenn selbst die Reichskanzlei nur mehr defensiv das Schlimmste zu verhüten suchte und im Übrigen keine Chance sah, in der Hauptsache bei Hitler Gehör zu finden, der sich gegebenenfalls taub stellte.

Berücksichtigt man diese Gesamtkonstellation, bedarf es nicht der Annahme einer tiefgreifenden antisemitischen Indoktrination breiter Bevölkerungskreise, um die Hilflosigkeit, Passivität und gespielte Ignoranz gegenüber dem Verbrechen am Judentum zu erklären. Es genügte, dass eine relativ kleine fanatisierte Minderheit keinerlei Sanktionen befürchten musste, wenn sie den Radikalisierungsprozess vorantrieb. In der Genozid-Frage trat das eigentümliche Halbdunkel hinzu, in dem sich Deportation und Liquidierung vollzogen. Das Fehlen einer formellen Festlegung der Regierung bestärkte viele in dem Wunschglauben, dass es sich letzten Endes nur um vereinzelte Übergriffe Himmlers und Heydrichs handelte, nicht aber um ein systematisches Liquidierungsprogramm. Die Frage, was die beteiligten Individuen, was das deutsche Volk von der «Endlösung» gewusst haben, ist daher möglicherweise falsch gestellt. Unzweifelhaft gab es viele, die keine Kenntnis von den Vorgängen in den Vernichtungslagern hatten, ob sie Antisemiten waren oder nicht. Aber jeder spürte die Last des an den Juden begangenen Verbrechens, die sich über das Land legte, ebenso wie der süßliche Geruch der Kamine von Auschwitz von den in der Umgebung Lebenden wahrgenommen wurde, ohne dass sie den Ursachen nachspürten.<sup>81</sup> Die im November 1941 heranreifende Absicht Himmlers und Heyd-

richs, die Liquidierung der Juden unter dem Vorwand des Russlandkrieges beschleunigt durchzuführen und diese Aktion später vergessen zu machen, erscheint im Nachhinein als schlechthin grotesk. Immerhin bewirkte die mit Verdrängung gepaarte Geheimhaltung, dass die meisten nationalsozialistischen Positionsinhaber versuchten, jegliche Mitverantwortung am «Holocaust» auf Heinrich Himmler abzuwälzen. Der Reichsführer-SS sah sich daher veranlasst, die Tatsache der Judenmorde und die Umstände bzw. Motive der Massenvernichtung auf zwei – wohl auch zu diesem Zwecke einberufenen – Treffen der Reichs- und Gauleiter in Posen am 6. Oktober und von Befehlshabern der Kriegsmarine in Weimar am 16. Dezember 1943 offen darzulegen.<sup>82</sup> Mit seiner Preisgabe des Staatsgeheimnisses verfolgte er die Absicht, sich nicht mit der alleinigen Verantwortung dafür zu belasten; ihm kam es zugleich darauf an, die SS aus der «Schmutzecke», in die sie geraten war, herauszuziehen. Die NS-Satrapen, denen Himmler die grauenhafte Wahrheit enthüllte, waren wenig geneigt, davon mehr als das Nötigste weiterzugeben.

Der Gesamtzusammenhang des Genozids – die Ermordung von mehr als viereinhalb Millionen europäischer Juden – blieb daher den Zeitgenossen verborgen. Einzelheiten des Geheimnisses waren hingegen in ihren vielfältigen Facetten vermutlich der Mehrheit der erwachsenen Deutschen in dieser oder jener Form vertraut. Die Grösse des Verbrechens und dessen moralische Dimension machten es unbegreiflich. Das galt auch für die ausländische öffentliche Meinung und die alliierten Regierungen, die zögerten, die ihnen zukommenden Informationen vollständig zu rezipieren. Dabei gehörte nicht viel dazu, das Schicksal der deportierten Juden zu ermesen. Diejenigen, die sich einmal dazu durchgerungen hatten, den fundamentalen Unrechtscharakter des NS-Herrschaftssystems innerlich zu akzeptieren, erfuhren genug, um sich in dieser Beziehung zu vergewissern. Aber das war eine kleine Minderheit. Die grosse Mehrheit fügte sich in die vom Regime feilgebotene kollektive Verdrängung.

Abraham J. Peck

## Befreit und erneut in Lagern: jüdische DPs

Statt eines Epilogs

Die Überlebenden des Holocaust sind heute für viele nur mehr eine «interessante Erscheinung». Sie werden sowohl von Historikern gesucht, die ihren Erinnerungen nachforschen, als auch von Lehrern, die sie ihren Klassen als Zeugen vorführen wollen, wenn das Thema Holocaust im Unterricht durchgenommen wird. Sie treffen sich weiterhin regelmässig, um die Erinnerung an die sechs Millionen Toten wachzuhalten. Sie bitten ihre Kinder, weiter Zeugnis abzulegen und zu zeigen, dass revisionistische Versuche einer Geschichtswissenschaft Mythen und boshafte Lügen verursachen. Wann immer wir ihnen begegnen – sie sind stets Ehrfurcht gebietende Gestalten. Sie gleichen keinem, den wir kennen.

Im Frühling 1945, als die ersten von ihnen aus den Konzentrationslagern befreit wurden, schrieb ein jüdischer US-Soldat, der zu den Befreibern von Nordhausen gehörte, wo V-2-Raketenteile hergestellt worden waren, Folgendes: «Es gab eine grosse Schranke zwischen uns und den Überlebenden. Ich fühlte mich fremd, mehr als fremd; es war ein Wunsch, dessen ich mir nicht völlig bewusst war, mich von ihnen zu distanzieren: Diese Menschen sind anders ... Ich gehöre nicht zu ihnen.»<sup>1</sup>

Elie Wiesel, Nobelpreisträger und selbst einer von ihnen, meint, dass die Davongekommenen eine «besondere, zum raschen Verschwinden verurteilte, eine isolierte und tragisch verleumdete Gruppe» darstellen. Er berichtet von einem Überlebenden, der heute in Oslo lebt. Dieser habe 1945 noch eine Vision gehabt, die sich jedoch sehr bald als lächerlich erweisen sollte.<sup>2</sup>

Wer sind die Überlebenden? Obwohl viele von ihnen Sinn für Erfolg besitzen, bleiben die Überlebenden eine zurückgezogene Minorität innerhalb der jüdischen Gemeinden, in denen sie leben. Sie ziehen es vor, sehr nahe beieinander zu wohnen, ihre eigenen Synagogen zu besuchen und an den Aktivitäten ihrer eigenen sozialen Einrichtungen teilzunehmen. Sie sind besessen von der erschütternden Erfahrung,

«Individuen im Konzentrationslager» zu sein, und sind andererseits Opfer des «Konzentrationslagers im Individuum», eine Situation, die viele durch Stress und Leiden über einen langen Zeitraum in die innere Isolation geführt hat. Sie sind sehr häufig nicht mehr fähig, «normal» auf eine «normale» Nach-Lager-Erfahrung zu reagieren.

Die Kinder der Überlebenden teilen oft diese unnatürliche Weitsicht mit ihnen. Ihre Lebensumstände sind weniger bekannt als die der Eltern. Erst seit Beginn der 80er Jahre haben jene begonnen, mit ihrer Situation fertigzuwerden. Oft lebten sie im Angesicht eines Wirbelsturms, umgeben von den Schatten des Krieges. Sie wissen, dass der Krieg ein Teil ihres Lebens ist. Sie wissen jedoch nicht, warum dies so ist. «Ich habe praktisch gar keine Fragen gestellt», schreibt ein Nachkomme eines Überlebenden, «ich war beunruhigt über mein eigenes Leiden angesichts der Antworten meiner Eltern. Ich möchte unbedingt Bescheid wissen, aber ich habe Angst, das Thema anzusprechen, obwohl ich mir bewusst bin, dass es meine Pflicht ist, zu lernen und fähig zu sein, ihre Geschichten meinen Kindern weiterzuerzählen.»<sup>3</sup>

Gelegentlich, wenn man Überlebende dazu bringt, über das bloss Nacherzählen ihrer Erfahrungen hinauszugehen, treten bei ihnen Gefühle zutage, die ihr Verhältnis zur «Welt» betreffen, die von der unbarmherzigen Politik der Nazis gewusst hat, das europäische Judentum ausrotten zu wollen. «Dieses Bewusstsein, dass die Welt Bescheid weiss», schreibt Dorothy Rabinowitz, die sich mit den Überlebenden befasst hat, «war begleitet von der Erkenntnis, dass Menschen in Amerika und anderswo die Tatsachen über den Holocaust, die nach 1945 veröffentlicht wurden, verdrängen.»<sup>4</sup>

Es gibt eine Geschichte, die gerade erst bekannt geworden ist und die ich glücklicherweise entdecken durfte: Im April 1945 kam der amerikanisch-jüdische Erzähler Meyer Levin als Kriegsberichterstatte mit der vierten Panzerdivision östlich an Gotha vorbei. Er und seine Gefährten trafen auf einige «leichenhaft aussehende Flüchtlinge». «Skelettartig, mit fieberhaft versunkenen Augen, geschorenen Schädeln», gaben sie sich als Polen zu erkennen und baten ihn und die anderen, dorthin zu gehen, wo sie gefangengehalten worden waren. Sie sprachen von «Menschen, begraben in einer tiefen Grube», vom «Todes-Kommando» und versuchten, ihr Lager zu beschreiben. Die Amerikaner wollten jedoch aus Angst vor einem Feindangriff in der beginnenden Dunkelheit nicht sogleich dorthin marschieren und lieber auf den nächsten Morgen warten. Was sie dann aber im Lager Ohrdruf bei Gotha entdeckten, waren Bilder, die sie nie zuvor gesehen hatten: Tod – weder in diesem Ausmass, noch in der Art, wie er herbeigeführt worden war. Als Levin durch das Tor fuhr, stiess er auf Stapel aus toten Gefangenen, alle in

gestreiften Uniformen. Die Körper waren fleischlos, und am Hinterkopf jedes Schädels war ein Schuss-Loch. Ein Haufen steifer und nackter Menschen lag in einem Schuppen. «Die Körper waren flach und gelb wie Bauholz», erinnert sich Levin/

Dies war erst der Anfang. Während der nächsten Wochen wurden die Insassen eines Lagers nach dem anderen von Amerikanern, Engländern und Russen befreit. Wir wissen gut, was die amerikanischen Soldaten in dem Augenblick empfanden, als sie Lager wie Nordhausen, Buchenwald, Dachau und Mauthausen/Österreich betraten:

«Oh, diese Gerüche», schrieb einer. «Es ist unmöglich, diese Gerüche zu beschreiben ... Vielen der Jungens – es waren harte Soldaten, Kämpfer, die die Invasion von Anfang an mitgemacht hatten – wurde schlecht und sie mussten sich übergeben, erbrachen bei diesem Anblick .. .»<sup>6</sup>

Ein anderer schrieb: «Diese Juden waren wie Tiere. Sie waren so erniedrigt; es gab keine Güte, keine Freundlichkeit, nichts dieser Art, es gab kein Teilen. Wenn sie etwas zu essen bekamen, rissen sie es an sich und rannten damit weg in eine Ecke und bekämpften jeden, der ihnen zu nahe kam.»<sup>7</sup>

Und ein dritter berichtete: «Die Gefangenen waren so dünn, sie hatten nichts, hatten kein Hinterteil, auf dem sie liegen konnten, ihre Arme hatten kein Fleisch, um ihren Kopf zu lagern... Ich sah einen Mann, der auf Knien gestorben war, seine Arme und sein Kopf waren in Gebetshaltung, und er kniete noch immer, anscheinend schon seit Tagen.»<sup>8</sup>

Dies waren einige der Eindrücke und Reaktionen von hartgesottenen US-Soldaten – Bauernburschen aus Iowa, pfiifige New Yorker und Leute aus den Appalachen. Aber es bedurfte der Einfühlsamkeit und einer literarischen Vorstellungskraft wie derjenigen Meyer Levins, um dem Holocaust die ihm zukommende Bedeutung für unsere Zeit zu geben. Levin schrieb: «Wir hatten es gewusst. Die Welt hatte es verschommen wahrgenommen. Aber bis jetzt hatte sich niemand damit wirklich befasst. Sogar an diesem Morgen noch hatten wir eigentlich nicht die Absicht, uns darauf einzulassen. Es war, als ob wir bis zur dunkelsten Spalte unseres Herzens vorgedrungen wären.»<sup>9</sup>

Die Kluft von Erfahrung und Erwartung, die zwischen Befreiern und Überlebenden lag, die andere Welt, welche die kriegsmüden Amerikaner unwissend machte, verwirrte und beunruhigte sogar diejenigen, die am ehesten bereit waren, die Opfer des Nazi-Terrors zu umarmen. Auf einer internationalen Konferenz sprach Elie Wiesel im Jahre 1981 über die amerikanischen Soldaten, die ihn am 11. April 1945 aus Buchenwald befreit hatten: «Ihr wart unsere Befreier», sagte Wiesel, «aber wir, die kranken, abgekehrten, kaum Menschen ähnlichen Überlebenden waren

eure Lehrer. Wir lehrten euch, das Königreich der Nacht zu verstehen.» Was die Befreier lernten und was die Überlebenden schon wussten, würde beide zwingen, einer Welt gegenüberzutreten, die unter dem litt, was Robert Abzug einen Fall von «doppelter Vision» genannt hat: Man sieht die Realität der Wochenschauen, die aufgestapelte Leichen in Dachau zeigen, Hunderte von Körpern in Reihen vor den Ruinen der Gebäude von Buchenwald, Bulldozer, die Massengräber in Bergen-Belsen füllen, aber zur gleichen Zeit sieht man diese Dinge nicht, kann man nicht glauben, dass dies alles möglich gewesen ist.<sup>1</sup>» Das Ergebnis war eine Welt, die dies alles ausschloss, eine Welt, die schwieg.

Aber nicht vollkommen. Dwight MacDonald, ein New Yorker Intellektueller, schrieb 1945 über die Ereignisse in Europa seit 1933: «Etwas ist mit Europa geschehen. Was ist es? Wer oder was ist verantwortlich? Was bedeutet dies für unsere Zivilisation, für unser Wertesystem?»<sup>11</sup> Für MacDonald, ja für die Mehrheit der amerikanischen und europäischen Liberalen war eine grosse Katastrophe eingetreten. Ihre rationale Weitsicht und ihr Vertrauen auf den Fortschritt hin zu einem internationalen Frieden waren zerbrochen. Sie waren Opfer des «Glaubens [geworden], dass die Menschheit der Herabwürdigung und Verfolgung des Mitmenschen Grenzen setzt».<sup>12</sup> Diejenigen, die – wenn auch nur für eine kurze Zeit – Einblick in das Dunkel durch eigene Erfahrungen gewinnen konnten, hatten dies schon viel früher gewusst. So etwa der Wiener Schriftsteller Stefan Zweig, der als jüdischer Flüchtling aus Nazi-Deutschland in Brasilien über die neue Ordnung der Dinge schrieb: Wir von der neuen Generation haben im Unterschied zu der «idealistisch verblendeten Generation» vor dem Ersten Weltkrieg gelernt, «uns von keinem Ausbruch kollektiver Bestialität mehr überraschen zu lassen, wir, die wir von jedem kommenden Tag noch Ruchloseres erwarten als von dem vergangenen, sind bedeutend skeptischer hinsichtlich einer moralischen Erziehbarkeit der Menschen».<sup>13</sup> Zweigs Skeptizismus trieb ihn und seine Frau wenige Monate später in den Selbstmord.

Verzweiflung war freilich bei den jüdischen Überlebenden des Holocaust im Augenblick der Befreiung nicht zu sehen. Simon Schochet war ein Gefangener in einem der Dachauer Aussenlager: «Als ich aufwachte war es schon Morgen geworden und die Schmerzen gingen zurück. Am Fenster stehend, begannen Alexis und ein anderer Mann plötzlich zu schreien. Sie sähen einige Fahrzeuge, die nicht deutsch zu sein schienen. Wir schlichen zum Fenster und blickten hinaus. Eine lange Reihe von Panzern kam langsam unterhalb von unserem Lager die Strasse herauf. Sie waren mit weissen Sternen gezeichnet. Wir sahen uns ungläubig an. Sollte es wahr sein? Litten wir unter einer kollektiven Halluzination, verursacht durch die Ereignisse des Vortages? Vielleicht hatten die

Deutschen diese Panzer nur gekapert... Wie dem auch sein sollte: Uns überwältigte ein einziger Gedanke, die Hoffnung nämlich und die Zuversicht, an der wir in unserem verwirrten und gemarterten Geist festhielten: Wir sind frei! Ich erkannte dies in Alexis' Augen und in den Augen all der anderen Männer. Und indem wir unsere schmerzenden Mägen festhielten, drehten wir uns zur Tür und begannen, die Mansarden-Stufen hinabzusteigen. Sie warteten auf uns vor dem Haus. Alexis sagte, wir sollten unsere Uniformen auf die richtige Seite drehen. Und so gingen wir, nachdem wir uns aus- und wieder angezogen hatten, die Mitte der offenen Strasse hinunter, an diesem kühlen Mai-Morgen, um unsere Befreier zu begrüßen.»<sup>14</sup>

Und an demselben kühlen Morgen im Mai befanden sich vielleicht 100'000 jüdische Überlebende unter den 11 Millionen heimatlosen Menschen, die durch Deutschland und Mitteleuropa zogen. Viele dieser «Displaced Persons» (DPs) versuchten, sich nach Hause durchzuschlagen, um ihr Leben und ihre Heimat wiederaufzubauen.<sup>15</sup>

Nicht aber die Juden. Hierzu schrieb ein jüdischer Überlebender: «Sie wurden sich plötzlich bewusst: Wohin nun? Wohin? Für sie waren die Dinge nicht so einfach. Nach Polen zurückkehren? Nach Ungarn? In Gegenden, in denen es keine Juden mehr gab? In Ländern herumirren, einsam, obdachlos, die Tragödie immer vor Augen...? Und einen ehemaligen nichtjüdischen Nachbarn wiedertreffen, der seine Augen weit aufreissen, lächeln und doppelsinnig bemerken würde: ‚Was, Yankel, du lebst noch?‘»<sup>16</sup>

Diese Juden, zu denen später 150'000 andere aus Russland und Polen hinzukamen, bildeten den «geretteten Überrest», den *She'erit Hapletah*.

Wir wissen nicht genau, wann dieser Ausdruck auf diejenigen angewandt wurde, die Hitlers Krieg gegen die Juden überlebten. Es ist ein biblischer Ausdruck, der in 1 Chroniker 5 erscheint und sich auf den jüdischen Rest bezieht, der der assyrischen Eroberung entkam. Er taucht dann in der Liste von Überlebenden auf, die im Juli 1945 veröffentlicht wurde. Wichtig ist, dass dieser Ausdruck sowohl eine Beschreibung als auch eine Quelle der Identität für diejenigen war, die aus den Todeslagern gerettet wurden, für diejenigen, die Partisanen in den Wäldern gewesen waren, und solche, die in den tiefsten Tiefen des russischen Sibiriens Zuflucht vor Hitler genommen hatten. Es war eine Identität, die eine revolutionäre Ideologie hervorbringen sollte, eine Ideologie, geformt aus der besonderen Erfahrung der *She'erit Hapletah*.

Wir wissen wenig über die Hoffnungen und Ziele der jüdischen DPs, ausser ihrem Streben, die Gälut («Diaspora», d. Red.) zu verlassen und nach Israel zu ziehen. Marie Syrkin hat kürzlich geschrieben, dass

«Displaced Person» eine grobe Schönfärberei ist. «Sie ist jetzt einverstanden, dass DP ein fast ebenso vergessener Ausdruck ist wie ein DP-Lager. Die Zeit zwischen der Befreiung und der Gründung des Staates Israel, in der Überlebende der Nazi-Todeslager DPs wurden, ist ein düsterer Epilog zum Holocaust.» Marie Syrkin hat sicher recht: DP ist heute eine beinahe vergessene Bezeichnung. Wenn wir über die jüdischen DPs nachdenken oder lesen, werden sie immer als passive Objekte der Geschichte dargestellt, die mit Resignation und Verzweiflung den Schlussakt eines Dramas erwarteten, in dem sie nur eine kleine Rolle spielen konnten.

Doch dies ist ein falscher Eindruck. Seit Beginn ihrer Befreiung haben jüdische DPs versucht, ihren Sinn für Humanität und ihren Sinn für Jüdischkeit zurückzugewinnen – Aspekte einer Identität, die ihnen von den Nazis systematisch genommen worden war. «Die Juden, die aus dem Lager befreit worden sind, wollen (nach)holen», schrieb ein Beobachter, «sie hungern nach einem Wort des Judentums.»<sup>18</sup>

Aber dies war keine einfache Aufgabe. Die amerikanischen und britischen Militärbehörden waren bestrebt, Ordnung in das Chaos des Nachkriegs-Europa zu bringen, und errichteten DP-Lager in Deutschland und Österreich. Dort wurden Juden mit ihren ehemaligen Verfolgern zusammengewürfelt. Oft erhielten Ex-Nazis die Aufsicht über die DP-Lager, die von Bewaffneten bewacht wurden. Ein amerikanischer Reporter bemerkte, dass der «harte Kern» der nicht-jüdischen DPs «erwiesenermassen eine kriminelle und faschistische Gruppe war, von der viele ihre Heimatländer freiwillig verlassen hatten, um für Hitler zu arbeiten».<sup>19</sup> Ganz besonders schockierend war die Einstellung von General George S. Patton, Chef der dritten US-Armee in Süddeutschland, wo sich die meisten DP-Lager der amerikanischen Zone befanden hatten. Er bestand darauf, dass jedes einzelne Lager mit einem Stacheldrahtzaun umgeben und die Überlebenden von bewaffneten Wächtern kontrolliert werden sollten, als ob *sie* der besiegte Feind seien. Patton schrieb am 15. September 1945 in sein Tagebuch, andere «glauben, dass die Displaced Person ein menschliches Wesen ist, was sie tatsächlich \* nicht ist. Dies trifft besonders auf die Juden zu, die niedriger sind als

Tiere.»<sup>20</sup> Die Berichte über diese Lebensbedingungen erreichten bald amerikanische Regierungsstellen. Jüdische Persönlichkeiten in USA und anderswo baten Präsident Harry S. Truman, diesen Informationen auf den Grund zu gehen. Er stimmte einer Untersuchung durch Earl G. Harrison zu, dem Rektor der juristischen Fakultät der Universität von Pennsylvania. Sein Bericht über die jüdischen DPs versetzte der amerikanischen Regierung und ihren Militärs einen Schock. Der Berichtersteller stellte fest, dass «wie die Dinge jetzt liegen, wir die Juden so zu

behandeln scheinen, wie dies die Nazis taten, mit dem Unterschied, dass wir sie nicht vernichten. Sie sind in Konzentrationslagern in grosser Zahl zusammengetrieben und werden bewacht, nicht mehr von der SS, sondern von unseren eigenen Soldaten. Man muss sich fragen, ob das deutsche Volk, wenn es dies erkennt, nicht folgern darf, dass nunmehr wir der Nazi-Politik im Nachhinein recht geben.»<sup>21</sup>

Innerhalb weniger Monate waren DP-Lager in den amerikanischen, britischen und französischen Zonen Deutschlands beziehungsweise in Österreich errichtet worden. Ausserdem wurde ein Beauftragter für jüdische Angelegenheiten, Chaplain Judah P. Nadich, dem Stab von General Dwight D. Eisenhower, dem Kommandeur der alliierten Truppen in Europa, zugeteilt.<sup>22</sup>

Jüdische DP-Lager wurden auf dem Gelände oder in der Nähe der ehemaligen Konzentrationslager fertiggestellt. Im Mai 1947 gab es mindestens sechzig Einrichtungen dieser Art. Die wichtigsten von ihnen waren Bergen-Belsen in der britischen Besatzungszone und Landsberg, Zeilshheim, Feldafing und Föhrenwald in der amerikanischen.<sup>23</sup> Es gab auch zahlreiche Heime für jüdische Kinder, Krankenhäuser und landwirtschaftliche Ausbildungsstätten. Die letzteren bereiteten jüdische Überlebende auf die Emigration nach Palästina vor. Die Ironie des Schicksals wollte es, dass zwei dieser Institutionen ausgerechnet auf Grundstücken errichtet wurden, die Julius Streicher, dem berühmten Herausgeber des fanatisch antisemitischen «Stürmer», und «Reichsmarschall» Hermann Göring gehörten. Diese Ironie wird noch dadurch übertroffen, dass der Hauptteil der jüdischen DP-Gemeinschaft im amerikanischen Sektor Berlins in einer leeren Villa im Distrikt Wannsee wohnte: Dort war 1942 die «Endlösung» des «jüdischen Problems» in Europa, die totale Vernichtung des jüdischen Volkes, geplant worden.

Diese tragischen Ironien unterstreichen nur das Dilemma der jüdischen DPs. Es war, als ob sie auf einem grossen jüdischen Friedhof lebten, ohne Hoffnung, ihn verlassen zu können. Der Weg nach Palästina war durch die britische Politik blockiert, die die Feindschaft der Araber fürchtete. Die Emigration in die Vereinigten Staaten und in andere Länder wurde durch flexible Quota-Systeme so gut wie unmöglich gemacht. Nur wenige Juden waren bereit, in ihre frühere Heimat nach Osteuropa zurückzukehren. Am 4. Juli 1946 war es in der polnischen Stadt Kielce zu einem Pogrom gekommen, bei dem mindestens vierzig Juden getötet worden waren. Tausende von Juden flohen deshalb aus Polen und dem späteren Rumänien in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands.<sup>24</sup>

Dennoch stand Verzweiflung nie auf der Tagesordnung in den Lagern. Statt sich von der behinderten Emigration, von überfüllten Quartieren

und dem fortgesetzten Antisemitismus der Umgebung überwältigen zu lassen, entschlossen sich die DPs, einen neuen Anfang zu wagen. Unterstützt von jüdischen und internationalen Hilfsorganisationen wurden die Lager vorübergehend zu Zentren jüdischen Kulturlebens.

Aus dem Nichts entstanden Bildungseinrichtungen, deren Lehrplan die sehr erfolgreichen Tarbut-(oder Kultur-)Schulen im Vorkriegs-Polen zum Vorbild hatte. Es wurden dort Hebräisch, jüdische Geschichte, die Geographie Palästinas, die Geschichte des Zionismus und andere Fächer unterrichtet. Dutzende von Lagerzeitungen und Zeitschriften gab es. Lager-Theater und Musikgruppen wurden aufgebaut.<sup>2</sup> Politische Parteien bildeten sich, die die verschiedenen zionistischen Gruppen, die damals in Palästina und anderswo aktiv waren, repräsentierten. Die politischen Richtungen, die bei den Wahlen gegeneinander antraten, unterschieden sich nicht nur durch die diversen zionistischen Positionen, sondern auch durch den jeweiligen geographischen Hintergrund der Kandidaten. In einem Lager dominierten polnische Juden, in einem anderen Juden aus Litauen. Die Entwicklung und Aufrechterhaltung des religiösen Lebens wurde von amerikanischen Rabbinern unterstützt, die als Seelsorger dienten.<sup>26</sup> «Kein jüdisches DP-Lager blieb ohne eine Synagoge und ohne die anderen Einrichtungen, deren religiöse Juden bedürfen», schrieb ein Beobachter. «Jedes Lager hat heute eine koschere Küche», fuhr er fort, «und alle grösseren Lager haben diensttuende Rabbiner.»<sup>27</sup> Die DPs orientierten sich an den kleinen jüdischen Gemeinden, wie sie in Osteuropa üblich waren. Judentum und Zionismus, religiöse und nationale Identität wurden in den DP-Lagern zur Quelle der Überlebenshoffnung und Lebenskraft. Überzeugungen, die vor dem Kriege unter Juden populär waren, wie Kommunismus und Sozialismus, traten nach 1945 grösstenteils in den Hintergrund.

Zionisten innerhalb der jüdischen DP-Lager bestanden darauf, dass europäische Juden zukünftig aus einer Position der Stärke, wohlorganisiert und offensiv – und nicht mehr allein nur auf religiösem Vertrauen bauend –, auftreten sollten. Isaac Ratner, einer der wichtigsten zionistischen Politiker in den DP-Lagern, berief sich im Oktober 1945 auf die Haltung der führenden jüdischen Zeitung «Unser Weg» und schrieb, dass die Zukunft der Zionisten durch Stärke und Organisation bestimmt sein werde und nicht mehr nur durch Brachah [Segen] und Shehechiyanu [Danksagung]. Die Parole lautete: «Mir szeinen doh.» [«Wir sind da.»]<sup>28</sup>

«Mir szeinen doh» drückt am besten die Entschlossenheit aus, mit der jüdische DPs ihr zertrümmertes Leben wiederaufzubauen beabsichtigten. Es war die unbeugsame Zuversicht einer Gruppe von Überlebenden, die meinten, im Holocaust das Gesehene zu haben, was einer von

ihnen «das Ende der Schöpfung – nicht nur eine unauslöschbare Erinnerung des Schreckens, sondern eine permanente Warnung» – nennt. Das, was er und viele andere erfahren hatten, war ein Versuch der Zerstörung der Menschheit.

«Wir sind da» wurde auch auf andere Weise ausgedrückt. Ende des Jahres 1946 hatten diese DP-Lager eine höhere Geburtenrate als alle anderen jüdischen Gemeinden in der Welt. Dieses entschiedene Ja-Sagen zu einer jüdischen Zukunft versetzte Besucher aus den USA in Erstaunen. Sie hatten erwartet, eine von Verzweiflung geplagte und tief pessimistische Gemeinschaft zu finden.<sup>29</sup>

Noch hervorstechender als die Geburtenrate war die Entschiedenheit der She'erit Hapletah, eine besondere Philosophie zu entwickeln, die die Wiederholung der Holocaust-Tragödie in Zukunft unmöglich machen sollte.

J. Nemencyk berichtete im April 1946 in einer jüdischen DP-Zeitung von einer Vision, die er hatte, als er im Konzentrationslager hungrig und ängstlich auf von Läusen wimmelndem Stroh lag. Er schrieb: «Wenn die Welt uns unsere toten Brüder und Schwestern nicht wiedergeben könnte, dann könnte sie uns dafür eine moralische Welt wiedergeben.»<sup>30</sup> Doch schon früher, im Juni 1945, hatte anlässlich einer Veranstaltung der Befreiung vom Nationalsozialismus Dr. Zalman Grinberg, einer der ersten wichtigen Sprecher der She'erit Hapletah, den moralischen Aspekt ihrer Existenz betont: «Hitler hat den Krieg gegen die europäischen Juden gewonnen. Wenn wir Rache nehmen würden, dann würden auch wir in die tiefste Tiefe hinabsteigen ..., in die die deutsche Nation während der vergangenen zehn Jahre gefallen ist. Doch wir sind nicht fähig, Frauen und Kinder niederzumetzeln. Wir sind nicht fähig, Millionen von Menschen zu verbrennen.»<sup>31</sup>

«Das Freie Wort», die Zeitung des Lagers Feldafing, gab Grinbergs Botschaft in einem Artikel mit der Überschrift «Wir Juden und die Welt» wieder. Darin heisst es: «Was wir, die She'erit Hapletah, tun müssen, ist, zu zeigen, dass wir, die Opfer des Nationalsozialismus, immer die Träger der Humanität gewesen sind und sein werden.»<sup>32</sup>

So wurde der Kern einer Philosophie des jüdischen Neubeginns geformt. Weiterentwickelt wurde sie auf europäischem Boden freilich nicht. Viele der Entkommenen verdrängten den Holocaust nicht und waren weder willens noch fähig, ihr Leben auf europäischem Boden weiterzuführen.

«Sollten wir uns am Wiederaufbau Europas beteiligen», fragte Grinberg im Frühjahr 1946, «damit Europa zu gegebener Zeit neue Krematorien für uns errichten kann?»<sup>33</sup> Viele von ihnen wollten in die jüdische

Heimat, Eretz Israel, zurückkehren und sie aus den Trümmern wiederaufbauen, ebenso wie es andere Nationen in der Folgezeit auch taten.

In den Monaten nach der Befreiung gab es eine zukunftsfrohe Stimmung, ein hohes Mass an Aktivität unter den Überlebenden. Das Ziel, Palästina, war klar vor Augen, aber ebenso klar war die Notwendigkeit von noch etwas anderem, das Grinberg in seinen einleitenden Bemerkungen zum ersten Kongress der befreiten Juden in der amerikanischen Zone so formulierte: «Dies ist eine Konferenz überlebender Kaddish-Sager [Trauernder], die sich nicht mit dem blossen Kaddish-Sagen zufriedengeben werden.»<sup>34</sup> Wenig später, im Oktober 1946, warf der Journalist Menachem Sztajer die Frage auf nach der wirklichen Rolle und Absicht der She'erit Hapletah, indem er die Überlebenden zu einer Entscheidung zwingen wollte. «Wird She'erit Hapletah eine bloss zufällige Bezeichnung für Überlebende eines zerstörten Volkes sein», fragte er, «oder wird sie eine Revolution in der jüdischen Geschichte bedeuten – eine Renaissance im jüdischen Leben?»<sup>35</sup>

Die ideellen Ziele der She'erit Hapletah wurden von Samuel Gringauz in einer Reihe von brillanten Essays formuliert, die er in den Jahren 1947 und 1948 schrieb. Gringauz sprach wiederholt von der Notwendigkeit, dass europäische Juden Abschied nehmen sollten von dem diskreditierten Kontinent. «Unser Platz ist nicht länger in Europa. Wir nehmen das Erbe unserer tausendjährigen Geschichte mit nach Palästina und Amerika, so dass der Fortbestand unserer ethischen und kulturellen Werte gesichert ist.»<sup>36</sup> Es waren die Überlebenden, so behauptete er, «die die Opfer der Zivilisation waren, und sie sind es nun, die aufgerufen sind, eine positive Grundlage zu entdecken, auf der wir uns wieder mit ihr vereinigen können... Unsere Tragödie muss der Anfang eines neuen Humanismus sein.» Ziel war für Gringauz die moralische und soziale Vervollkommnung der Menschheit.<sup>37</sup>

Die Zielsetzung der She'erit war somit formuliert und ihre Umsetzung in die Tat festgelegt. Ihre Vertreter in Amerika sprachen auf Versammlungen jüdischer Organisationen in der Hoffnung, die treibende Kraft für den revolutionären Wandel innerhalb des jüdischen Volkes und der Welt zu werden. Die erste Begegnung mit der Welt war freilich nicht gerade positiv. Schon im Juni 1945 hatte Grinberg befürchtet, dass «die Menschheit nicht versteht, was wir in diesem Zeitabschnitt durchgemacht und erlebt haben, und es scheint uns, dass wir auch in der Zukunft nicht verstanden werden».<sup>38</sup>

Grinbergs Befürchtung war begründet. Selbst diejenigen, die geschickt worden waren, um den Überlebenden bei ihrer Reintegration zu helfen, verstanden sie nicht. Besonders extrem ist das Beispiel des Verwalters

vom Lager Landsberg, ein amerikanischer Jude, der bei den Vereinten Nationen beschäftigt war. Er erzählte einer Gruppe amerikanischer Besucher, dass die Lagerinsassen nicht allzuviel Sympathie verdienten: «Man darf sie nicht an das schreckliche Gestern erinnern. Sie müssen dies alles vergessen und darum arbeiten. Sie müssen erkennen, dass Arbeit frei macht.»<sup>39</sup>

Ein Psychologe drückte 1948 den Mangel an psychologischem Verständnis für das, was die Überlebenden hinter sich hatten, so aus: «Viele Beobachter, die in der Frühzeit der Hilfsorganisationen nach Europa kamen, fanden die DPs, besonders diejenigen, die aus Konzentrationslagern kamen, in gehobener Stimmung und enthusiastisch vor, fast an der Grenze zur Euphorie. Psychologisch ungeschult berichteten diese Beobachter, dass die Haltung der Menschen in den DP-Lagern auf fast wunderbare Weise unberührt war von ihren erst kürzlich erlebten schrecklichen Erfahrungen. Aber man konnte voraussehen, dass es nicht lange dauern würde, bis diese ersten euphorischen Reaktionen verschwinden und durch tiefe Depressionen ersetzt werden würden, was dann auch geschah.»<sup>40</sup>

War diese vorwärts gewandte Überlebensstrategie zunächst eine wichtige Quelle der Hoffnung, so konnte man schon 1950 in starkem Masse Desillusionierung und Enttäuschung spüren. In einer der letzten Ausgaben von «ündzer Veg» gab Pesach Pekatsch seiner Enttäuschung darüber Ausdruck: «Wir glaubten, dass die Zeit gekommen sei, das Böse und die Unmenschlichkeit zu besiegen», schrieb er, «und dass es eine lange Zeit dauern würde, bevor es wieder möglich sein würde, dass Bestialität die Idee der Freiheit überwindet.» Stattdessen sah Pekatsch das «Spektrum des Hasses» und solche Mächte, die nach Mord und Zerstörung schrien, wieder ungehindert zum Vorschein kommen und die Demokraten offen angreifen.<sup>41</sup> Pekatsch stellte fest, dass der Ruf der She'erit Hapletah nach Veränderung nicht gehört worden war.

Tatsächlich war die Zeit zwischen 1945 und 1950, in der die meisten überlebenden Juden Deutschland verliessen und nach Israel oder Amerika auswanderten, in mancher Hinsicht der Anfang der Verschwörung des Schweigens von Holocaust-Überlebenden und der übrigen Gesellschaft. Dieses Schweigen war charakteristisch für das Leben der meisten Überlebenden ausserhalb Israels. Interessanterweise dehnte sich die Verschwörung des Schweigens über den Kreis der Überlebenden weiter aus. Als die Befreier nach Hause zurückgekehrt waren, versuchten viele, ihren Mitmenschen von den Lagern zu erzählen, was jedoch meist damit endete, dass sie auf den Unglauben, den Überdruß und das Schweigen der anderen ihrerseits mit Schweigen antworteten.<sup>42</sup> Während der letzten fünfunddreissig Jahre sind auf diese Weise die Stimmen

der Überlebenden weitestgehend überhört worden. Elie Wiesel schreibt über diese bittere Erfahrung: «Nach der Befreiung, als die Überlebenden wieder in die Welt eintraten, fanden sie sich in einer anderen Art von Exil vor, einer anderen Art von Gefängnis. Die Menschen hiessen sie mit Tränen und Schluchzen willkommen, dann wandten sie sich ab.» Nach Wiesel wollten die Überlebenden «eine Botschaft an euch übermitteln, eine Botschaft, deren einziger Übermittler sie waren. Nachdem sie eine Einsicht in das menschliche Wesen erhalten hatten, die nie ihresgleichen haben wird, versuchten sie, dieses Wissen mit euch, ihren Zeitgenossen, zu teilen. Aber ihr verwarft ihr Zeugnis.»<sup>43</sup>

Wir haben auf die prophetische Stimme, die versuchte, den Verlauf des jüdischen, des menschlichen Schicksals in die Hand zu nehmen und in Richtung auf eine moralische und soziale Vervollkommnung der Menschheit zu lenken, auf diese Stimme haben wir nicht gehört. Wir haben nicht wahrgenommen, dass die Folgen des Holocaust überall um uns herum sichtbar sind. Wir haben auch nicht erkannt, dass der Holocaust und die nukleare Zerstörung – das eine ist bereits geschehen, vom anderen trennt uns nur ein Knopfdruck – zwei Seiten ein und desselben Phänomens sind. Während die eine Seite das Ende der Unschuld der westlichen Zivilisation symbolisiert, steht die andere für das Ende unserer Welt.<sup>44</sup>

## Anmerkungen

### Wolfgang Benz Der Rückfall in die Barbarei

- 1 Zit. nach Alex Bein, Die Judenfrage, Biographie eines Weltproblems. Stuttgart 1980, Bd. 1, S. 104.
- 2 Nürnberger Memorbuch, zit. nach Hermann Greive, Die Juden. Grundzüge ihrer Geschichte im mittelalterlichen und neuzeitlichen Europa. Darmstadt 1980, S. 105.
- 3 Völkischer Beobachter, 8.11. 1938.
- 4 Mitschriften in der Pressekonferenz des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda durch Fritz Sängler, Bundesarchiv Koblenz, ZSg. 102/13 (Sammlung Sängler), 7.11. 1938.
- 5 Ebenda, 8.11.1938.
- 6 Ruth Andreas-Friedrich, Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945. Berlin 1947, S. 28.
- 7 Pressekonferenz Reichspropagandaministerium, a.a.O.
- 8 Kurhessische Landeszeitung, 8.11.1938.
- 9 Landgericht Hanau, Urteil vom 17.3.1947, Archiv Institut für Zeitgeschichte (IfZ), Gh 04.06.
- 10 Bericht des Obersten Parteigerichts an Göring, 13. Februar 1939, Nürnberger Dokument PS 3063, abgedruckt in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 1948, Bd. 32, S. 20-29.
- 11 Urteil Landgericht Wiesbaden 18./19.7.1949, Archiv IfZ, Gw 05.03-12.
- 12 Max Eschelbacher, Der Pogrom vom 10. November 1938 in Düsseldorf, Manuskript Juli 1939, Wiener Library, Sammlung P II d, Nr. 151 Archiv IfZ, MZS 1/1, auszugsweise auch in: H. Weidenhaupt/F. Wiesemann (Hrsg.), Juden in Düsseldorf. Münster 1982.
- 13 Pressekonferenz Reichspropagandaministerium, Bundesarchiv, ZSg. 102/13, 10.11. 1938.
- 14 Nationalblatt Trier, zit. nach: Jacques Jacobs, Existenz und Untergang der alten Judengemeinde der Stadt Trier. Trier 1984, S. 85 f.
- 15 Zit. nach: Schicksal jüdischer Bürger in Nürnberg 1850-1945, Ausstellungskatalog mit Dokumentation. Nürnberg 1965, S.60L

- 16 Göttinger Tageblatt, 11.11.1938, zit. nach: Peter Wilhelm, Die Synagogengemeinde Göttingen, Rosdorf und Geismar 1850-1942. Göttingen 1978, S.55.
- 17 Hohenzollerische Blätter, 12.11.1938, zit. nach: Paul Sauer, Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945, Teil II. Stuttgart 1966, S. 21 f.
- 18 Völkischer Beobachter (Münchner Ausgabe), 11.11.1938.
- 19 Völkischer Beobachter (Norddeutsche Ausgabe), 11.11.1938.
- 20 Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring am 12. November 38, Nürnberger Dokument PS 1816, abgedruckt u.a. in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 1948, Bd. 28, S. 499-540.
- 21 Erna Philipp, Ereignisse in der Pogrom-Nacht 9.-10. November 1938, Wiener Library, P II d, Nr. 98, Archiv IfZ, MZS 1/1.
- 22 Völkischer Beobachter, 10. 11.1938.
- 23 Völkischer Beobachter, 12.11.1938.
- 24 Bericht des Obersten Parteigerichts an Göring, 13. Februar 1939, Nürnberger Dokument PS 3063.
- 25 Zit. nach Horst Matzerath (Hrsg.), «...vergessen kann man die Zeit nicht, das ist nicht möglich ...» Kölner erinnern sich an die Jahre 1929-1945. Köln 1985, S. 173.
- 26 Ina Rothschild, Bericht über die Kristallnacht im Israelitischen Waisenhaus «Wilhelmspflege» in Esslingen, in: Paul Sauer, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945. Stuttgart 1969, S. 420.
- 27 Aussage Paul O. Schlick, 14.1.1954, zit. nach: Schicksal jüdischer Bürger in Nürnberg 1850-1945. Ausstellungskatalog mit Dokumentation. Nürnberg 1965, S.64f.
- 28 Urteil des Landgerichts Giessen vom 17.9.1946, in: Klaus Moritz/Ernst Noam, NS-Verbrechen vor Gericht 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten. Wiesbaden 1978, S. 132-133.
- 29 Urteil LG Giessen, 6.1.1949, Archiv IfZ, Gg 01.08.
- 30 Ebenda.
- 31 Urteil LG Mannheim, 24.6.1948, Archiv IfZ, Gm 02.05.
- 32 Interview mit Dr. Harry Stern, 31.10.1954, Wiener Library P II d, Nr. 2, Archiv IfZ, MZS 1/1.
- 33 Eric Goodman (Erich Guttman), Die Tage nach dem 9. November. Ein Bericht. London, Frühjahr 1941, Wiener Library, P II d, Nr. 528, Archiv IfZ, MZS 1/1.
- 34 Anonymer Bericht, 26. November 1938, Wiener Library, P II d, Nr. 658, Archiv IfZ, MZS 1/1.
- 35 Ruth Abraham, Meine Erlebnisse während der nationalsozialistischen Zeit, Manuskript im Leo Baeck Institute New York.
- 36 Polit. Monatsbericht des NS Lehrerbundes Kreis Traunstein, 19.11.1938, abgedruckt in: Martin Broszat, Elke Fröhlich, Falk Wiesemann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte. München 1977, S.470f.

- 37 Monatsbericht Gendarmerie-Station Waischenfeld, 25.11.1938, ebenda, S.123.
- 38 Monatsbericht Gendarmerie-Station Müggendorf, 26.11.1938, a.a.O. S. 123.
- 39 Monatsbericht Bezirksamt Ebermannstadt, 2.12.1938, ebenda, S. 124.
- 40 Monatsbericht, 8.12.1938, ebenda, S. 473.
- 41 Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Schwaben, 7.12.1938, ebenda, S. 472.
- 42 Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Niederbayern und der Oberpfalz, 8.12.1938, ebenda, S. 473.
- 43 Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Unterfranken, 9.12.1938, ebenda.
- 44 Monatsbericht des Oberbürgermeisters von Ingolstadt (Oberbayern), 1.12.1938, ebenda, S. 471.
- 45 Monatsbericht der Gendarmerie-Station Reichenhall, Bezirk Berchtesgaden (Oberbayern), 29.12.1938, ebenda, S. 476.

## **Trude Maurer**

### **Abschiebung und Attentat**

- 1 Brief von Otto Buchholz an seine Verwandten, Zbaszyn 19.12.1938. Abgedruckt in: Hans-Joachim Fliedner, Die Judenverfolgung in Mannheim 1933-1945. Bd.2: Dokumente. Mannheim 1971 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim Bd.2), S. 72-74, hier S.72f.
- 2 Siehe dazu ausführlich Jack L. Wertheimer, German Policy and Jewish Politics: The Absorption of East European Jews in Germany (1869-1914). Ph. D. Columbia University 1978 (überarbeitete und erweiterte Fassung im Druck: Oxford 1987).
- 3 Siehe dazu Trude Maurer, Medizinalpolizei und Antisemitismus. Die deutsche Politik der Grenzsperrung gegen Ostjuden im Ersten Weltkrieg. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 33 (1985), S. 205-230.
- 4 Zur Weimarer Zeit siehe im Einzelnen: Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden Bd. 12).
- 5 Über die Juden in Polen in der Zwischenkriegszeit siehe Celia S[topnicka] Heller, On the Edge of Destruction. Jews of Poland between the two World Wars, New York 1977. Joseph Marcus, Social and Political History of the Jews in Poland 1919-1939. Berlin-New York-Amsterdam 1983 (New Babylon. Studies in Social Sciences Bd.37) (mit der Revision der These von der Verarmung).
- 6 So Ezra Mendelsohn in seiner erhellenden Abwägung der verschiedenen Interpretationsansätze: Interwar Poland: Good for the Jews or bad for the Jews? In: Chimen Abramsky/Maciej Jachimczyk/Antony Polonsky (Hrsg.), The Jews in Poland. Oxford 1986, S. 130-139, Zitat S. 138f. Vgl. auch seine eigene ausführlichere Darstellung: Ezra Mendelsohn, The Jews of East Central Europe Between the World Wars. Bloomington 1983 (dort S. 11-81).

- 7 Genaue Daten liegen dafür nicht vor. Die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge, die die Rückwanderer betreute, weist dieses Tätigkeitsgebiet erst ab 1937 gesondert aus. Die Gesamtzahl der Rückwanderer wird für 1933-1939 auf 29'000 geschätzt, war aber 1933 am höchsten. Nach Sfhalom] Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Nazi-Regime 1933-1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Tübingen 1974 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 29), S. 216. Vgl. auch S. 95-97. Laut *Der Morgen* 9 (1933-1934), S.332, wanderten zwischen 1.2. und 1.10. 1933 etwa 12'000 bis 13'000 Juden aus Deutschland in ost- und südosteuropäische Länder zurück.
- 8 Siehe dazu im Einzelnen: Trude Maurer, *Ausländische Juden in Deutschland, 1933-1939*. In: Arnold Paucker u.a. (Hrsg.), *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland 1933-1943*. Tübingen 1986 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts Bd.45), S. 189-210.
- 9 Text in *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej* [Gesetzblatt der Polnischen Republik] 1938 I, Nr. 22, Poz. 191, S. 340. Gestraffte und gekürzte (daher in Art. 5 nicht korrekte) deutsche Paraphrase in *Jüdisches Gemeindeblatt Leipzig* 14 (1938), Nr. 17, 29.4.1938, S. 2, abgedruckt bei Adolf Diamant, *Chronik der Juden in Dresden. Von den ersten Juden bis zur Blüte der Gemeinde und deren Ausrottung*. Darmstadt 1973, S. 355.
- 10 Eliahu Ben Elissar, *La diplomatie du III<sup>e</sup> Reich et les Juifs*. O.O. [Paris] 1969, S. 303. Ben Elissar bietet S. 301-321 die grundlegende Analyse der deutschen und polnischen Massnahmen und Auseinandersetzungen in Bezug auf die Abschiebung der polnischen Juden aus Deutschland.
- 11 Emanuel Melzer, *Relations between Poland and Germany and Their Impact on the Jewish Problem in Poland (1935-1938)*. In: *Yad Vashem Studies* 12 (1977), S. 193-229, hier S. 217. Melzers Darstellung (S. 215-229) ist als wichtige Ergänzung zu Ben Elissar heranzuziehen, vor allem für das polnische Verhalten gegenüber den Abgeschobenen. Die Ausweisungsaktion wird ausserdem dargestellt bei H[ans] GJünther] Adler, *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*. Tübingen 1974, S. 91-105. Einen Kurzüberblick gibt [Helmut] Heiber, *Die Ausweisung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit im Oktober 1938*. In: *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte* [Bd. I], München 1958, S. 90-93. *Quellen deutscher Behörden, ausländischer diplomatischer Vertretungen, jüdischer Hilfsorganisationen und persönliche Zeugnisse Betroffener* bietet kommentiert und mit einer informativen Einführung versehen im englischen Original oder in englischer Übersetzung Sybil Milton, *The Expulsion of Polish Jews from Germany October 1938 to July 1939. A Documentation*. In: *Leo Baeck Institute. Year Book* 29 (1984), S. 169-199.
- 12 Nach Ben Elissar, S.304L
- 13 *Reichsgesetzblatt* (künftig: *RGBl.*) 1938 I, S. 1053-1056, Zitat S. 1053. Hinweis auf die vertrauliche Dienstanweisung bei Peter Hanke, *Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945*. München 1967 (Schriftenreihe des Stadtarchivs München H.3), S.209L Hinweis auf die Verbindung zum polnischen Gesetz schon bei Adler, S. 93.
- 14 Ben Elissar, S. 305.

- 15 Text: Dziennik Ustaw... 1938 II, Nr. 80, Poz. 543, S. 1231.
- 16 Bericht des amerikanischen Botschafters 5.11.1938, abgedruckt bei Milton, S. 183-186, hier S. 184.
- 17 Abgedruckt in Akten zur deutschen auswärtigen Politik (künftig: ADAP) Serie D (1937-1945), Bd. V, Baden-Baden 1953, Nr. 84, S. 93.
- 18 ADAP D V, Nr. 88, S. 97.
- 19 Schnellbrief des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei 26.10.1938, abgedruckt in Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden. Frankfurt 1963, S. 422.
- 20 (Weiterer) Schnellbrief des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei 26.10.1938, abgedruckt in Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden, S.422f. – Beispiele für Ausweisungsverfügungen sind abgedruckt u.a. bei Paul Sauer (Bearb.), Dokumente über die Verfolgung jüdischer Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945. Bd.II. Stuttgart 1966, S. 11f. (Esslingen). Regina Bruss, Die Bremer Juden unter dem Nationalsozialismus. Bremen 1983 (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen Bd. 49), S. 220.
- 21 Helmut Heiber, Der Fall Grünspan. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 134-172, hier S. 137.
- 22 Siehe z.B. Jüdische Rundschau 43 (1938), Nr. 70, 2.9.1938, S. 4.
- 23 Bericht von Zigmund Glicksohn, Tel-Aviv, September 1944: Yad Vashem Archives (künftig YVA) 01/7, S. 1. Zum Verband der Ostjuden (gegründet 1919), der im Dritten Reich in Verband der polnischen Juden umbenannt wurde und auf Drängen des polnischen Konsulats staatenlose Mitglieder ausschliessen musste: Maurer, Ostjuden in Deutschland, S. 681-708, und Maurer, Ausländische Juden 1933-1939, S. 207-210.
- 24 Bericht von Anni Nieder, Tel-Aviv, August 1944, YVA 01/15, S. 1.
- 25 Sächsischer Minister des Innern an den Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei 1.11.1938, abgedruckt bei Diamant, S. 367f. Vgl. auch die Dokumente zur Auseinandersetzung zwischen Gestapo und Polizeipräsidium Leipzig über die Verantwortung für den späten Beginn der Aktion bei Diamant, S.369f., 372, 375f.
- 26 Bericht Nieder: YVA 01/15, S. 1, Zitat S. 2. Vgl. auch Rabbiner Dr. N. Wahrmann, Als Rabbiner in Oels von 1929 bis 1939, 4.4.1960: YVA 01/270, S. 2. Wahrmann lehrte am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau und war dort an diesem Tag. Als er nach Oels zurückkehrte, war die Aktion dort bereits abgeschlossen.
- 27 Ben Elissar, S. 307.
- 28 Baden und Württemberg: Paul Sauer, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945. Stuttgart 1969, S. 251. Sachsen: Diamant, S. 357, 359, 362, 366 (Mehrheit). Hamburg: Bericht des Ehepaars Rosa Friedfertig und Koppel Friedfertig, Tel-Aviv, November 1944: YVA 01/35, S. 1f. Frankfurt: Zeugenbericht von Dr. Hans Pomeranz, Tel-Aviv, 11.1.1960: YVA 01/275, S. 10, München: Hanke, S. 210.
- 29 Milton, S. 170.

- 30 Brief Julius Rosenzweigs an seine Schwester 19.8.39, abgedruckt bei Milton, S. 175-181, hier S. 176.
- 31 Bericht Friedfertig, YVA 01/35, S. 1.
- 32 Bericht von Otilie Schönewald, abgedruckt bei Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann, Die Reichskristallnacht. Frankfurt 1987, S. 32-37, hier S. 33.
- 33 Brief Rosenzweigs, Milton S. 177f.
- 34 Heiber, Fall Grünspan, S. 138. Vgl. im Gegensatz dazu die Aussage Sendet Grynszpans über die Verhältnisse in Hannover 1961 im Eichmann-Prozess in Jerusalem, abgedruckt bei Thalmann/Feinermann, S. 43-45. Zur minimalen polizeilichen Versorgung siehe Diamant, S. 362, 400, und den Brief Buchholz'.
- 35 Milton, S. 170; Hanke, S. 210.
- 36 Erinnerungen des Münchener Gemeindevorsitzenden, zitiert bei Hanke, S.210.
- 37 Vgl. die Berichte Schönewalds, Thalmann/Feinermann, S. 34: «So gross war auch dann noch das Vertrauen zu der Wirksamkeit deutscher Rechtsauffassung und geschäftlicher Gepflogenheiten ...» – Über die Hilfe der jüdischen Gemeinden siehe auch Heiber, Fall Grünspan, S. 137 (Hannover); Brief Rosenzweigs, Milton S. 178 (Beuthen), 180 (Kattowitz); Bericht Friedfertig: YVA 01/35, S. 1 (Hamburg).
- 38 Zeugenbericht Pomeranz: YVA 01/275, S. 10.
- 39 Bericht der Reichsbahnstation Hannover (Sperrung) und Bericht Schönewalds (Verhöhnung), beide bei Thalmann/Feinermann, S. 38, S. 36. Brief Rosenzweigs (Sperrung), Milton S. 177. Vgl. auch Grynszpans Aussage 1961: «Die Strassen von Hannover waren voller Leute, die schrien: «Juden nach Palästina» (Thalmann/Feinermann, S. 44).
- 40 Bericht des Polizeipräsidenten Dresden an den sächsischen Innenminister, Faksimile bei Diamant, S. 363 f.
- 41 Beispiele bei Diamant, S. 362, 363, 373.
- 42 Auszug abgedruckt bei Diamant, S. 365.
- 43 Bericht Friedfertig, YVA 01/35, S. 2.
- 44 Brief Rosenzweigs, Milton S. 179.
- 45 Bericht Friedfertig, YVA 01/35, S. 2.
- 46 Aufzeichnung des Amtrats Gerste 11.9.1938, ADAP D V, Nr. 98, S. 103f., zur Feuerdrohung eine weitere, in Anm. 1, S. 104 resümierte Aufzeichnung.
- 47 Über Drawski Mlyn siehe den Bericht von Israel Bleyberg, Januar 1957, YVA 01/169.
- 48 Bericht Friedfertig, YVA 01/35, S. 1.
- 49 Siehe dazu Milton, S. 171; Ben Elissar, S. 320; Melzer, S. 224, und den Brief des vor allem durch sein Warschauer Ghetto-Tagebuch und -Archiv bekannt gewordenen Historikers Emmanuel Ringelblum an Raphael Mahler, 6.12.38, abgedruckt bei Milton, S. 190f. (Ringelblum arbeitete fünf Wochen in Zbaszyn.)
- 50 Siehe dazu auch zahlreiche Berichte, vor allem aus der englischen Presse, die Sonderkorrespondenten zu dem Lager schickte, in der Presseauschnittsammlung der Wiener Library, Tel-Aviv PC 4/30d und PC 4/33d.
- 51 Siehe Auszüge aus seinem Bericht bei Milton, S. 192-195.
- 52 Brief Ringelblums, Milton S. 191; Gitermann laut Melzer, S. 225.

- 53 Aufzeichnung über ein Gespräch Karl-Heinz Abshagens mit dem Leiter der Europaabteilung des US State Department, Robert Pell, abgedruckt bei Milton, S. 198f. Vgl. auch Ben Elissar, S.315L
- 54 Ben Elissar, S. 317.
- 55 Ben Elissar, S. 308-310; Adler, S. 95.
- 56 Polnischer Botschafter in Berlin Lipski an polnischen Aussenminister Beck 12.11.1938. In: Waclaw Jędrzejewicz (Hrsg.), *Diplomat in Berlin 1933-1939. Papers and Memoirs of Józef Lipski, Ambassador of Poland*, New York-London 1968, S. 462-465, hier S. 464.
- 57 Siehe zu dieser Zusammenfassung im Einzelnen Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei an Chef der Reichskanzlei 29.10.1938 und Vermerk des Leiters der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes 29.10.1938. Beide in ADAP, D V, Nr. 91-92, S.98L, 100f.
- 58 Ben Elissar, S. 311.
- 59 Aufzeichnungen von Weizsäckers 3.11.1938 und 8.11.1938 (Zitat), faksimiliert in: John Mendelsohn (Hrsg.), *The Holocaust. Bd. 3: The Crystal Night Pogrom*, New York-London 1982, S. 13, 14f. Die zweite ist auch in ADAP D V, Nr. 95, S. 102 abgedruckt.
- 60 Reichsführer SS an die Höheren SS- und Polizeiführer 8.11.1938, YVA 05/111.
- 61 Ben Elissar, S. 312f. Vgl. dazu folgende Dokumente: Telefonat Blank-Aufzeichnung Spitz, 11.11.1938, ADAP D V, Nr. 97, S. 103. Besprechung über die Judenfrage unter Vorsitz von Feldmarschall Göring 12.11.1938 in: *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Bd.28, Nürnberg 1948, S. 499-540, hier S.522L
- 62 Zu den Gründen für Polens «plötzliche Geduld» siehe Ben Elissar, S. 315.
- 63 Ben Elissar, S. 314, 317-319. Text des Abkommens bei Adler, S. 98-100.
- 64 Schnellbrief des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei 26.1.1939, abgedruckt in: *Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden*, S.424L
- 65 Abgedruckt bei Diamant, S. 385. Dort S. 382f., 384, 387 Beispiele für entsprechende Eingaben, S. 393 die Aufhebung der Sicherung einer Wohnung.
- 66 Sächsischer Minister des Innern an Reichsführer SS 14.2.1939, abgedruckt bei Diamant S. 394.
- 67 Mitteilungen von Dr. Fritz Berger 7.6.1958, YVA 01/272, S. 5 (Palästina-Amt). Bericht Nieder, YVA 01/15, S. 2 (Verband polnischer Juden). Bericht Bicyberg, YVA 01/169, S. 2 (Verlängerung).
- 68 Bruss, S. 222.
- 69 Reichsführer SS an Chef der Reichskanzlei 3.2.1939, ADAP D V, Nr. 127, S. 141.
- 70 Zitiert bei Adler, S. 101.
- 71 Ben Elissar, S. 321 über die beschränkten Möglichkeiten; Erlasstext bei Adler, S. 102.
- 72 Bericht Glicksohn, YVA 01/7, S. 2 (der Preis von 100 Reichsmark fiel damals nach Aussage des polnischen Konsuls auf 25 Reichsmark). Bericht Fritz Berger 6.10.1948: YVA 01/4, S. 1.
- 73 Dies hat zuerst Heiber, *Fall Grünspan*, S. 149-152 dargelegt; zu den Verschiebungsgründen S. 161 f. – Weitere minutiös recherchierte Darstellungen dieses

- Falles, auch der Prozessvorbereitung in Frankreich etc., bei Thalmann/Feinermann, S. 41-78, und bei Friedrich Karl Kaul, Der Fall des Herschel Grynszpan. Berlin [-Ost] 1965.
- 74 Siehe «Reichskristallnacht» in Hannover. Eine Ausstellung zur 40. Wiederkehr des 9. November 1938. Hannover 1978, S. 77 A.4. Der Band enthält S. 57 auch ein Foto von Grynszpan in seiner Schulklasse, S. 59 eine Abbildung der Einwohnermeldekarte der Familie und S. 60 ein Bild Grynszpans in französischer Untersuchungshaft. Der Überlebenshypothese schliesst sich auch Mendelsohn, Holocaust, Introduction (unpaginiert) an.
- 75 Heiber, Fall Grünspan, S. 134.
- 76 Milton, S. 169, 174.
- 77 So auch Thalmann/Feinermann, S. 37.
- 78 Melzer, S. 217-219.
- 79 Ähnlich Adler, S. KM).
- 80 Karl A. Schleunco, The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy toward German Jews 1933-1939, Urbana-Chicago-London 1970, S. 216. Zur Ausweisung der sowjetischen Juden dort S. 227f.
- 81 Siehe dazu Reichssicherheitshauptamt 15.2.1938: Bundesarchiv Koblenz R 58/979 Bl. 38f. Ausserdem Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Massnahmen und Richtlinien. Inhalt und Bedeutung. Karlsruhe 1981 (Motive-Texte-Materialien Bd. 14), S. 211, 214, 216f., 224, 226.
- 82 Siehe mehrere Beispiele bei Sauer, Schicksale, S.254f.
- 83 Siehe den Brief von Cäcilie Buchholz an ihre Verwandten, 11.9.1941, abgedruckt bei Flidner, Bd.2, S.74f.
- 84 Die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung in Baden-Württemberg 1933-1945. Ein Gedenkbuch. Stuttgart 1969 (Veröffentlichungen der staatlichen Archivdirektion Baden-Württemberg. Beiband zu Bd.20), S. 43.

## **Avraham Barkai**

### **«Schicksalsjahr 1938»**

- 1 Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Arbeitsbericht für das Jahr 1938 (künftig: RV/Arb. 38), S. 1.
- 2 Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg. 42 Bde. Nürnberg 1948 (künftig: IMT), Bd. XXIII, S. 237, PS-3358.
- 3 Shaul Esh, Between Discrimination and Extermination. The Fateful Year 1938, in: Yad Vashem Studies, Bd.2 (1958), S.80 u. 85 (hier aus dem Englischen übersetzt).
- 4 Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. Göttingen 1966, S. 139f.
- 5 Uwe D. Adam, Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf, 2.Aufl. 1972, S. 359,173. Noch extremer hat sich neuerdings Willi A. Boelcke (Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Düsseldorf 1983, S. 210) geäussert, dem zufolge «einen Tag nach der Entlassung Schachts... der Mühlstein des Antisemitismus in Richtung Wirtschaft, das letzte Reservat jüdischer Betätigung, ins Rollen

- gebracht wurde». Hauptquellen dieser Schacht-Apologie sind die Selbstzeugnisse von über hundert ehemaligen während der NS-Ära tätigen Beamten des Reichswirtschaftsministeriums.
- 6 Die Reichsvertretung schätzte damals die Zahl für Ende 1937 mit 350'000 (RV/ Arb. 37, S. 14f.). Dagegen kommt Herbert Strauss auf die eher einleuchtende Zahl von 365'000 (Herbert A. Strauss, *Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses*, in: *Yearbook*, Leo Baeck Institute (künftig: YLBI), Bd.25 und 26 (1980 und 1981).
  - 7 Geschätzt nach den Volkszählungszahlen vom Juni 1933. Danach gab es, nachdem seit Januar bereits 25'500-30'000 Juden ausgewandert waren, 110'669 jüdische selbständige Erwerbspersonen ohne mithelfende Familienmitglieder. (Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, Heft 5 und Bd. 453, Heft 2.) Vgl. auch Esra Bennathan, *Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden*, in: Werner E. Mosse und Arnold Pauker (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*. Tübingen 1965, S. 106f. In der deutschen Statistik wurden alle selbständigen Firmen als «Betriebe» gezählt, vom Warenhaus über selbständige Arzt- oder Rechtsanwaltspraxen bis zu den Wandergewerbebetrieben» selbständiger Reisender und Hausierer. Ziehen wir eine beschränkte Anzahl von Partnerschaften in Betracht, so scheint die Zahl von 100'000 jüdischen «Betrieben» für Januar 1933 kaum zu hoch angesetzt.
  - 8 Alf Krüger, *Die Lösung der Judenfrage in der Wirtschaft. Kommentar zur Judengesetzgebung*. Berlin 1940, S. 44. Krügers Angaben enthalten keinen Quellenhinweis. Die Zählung jüdischer Firmen fand erst im Juli 1938 statt; die dabei ermittelten Gesamtergebnisse sind nicht erhalten. Sie konnten Krügers Angaben nicht zugrunde liegen.
  - 9 Genschel (wie Anm. 4), S. 136.
  - 10 Herbert Kahn, *Umfang und Bedeutung der jüdischen Einzelhandelsbetriebe innerhalb des gesamten deutschen Einzelhandels. Hauptergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung. (Aufgrund einer Erhebung in 69 Grossgemeinden.) Im Auftrag der Reichsvertretung der deutschen Juden durchgeführt Februar 1934. Vervielfältigtes Mskr.*, S. 12.
  - 11 *Textil-Zeitung*, 3.12.1938; *Berliner Morgenpost*, 25.11.1938.
  - 12 Staatsarchiv Münster, Gaulcitung Westfalen-Süd, Gauwirtschaftsberater (künftig: StA Münster, GW), Nr. 145.
  - 13 Ebenda und GW, Nr. 703 (Oktober 1938).
  - 14 Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem, Rep. 151, Nr. 1658a, Reichswirtschaftsminister, Rundschreiben 111/Jd. 8910/38 v. 28.11.1938.
  - 15 Strauss 1980 (wie Anm. 6), S. 342. Ludwig Pinner schätzte das gesamte jüdische Privatvermögen von 1933 auf ca. 12 Milliarden RM. (Vermögenstransfer nach Palästina 1933-1939, in: *Zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag*. Tel-Aviv 1962, S. 134.) Dies entspräche etwa 3-4% des gesamten deutschen Kapitalstocks der Jahre 1930-1934 und scheint nicht unwahrscheinlich. (Berechnet nach W. G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*. Berlin, Heidelberg 1965, S. 44; 602)

- 16 Rundschreiben Reichswirtschaftsmin. (wie Anm. 14). Von insgesamt 8531 Millionen RM wurden 1408 Millionen Schulden und Verpflichtungen abgezogen und ein Nettovermögen von 7123 Millionen RM errechnet, davon ca. 2 Milliarden RM in Österreich. Da die Vermögensanmeldung ganz kurz nach dem Einmarsch stattfand, ist anzunehmen, dass in Österreich noch ein grösserer Anteil der jüdischen Vermögen in den Betrieben steckte und entsprechend der Prozentsatz des Betriebsvermögens im «Altreich» unter 14% lag.
- 17 Eduard Rosenbaum, M. M. Warburg & Co. Merchant Bankers of Hamburg, in: YLBI Bd. 7 (1962), S. 147.
- 18 Ebenda, S. 146.
- 19 StA Münster, GW, Nr. 10 (1935); Nr. 25 (1937).
- 20 Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, NF. Bd. 8 (1938), S. 6; 150.
- 21 RV/Arb. 1938, S. 22.
- 22 Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte<sup>3</sup> (1955), S.209L
- 23 Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), R 2, Nr. 31097.
- 24 Ebenda.
- 25 BAK, R 18, Nr. 5514, S. 199-211.
- 26 Hunderte solcher Akten befinden sich im Bestand «Gauwirtschaftsberater, Gauleitung Westfalen-Süd» im Staatsarchiv Münster.
- 27 Siehe u.a. Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich. Berlin 1964, S. 27ff.; Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Massnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung. Heidelberg, Karlsruhe 1981, S. 209ff.; Genschel (wie Anm.4), S. 143ff.; Adam (wie Anm.5), S. 172ff. (Walk wird künftig mit der Abschnitts- und Dokumentennummer seiner Sammlung zitiert.)
- 28 Bruno Blau (Bearb.), Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933-1945. Düsseldorf 2. Aufl. 1954, S.41L; Walk, 11/441.
- 29 Walk 11/416; 420; 424; 426.
- 30 Ebenda, 453.
- 31 Salzburger Volksblatt, 25.9. 1938.
- 32 Walk 11/457; Blau (wie Anm. 28), S.43f.
- 33 Walk 11/458.
- 34 BAK, R 18, Nr. 5519, S. 153-162 (Hervorhebungen im Original).
- 35 Ebenda, S.155.
- 36 Ein Originalexemplar des Fragebogens befindet sich in der Wiener Library, Universität Tel-Aviv, unter PC 3/51.
- 37 Foreign Relations of the United States. Diplomatie Papers 1938. Bd. 2, S. 366.
- 38 Ernst Herzfeld, Meine letzten Jahre in Deutschland 1933-1938, Archiv des Leo Baeck Institute, New York (ALBI), ME 163, S. 43 (auch im Archiv von Yad Vashem Jerusalem, 01/8.).
- 39 Walk, 11/503.
- 40 Wiener Library, PC 3/57.
- 41 Walk, 11/500.
- 42 Der Aufbau, 1.1.1938.
- 43 4. VO zum Reichsbürgergesetz, Walk, 11/510; Stephan Leibfried, Stationen der Abwehr. Berufsverbote für jüdische Ärzte im Dritten Reich 1933-1938

und die Zerstörung des sozialen Asyls durch die organisierten Ärzteschaften des Auslands, in: Bulletin des Leo Baeck Institute, Nr. 62 (1982), S. 11.

- 44 5. VO zum Reichsbürgergesetz, Walk, 11/547; Wiener Library, PC 3/61.
- 45 Herzfeld (wie Anm. 38), S. 42.
- 46 StA Münster, GW, Nr. 139. Vgl. auch Peter Hanke, Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945. München 1967, S. 144; 199f.
- 47 BAK, R 58, Nr. 956, SD-HA Ref. 11/112, Zum Judenproblem, Januar 1937.
- 48 Foreign Relations (wie Anm. 37), S. 382 (hier aus dem Englischen übersetzt).
- 49 Genschel (wie Anm. 4), S. 218.
- 50 1938 nach RV/Arb. 1938, S. 15f.; 1935 nach: Herbert Kahn, Das jüdische Handwerk in Deutschland. Eine Untersuchung aufgrund statistischer Unterlagen der Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Berlin 1936 (vervielfältigtes Mskr.), S. 1 (Wiener Library, KY 3/W1).
- 51 Nach der Volkszählung vom Juni 1933 waren in Industrie und Handwerk zusammen insgesamt 19'319 selbständige jüdische Erwerbstätige beschäftigt und ihr Anteil betrug in dieser Wirtschaftsabteilung 0,43%. Dagegen wurden im Handelsgewerbe 72662 Juden mit einem Anteil von 4,25% gezählt. Genaue Angaben für das Handwerk allein lassen sich nicht errechnen. RV/Arb. 38, S. 15 f.
- 52
- 53 Ebenda, S. 173ff. Die jüdische Presse berichtete nur über «Arisierungen» größerer und bekannter Firmen. Nach meiner Schätzung aufgrund verschiedener Angaben wurden zwischen Ende 1937 und November 1938 insgesamt 4'500-5'000 jüdische Firmen aller Grössen «arisiert». (Vgl. u.a. RV/Arb.'38.)
- 54 Genschel (wie Anm. 4), S. 174f.
- 55 Ebenda, S. 247.
- 56 StA Münster, GW Nr. 682.
- 57 Ebenda, Nr. 707.
- 58 Schreiben v. 16.4.1938 an die Industrie- und Handelskammer München, abgedruckt bei Hanke (wie Anm. 46), S. 154f.
- 59 Hanke (wie Anm. 46), S. 224.
- 60 Fränkische Tageszeitung, 3.9.1938.
- 61 Archiv Yad Vashem, 08/17. Datum und Unterschrift fehlen, doch ergibt die interne Quellenanalyse eindeutig, dass das Dokument vor dem 16. Juni und nach dem 1. Mai 1938 abgefasst wurde; dass der Zweck die Zusammenfassung und Anregung von Massnahmen war, die nur auf höherer Regierungsebene beschlossen werden konnten; dass der Verfasser mit der Gesetzeslage und allen praktizierten Massnahmen bis ins Einzelne vertraut war und auch aussenpolitische Bedenken in Erwägung zog.
- 62
- 63 Ebenda, S. 16f.
- 64 Ebenda, S. 22.
- 65 Ebenda, S. 29.
- 66 Ebenda, S. 32.
- 67 Ebenda, S. 36.
- 68 Sybil Milton, The Expulsion of Polish Jews from Germany, October 1938 to July 1939, in: YLBI 29 (1984), S. 169-199.
- 69 Former Communal Property in Germany. A Questionnaire Survey by the

- American Federation of Jews from Germany, o. D. (1947), S. 11; Scheffler (wie Anm. 27), S. 30f.
- 70 IMT, Bd. XXXVII, PS – 1816; Lionel Kochan, Pogrom. 10. November 1938. London 1957, S. 107; 131 f.
- 71 Berliner Börsen-Zeitung, 19.11.1938.
- 72 IMT, Bd. XXXVII, PS-1301.
- 73 Rundschreiben v. 28.10.1938; zitiert bei Adam (wie Anm. 5), S. 184.
- 74 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, OFD Düsseldorf, Br. 1026/276, Schnellbrief des Reichswirtschaftsmin. v. 19.8.1938.
- 75 Archiv von Yad Vashem, 01/249; Scheffler (wie Anm. 27), S.28L; Kochan (wie Anm. 70), S. 34; Esh (wie Anm. 3).
- 76 Walk, III/13.
- 77 Ebenda, III/7.
- 78 Ebenda, III/8.
- 79 Ebenda, III/21; StA Dahlem, Rep. 151, Nr. 2193.
- 80 StA Dahlem, ebd.; Walk IV/23.
- 81 Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews. Chicago, 2. Aufl. 1967, S.92f., deutsch: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982.
- 82 Walk, III/46; Genschel (wie Anm. 4), S. 188.
- 83 Walk, III/132.
- 84 Strauss (wie Anm. 6) 1980, S. 326; Werner Rosenstock, Exodus 1933-1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany, in: YLBI 1 (1956), S. 377.
- 85 Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. Frankfurt a. M., 2. Aufl. 1965, S. 193f.
- 86 Walk, III/211.

## **Jonny Moser**

### **Die Entrechtung der Juden im Dritten Reich**

- 1 Das Reichsbürgergesetz vom 15.9.1935 (RGBl. 1935, Teill, S. 1146) und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9.1935 (RGBl. 1935, Teill, S. 1146).
  - 2 RGBl. 1936, I, S. 203 und S. 212.
  - 3 Ebenda, S. 338.
  - 4 Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. Göttingen 1966, S. 144f.
  - 5 Jonny Moser, Das Unwesen der kommissarischen Leiter, in: Helmut Konrad/ Wolfgang Neugebauer (Hrsg.) Arbeiterbewegung, Faschismus, Nationalbewusstsein. Wien 1983, S. 89.
  - 6 RGBl. 1938 I, S. 407.
  - 7 Ebenda, I, S. 414f.
  - 8 Ebenda, I, S. 627.
  - 9 Ebenda, I, S. 823.
- 10 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945, Bd.3. Wien 1984, S. 263.

- 11 RGBl. 1938 I, S. 1044.
- 12 Ebenda, I, S. 922.
- 13 Ebenda, I, S. 1342.
- 14 Ebenda, I, S. 969.
- 15 Ebenda, I, S. 1403.
- 16 Ebenda, I, S. 1310.
- 17 Ebenda, I, S. 1545.
- 18 IMT, Bd. XXVII, S. 163, Dok. PS 1301.
- 19 IMT, Bd. XXVIII, S.499ff., Dok. PS 1816; ausführlich zitiert in: Martin Hirsch, Diemut Majer, Jürgen Meinck (Hrsg.), Recht, Verwaltung und Justiz des Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933 bis 1945. Köln 1984, S. 364ff.
- 20 RGBl. 1938 I, S. 1579.
- 21 IMT, Bd. XXXI, S.516L, Dok. PS 3051 und IMT, Bd. XXV, S.376f., Dok. PS-374.
- 22 RGBl. 1938 I, S. 1581.
- 23 Ebenda, I, S. 1580.
- 24 Siehe Anm. 19.
- 25 Völkischer Beobachter, Wiener Ausg., 10.5.1938, S. 15.
- 26 Wiener Neueste Nachrichten, 30.3.1938, S. 7.
- 27 Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, 16.6.1938 und 25.6.1938, 31.
- 28 Ebenda, 14.5.1938, S. 21.
- 29 Ebenda, 19.6.1938, S. 25, und 21.8.1938, S. 9.
- 30 Bruno Blau. Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland. Düsseldorf 1954, S. 54, Nr. 189.
- 31 Ebenda, S. 56, Nr. 197.
- 32 RGBl. 1938 I, S. 1749.
- 33 RGBl. 1938 I, S. 1676.
- 34 B. Blau, a.a.O., S. 56, Nr. 197.
- 35 Ebenda, I, 1709.
- 36 IMT, Bd. XXV, S. 101, Dok. 069 PS.
- 37 B. Blau, a.a.O., S. 62, Nr. 201.
- 38 RGBl. 1938 I, S. 1893.
- 39 RGBl. 1939 I, S. 47.
- 40 RGBl. 1939 I, S. 283, S. 449, S. 503, S.989. B. Blau, a.a.O., S.65, Nr. 213.
- 41 RGBl. 1939 I, S. 282.
- 42 Ebenda, S. 864.
- 43 Vgl. Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945, Wien 1975.
- 44 IMT, Bd., XXVI, S.266, Dok. 710 PS.
- 45 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 59. Jg., 1941/42, Berlin 1942, S.27.
- 46 B. Blau, a.a.O., S. 79, Nr. 251.
- 47 Ebenda, S. 79f., Nr. 253 und Nr. 254.
- 48 Ebenda, S. 80, Nr. 255.
- 49 RGBl. 1939 I, S. 2059.
- 50 B. Blau, a.a.O., S. 80, Nr. 258.

- 51 Ebenda, S. 81, Nr. 269.
- 52 Joseph Walk (Hrsg.) Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Heidelberg/Karlsruhe 1981, S.318f., IV. Nr. 82.
- 53 B. Blau, a.a.O., S.84, Nr. 282.
- 54 Ebenda, S. 82, Nr. 275.
- 55 Ebenda, S. 82, Nr. 277.
- 56 Ebenda, S. 84, Nr. 284.
- 57 Ebenda, S.84L, Nr. 291.
- 58 RGBl. 1940 I, S. 1666.
- 59 RGBl. 1941 I, S. 681.
- 60 Siehe Anm. 10, S. 276, Dok. 145.
- 61 Ebenda, S. 277, Dok. 147.
- 62 RGBl. 1941 I, 547; B.Blau, a.a.O., S. 91 ff. S. Nr. 339.
- 63 B. Blau, a.a.O., S. 106f., Nr. 377.
- 64 Ebenda, a.a.O., S. 88, Nr. 327, S. 98, Nr. 344.
- 65 B. Blau, a.a.O., S. 102, Nr. 350.
- 66 Ebenda, S. 103, Nr. 360 und Nr. 361; S. 104, Nr. 368.
- 67 Ebenda, S. 105, Nr. 375.
- 68 Ebenda, S. 108, Nr. 380 und Nr. 383.
- 69 Ebenda, S. 108, Nr. 386 und S. 109, Nr. 391.
- 70 Ebenda, S. 109, Nr. 392.
- 71 Ebenda, S. 110, Nr. 393; S. 109, Nr. 387; S. 111, Nr. 409.
- 72 Ebenda, S. 110, Nr. 400.
- 73 Ebenda, S. 111, Nr. 404.
- 74 RGBl. 1941 I, S. 759.
- 75 B. Blau, S. 98, Nr. 346.
- 76 IMT, Bd. XXVI, S. 200, Dok. 654 PS.
- 77 Ebenda, Bd. XXVI, S. 259, Dok. 701 PS.
- 78 RGBl. 1941 I, S. 722.
- 79 RGBl. 1943 I, S. 372. Zur Vorgeschichte und Geschichte vgl.: Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1972, S.292ff.
- 80 B. Blau, a.a.O., S. 117, Nr. 428.

## **Hermann Graml**

### **Zur Genesis der «Endlösung»**

- 1 David Irving, Hitler's War. London 1977, bes. S.XIVf.
- 2 Martin Broszat, Hitler und die Genesis der «Endlösung». Aus Anlass der Thesen von David Irving, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (künftig: VfZ) 25 (1977), S. 739 bis 775.
- 3 Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen: Die «Endlösung der Judenfrage» im Dritten Reich, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 381-420, hier bes. 417.
- 4 Ebenda, S. 400.
- 5 Ebenda.
- 6 Vgl. Reinhard Rürup, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur «Ju-

- denfrage» der bürgerlichen Gesellschaft. Göttingen 1975; Werner Jochmann, Struktur und Funktionen des deutschen Antisemitismus, in: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Hrsg. v. Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker. Tübingen 1976, S. 389-477.
- 7 Zit. nach Helmut Krausnick, Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Bd.2. Olten/Freiburg 1965, S. 283-448, hier 291.
- 8 Vgl. hierzu Krausnick (wie Anm. 7), S. 305ff.
- 9 Hierzu Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982.
- 10 Vgl. Lothar Gruchmann, «Blutschutzgesetz» und Justiz. Zu Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935, in: VfZ 31 (1983), S. 418-442.
- 11 Siehe Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd.I. München 1965, S. 537.
- 12 Vgl. den Beitrag von Avraham Barkai in diesem Band sowie Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1972, S. 166ff.
- 13 Internationaler Militärgerichtshof, Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Nürnberg 1948 (künftig: IMT), Bd. 18, S.538f.
- 14 Vgl. Adam (wie Anm. 12), S.216ff.
- 15 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D, Bd. IV. Baden-Baden 1951, S. 291 ff.
- 16 Hans-Adolf Jacobsen/Werner Jochmann (Hrsg.), Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933-1945, Bd.2. Bielefeld 1961, 20.1.1942.
- 17 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D, Bd. IV, S.170.
- 18 Erich Goldhagen, Weltanschauung und Endlösung. Zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Führungsschicht, in: VfZ 24 (1976), S. 379-405.
- 19 Mommsen (wie Anm. 3), S. 382.
- 20 Vgl. hierzu Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942. Stuttgart 1981.
- 21 Vgl. Kommandant in Auschwitz: Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höss. Eingeleitet und kommentiert von Martin Broszat. Stuttgart 1961.
- 22 Gotthard Jasper. Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, in: VfZ 10 (1962), S. 430-453.
- 23 Mommsen (wie Anm. 3), S. 410.
- 24 Vgl. Krausnick/Wilhelm (wie Anm. 20), S. 63ff., z.B. 83.
- 25 Vgl. Helmut Krausnick, Hitler und die Morde in Polen. Ein Beitrag zum Konflikt zwischen Heer und SS um die Verwaltung der besetzten Gebiete, in: VfZ 11 (1963), S. 196-209; Krausnick/Wilhelm (wie Anm. 20), S.80ff.
- 26 Was auch Mommsen (wie Anm. 3) S. 395, 407f. feststellt.
- 27 Siehe Jürgen Förster, Das Unternehmen «Barbarossa» als Eroberungs- und Vernichtungskrieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd.4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Stuttgart 1983, S. 413-450.
- 28 Hierzu auch Robert Gibbons, Allgemeine Richtlinien für die politische und

- wirtschaftliche Verwaltung der besetzten Ostgebiete, in: VfZ 25 (1977), S.252-261.
- 29 Vgl. Krausnick, Judenverfolgung (wie Anm. 7), S.36Off., 391 ff.
- 30 Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945. Hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer. Stuttgart 1975, S.457f.
- 31 Jacobsen/Jochmann (wie Anm. 16), 20.1.1942.
- 32 Ebenda.
- 33 Eichmann-Prozess, 106. Sitzung, 21.7.1961, Prot. S. 11.
- 34 Broszat (wie Anm. 2), S. 747; Mommsen (wie Anm. 3), S.409L
- 35 Mommsen (wie Anm. 3), S. 397.
- 36 Ebenda, S. 410.
- 37 Ebenda, S. 409.
- 38 Vgl. Krausnick/Wilhelm (wie Anm. 20), S. 150ff.
- 39 Vgl. ebenda, S. 158ff.
- 40 Vgl. ebenda, S. 165ff.
- 41 Ebenda.
- 42 Ebenda, S. 116ff.; Helmut Krausnick. Kommissarbefehl und «Gerichtsbarkeits-erlass Barbarossa» in neuer Sicht, in: VfZ 25 (1977), S. 682-738.
- 43 Krausnick, Judenverfolgung (wie Anm. 7), S. 369.
- 44 Das bisher nirgends ausgewertete Dokument ist von Gerald Fleming, Autor der Studie «Hitler und die Endlösung» (Wiesbaden, München 1982), im Staatsarchiv Riga gefunden und Helmut Krausnick zur Verfügung gestellt worden, der den Verf. darauf aufmerksam machte. Auch an dieser Stelle sei ihm dafür herzlich gedankt.
- 45 Mommsen (wie Anm. 3), S. 391.
- 46 Goebbels-Tagebücher, Hrsg, von L. P. Lochner. Zürich 1948, z.B. Eintragung vom 27.3.1942. Nach einem Besuch Hitlers in Berlin notierte Goebbels am 14.2. 1942 (ebenda, S.87L): «Der Führer gibt noch einmal seiner Meinung Ausdruck, dass er entschlossen ist, rücksichtslos mit den Juden in Europa aufzuräumen. Hier darf man keinerlei sentimentale Anwandlungen haben ... Sie werden mit der Vernichtung unserer Feinde auch ihre eigene Vernichtung erleben. Wir müssen diesen Prozess mit einer kalten Rücksichtslosigkeit beschleunigen ...» Es gibt keinen einsehbaren Grund, diese Sprache «metaphorisch» zu nennen.
- 47 Vgl. Fleming (wie Anm. 44), S. 33, 71, 88.
- 48 Mommsen (wie Anm. 3), z.B. S. 394.
- 49 So Mitte August 1941 in Minsk vor dem Einsatzkommando 8, am 26. Januar 1944 in Posen vor Generalen, am 5. Mai 1944 in Sonthofen, ferner am 24. Mai und 21. Juni 1944; vgl. Fleming (wie Anm. 44), S.62ff.
- 50 Kommandant in Auschwitz (wie Anm. 21), S. 120ff., 153ff., 176; Bezirksgericht Jerusalem, Kriminalfall Nr. 40/61, Urteilsbegründung 76. Vgl. auch Bernd Nellissen, Der Prozess von Jerusalem. Düsseldorf 1964, S. 237f., 246.
- 51 Vgl. Fleming (wie Anm. 44), S.63f.
- 52 Nürnberger Dok. NO 626.
- 53 Mommsen (wie Anm. 3), z.B. S. 386, Anm. 16, 395.
- 54 Ebenda, S. 390, 395 f.
- 55 Krausnick/Wilhelm (wie Anm. 20), S. 42-106.

- 56 Klaus-Jürgen Müller, Zu Vorgeschichte und Inhalt der Rede Himmlers vor der höheren Generalität am 13. März 1940 in Koblenz, in: VfZ 18 (1970), S.95-120.  
57 Krausnick/Wilhelm (wie Anm. 20), S.80ff.  
58 Ebenda, S.85f.

## Hans Mommsen

### Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewusst?

- 1 Vgl. die Beobachtung J. Peter Stern, Hitler. Der Führer und das Volk. München 1978, S.22L, dass Hitlers Publikumserfolg nicht zuletzt darauf beruhte, dass er das Private zu einer öffentlichen Angelegenheit machte.
- 2 Vgl. den Überblick über die mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges sich rapide verschlechternde Lage der jüdischen Bevölkerung bei Paul Sauer, Das Schicksal der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945. Stuttgart 1969, S. 105ff.
- 3 Systematische Zusammenstellung bei Bruno Blau, Das Ausnahmerecht gegen die Juden in den europäischen Ländern, I.T. Deutschland. Düsseldorf <sup>3</sup>1965. Siehe auch den vorangegangenen Beitrag von J. Moser.
- 4 Vgl. Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982, S. 283.
- 5 Vgl. Christopher Browning, The Final Solution and the German Foreign Office. New York 1978, S.35ff.
- 6 Vgl. seine Denkschrift zur Behandlung der Fremdvölkischen im Osten vom Mai 1940, hrsg. von Helmut Krausnick, in: VfZ 5 (1957), S. 194ff.
- 7 Im Einzelnen dazu Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Stuttgart 1978. Desgleichen Helmut Krausnick, Kommissarbefehl und «Gerichtsbarkeitserlass Barbarossa» in neuer Sicht, in: VfZ 25 (1977), S. 682-738.
- 8 Siehe Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten v. 4. Dezember 1941, RGBI 1941, I, S. 759.
- 9 Vgl. Leonhard Gross, The Last Jews in Berlin. New York 1982; Kurt R. Grossmann, Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen. Berlin <sup>2</sup>1961.
- 10 Vgl. Sarah Gordon, Hitler, Germans and the «Jewish Question». Princeton 1984, S. 152ff., 166ff.; Ian Kershaw, The Persecution of Jews and German Popular Opinion in the Third Reich, in: Leo Baeck Year Book XXVI (1981), insbes. S. 286ff.
- 11 Michael Müller-Claudius, Der Antisemitismus und das deutsche Verhängnis. Frankfurt 1948, S. 169ff. schätzt aufgrund einer informellen internen Umfrage den Anteil militanter Antisemiten in der Bevölkerung, übrigens unabhängig von der Zugehörigkeit zur NSDAP, auf 5% und rechnet 69% zur Gruppe der Indifferenten.
- 12 Vgl. dazu Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945. Hamburg 1984, insbes. S. 61 ff.

- 13 Vgl. die Angaben bei Konrad Kwiet, Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 27 (1980), S. 171 f. Dieser Beitrag ist in einer leicht gekürzten Form nachlesbar in: Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt 1987, S. 237ff.
- 14 Das Problem getrennter Gottesdienste für Judenchristen wurde schliesslich infolge der rasch vorangetriebenen Deportationen gegenstandslos; vgl. Kurt Meier, Kirche und Judentum, S. 28f., 115ff.
- 15 Siehe Arno Weckbecker, Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933-1945. Heidelberg 1985, S. 197ff. In Berlin ging die Gestapo in der Regel verdeckter vor, aber die Deportierungen konnten kaum von einem aufmerksamen Zeitgenossen übersehen werden.
- 16 Vgl. Konrad Kwiet, The Ultimate Refuge. Suicide in the Jewish Community under the Nazis, in: Leo Baeck Year Book XXIX (1984), S. 135-167.
- 17 Vgl. auch Matthias Schmidt, Albert Speer: Das Ende eines Mythos. Berlin 1982, S.216ff.
- 18 Abgedruckt bei Hans-Adolf Jacobsen, 1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt 1961, S.584f.; vgl. Marlies Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg. Wien 1978, S.252L
- 19 Ebenda, S. 257.
- 20 Zitiert nach Léon Poliakov/Josef Wulf, Das Dritte Reich und seine Diener, Berlin 1956, S. 451; Steinert, Hitlers Krieg, S. 251.
- 21 Ian Kershaw, Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933-1945. Oxford 1983, S. 367.
- 22 Zitiert nach Eberhard Klügel, Die lutherische Landeskirche Hannover und ihr Bischof 1933-1945. Dokumente. Berlin 1965, S. 203.
- 23 Es wird vielfach nicht berücksichtigt, dass Hitlers wiederholte Prophezeiungen des Endes der jüdischen Rasse in einem breiten, unübersichtlichen Kontext standen und schwerlich den Tenor der sich inhaltlich ständig wiederholenden Reden bestimmte; vgl. Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen: Die «Endlösung der Judenfrage» im Dritten Reich, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 381-420, S. 390ff.
- 24 Siehe Faksimilequerschnitt durch «Das Reich», hrsg. von H.-D. Müller, München 1965, S.7; vgl. die Analyse von Hans-Heinrich Wilhelm, Wie geheim war die Endlösung?, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag. Stuttgart 1980, S. 136ff.
- 25 Siehe Wilhelm, Wie geheim war die Endlösung?, S. 144f.
- 26 Siehe Mommsen, Die Realisierung des Utopischen, S.396L Auszüge der Rede bei dems., Adolf Hitler als «Führer» der Nation, in: Nationalsozialismus im Unterricht, Studieneinheit 11, hrsg. vom Deutschen Institut für Fernstudien. Tübingen 1984, S. 176ff.
- 27 In diesem Punkte ist der Beobachtung David Irvings, Hitler's War. London 1977, S. 871, zuzustimmen.
- 28 Vgl. Walter Laqueur, The Terrible Secret. Suppression of the Truth about Hitler's ,Final Solution«. Boston 1980, S. 199ff. ; vergleichen seine neuere

- Studie über die Informationen durch den Industriellen Eduard Schulte: Walter Laqueur/Richard Breitman, *Der Mann, der das Schweigen brach. Wie die Welt vom Holocaust erfuhr*. Frankfurt/Berlin 1986; Martin Gilbert, *Auschwitz und die Alliierten*. München 1981, insbes. S. 111 ff.
- 29 Zu Baeck vgl. L. Baker, *Days of Sorrow and Pain*. New York 1978, S. 272, 310ff.; die weitgehende Unkenntnis der Betroffenen im Altreich ist belegt auch bei Else R. Behrendt-Rosenfeld, *Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933-1944*. Mannheim <sup>2</sup>1965, S. 164f.
- 30 Vgl. H. G. Adler, *Theresienstadt 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*. Tübingen <sup>2</sup>1960, S. 172ff.
- 31 Vgl. Steinert, *Hitlers Krieg*, S. 242.
- 32 Vgl. Dov Kulka, «Public Opinion» in Nazi Germany and the Jewish Question», in: *The Jerusalem Quarterly* 25/26 (1982), S. 38ff., und ders., *Popular Christian Attitudes in the Third Reich to National-Socialist Policies toward the Jews*, in: *Judaism and Christianity under the Impact of National Socialism (1919-1945)*, The Historical Society of Jerusalem. Jerusalem, June 1982.
- 33 Siehe Hans Graf von Lehndorff, *Ostpreussisches Tagebuch 1945-1947*. Eintragung vom 23. Januar 1945. München 1956, S. 18.
- 34 Vgl. Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent*, S. 369.
- 35 Vgl. Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945*, Bd. 1, Herrsching 1984, S.25f.
- 36 Vgl. Falk Wiesemann, *Judenverfolgung und nichtjüdische Bevölkerung*, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Falk Wiesemann (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte*, Bd. I. München 1977, S.429ff.; Dov Kulka, *Public Opinion in Nazi Germany and the Jewish Questions in: Zionist Quarterly for Research in Jewish History*, Bd. XL (1975), S. 186-290, sowie ders.: *'Public Opinion' in Nazi Germany*, in: *The Jerusalem Quarterly* 25 (1982), S. 121-144, Nr. 26, S. 34-45; Ian Kershaw, *Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktion auf die Judenverfolgung*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, S. 281-348; Lawrence D. Stokes, *The German People and the Destruction of European Jews*, in: *Central European History* VI (1973), S. 167-191.
- 37 Vgl. Gordon, *Hitler, Germans and the «Jewish Question»*, S. 192L; vgl. Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent*, S. 369.
- 38 Siche Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche*, Neuausgabe. Stuttgart 1977, S.305f.; Steinert, *Hitlers Krieg*, S.253.
- 39 Vgl. Kurt Meier, *Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches*. Göttingen 1968, S. 39ff. Hermann Diem wandte sich in einem Offenen Brief an Landesbischof Meiser gegen die Kompromisshaltung Wurts (vgl. H. Diem, *sine vi – sed verbo*. München 1965, S. 108ff., sowie Gerhard Schäfer: *Landesbischof Wurm*, S. 165, Anm.34). Vgl. Dov Kulka, *The Churches in the Third Reich and the «Jewish Question» in the Light of Secret Nazi Reports on German «Public Opinion»*, in: *Miscellanea historiae ecclesiasticae* IX (1984), S. 490-505.
- 40 Vgl. Materialien/Beschlüsse der 12. Bekenntnissynode, Herbst 1943, in: EKU-Archiv, KKA I 616 a.

- 41 Gerstein unterhielt Kontakte zu Niemöller und anderen Mitgliedern der Beken-  
nenden Kirche, suchte seine offenbar sehr präzisen Informationen (s. Eugen Ko-  
gon/Hermann Langbein/Adalbert Rückeri u.a. [Hrsg.], *Nationalsozialistische  
Massentötungen durch Giftgas*. Frankfurt 1983, S. 171 ff.) dem schwedischen  
Gesandten Baron von Otter, der Schweizer Gesandtschaft in Berlin sowie auch  
dem Vatikan, ferner einer nicht näher bekannten Zahl von Persönlichkeiten zur  
Kenntnis zu bringen, erregte aber überwiegend Unglauben. Vgl. Hertha von Kle-  
witz in: Wolfgang See/Rudolf Weckerling (Hrsg.), *Frauen im Kirchenkampf*.  
Berlin 1984, S.84L, sowie Helmut Franz, Kurt Gerstein. Aussenseiter des Wider-  
standes der Kirche gegen Hitler. Zürich 1964, S.28ff.
- 42 Gilbert, *Auschwitz und die Alliierten*, S.58ff., 62ff.
- 43 Siehe Guenter Lewy, *The Catholic Church and Nazi Germany*. New York 1964,  
S. 264-293. Die Eingaben Kardinal Bertrams und Bischof Preysings unterschei-  
den sich in der Tendenz nicht von denjenigen ihrer protestantischen Partner, nur  
dass die Mischehenfrage stärker in den Vordergrund trat. Eine Ausnahme stellte  
die unbeugsame Haltung des Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg dar,  
der im Oktober 1943 bei der Einlieferung nach Dachau zu Tode kam. Er stellt  
den Ausnahmefall des konsequenten Protestes auch gegen die Deportation der  
nichtchristlichen Juden dar.
- 44 Siehe Lewy, *Catholic Church*, S.293ff., sowie John S. Conway, *Catholicism and  
Jewish People during the Nazi Period and Afterwards*, in: *Judaism and Christiani-  
ty*, S. 347-375.
- 45 Otto Dov Kulka, *The «Jewish Question» in the Third Reich. Its Significance  
in National Socialist Ideology and Policy and its Role in Determining the Status  
and Activities of the Jews*, phil. Diss., The Hebrew University. Jerusalem, 1975,  
Bd. II: Documents. Siehe auch Ian Kershaw, *German Popular Opinion During the  
«Final Solution»: Information, Comprehension, Reaction*. Unveröffentlichtes  
Manuskript, S. 14.
- 46 Ian Kershaw, *German Popular Opinion and the «Jewish Question», 1939-1943:  
Some further Reflections*, in: Arnold Paucker (Hrsg.), *Die Juden im nationalso-  
zialistischen Deutschland/The Jews in Germany 1933-1943*. Tübingen 1986, S.  
365-408, S.376. Vgl. auch Kulka/Rodrigue, *The German Population*, S. 431 ff.
- 47 Vgl. Ruth Andreas-Friedrich, *Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen  
1938-1945*, Neuauflage. Frankfurt 1983, S. 103f., sowie Gerhard Schoenberner.  
*Wir haben es gesehen. Augenzeugenberichte über Terror und Judenverfolgung  
im Dritten Reich*. Wiesbaden 1981, S.282ff.
- 48 Andreas-Friedrich, *Der Schattenmann*, S. 102f.
- 49 Siehe Weckbecker, *Judenverfolgung*, S. 200f.
- 50 Siehe den Fall Schindler bei Grossmann, *Die unbesungenen Helden*, S. 147ff.
- 51 Charakteristische Beispiele für das «Nichtwissen» normaler «Volksgenossen»  
bringt Milton Mayer, *They Thought They were Free. The Germans 1933-45*. Chi-  
cago 1966, bes. S. 125 ff. Aus eigener Erinnerung kann der Verfasser bezeugen,  
dass sein Vater Wilhelm Mommsen über Verbindungen zu Ludwig Bergstraesser,  
der wieder mit Leuschner kooperierte, 1943 von der Judenvernichtung erfahren  
haben muss; jedenfalls verbot er seinen heranwachsenden

- Söhnen, engere Kontakte zu den gleichaltrigen Kindern von Professor Pfannenstiel zu unterhalten, der in die «Endlösungs»-Politik involviert war.
- 52 Herbert und Sybille Obenaus (Hrsg.), «Schreiben, wie es wirklich war!» Aufzeichnungen Karl Dürckfeldens aus den Jahren 1933-1945. Hannover 1985, S. IIIff.; vgl. Herbert Obenaus, Haben sie wirklich nichts gewusst? Tagebuch zum Alltag 1933-45 gibt eine deutliche Antwort, in: *Journal für Geschichte* 2 (1980), 26-31.
- 53 Kulka/Rodrigue, *The German Population*, S. 343; vgl. Kulka, *Public Opinion in Nazi Germany*, S. 45.
- 54 Kershaw, *German Popular Opinion*, S. 370.
- 55 Siehe Michael Müller-Claudius, *Der Antisemitismus und das deutsche Verhängnis*. Frankfurt 1966, S. 166, und die Auswertung bei Kershaw, *German Popular Opinion*, S. 32 ff.
- 56 Vgl. Inge Deutschkron, *Ich trug den Gelben Stern*. Köln 1983, S. 106.
- 57 Siehe Diemut Majer, «Fremdvölkische» im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements. Boppard 1981, S. 317ff., 459ff.; siehe auch Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*. Düsseldorf 1972, S.280ff., 350ff. und passim.
- 58 Siehe dazu die Besprechung der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte im Reichsjustizministerium am 31. März 1942. Hier drängte Freisler, der zu den Teilnehmern der Wannsee-Konferenz gehört hatte, die Chefpräsidenten, einem Wunsch der Partei-Kanzlei entsprechend, dazu, für eine harte Bestrafung von jüdischen Angeklagten zu sorgen (B A R 22/4162. Bl. 55 f.). Das Reichsjustizministerium ermächtigte die Oberlandesgerichtspräsidenten noch am 5. November 1942, den jüdischen Rechtskonsulenten im Bedarfsfall einen «rechtskundigen Juden» als Hilfsarbeiter zur Verfügung zu stellen (Schreiben des Reichsjustizministeriums an die Oberlandesgerichtspräsidenten, in: «Handakten» des Oberlandesgerichts Köln «Jüdische Konsulenten»).
- 59 Siehe Freya von Moltke/Michael Balfour/Julian Frisby, Helmuth James von Moltke. 1907-1945. *Anwalt der Zukunft*. Stuttgart 1975, S. 215f. In dem dort dokumentierten, in Stockholm verfassten Brief vom 25. März 1943 führte Moltke aus, er glaube, «mindestens neun Zehntel der Bevölkerung weiss nicht, dass wir Hunderttausende von Juden umgebracht haben. Man glaubt weiterhin, sie seien lediglich abgesondert worden und führten etwa dasselbe Leben wie zuvor, nur weiter im Osten, woher sie stammten, vielleicht etwas armseliger, aber ohne Luftangriffe.» Moltke besass zudem zuverlässige Informationen über 16 mit Krematorien ausgestattete Konzentrationslager sowie «vom Bau eines grossen Konzentrationslagers in Oberschlesien gehört, welches für 40'000 bis 50'000 Personen angelegt ist, von denen monatlich 3'000 bis 4'000 getötet werden sollen». Obwohl er sich bemühe, so etwas herauszufinden, bekomme er alle diese Informationen, schrieb Moltke, nur in recht vager, undeutlicher und ungenauer Form.
- 60 Siehe Christian Müller, *Oberst i.G. Stauffenberg. Eine Biographie*. Düsseldorf o. J., S.382.
- 61 Vgl. Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland*. Neudruck Frankfurt

- 1984, S.207L, 254 und 276; vgl. die Angaben bei Christof Dipper, *Der deutsche Widerstand und die Juden*, in: *GuG* 9 (1983), S.359f.
- 62 Siehe Inge Scholl, *Die Weisse Rose*, erw. Neuausgabc. Frankfurt 1985, S. 102; vgl. S.116.
- 63 Hingegen gibt es schon 1941 eindeutige Proteste gegen Liquidationsmassnahmen, so bei Freiherr von Gersdorff; siehe Stokes, *The German People and the Destruction of the European Jews*, S. 101. Eine Ausnahme bildet von Hassell, der am 26.9.1942 in seinen Tagebuchaufzeichnungen notiert: «Geissler [Popitz] bestätigte fürchterliche Sachen aus dem Osten, vor allem das brutalste Umbringen vieler Tausender von Juden. Ein Schweizer Anwalt, der durch Bestechung einige holländische Juden gerettet hat, sagte einem Bekannten: ,Ihr Deutschen seid doch so grosse Organisatoren. Warum schafft ihr bei euren Transportnöten so viele Tausende erst nach Osten, statt sie gleich im Westen umzubringen?’« Neuausgabe der Nachgelassenen Tagebücher von Ulrich von Hassell, hg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gärtringen und Peter Reiss, Berlin 1988.
- 64 Vgl. Hans Mommsen, *Aufgabenkreis und Verantwortlichkeit des Staatssekretärs der Reichskanzlei Dr. Wilhelm Kritzinger*, in: *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, Bd. II. Stuttgart 1966, S. 380ff.
- 65 Siehe Christopher Browning, *The Foreign Office and the Final Solution*. New York 1978, S.74L
- 66 Siehe Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der «Endlösung»*. Berlin 1987, S. 103ff.
- 67 Ebenda, S. 213 ff.
- 68 Siehe Raul Hilberg, *Sonderzüge nach Auschwitz*. Mainz 1981.
- 69 Siehe die Auseinandersetzungen, die Erich Goldhagens Beitrag: *Albert Speer, Himmler and the Secrecy of the Final Solution* (in: *Midstream*, October 1971, S. 43-50) ausgelöst hat; dazu Hans Mommsen, *Spandauer Tagebücher. Bemerkungen zu den Aufzeichnungen Albert Speers im Internationalen Militärgefängnis 1946-1966*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 17 (1976), S. IIIff.
- 70 Vgl. Schmidt, *Albert Speer*, S.216ff.
- 71 Siehe Wilhelm, *Wie geheim war die Endlösung?*, S. 131 ff. So leugnete auch Dönitz jede Kenntnis vom Genozid (s. Walter Lüdde-Neurath, *Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches*. Göttingen 1964<sup>3</sup>, S. 91 f.).
- 72 Siehe Martin Broszat (Hrsg.), *Kommandant in Auschwitz*. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höss. Stuttgart 1958, S. 17 ff.
- 73 Vgl. Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem*, Neuaufgabe. München 1986, S. 53ff., sowie die Einleitung des Verfassers, ebd., S. VIII.
- 74 Siehe Adam, *Judenpolitik*, S.316ff.
- 75 In den Akten des Reichsjustizministeriums findet sich eine vor dem 21. November 1941 von Staatssekretär Freisler abgezeichnete Aktennotiz, wonach Reichsminister Lammers wohl gegenüber Schlegelberger mitgeteilt habe, «der Führer habe ihm gegenüber wiederholt erklärt, dass er die Lösung der Judenfrage bis nach dem Krieg zurückgestellt wissen wolle. Demgemäss haben die gegenwärtigen Erörterungen (offenbar das später auf der Wannseekonferenz vorgestellte Deportationsprogramm, d. Verf.) nach Meinung von Herrn Reichsminister Lammers lediglich theoretischen Wert. Er werde aber auf alle

- Fälle dafür besorgt sein, dass nicht durch einen überraschenden Vorstoss von anderer Stelle ohne sein Wissen grundsätzliche Entscheidungen gefällt werden» (BA R 22/52, Bl. 153). In der Notiz ist offensichtlich auf Himmler angespielt. Aus wenig späteren Vorgängen (ebd. Bl. 155f.) vom 18.3.1942 lässt sich zurückschliessen, dass Schlegelberger bei Lammers interveniert hatte. Bezeichnend ist, dass auf die inhaltliche Erörterung des «Endlösungsprogramms», das, wenn eine zeitgleiche Äusserung Alfred Rosenbergs zutrifft (vgl. Robert Kempner, Eichmann und Komplizen. Zürich 1961, S.86f.), in diesen Tagen besprochen wurde, verzichtet wird. Vgl. ferner Mommsen, Realisierung des Utopischen, S. 399f.
- 76 Vgl. Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, S.647L
- 77 Siehe Adam, Judenpolitik, S. 273ff., 344ff., sowie Mommsen, Aufgabenkreis, S. 389 ff.
- 78 Selbst Ruth Andreas-Friedrich sprach noch Ende 1942 nur von schrecklichen Gerüchten, obwohl sie sonst gut unterrichtet war. Siehe Der Schattenmann, S. 102; vgl. Stokes, The Destruction, S. 181, Anm. 57.
- 79 Jochen Klepper, Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern. Die Jahre 1932-1942. Stuttgart 1956, S. 1130. Eichmann, der zuständig war, lehnte die von Schweden bewilligte Ausreise ab. Der Familie blieb nur der Weg in den Selbstmord.
- 80 Vgl. Mommsen, Die Realisierung des Utopischen. S. 415.
- 81 Ein Zeitzeuge, der als Jugendlicher in der unmittelbaren Umgebung von Auschwitz lebte, berichtete mir in völlig glaubwürdiger Form, dass die Familie von der Massenvernichtung keinerlei Kenntnis erlangte.
- 82 Siehe Bradley, F. Smith/Agnes Peterson (Hrsg.), Heinrich Himmlers Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen. Frankfurt 1974, S. 162ff., 201; in seiner Rede vor dem Führungskorps der SS am 4. Dezember sprach er den Genozid unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der inneren Moral der SS an, ohne ihn besonders hervorzuheben; dazu Mommsen. Die Realisierung des Utopischen, S. 384.

## Abraham J. Peck

### Befreit und erneut in Lagern: jüdische DPs

- 1 Morris Parloff, zit. in: Robert H. Abzug, Inside the Vicious Heart. Americans and the Liberation of Nazi Concentration Camps. New York 1985, S. 42.
- 2 Elie Wiesel, A Jew Today. New York 1978, S. 185-208.
- 3 Abraham J. Peck, The Children of Holocaust Survivors, in: Allon Schoener, The American Jewish Album, 1654 to the Present. (New York 1983, S. 309-310.
- 4 Dorothy Rabinowitz, New Lives. Survivors of the Holocaust Living in America. New York 1976, S. 196.
- 5 Siehe Meyer Levin, zit. in: Abzug, Inside the Vicious Heart, S.21.
- 6 C. W. Doughty, zit. in: Ebenda, S. 31.
- 7 Samuel Glasshow, zit. in: Ebenda, S. 63.
- 8 William B. Lovelady, zit. in: Ebenda, S. 33.
- 9 Meyer Levin, zit. in: Ebenda, S. 19.

- 10 Vgl. R. H. Abzug, *Inside the Vicious Heart*, Kapitel 7: Telling the Story.
- 11 Zit. in: Alfred Gottschalk, *Religion in a Post-Holocaust World*, in: Abraham J. Peck (Hg.), *Jews and Christians After the Holocaust*. Philadelphia 1981, S. 2.
- 12 Alexander Donat, zit. in: Henry L. Feingold, *Who Shall Bear Guilt for the Holocaust: The Human Dilemma*, in: *American Jewish History* 68, März 1979, S. 281.
- 13 Stefan Zweig, *Die Welt von Gestern*. Frankfurt 1981, S. 17f.
- 14 Simon Schochet, *Feldafing*. Vancouver 1983, S. 14-15.
- 15 Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter Zum Heimatlosen Ausländer*. Göttingen 1985; ders., *Jüdische Überlebende als «Displaced Persons»*. Untersuchungen zur Besatzungspolitik in den deutschen Westzonen und zur Zuwanderung osteuropäischer Juden 1945-1947, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 9, 1983, S. 421-452.
- 16 *Homecoming in Israel*, in: Leo W. Schwarz, *The Root and the Bough*. New York 1949, S. 310.
- 17 Marie Syrkin. *The State of the Jews*. Washington D.C. 1980, S. 11.
- 18 H. Leivick, *Mit der She'erit Hapletah*. Toronto 1947.
- 19 Ira Hirschmann, zit. in: Leonard Dinnerstein, *America and the Survivors of the Holocaust*. New York 1982, S. 22.
- 20 Ebenda, S.16-17.
- 21 Zit. in: Ebenda, S. 43.
- 22 Vgl. Judah Nadich, *Eisenhower and the Jews*. New York 1953.
- 23 Siehe Leo W. Schwartz, *The Redeemers*. New York 1953; Ursula Büttner, *Not nach der Befreiung. Die Situation der deutschen Juden in der britischen Besatzungszone 1945-1948*, in: Ursula Büttner (Hg.), *Das Unrechtsregime (Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag)*. Bd. 2. Hamburg 1986, S. 373-406; Irving Heymont, *Among the Survivors of the Holocaust: 1945. The Landsberg DP Camp Letters of Major Irving Heymont*, U.S. Army. Cincinnati 1982.
- 24 Vgl. L. Dinnerstein, *America and the Survivors of the Holocaust*; Yehudah Bauer, *Flight and Rescue: Brichah*. New York 1970; Michael Checinski, *The Kielce Pogrom: Some Unanswered Questions*, in: *Soviet Jewish Affairs*. Band 5, Nr. 1, 1975, S. 57-72.
- 25 Toby Blum-Dobkin, *The Landsberg Carnival: Purim in a Displaced Persons Center*, in: *Purim: The Face and the Mask*. New York 1980; Tsemah Tsamriyon, *The Press of the Jewish Holocaust Survivors in Germany as an Expression of their Problems*. Tel-Aviv 1970 (Hebräisch).
- 26 Louis Barish, *Rabbis in Uniform*. New York 1962; Alex Grobman, *American Jewish Chaplains and the Remnants of European Jewry*. (Ph. D. Diss., Hebrew University) Jerusalem 1981.
- 27 Vgl. Israel Efros, *Heimlose Yidn*. Buenos Aires/Sao Paulo 1947.
- 28 Isaac Ratner, *Mir Szeinen Doh*, in: *Undzer Veg*, 2. München 19.10. 1945, S. 30. Siehe auch Koppel S. Pinson, *Jewish Life in Liberated Germany*, in: *Jewish Social Studies*. Bd. IX, Nr. 2, April 1947, S. 101-126.
- 29 Vgl. Emma Shaver, *Mir Szeinen Doh*. New York 1948; Israel Efros, *Heimlose Yidn*; H. Leivick. *Mit der She'erit Hapletah*.

- 30 J. Nemenczyk, in: Landsberger Lagcr-Caytung, 15.4.1946, S. 3.
- 31 Z. Grinberg, We are Living Corpses, in: Aufbau, 24.8.1945, S. 6.
- 32 Mir Yidn un die Veit, in: Dos Freie Vort, 28.6.1946, S. 5.
- 33 Zit. in: Undzer Veg, 17. München 25.1.1946, S. 2.
- 34 Zit. in: Die Problematische Stellung der Juden in Deutschland, in: Der Weg, I. Berlin 1.3.1946, S. 2.
- 35 Menachem Sztajer, She'erit Hapletah, in: DP Express. Fun Jidiszn Lebn. München, Oktober 1946, S.2ff.
- 36 Zit. in: Die Zukunft der Jüdischen Kultur, in: Jüdische Rundschau, Mai/Juni 1946, S. 22-24.
- 37 Zit. in: Über die Aufgabe der Europäischen Judenreste, in: Jüdische Rundschau, Juli 1946, S. 5-7.
- 38 Zit. in: Z. Grinberg, We are Living Corpses, S. 7.
- 39 Zit. in: I. Efros, Heimlose Yidn, S. 44.
- 40 Paul Friedman, The Road Back for the DPs, in: Commentary, Bd.6, 1948, S.502.
- 41 Pesach Pekatsch, zit. in: Undzer Veg, 28.9.1950, S. 2.
- 42 Vgl. R. H. Abzug, Inside the Vicious Heart, Kapitel 7: Telling the Story.
- 43 E. Wiesel, A Jew Today, S. 185-208.
- 44 Abraham J. Peck, From the Very Depths of Our Pain, in: Roger Brooks, Unanswered Questions and Unquestioned» Answers: Jewish-Catholic Relations After Twenty Years, 1965-1985. Notre Dame, Indiana, 1988.

## Literaturverzeichnis

- Adam, Uwe Dietrich, Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1972
- Adler, Hans-Günter, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974
- Allen, William Sheridan, Die deutsche Öffentlichkeit und die «Reichskristallnacht». Konflikt zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich, in: Peukert/Reulecke (Hg.), Die Reihen fast geschlossen (s. unten), S. 397-412
- Arad, Yitzak / Yisrael Gutman / Abraham Margalio (Hg.), Documents on the Holocaust. Selected Sources on the Destruction of the Jews of Germany and Austria, Poland, and the Soviet Union. Jerusalem 1981
- Ball-Kaduri, Kurt Jakob, Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland 1934-1939. Tel Aviv 1967
- Barkai, Avraham, Vom Boykott zur «Entjudung». Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich. Frankfurt 1988 (Fischer Tb 4368)
- Bauer, Yehuda, The Holocaust in Historical Perspective. Seattle 1978
- Ders., A History of the Holocaust. New York usw. 1982
- Blasius, Dirk, «Judenfrage» und Gesellschaftsgeschichte, in: Neue politische Literatur, 23/1978, S. 17-33
- Bracher, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Köln usw. 1969
- Buchheim, Hans / Martin Broszat / Hans-Adolf Jacobsen / Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates. 2 Bde. Olten usw. 1965 (als Taschenbuch dtv Bd. 2915 und 2916)
- Bundesarchiv (Bearbeiter, zus. mit Internationaler Suchdienst, Arolsen), Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945. 2 Bde. Koblenz 1986
- Büttner, Ursula (Hg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus (Festschrift für Werner Jochmann). 2 Bde. Hamburg 1986
- Claussen, Detlev, Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus. Frankfurt 1987 (Fischer Tb. 6634)
- Dawidowicz, Lucy S., The Holocaust and the Historians. Cambridge/Mass. 1981
- Dies., Der Krieg gegen die Juden 1933-1945. München 1979
- Diner, Dan, Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt 1987 (Fischer Tb. 4391)
- Deutschkron, Inge, Ich trug den gelben Stern. Köln 1978

- Drobisch, Klaus / Rudi Goguel / Werner Müller (Mitwirkung Horst Dohle), Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945. Frankfurt 1973.
- Eschwege, Helmut (Hg.), Kennzeichen «J». Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945. Frankfurt 1979
- Faulenbach, Bernd, NS-Interpretationen und Zeitklima. Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 22, 30.5. 1987, S. 19-30
- Faust, Anselm, Die Kristallnacht im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938. Düsseldorf 1987
- Fleming, Gerald, Hitler und die Endlösung. Wiesbaden usw. 1982
- Focke, Harald / Uwe Reimer (Hg.), Alltag unterm Hakenkreuz. Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten. Reinbek 1979 (Rowohlt Tb. 4431)
- Dies. (Hg.), Alltag der Entrechteten. Wie die Nazis mit ihren Gegnern umgingen. Reinbek 1980 (Rowohlt Tb. 4625)
- Focke, Harald / Monika Strocka (Hg.), Alltag der Gleichgeschalteten. Wie die Nazis Kirche, Kultur, Justiz und Presse braun färbten. Reinbek 1985 (Rowohlt Tb. 5256)
- Freimark, Peter / Wolfgang Kopitzsch, Der 9./10. November 1938 in Deutschland. Dokumente zur «Kristallnacht». Hamburg 1978
- Gnschel, Helmut, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. Göttingen 1966
- Gilbert, Martin, Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas. Reinbek 1982 (Rowohlt Tb. 5031)
- Ders., The Holocaust. The Jewish Tragedy. London 1986
- Ginzel, Günther B., Jüdischer Alltag in Deutschland 1933-1945. Düsseldorf 1984
- Glaser, Hermann / Harald Straube (Hg.), Wohnungen des Todes. Jüdisches Schicksal im Dritten Reich. Dokumente und Texte. Bamberg 1961
- Gordon, Sarah, Germans and the «Jewish Question». Princeton/N.J. 1984
- Graml, Hermann. Der 9. November 1938. «Reichskristallnacht». Bonn 1956 (zahlreiche Auflagen)
- Grubrich-Simitis, Ilse, Nachkommen der Holocaust-Generation in der Psychoanalyse, in: Psyche, 38/1984
- Heiber, Helmut, Der Fall Grünspan, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5/1957, S.134-172
- Hey, Bernd / Peter Steinbach (Hg.), Zeitgeschichte und politisches Bewusstsein. Internationale Tagung der Landeszentrale für Politische Bildung des Landes NRW am Zentrum für Interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld. Köln 1986
- Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982
- Hirschfeld, Gerhard (Hg.), The Politics of the Genocide. Jews and Soviet Prisoners of War in Nazi Germany. London usw. 1986
- Hirschfeld, Oswald (Hg.), Die Folgen des Dritten Reiches. «Ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen!» Köln 1984
- Horbach, Michael, Wenige. Zeugnisse der Menschlichkeit 1933-1945. München

- 1964 (Goldmann-Tb. 3845 unter dem Titel: So überlebten sie den Holocaust. Zeugnisse der Menschlichkeit 1933-1945)
- Jäckel, Eberhard / Jürgen Rohwer (Hg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlussbildung und Verwirklichung. Stuttgart 1985 (Fischer Tb. 4380)
- Jacobmeyer, Wolfgang, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951. Göttingen 1985
- Kaul, Friedrich Karl, Der Fall des Herschel Grynszpan. Berlin(-Ost) 1965
- Kogon, Eugen / Hermann Langbein / Adalbert Rückeri u.a. (Hg.), Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation. Frankfurt 1983 (Fischer Tb. 4353)
- Kwiet, Konrad, Die Integration deutsch-jüdischer Emigranten in Australien, in: Büttner (Hg.), Das Unrechtsregime (s. oben), Bd.2, S.309-312
- Ders. / Helmut Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde. 1933-1945. Hamburg 1986
- Krausnick, Helmut / Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD. 1938-1942. Stuttgart 1981 (Teil I von H. Kr. als Fischer Tb. 4344 separat unter dem Titel: Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938-1942)
- Lauber, Heinz, Judenpogrom. «Reichskristallnacht» November 1938 in Grossdeutschland. Daten, Fakten. Dokumente, Quellentexte, Thesen und Bewertungen. Gerlingen 1981
- Märthesheimer, Peter / Ivo Frenzei (Hg.) (Mitarbeit von Hellmuth Auerbach / Walter H. Pehle), Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm ‚Holocaust‘. Eine Nation ist betroffen. Frankfurt 1979 (Fischer Tb. 4213)
- Margaliot, Abraham, Emigrations-Planung und Wirklichkeit, in: Paucker (Hg.), Die Juden... (s. unten), S. 303-316
- Maurer, Trude, Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986
- Milton, Sybil, The Expulsion of Polish Jews from Germany, October 1938 to July 1939, in: Yearbook of the Leo Baeck Institute, Bd. XXIX/1984, S. 169-199
- Mommsen, Hans, Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 10/1962, S. 68-87
- Ders., Die Last der Vergangenheit, in: Jürgen Habermas (Hg.), Stichworte zur «Geistigen Situation der Zeit», Frankfurt 1979, S. 164-183
- Nathorff: Das Tagebuch der Hertha Nathorff. Berlin – New York. Aufzeichnungen 1933 bis 1945. Hg. u. eingel. von Wolfgang Benz. München 1987 (als Fischer Tb. 4392 ab Mai 1988 lieferbar)
- Oppenheimer, Max / Horst Stuckmann, Rudi Schneider (Hg.), Als die Synagogen brannten. Zur Funktion des Antisemitismus gestern und heute. Frankfurt 1978
- Paucker, Arnold (Hg.) (zus. mit Sylvia Gilchrist / Barbara Suchy), Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1943. Tübingen 1986
- Peck, Abraham (Hg.), Jews and Christians after the Holocaust. Philadelphia 1982
- Peukert, Detlev / Jürgen Ruculecke (Hg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Wuppertal 1981
- Piper, Ernst (Hg.), «Historikerstreit». Die Dokumentation der Kontroverse um

- die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München 1987
- Reitlinger, Gerald, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945. Berlin 1961
- Richarz, Monika (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland. 3 Bde. Bd. 3: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945. Stuttgart 1982
- Roizen, Ron, Herschel Grynszpan. The Fate of a Forgotten Assassin, in: Holocaust and Genocide Studies, 1/1986, S. 217-228
- Rosenkranz, Herbert, «Reichskristallnacht» 9. November 1938 in Österreich. Wien usw. 1968
- Rürup, Reinhard, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur «Judenfrage» der bürgerlichen Gesellschaft. Göttingen 1975 (Fischer Tb. 4385)
- Ders. (Hg.), Juden in Deutschland zwischen Assimilation und Verfolgung, in: Geschichte und Gesellschaft, 9/1983, Heft 3, S. 331-478
- Sauer, Paul, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945. Stuttgart 1969.
- Scheffler, Wolfgang, Judenverfolgung im Dritten Reich. 1933-1945. Berlin 1964.
- Schmid, Hans-Dieter / Gerhard Schneider / Wilhelm Sommer (Hg.), Juden unterm Hakenkreuz. Dokumente und Berichte zur Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten 1933 bis 1945. Düsseldorf 1983
- Schoenberger, Gerhard (Hg.), Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933-1945. München 1978 (Fischer Tb. 3463)
- Ders. (Hg.), Wir haben es gesehen. Augenzeugenberichte über Terror und Judenvernichtung im Dritten Reich. Hamburg 1962
- Schultheis, Herbert, Die Reichskristallnacht in Deutschland. Nach Augenzeugenberichten. Bad Neustadt a. d. Saale 1985
- Steinbach, Peter, Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945. Berlin 1981
- Strauss, Herbert A., Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses, in: Yearbook of the Leo Baeck Institute, Bd. XXV/1980, S. 313-361, und Bd. XXVI/1981, S. 343-409
- Ders. / Norbert Kampe (Hg.), Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust. Frankfurt usw. 1985
- Thalmann, Rita, Jüdische Frauen nach dem Pogrom 1938, in: Paucker (Hg.), Die Juden... (s. oben), S. 295-302
- Dies. / Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht. Frankfurt 1987
- Wistrich, Robert, Hitler's Apocalypse. Jews and the Nazi Legacy. London 1985
- Ders. (zus. mit Hermann Weiss), Wer war Wer im Dritten Reich. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft. München 1983 (Fischer Tb. 4373)
- Wyman, David S., Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden. Ismaning 1986

## Drucknachweis

**Avraham Barkai**, «Schicksalsjahr 1938», aus: Ursula Büttner (Hg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag. Band 2: Verfolgung, Exil, Belasteter Neubeginn. Hamburg 1986, S. 45-48.

**Hermann Grami**, Zur Genesis der «Endlösung», aus: Ebda., S. 2-18.

Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Autoren und des Hans Christians Verlages, Hamburg.

## Abbildungsnachweis

Die Abbildungen 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 10, 11, 13, 15, 16, 17 und 18 wurden von Frau Dr. Sybil Milton, Richwood NJ./USA, zur Verfügung gestellt.

Die Abbildung 14 hat Ulrich Schrobsdorf, Baden-Baden, beigesteuert. Das Foto stammt aus einer Ausstellung der jüdischen Gemeinde in Regensburg (ehemalige Schöffnerstrasse), mit der an die Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten erinnert wurde.

Die Rechte an den Abbildungen 1, 10, 11, 16, 17 und 18 liegen beim Hauptstaatsarchiv Stuttgart; die an den Abbildungen 5, 9, 12 und 19 beim Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz; die der Abbildungen 3 und 6 bei den National Archives, Washington D.C., und der 8 und 13 beim Leo Baeck Institute, New York.

Verlag und Herausgeber danken für die Mithilfe bei der Besorgung bzw. Auswahl der Fotos und für die Abdruckgenehmigungen.

Die Namen der Fotografen konnten in keinem Fall ermittelt werden.

## Die Mitarbeiter des Bandes

**Uwe Dietrich Adam**, geboren 1940, gestorben 1987. Er studierte Neuere Geschichte und Zeitgeschichte, Politikwissenschaft, Soziologie und Öffentliches Recht, Dr. phil. und war zuletzt Generalsekretär des Deutschen Koordinierungsrates für Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V. in Frankfurt.

Veröffentlichungen u.a.: Judenpolitik im Dritten Reich (1972, 1979); Herrenmenschentum und Rassenvernichtung (1983); zahlreiche wissenschaftliche Beiträge, darunter: Les Chambres à Gaz. In: Raymond Aron (Hrsg.), *Le National-Sozialisme et les Juifs* (1984); *The Persecution of Jews, Bureaucracy and Power in Total States*. In: *Yearbook of the Leo Baeck Institute XXIII* (1978).

**Avraham Barkai**, geboren 1921, Mitglied des Kibbuz Lehavot Habashan, Israel, Dr. phil., Historiker, Research Fellow am Institut für Deutsche Geschichte an der Universität Tel-Aviv.

Veröffentlichungen u.a.: *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik. 1933-1945* (erweiterte Fassung der 1977 erschienenen Originalausgabe als Fischer Tb. in Vorbereitung); *Vom Boykott zur «Entjudung». Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich* (1988, Fischer Tb. 4368).

**Wolfgang Benz**, geboren 1941, Dr. phil., Historiker und Publizist, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, u.a.: *Süd-deutschland in der Weimarer Republik* (1970); *Politik in Bayern 1919-1933* (1971); *Einheit der Nation. Diskussion und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der grossen Parteien seit 1945* (1978, m. G. Plum u. W. Röder); *Sommer 1939. Die Grossmächte und der europäische Krieg* (1979, Hrsg. zus. mit H. Graml); *Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen. Zur Geschichte des Grundgesetzes* (1979, Hrsg.); *Die Bundesrepublik Deutschland. Politik, Gesellschaft, Kultur* (1983, 3 Bde, Hrsg.); *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik* (1984, Hrsg.); *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik* (1984); *Die Gründung der Bundesrepublik* (1984); *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen* (1985, Hrsg.); *Potsdam 1945* (1986).

**Hermann Graml**, geboren 1928, Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München, Chefredakteur der Vierteljahrshfte für Zeitgeschichte.

Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a.: Der 9. November 1938. «Reichskristallnacht» (1956); Europa zwischen den Kriegen (1969); Europa (1972); Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten (1984, Hrsg.); Die Alliierten und die Teilung Deutschlands (1985); als Herausgeber zusammen mit Wolfgang Benz: Aspekte deutscher Aussenpolitik im 20. Jahrhundert (1976); Sommer 1939. Die Grossmächte und der europäische Krieg (1979).

Hermann Graml ist zusammen mit Wolfgang Benz Herausgeber des Bandes 35 der Fischer Weltgeschichte: Europa nach dem Zweiten Weltkrieg (= Das Zwanzigste Jahrhundert II; 1983) sowie des Bandes 36: Weltprobleme zwischen den Machtblöcken (= Das Zwanzigste Jahrhundert III; 1981).

**Konrad Kwiet**, geboren 1941, studierte Geschichte und Politische Wissenschaften, Dr. phil., Associate Professor and Head of School of German Studies an der Universität von New South Wales in Kensington/Australien. Gastdozenturen am St. Antony's College Oxford und an der Jüdischen Hochschule in Heidelberg.

Veröffentlichungen: Reichskommissariat Niederlande (1968); Van Jodenhoed tot Gele Ster (1973); Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945 (1986, zus. mit H. Eschwege); From the Emancipation to the Holocaust. Essays on Jewish History and Literature in Central Europe (1987, Hrsg.); zahlreiche Aufsätze zur Geschichte des Antisemitismus und der Judenverfolgung.

**Trude Maurer**, geboren 1955, studierte Geschichtswissenschaft, Slawistik und Politikwissenschaft in Tübingen und London. Forschungsaufenthalte in Israel. Dr. phil. (1986), derzeit Hochschulassistentin am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte in Göttingen.

Veröffentlichungen: Ostjuden in Deutschland 1918-1933 (1986, ausgezeichnet mit dem Fritz-Theodor-Epstein-Preis des Verbandes der Osteuropa-Historiker); Aufsätze zur jüdischen Geschichte.

**Hans Mommsen**, geboren 1930, Dr. phil., o. Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Veröffentlichungen u.a.: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im Habsburgischen Vielvölkerstaat (1963); Beamtentum im Dritten Reich (1966); Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik (1974, Hrsg. zus. mit D. Petzina, B. Weisbrod); Arbeiterbewegung und nationale Frage (1979); zahlreiche Beiträge zu Ruhrbergbau, Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, Mitherausgeber von Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft.

**Jonny Moser**, geboren 1925, von 1941 bis 1944 in Ungarn in Konzentrationslagern, ab 1944 im Widerstand in Budapest, Mitarbeiter Raoul Wallenbergs. Nach dem Kriege studierte er Chemie und Physik, anschliessend Geschichte in Wien. Dr. phil. (1963). Er ist seit 1964 Mitglied des Vorstandes und Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, seit 1967 Präsidiumsmitglied des Volksbildungshauses Wiener Urania. 1980 Verleihung des Titels Professor durch den österreichischen Bundespräsidenten.

Veröffentlichungen: Judenverfolgung in Österreich 1938-1945 (1966); zahlreiche wissenschaftliche Beiträge zur jüdischen Geschichte in Österreich.

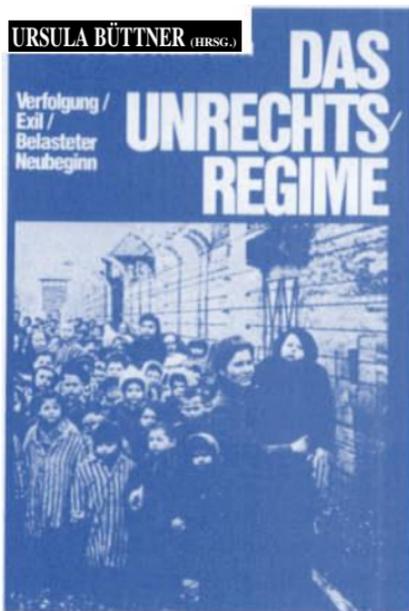
**Abraham J. Peck**, geboren 1946 im DP-Lager Landsberg/Lech, studierte deutsche Geschichte u.a. als Fulbright-Stipendiat 1973/74 in Hamburg; promovierte 1977 zum Ph.D. an der University of East Anglia/Norwich, England. Er ist geschäftsführender Direktor der American Jewish Archives in Cincinnati, Ohio, und lehrt als Dozent für Jüdische Geschichte an der dortigen Universität. Derzeit arbeitet er an einer Geschichte der jüdischen DP-Lager von 1945 bis 1957.

Wichtigste Veröffentlichungen u.a.: *Radicals and Reactionaries: The Crisis of Conservatism in Wilhelmine Germany* (1978); *Jews and Christians after the Holocaust* (1981, Hrsg.); *The American Rabbinate: A Century of Continuity and Change, 1883-1983* (1985, Hrsg.); *The Agony of the Lodz-Ghetto, 1941-1944*, in: *Holocaust Yearbook of the Simon Wiesenthal Center, Los Angeles* (1987).

**Wolf Zuelzer**, geboren 1909 in Berlin, gestorben 1987 in Silver Spring, Maryland/USA. Er studierte Philosophie und Romanistik u.a. bei Karl Jaspers und Ernst Robert Curtius in Heidelberg, von 1928 bis 1929 an der Sorbonne in Paris, veröffentlichte zahlreiche Essays über französische Literatur; Dr. phil. Anschliessend wechselte er das Fach und studierte Medizin zunächst in Bonn und Berlin, ab Herbst 1933 in Prag und schloss nach seiner Emigration in die USA ab mit der Promotion zum M.D. Er wurde alsbald Direktor des Child Research Centers in Detroit und war anschliessend bis 1979 Leiter der Abteilung für Hämatologie und Transfusionsforschung am National Heart, Lung and Blood Institute in Washington D.C.

Zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen und Auszeichnungen; zuletzt erhielt er den Howland Award 1985 der renommierten American Pediatric Society, Washington D.C. – Hierzulande ist Zuelzer bekanntgeworden mit seiner Biographie *Der Fall Nicolai* (1981) über den ärztlichen Berater des preussischen Kaiserhauses, der schon vor dem Ersten Weltkrieg Pazifist wurde und schliesslich 1924 aus politischen Gründen Deutschland verlassen musste: Professor Dr. Georg Friedrich Nicolai (1874-1964).

**Bitte umblättern:**



CHRISTIANS

Ursula Büttner (Hrsg.)

Das Unrechtsregime (2 Bände)

Bd. 1: 592 S., Lin., ISBN 3-7672-0962-4

Bd. 2: 480 S., Lin., ISBN 3-7672-0963-2

In diesem zweibändigen Werk stellen Historiker aus acht Ländern in 45 Beiträgen ihre neuesten Forschungsergebnisse über die Entwicklung des Nationalsozialismus in Deutschland vor. Differenzierte Abhandlungen über Ideologie, Herrschaftssystem und Wirkung in Europa (Band 1) sowie Verfolgung, Exil und Neubeginn (Band 2) zeugen von der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Ergründung von Ursprung, Wesen und Wirkung des Nationalsozialismus.

Eine fundierte und detaillierte Darstellung über das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte.

Hans Christians Verlag  
Hamburg

## **Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg**

Herausgegeben von Eberhard Jäckel  
und Jürgen Rohwer

*Fischer Taschenbuch Band 4380*

Wann wurde im NS-Regime der organisierte Massenmord an den Juden beschlossen? Ist überhaupt eine solche Entscheidung getroffen worden? Oder hat es vielmehr eine schleichende Eskalation der Gewalt gegeben, an deren Ende, fast wie von selbst, die Vernichtungslager standen? Die Frage nach der Entschlussbildung und dem Befehl zur Judenvernichtung hat eine leidenschaftliche Debatte ausgelöst, die die Zeithistoriker seit einigen Jahren in zwei Lager spaltet.

Auf einem wissenschaftlichen Kongress in Stuttgart sollten diese Fragen vor einem Forum international anerkannter Historiker geklärt werden. Was dabei herausgekommen ist und welche Positionen vertreten wurden, ist jetzt anhand dieses Tagungsberichtes zu verfolgen, der die überarbeiteten Referate und Diskussionsbeiträge der Konferenz enthält.

**Fischer Taschenbuch Verlag**

Ernst Fraenkel  
**Der Doppelstaat**  
Recht und Justiz  
im «Dritten Reich»



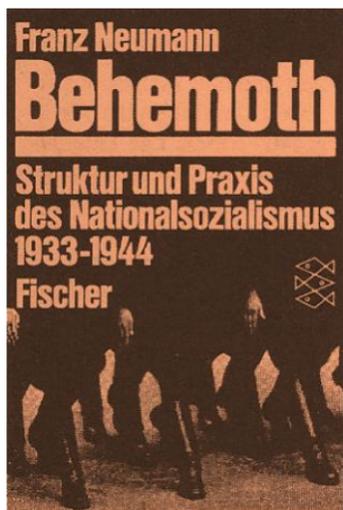
Band 4305

Ernst Fraenkels schon klassisch zu bezeichnende Faschismus-Analyse «Der Doppelstaat» beweist, dass im nationalsozialistischen Deutschland

zwei Systeme nebeneinander existiert haben: der «Massnahmenstaat» und der «Normenstaat». Unter «Massnahmenstaat» versteht Fraenkel das Herrschaftssystem der unbeschränkten Willkür und Gewalt, das durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt ist. Der Begriff «Normenstaat» indessen bezeichnet das Regierungssystem, das mit weitgehenden Herrschaftsbefugnissen zwecks Aufrechterhaltung der Rechtsordnung ausgestattet ist, wie sie in Gesetzen, Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsakten der Exekutive zum Ausdruck gelangen. Diese Unterscheidung ermöglicht eine differenzierte Untersuchung der Rolle von Recht und Justiz im «Dritten Reich».

**Fischer Taschenbuch Verlag**

Franz Neumann  
**Behemoth**  
Struktur und Praxis  
des National-  
sozialismus 1933 - 1944



Band 4306

Franz Neumanns «Behemoth» erschien zuerst 1942 bei der Oxford University Press. Nach wie vor ist Neumanns umfassendes und kenntnisreiches Werk eine einzigartige Herausforderung für die Faschismusinterpretation. Mit ihm liegt jetzt endlich eines der wenigen Bücher in deutscher Übersetzung vor, die einen theoretisch und politisch gleich ergiebigen, dazu durchaus nicht schwer verständlichen Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte leisten. Ernst Nolte nannte das Werk die kenntnisreichste und umfassendste Analyse des Nationalsozialismus, die bislang erschienen ist. Wenn auch heute in Teilbereichen exaktere Einzelkenntnisse vorliegen, die in Neumanns Pionierarbeit noch nicht berücksichtigt werden konnten, so sind doch alle von ihm angesprochenen Grundfragen der Faschismusinterpretation und der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen sogenannter sozialstaatlicher Massendemokratien aktuell geblieben.

**Fischer Taschenbuch Verlag**

Jörg Friedrich  
**Die kalte Amnestie**  
NS-Täter in der  
Bundesrepublik

Band 4308



Gewöhnlich gehen politische Betrachtungen über die Bundesrepublik nicht von der Frage aus, wo die 200'000-300'000 Personen geblieben sind, welche die Endlösung der Judenfrage, die Beseitigung der unnützen Esser (Euthanasie), den Tod von drei Millionen Kriegsgefangenen und den Justizmord an 30'000 Deutschen ins Werk gesetzt haben. Die Tätergemeinschaft hat sich spurlos in die Nachkriegsgesellschaft verflüchtigt, ist dort nicht weiter auffällig geworden und stirbt gegenwärtig friedlich aus. Das grösste geschichtsbekannteste Verbrechen wurde mit dem grössten Resozialisationswerk abgeschlossen.

Dieses Buch weist nach, dass das Klischee «Verdrängung der Vergangenheit» für keine Phase der Nachkriegsgeschichte zutrifft. Man hat nicht vergessen, die Verbrechen zu sühnen. Es wurde vielmehr jede Anstrengung getroffen, Täter und Sympathisanten zu integrieren. Die Geschichte des Verbrechens und die Amnestierung der Verbrecher beschreibt dieses Buch als zusammengehörigen Akt, der die Bundesrepublik und das III. Reich unselig miteinander verbindet.

**Fischer Taschenbuch Verlag**

Helmut Krausnick  
Hitlers Einsatzgruppen  
Die Truppen des  
Weltanschauungskrieges  
1938-1942



Die ersten «Einsatzgruppen» wurden unmittelbar vor dem Einmarsch in Österreich auf besonderen Befehl von Hitler gebildet. Dieses Buch bringt die Geschichte dieser berüchtigten «Gestapo auf Rädern» in den besetzten Gebieten Osteuropas und verfolgt ihre systematischen Mordaktionen gegen Polen, Russen und namentlich gegen Juden. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass – entgegen lange gepflegten anderslautenden Darstellungen, die hier keinen Zusammenhang sehen bzw. das exakte Gegenteil behaupten – die deutsche Wehrmacht nicht nur eine *Mit-Verantwortung* zu tragen hat, sondern in zahlreichen Fällen auch direkt beteiligt gewesen ist. Meinungsführende Mitglieder der Generalität waren unzweifelhaft der Ansicht, dass der Kreuzzug gegen den Bolschewismus geführt werden müsse und damit auch gegen die Juden, die man mit Bolschewismus mehr oder

**Fischer Taschenbuch Verlag**

Hans Rothfels  
Deutsche Opposition  
gegen Hitler  
Eingeleitet von  
Hermann Graml



Band 4354

Die Untersuchung gibt einen Überblick über Bewegungen, die sich zur deutschen Opposition gegen Hitler zusammenschlossen, über ihre historisch-politischen Voraussetzungen, ihre Programme und ihre ersten Aktionen bis in die Zeit, in der sich der Widerstand in der aussergewöhnlichen Situation befand, dass der Kampf für die Befreiung Deutschlands gleichbedeutend war mit der Erwartung seiner Niederlage. Das Buch, 1958 erstmalig in der Fischer Bücherei erschienen, gehört noch heute zu den wichtigsten Werken über die Männer des 20. Juli.

*«Rothfels belegt, dass die deutsche Opposition zahlenmässig verbreiteter war, als oft angenommen wird, und dass sie nicht gebunden war an eine Klasse oder eine Elite, sondern alle sozialen und politischen Elemente in sich vereinigte...»  
Österreichischer Rundfunk*

**Fischer Taschenbuch Verlag**

# Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas

Eine Dokumentation

Herausgegeben von Eugen Kogon,  
Hermann Langbein, Adalbert Rückeri u.a.

352 Seiten. Geb.

*(auch als Fischer Taschenbuch Band 4353 lieferbar)*

Der Nationalsozialismus unterscheidet sich von allen anderen faschistischen Systemen dadurch, dass er Menschengruppen allein deshalb für lebensunwert erklärte und sie töten liess, weil sie «rassisch minderwertig» seien.

Der gesamte, wohlorganisierte Staatsapparat wurde in den Dienst dieser fabrikmässig durchgeführten Massenmorde gestellt, die aus vielerlei Gründen mit Giftgas durchgeführt wurden. Die Mörder begannen mit den sogenannten Behinderten, schlossen daran an die als «invalid» erklärten KZ-Häftlinge in den sogenannten Euthanasieanstalten, und trieben ihre Aktionen bis zur Vernichtung der Juden und Zigeuner in Millionenzahl. Der Massenmord kulminierte schliesslich in den Gaskammern von Auschwitz.

Dass diese Ungeheuerlichkeiten im Mitteleuropa des 20.

Jahrhunderts geschehen konnten, scheint vielen heute wieder ungläubhaft. Diejenigen, die das nationalsozialistische System von Schuld freizusprechen bemüht sind, machen sich gerade die Unvorstellbarkeit der Geschehnisse zunutze. Manche bemühen sich sogar, den Massenmord von bisher unbekanntem Ausmass überhaupt zu leugnen.

Um solche Tendenzen wirksam bekämpfen und eindämmen zu können, muss die historische Wahrheit ein für allemal unwiderlegbar festgeschrieben werden.

**S. Fischer**

Ein Band mit weiterführenden Beiträgen zum „Historikerstreit“ und zur Kontroverse über die Historisierung des Nationalsozialismus.

Dan Diner (Hg.)

## **Ist der Nationalsozialismus Geschichte ?**

Zu Historisierung und Historikerstreit  
320 Seiten. Originalausgabe. Band 4391

Aus dem Inhalt:

W. Benz: Abwehr der NS-Vergangenheit. Über Moral und Geschichte

S. Friedländer: Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus

D.J.K. Peukert: Alltag und Barbarei

D. Diner: Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus

H. Mommsen: Das Dritte Reich im westdeutschen Geschichtsbewusstsein

H. Schulze: Die „deutsche Katastrophe“ erklären

C. Leggewie: Frankreich und die NS-Vergangenheit

G.E. Rusconi: Italien und der „Historikerstreit“

G. Boltz: Österreich und der Nationalsozialismus

L. Niethammer: Erinnerungsspuren in die 50er Jahre

D. Diner: Deutsche und Juden nach Auschwitz

U. Herbert: Arbeit und Vernichtung

K. Kwiet: Literaturbericht zur Historiographie des NS

**Fischer Taschenbuch Verlag**